

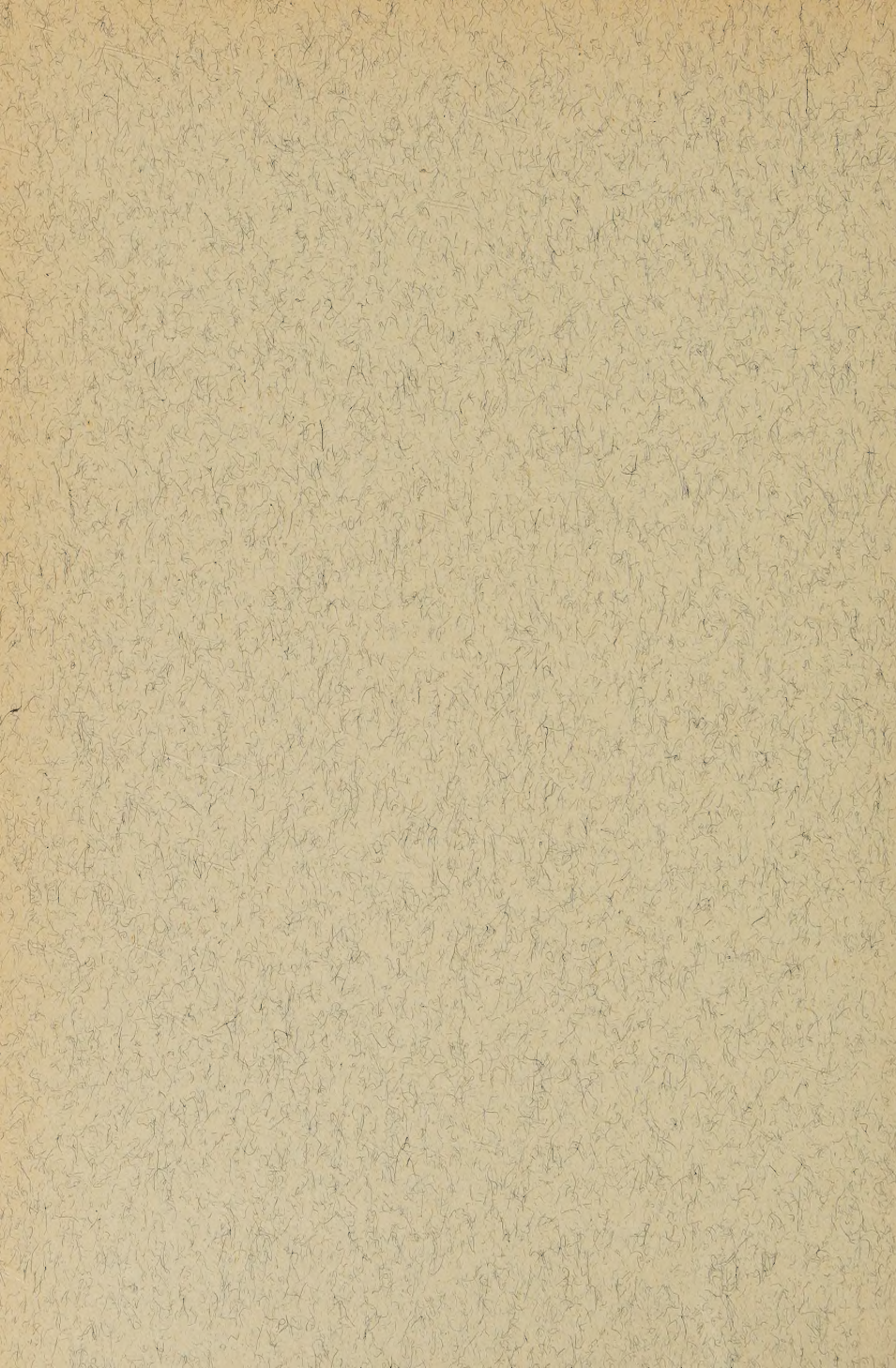
Berlin 1976

Rolf-Peter Lange

Band II

**Strukturwandlungen
der westdeutschen Landesregierungen
1946 - 1973**

**Das politische Führungspersonal der Bundesländer:
Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft,
Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder
der westdeutschen Landesregierungen**



Rolf-Peter Lange

Band II

**Strukturwandlungen
der westdeutschen Landesregierungen
1946 - 1973**

Das politische Führungspersonal der Bundesländer:
Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft,
Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder
der westdeutschen Landesregierungen



A n m e r k u n g e n

Die Zielsetzung der Studie, Forschungsansatz und zentrale Problemdimensionen

- 1 Für den Bereich der Parlamentssoziologie siehe die vergleichende empirische Studie zum Sozialprofil von Bundestag und Volkskammer von W. Mersch, Volksvertreter in West und Ost, in: W. Zapf, (Hrsg.) Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964, S. 30-54; H. Gerstein/H. Schollhass, Die Bonner Exekutive 1949-1963, Eine Sozialstatistik, S. 55-76; ebenda; W. Zapf, Die Verwalter der Macht (höhere Beamten-schaft), S. 77-94; ebenda, W. Zapf, Die deutschen Mana-ger, Sozialprofil und Karriereweg, S. 136-149; ebenda, J. Feest, Bundesrichter (Herkunft, Karriere und Auswahl der juristischen Elite), S. 95-113; ebenda, W. Baur, Deutsche Generale (Ein Vergleich der militärischen Führungsgruppen in der BRD und DDR) S. 114-135, ebenda; siehe auch D. Herzog, Politische Karrieren, Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975, der 124 Bonner Spitzenpolitiker interviewte; R.-P. Lange, Auslesestrukturen bei der Besetzung von Re-gierungsämtern, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen (Hrsg.) Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 132-171; für den ökonomischen Sektor siehe M. Kruk, Die großen Unternehmer, woher sie kommen, wer sie sind, wie sie aufstiegen, Frankfurt a.M. 1972: "Darstellung der soziologischen Struktur der deutschen Unternehmer" (S. 5); M. Kruk, Die oberen 30 000, Wiesbaden, 1967, der anhand der leitenden Männer der Wirtschaft sich im wesentlichen mit sozio-ökonomischen Herkunftsdaten befaßt, diese systematisch aufbereitet und statistisch ausgewertet. Auf die Ergebnisse dieser und vor allem jüngerer Studien von Kruk wird an einigen Punkten unter vergleichenden Aspek-ten zurückgegriffen; siehe auch R.L. Cruikshanks, The recruitment of Political elites in West and East Germany, Ann Arbor 1968.
- 2 Zur Klärung der Begriffe (Elite, Führungsgruppe) siehe den Abschnitt "Methodische und theoretische Ansätze der empirischen Eliteforschung".
- 3 Als Teil eines gemeinsamen Projektes der International Sociological Association (ISA) und der International Political Science Association (IPSA) haben W. Kaltefleiter und R. Wildenmann die westdeutsche Führungselite in Politik, Wirtschaft und im öffentlichen Dienst analysiert und erste Teilergebnisse veröffentlicht (manager magazine, Nr. 4, 1974, S. 94-98). Von insgesamt 3030 ausgewählten Persönlichkeiten, die "aufgrund ihrer Position legale Einflußmöglichkeiten" in der BRD besitzen, erklärten sich

1825 (60,2%) zu einem Interview bereit, das Auskunft über Karrieremuster, soziale Herkunft, Einschätzung und Einstellung des politischen Systems, Verhältnis zum Beruf und über ihr gesellschaftliches und politisches Rollenverständnis geben sollte. Insgesamt wurden 15 Teilergebnisse gesondert analysiert: "Exekutive Bund/Länder, Legislative Bund/Länder, Parteien, Behörden, Großunternehmen, Banken/Versicherungen, Wirtschafts- und Industrieverbände, Arbeitnehmerverbände, Massenmedien, Wissenschaft und Militär". Auf die Ergebnisse dieser Untersuchung wird an verschiedenen Punkten eingegangen. Auch die Arbeit von E. Enke, Oberschicht und politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Bern/Frankfurt a.M. 1974, stützt sich auf die Erhebung 1968 von R. Wildenmann, die Ergebnisse basieren auf dem empirischen Material dieser Untersuchung. Siehe auch K. von Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik, München 1971, Beyme versäumt jedoch, exakt den genauen Umfang (die materielle Basis) seines Untersuchungssamples anzugeben und zu begründen, warum er zeitweilig sowohl die Untersuchungsmethode und den Untersuchungsbereich wechselt. Teilweise analysiert er abgeschlossene empirische Studien, zum anderen hat er eigenes Material erhoben, wobei dies nicht immer deutlich von einander abgegrenzt wird (vgl. auch die umfassende Kritik von B. Biermann, in: Soziale Welt, Jg. 21/22, 1970/71, Heft 4, S. 508-510). Beyme lehnt sowohl den Millsschen "power-elite" Ansatz (Verschwörungstheorie) wie das von D. Riesman verwendete Pluralismus-Modell ab, ohne jedoch einen eignen theoretischen Ansatz bzw. Bezugsrahmen zu verwenden. Ebenso ist zu bemängeln, daß Beyme keine konkreten Fragestellungen (Problemdimensionen) und Hypothesen formuliert hat und die eigentliche Zielsetzung der Studie nicht recht deutlich wird. Auf einige seiner empirischen Ergebnisse wird noch näher eingegangen. Vgl. auch die Ergebnisse der Repräsentativ-Umfrage des Münchner Infratest-Instituts; hier wurden 1900 Professoren und andere Hochschullehrer interviewt mit der Zielsetzung, Einkünfte, Dauer des beruflichen Aufstiegs, Altersstruktur, Tätigkeitsfeld, Geschlechtsstruktur, Konfessionsstruktur, Herkunft (Ausbildung und Beruf des Vaters), Parteipräferenz und Einstellungen zu erforschen (Vorabdruck in: Der Spiegel, Nr. 1/2, 6.1.1975, S. 46-52, unter dem Titel: Professoren über Professoren - Wieder Elite).

- 4 Vgl. auch die parlamentssoziologischen Analysen bei H. Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiwesens, Opladen 1971, S.646 ff. (Abgeordnetensoziologie); G. Loewenberg, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969; oder aber das kommunale Führungspersonal wurde im Rahmen der community-power-Forschung analysiert. (Auf empirische Studien dieser Forschungsebene wird im folgenden Kapitel näher eingegangen). Exemplarisch sei an dieser Stelle verwiesen auf:

W. Hofmann, Oberbürgermeister in der Politik - zu einigen neueren Biographien, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 8.Jg., 1969, S. 131-145; hier wird exemplarisch auf Biographien/Monographien von sieben im 20. Jahrhundert amtierenden Oberbürgermeistern (Hermann Dietrich, Konrad Adenauer, Wilhelm Külz, Heinrich Sahm, Ernst Reuter, Otto Suhr, Wilhelm Kaisen) verwiesen; der Aspekt "zwischen Oberbürgermeisteramt und allgemeiner Politik" (S. 132) wird erörtert.

- 5 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 687.
- 6 K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969, Zum Wandel der Karrieremuster der politischen Führung, in: G. Lembruch, K.v. Beyme, J. Fetscher (Hrsg.), Demokratisches System und politische Praxis in der Bundesrepublik, München 1971.
- 7 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 257.
- 8 U. Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1969, S. 19.
- 9 Ebenda, S. 24
- 10 Siehe Anmerkung Nr. 3
- 11 "Typische" Karriereverläufe und "außergewöhnliche Karrieren" im ökonomischen Sektor untersucht M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 167 ff., insbesondere: "Außergewöhnliche Karrieren - Die Springer und Sprinter."
- 12 So z.B. bei H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 565 ff.; G. Loewenberg, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969; K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 10: "Die Anwendung des Terminus Elite impliziert jedoch, daß die Führungskräfte eines Systems von den Nichteliten - vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung - unterschiedliche Merkmale aufweisen. Je größer diese Abweichung ist, um so weniger wird ein System den Postulaten der vorherrschenden Demokratietheorie gerecht."
- 13 H. Klatt, Die finanzielle Stellung der Abgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3, 1971, S. 344-364.
- 14 G. Kleinig, Soziale Mobilität in der Bundesrepublik II: Status - oder Prestigemobilität, in: KZfSS, Nr. 2/1975, S. 273-292.
- 15 A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern 1946-1971, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3, 1971, S. 262-276, West-Berlin, Bremen und Hamburg sind aus methodischen Gründen (Vergleichbarkeit mit den sog. Flächenstaaten) nicht berücksichtigt worden.

- 16 Ebenda, S. 262-263.
- 17 Ebenda.
- 18 David R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen von sozialer Schicht, sozialer Mobilität und Statuskonsistenz auf die Infrastruktur des Parteiwesens in der Bundesrepublik, in: KZfSS, Nr. 2, 1974, S. 371-387.
- 19 Zur Rekrutierungsfunktion eines politischen Systems siehe G. Almond/J.S. Coleman, The Politics of Developing Areas, Princeton 1960.
- 20 Zum faktischen Monopol der Parteien bei der Eliteauswahl siehe U. Scheuner, Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Nr. 11, 1958, S. 641-645.
- 21 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 565 ff., (Rekrutierung und Struktur der politischen Führungselite) geht auf die selektive Funktion der bundesrepublikanischen Parteien anhand zahlreicher empirischer Beispiele ein; siehe auch R. Altmann ("Nachwuchsschwächen", in: Capital, Nr. 8, 1975, S. 6), der konstatiert, daß sich in der Politik "ödes Mittelmaß ausbreitet, selbst für die Spitzenpositionen haben die Parteien keine Reserve mehr ... Unseren Parteien fällt es immer schwerer, an das politische Begaubungsreservoir der Gesellschaft heranzukommen... Was dem Bundestag und den Parteien fehlt, sind Führer ..." Die politischen Parteien verstehen es nach seiner Auffassung nicht, sich ausreichend mit Führungskräften zu versehen. "Daran hapert es. Die politische Karriere, im Ortsverein anfangend, ist für diejenigen, die im "zivilen" Leben etwas leiten müssen, kaum erreichbar, auch nicht attraktiv. Für die Aktivisten, die sich dem Innenleben ihrer Partei verschrieben haben, ist die politische Laufbahn ein Weg des sozialen Aufstiegs, den es von Konkurrenz freizuhalten gilt.
Vgl. auch B. Hamer, Die politische Elitenbildung in den demokratischen Parteien der Bundesrepublik (BRD), jur. Diss., Würzburg 1969; diese Arbeit ist jedoch nur eine Deskription ohne analytische Konzeption und ohne Angabe von empirischem Basismaterial und hat keine zentralen analytischen Fragestellungen.
- 22 Mit der selektiven Funktion von Parteien und Parlamenten in der Bundesrepublik befassen sich u.a. K.J. Newmann, Wer treibt die Bundesrepublik wohin? Köln 1968; F. Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M. 1967; Th. von der Vring, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts, Frankfurt a.M. 1968;
K. Lenk/F. Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der

politischen Parteien, Neuwied/Berlin 1968, Bd. LXXX, insb. das Kapitel über "Probleme der innerparteilichen Demokratie" und "Demokratie als Parteienstaat"; U. Müller, Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien, Mainz 1967; K.H. Kaufmann et.al.; Die Auswahl der Bundeskandidaten 1957 in zwei Bundesländern, Köln 1961; Austin Ranney, Pathways to Parliament, Madison 1965.

- 23 Für die SPD kommt H. Köser (Innovationsprozesse in der SPD - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Politische Vierteljahrsschrift (PVS), 16.Jg., 1975, Heft 1, S. 29-54) beispielsweise zum Ergebnis, daß sich der Innovationsprozeß zeitlich in zwei Phasen einteilen läßt: "a) Die Traditionsphase von 1945/46 bis 1953/54, in der traditionale Organisationsstrukturen wiederhergestellt und die Vorstellungen über die Organisationsziele (Grundwerte, Weg und Ziel des demokratischen Sozialismus) sich retrospektiv an der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und an den Erfahrungen im Exil orientierten. In dieser Phase wurde die Bezirksorganisation der Partei trotz der Entstehung neuer Bundesländer nach dem Vorbild der Weimarer SPD wiederhergestellt, Versuche zur Bildung von Landesverbänden als organisatorische Einheiten der Partei scheiterten am Widerstand der etablierten Parteielite... b) Die Innovationsphase von 1953/54 bis 1958/59, in der die Innovationen vorbereitet und durchgeführt wurden. Sie begann mit der Feststellung eines Krisenbewußtseins und endete mit den Entscheidungen der Parteitage von 1958 und 1959. Nach der Wahlniederlage von 1953 begannen sich die Genossen zu formieren, die Innovationsentscheidungen erstrebten, durch die sie selbst in Führungspositionen gelangen und die Partei zur Mehrheit und zur Regierungsbildung bringen wollten." (S. 34).
- 24 Z.B. Wahlgesetze, Wahlrechtsbestimmungen etc.; auch beispielhaft die 5%-Klausel, die im Bundeswahlgesetz verankert ist. In diesem Zusammenhang siehe zur umfassenderen Problematik der Wahlrechtsdiskussion F.A. Hermes, Mehrheitswahl oder Verhältniswahl, Berlin 1949; D. Sternberger, Die Große Wahlreform, Köln 1964; W. Hennis, Große Koalition ohne Ende?, München 1968; D.P. Conradt, Electoral Law Politics in West Germany, in: Political Studies, Nr. 3, 1970, S. 341-356. Die Relevanz z.B. der Beziehungen zwischen Wahlgesetz und Parteiensystem für Karriereverläufe (Aufstiegsmuster) wird u.a. behandelt in: V.O. Key, Political Parties and Pressure Group, New York 1952; J.G. Grumm, Theories of Electoral Systems, in: Midwest Journal of political Science, Nov. 1958, S. 357-376; D.W. Rae, The Political Consequences of Electoral Laws, New Haven 1967; M. Duverger, Political Parties. Their Organisation and Activity in the modern State, New York 1963.

- 25 So weist z.B. W. Schluchter, Der Elitebegriff als soziologische Kategorie, in: KZfSS, 15, 1963, S. 233-256, auf S. 240 auf den engen Zusammenhang zwischen dem Elite- und dem Aufstiegsproblem hin:
"Wenn Macht die Voraussetzung der Elitezugehörigkeit ist, so muß die Weise, in der Macht erlangt wird, zumindest hypothetisch erörtert werden. Daran wird sichtbar, daß das Eliteproblem eng mit dem Aufstiegsproblem zusammenhängt. Denn die gesellschaftlich vermittelte und ausgeübte Macht wird nicht regellos und zufällig an bestimmte Personen und Personengruppen verteilt, sondern auf Grund bestimmter, der Sozialstruktur immanenter Notwendigkeiten. In jeder Gesellschaft wird die Struktur der Aufstiegsprozesse durch deren objektive Bedürfnisse mitbestimmt, und Friedrich Fürstenberg (F. Fürstenberg, Das Aufstiegsproblem in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1962) hat in seiner Untersuchung über die Aufstiegsprobleme der modernen Gesellschaft zu Recht darauf hingewiesen, daß die Struktur dieser Aufstiegsprozesse "konstituierende Bedeutung für die Struktur gesellschaftlicher Führungsgruppen" hat. Wird aber die wichtige Funktion der Selektionsvorgänge für die Erhellung des Eliteproblems zugestanden, so folgt daraus, daß eine Analyse des Elitephänomens den Einfluß der in der Gesellschaft selbst wirksamen Prinzipien auf Auslese, Machterwerb und Machtausübung reflektieren muß."
- 26 Vgl. auch K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969, a.a.O., S. 257 ff.
- 27 Zur Kandidatenauslese siehe H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 595 ff., der detailliert für die Bundesebene den Ausleseprozeß schildert und analysiert und sich mit den Auslesekriterien (S. 603 ff) beschäftigt. Ebenso H. Köser, Innovationsprozesse ..., a.a.O., S. 48 hat beispielsweise für die Bundestagsfraktionselite der SPD nach 1945 festgestellt: "Die Karrieremuster innerhalb dieser Gruppe weichen insofern voneinander ab, als einige von der Landes- in die Bundespolitik umwechseln und andere umgekehrt von der Bundespolitik in die Landespolitik gehen (Brandt, später Kühn). Die Mitglieder der zweiten Gruppe beginnen ihre politische Karriere in der Bundespolitik und bleiben dort, ihre Karrieremuster gleichen sich sehr..." siehe auch K. v. Beyme, Regierungswechsel 1969, a.a.O., S. 255-286;
R.-P. Lange, Machtwechsel in Bonn, paper zum 8. Weltkongreß der IPSA, München 1970, Sektion B.

- 28 Vgl. auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 565, wo gewisse Widersprüchlichkeiten auftauchen: "Neben dem Wahlsystem determinieren die Binnenstruktur der Parteien und die jeweilige regionale Position der Partei den Ausleseprozeß", weiter unten: (S. 566) "Die Machtposition der Parteien - und damit eine entscheidende Voraussetzung für die Form des politischen Ausleseprozesses - hängt also stark von den Wahlkreisstrukturen ab"; S. 687: "Hier sollte nicht das Postulat aufgestellt werden, die Rekrutierung der Führungselite müsse die Hauptfunktion der Parteien in der BRD sein. Hier wurde lediglich konstatiert, daß sie es ist ...".
- vgl. auch W. Leisner (Parteienvielfalt bei gleichem Programm?, in: DÖV, 24.Jg., Heft 19, Okt.1971, S. 652), "Die Parteien stellen sich weniger mit einem Programm als mit einer Gruppe von Führerpersönlichkeiten zur Wahl. In ihrer innerparteilichen Auswahl liegt der wichtigste Beitrag der Parteien zur Elitebildung in der Partei. Mit Recht wird daher auch die Führungsauslese als eine wesentliche Aufgabe der Politischen Parteien häufig genannt." Er betont weiterhin: "Die Parteien unterscheiden sich eben in ihren Führerpersönlichkeiten; diese werden, können sich als solche nicht angleichen und ihre Unterschiede reichen hin, um die Parteien zu profilieren, um das Mehrparteienregime zu legitimieren. Dieses bedeutet nicht Programm-, sondern Personenvielfalt, es ist kein Lösungsschema für Sachfragen, sondern ein System der Eliteauslese." (S. 652);
- dazu auch: V.O. Key, Politics, Parties and Pressure Groups, 5. Aufl., New York 1964, in: G. Zieburg, Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S.182; K. Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts in der BRD, 3. Aufl. Karlsruhe 1969, S. 68;
- Ders., Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, VVdStRL, 17(1959), S. 11;
- F.A. Frhr.v.d.Heydte, Politische Parteien, Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 6.Aufl., VI, Freiburg 1961, S. 369;
- H. Krüger, Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1966, S. 376-377; S. Neumann, Modern Political Parties, Chicago 1955, S. 395 ff.; U. Scheuner, Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung im demokratischen Staat, in: DÖV 1958, S. 641.
- 29 Von Wandlungstendenzen soll (begrifflich-analytisch) im Gegensatz zu Beharrungstendenzen dann gesprochen werden, wenn sich im analysierten Zeitraum von über 25 Jahren die Sozialprofile, das Bildungs- und Ausbildungsniveau, die historisch-politische Vergangenheit (NS-Erfahrung), die beruflichen, innerparteilichen und parlamentarischen Karrieren bezüglich Aufstiegsgeschwindigkeit, Richtung und Intensität der ausgewählten Zielgruppe seit 1946/47

wesentlich verändert haben; da Elitenrekrutierung und -selektion sich nicht isoliert, sondern in gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht, sind damit Rückschlüsse auf den Zustand des politischen Systems zu ziehen und in Struktur- und Organisationswandel partiell Entwicklungstendenzen zu erkennen. Zur Problematik der Anwendung des Begriffs "Tendenz" in der sozialwissenschaftlichen Forschung siehe H. Bußhoff, Tendenz als sozialwissenschaftliche Kategorie, in: Soziale Welt, 24. Jg., Heft 4, 1973, S. 450-468. "Vielfach wird das Wort Tendenz in Verbindung mit dem Wort Trend gebracht"... "Unter Trend wird ein Vorgang verstanden, der sich auf einen relativ kurzen Zeitraum erstreckt, während Tendenz sich auf einen langfristigen Vorgang bezieht. Die Charakterisierung eines Vorganges als Trend orientiert sich an einem relativ konkreten Ziel, während Tendenz mit einem abstrakten Ziel in Zusammenhang gebracht wird" (S.450) Die Verwendung des Tendenzbegriffs wird in mehreren Studien, analysiert, die Bußhoff im einzelnen reflektiert; so z.B. bei H.P. Dreitzel (Hrsg.u. engl.), Sozialer Wandel, Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie, Neuwied/Berlin 1972; Theorien des sozialen Wandels, Herausgegeben von W. Zapf, Köln und Berlin 1970; K. Marx: Das Kapital. Hrsg. von H.J. Lieber und B. Kautsky, Bd. IV der Werke. Schriften Briefe. Stuttgart 1962, S. 924-927. Parsons: in Zapf S. 21 Eisenstadt: in Zapf, S. 75; Lockwood: in Zapf, S. 135; Deutsch: in Zapf, S. 193. Vgl. dazu K.W. Deutsch: "Toward an Inventory of Basic Trends and Patterns in Comparative and International Politics". In: American Political Science Review 54 (1960), S. 34-57; Etzioni: in Zapf, S. 147-176. C.Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 9; A.Malewski: "Zur Problematik der Reduktion, Stufen der Allgemeinheit in Theorien über menschliches Verhalten" in: E.Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1972;

- 30 Vgl. U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 19, der zum Ergebnis kommt: "Stabilität ist ohnehin ein Kennzeichen deutscher Eliten. Nach einem vorübergehenden Vakuum hat sich wegen des Fehlens einer rivalisierenden Ordnung rasch nach 1945 wieder das gewohnte System etabliert. Insbesondere blieb das Organisationsprinzip der deutschen Führungsschicht erhalten, selbst wenn einige ihrer Mitglieder ausgetauscht wurden."

- 31 So glaubt z.B. H.G. Assel (Modernes Demokratieverständnis in Theorie und Praxis, in: FVS, 18.Jg., Heft 1, März 1971, S. 12-32) einen Wandel der Machtverteilung zwischen Parteiapparat und Parlament feststellen zu können:
"Die Parteien, die so viel Macht entfalten, bilden eigene Herrschaftskörper aus, um politisch aktionsfähig zu bleiben. Die Auswahl von politischen Führungskräften und der Aufbau eines Parteiapparates mit einem Stab von Spezialisten und Fachreferenten gibt ihnen und nicht mehr dem Parlament die entscheidende Stimme. In den Parteien - genau in ihren Führungsgremien - werden die Leitlinien der zu vertretenden Politik erarbeitet, wobei die Vielfalt von Einzel- und Sonderinteressen auf einer "mittleren Proportionalen" zu integrieren ist." (S. 15/16).
- 32 Vgl. auch W. Kornhauser, The Politics of Mass Society, Glencoe III, 1959, der sich theoretisch mit dem Zusammenhang von Elitestruktur und Sozialstruktur befaßt, und u.a. aus dem Grad der Offenheit der Eliten Funktionszusammenhänge in einer modernen Gesellschaft ableitet;
J. Kurucz glaubt generell eine historisch sich entwickelte Systemoffenheit zu beobachten, "da qualifizierte Einzelmenschen sowohl aus der Oberschicht wie Unterschicht Elitemitglieder werden können" (J. Kurucz, Oberschicht, Elite und Etikettbesitzer ohne Eignung. Eine wissenschafts-theoretische Stellungnahme zur empirischen Eliteforschung, in: Soziale Welt, 20. Jg., 1969, Heft 1, S. 80-94): "In unserem historischen Exkurs hat sich eine generelle Regelmäßigkeit abgezeichnet: Die Elite kann sich in zunehmendem Maße von der Oberschicht abwenden, jedoch vermag sie sich keinen eigenen gesellschaftlichen Standort zu schaffen. Sie bleibt trotz aller Initiativen, ihr das Bewußtsein ihrer Identität und das ihrer besonderen sozialen Verpflichtung einzugeben, die bloße mathematische Summe der zur Führung qualifizierten Einzelmenschen, die sich sowohl auf die Ober- als auch auf die Unterschicht verteilen." (S. 94).
Empirische Untersuchungen können diese generelle Feststellung jedoch nicht teilen, vgl. z.B. die gegenteilige Auffassung von U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 24: "Die heute geltenden Auslesemechanismen sind deutlich an den Schul- und Ausbildungssystemen ablesbar, die eine Filterwirkung haben, welche die Unterschicht - mit wenigen Durchbruchschancen - von den Eliten ausschließt. Der ebenso bildhafte wie dekouvrierende Ausdruck "aufsteigen" sagt das deutlich. Strukturell kann man deshalb in der westdeutschen Gesellschaft als sicherste Voraussetzung für eine Karriere die hohe soziale Stellung der Eltern sehen."
Vgl. dazu auch V.v. Bethusy-Huc, Die soziologische Struktur deutscher Parlamente, Bonn 1958; dies., Das politische Kräftespiel in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1965, W.Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 181
K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O.

- 33 U.Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O.,
K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O.,
V.v. Bethusy-Huc, Die soziologische Struktur ..., a.a.O.,
W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O.,
ders. (Hrsg.) Beiträge ..., a.a.O.,
D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O.
- 34 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S.12
- 35 Ebenda, S. 15
- 36 Z.B. hat K. von Beyme (Die politische Elite ..., a.a.O.)
für sein sample der Bundespolitiker festgestellt, daß
bei über 90% "Erfahrungen in der Gemeinde- und Landes-
politik das Sprungbrett für politische Karrieren" sind
(S. 218).
- 37 Die Kontrollgruppe der Erfolgreichen, d.h. aller derje-
nigen, den der Einzug ins Landeskabinett gelang, wären
alle diejenigen, die sich erfolglos um ein Ministeramt
beworben haben (Minister-Aspiranten). Eine gesonderte
Studie wäre notwendig, um deren Karrieren systematisch
nachzuvollziehen und unter vergleichenden Aspekten
herauszuarbeiten, welche subjektiven und objektiven
Faktoren diese analytischen Gruppen voneinander tren-
nen.
- 38 Vgl. G. Loewenberg, Parlamentarismus ..., a.a.O.
- 39 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 222
- 40 Dieser Auffassung sind grundsätzlich K. M. Bolte/ D.
Kappe/F. Neidhardt (Soziale Schichtung in der Bundes-
republik, in: K. M. Bolte, Deutsche Gesellschaft im
Wandel, Opladen 1966, S. 281): "Die Demokratisierung
der Gesellschaft hat der Arbeiterschaft die politischen
Gleichheitsrechte gebracht, und mit der Abschaffung des
Dreiklassenwahlrechts in Preußen 1918 fiel die ent-
scheidende Barriere politisch-formaler Diskriminierung.
Das institutionalisierte Bildungsmonopol der Oberschich-
ten, des Adels und der Bourgeoisie wurde zunehmend ab-
gebaut. Das Recht zum Besuch weiterführender Schulen,
Universitäten und anderer Fortbildungsanstalten und die
prinzipielle 'Öffnung' aller gesellschaftlichen Posi-
tionen für jeden, der sich für deren Besetzung zu qua-
lifizieren vermag, brachten Auflockerungen des klassen-
bestimmten Schichtungsgefüges durch berufliche Auf-
stiege und Erhöhung des gesellschaftlichen Status in
der Generationsfolge."

- 41 Zur Anwendung des Begriffs "Vergleichbarkeit" siehe P. Ridder, Politische Folgen der Berufskarriere - Eine vergleichende Sekundäranalyse, in: Soziale Welt, Nr. 3, 1974, S. 337: "Der Begriff der Vergleichbarkeit wird in der Regel fast ausnahmslos auf den Vergleich von Strukturen bezogen. Man fragt aber mit Recht, ob denn der morphologische Begriff der Vergleichbarkeit, ohne Verzerrungen hervorzurufen, auch auf soziale Prozesse anwendbar ist. Das Vergleichbarmachen sozialer Prozesse setzt offensichtlich ihre Meßbarkeit voraus".
- 42 Mit der Repräsentationsproblematik der Mitglieder des Bundestages befaßt sich beispielsweise J. Raschke (Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem, Darstellung und Dokumentation, Berlin 1968); Vgl. auch H. Klatt, Die finanzielle Stellung der Abgeordneten, a.a.O., wobei er sich mit den Auswirkungen des Diätensystems befaßt (S. 361-362): "Die Zahl der öffentlichen Bediensteten, der Partei- und Verbandsangestellten, die im Bundestag und den Landtagen überproportional vertreten sind, übersteigt bei weitem den prozentualen Anteil dieser Gruppen an der Gesamtbevölkerung wie auch an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen. Nun ist zwar festzuhalten, daß die soziale Zusammensetzung gesetzgebender Körperschaften nicht die bundesdeutsche Bevölkerung bzw. deren Berufsstruktur direkt proportional widerspiegeln kann. Würde der Bundestag die Bevölkerung im Maßstab 1: 100 000 repräsentieren, dann müßten annähernd 50 Prozent der Parlamentsmitglieder von Beruf Hausfrau sein. Andererseits wären die selbständigen und freien Berufe bereits jetzt in der Volksvertretung überrepräsentiert. Weder der Bundestag noch die Parlamente anderer westlicher Demokratien haben die von ihnen vertretene Bevölkerung jemals in Hinsicht auf Alters-, Bildungs- und Berufsstruktur oder die Anzahl der weiblichen Mitglieder widergespiegelt. Auch in Zukunft werden die parlamentarischen Versammlungen keine 'soziale Repräsentation' vermitteln, keine Nation 'en miniature' darstellen, bedingen doch die verfassungsmäßigen Aufgaben des Parlaments und die Funktionsfähigkeit des gesetzgeberischen Apparats ebenso wie die intellektuellen und fachlichen Anforderungen an das einzelne Mitglied bestimmte Abweichungen in der sozialen Struktur des Bundestages vom sozialen Querschnitt der Bevölkerung."

- 43 Vgl. auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 647; die Daten (Dauer der Zugehörigkeit zum Parlament, Alters- und Berufsschichtung, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit und regionale Herkunft) der Abgeordneten "sind nicht nur unter der Fragestellung zu analysieren, inwieweit das Parlament die Struktur der Bevölkerung widerspiegelt, sondern auch daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie spezifisches Ergebnis der Parteienstruktur sowie des Ausleseprozesses sind und in welcher Weise sie die Struktur der Bundestagsfraktionen konstituieren."
vgl. dazu auch die These von U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 19: "Sämtliche westdeutschen Führungsgruppen rekrutieren sich dabei überproportional aus den oberen sozialen Schichten, während die Unterschichten einen direkten Zugang fast nur zu den politischen Führungsgruppen (vor allem über die SPD und die Gewerkschaften) haben."
- 44 Dies wird grundsätzlich von einigen Autoren behauptet, die sich auf eigene, empirische Erhebungen und Analysen stütze; so z.B. von M. Kruk, Die großen Unternehmer, woher sie kommen, wer sie sind, wie sie aufstiegen, Frankfurt a.M. 1972, S. 66/67: "Ständig rücken Kräfte von unten nach, die Gesellschaft ist nicht geschlossen." Zur Frage der Karrieremobilität (im beruflichen Sektor) und der Schichtzugehörigkeit nach Alterskohorten siehe z.B. auch G. Kleining, Soziale Mobilität in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 273-292: "Mobilitätsvorgänge dieser Art (Wechsel der Schichtzugehörigkeit in 'aufsteigender' Tendenz, d.Verf.) sind bis zum Alter von etwa 30 Jahren im Prinzip abgeschlossen, nur bei Akademikern mit längerer Ausbildung, die später in das Berufsleben eintreten, schiebt sich dieser Zeitpunkt hinaus. Man kann festhalten, daß der soziale Status in der Gesellschaft 'endgültig' bis etwa zum 30.Lebensjahr verteilt ist, nachher gibt es - von statistisch kaum ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen - so gut wie keine 'Karrieren' mehr."
- 45 Vgl. G. Kleining, Soziale Mobilität ..., a.a.O., der sich unter historischer Perspektive (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) mit Untersuchungen zur Schichtzugehörigkeit, Status- und Karriere-Mobilität (Aufsteiger, Stabile, Absteiger), der Problematik von Aufstiegschancen und -barrieren befaßt. Auf einige seiner Ergebnisse wird unter vergleichenden Aspekten zurückgegriffen.
siehe dazu auch unter spezifischen Aspekten H. Klatt, Die finanzielle Stellung ..., a.a.O., S. 161:
"Da die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die Mehrzahl der hauptamtlich angestellten Partei- und Verbandsfunktionäre neben den Diäten im allgemeinen über ein zusätzliches Einkommen verfügen und kein nennenswertes

Berufsrisiko eingehen, ist die Ausgangsposition für diese sozialen Gruppen, ein Mandat zu übernehmen, weitaus günstiger als für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und für selbstständig sowie freiberuflich Tätige, die in ihrer Mehrheit die Einkommensverluste durch die Diäten nicht ausgleichen können und zudem häufig hinsichtlich ihrer beruflichen Karriere Risiken einkalkulieren müssen."

Am Beispiel der Diätenregelung des Bundestages kommt K. Klatt, Die finanzielle Stellung ..., a.a.O. zu folgendem Schluß (S. 162/163): "Für die Annahme, daß die Interessen der im Bundestag nicht direkt vertretenen Unterschicht nur unzureichend berücksichtigt werden, spricht die 'Distanz' zwischen Repräsentanten mit hohem Sozialstatus und den Repräsentierten mit niedrigem Sozialstatus. Gegen eine solche Hypothese kann geltend gemacht werden, daß für eine Reihe von Abgeordneten das Mandat Ergebnis eines sozialen Aufstiegs ist. Besonders Gewerkschaftsangestellte, die als erlernten Beruf Facharbeiter angeben, und die erst in der Verbands- oder Parteiorganisation in eine sozial höhere Position aufgestiegen sind, dürften die Sorgen und Nöte der Arbeitswelt kennen und sollen auch als Funktionäre ihres Verbandes im Parlament die Interessen der Arbeitnehmer besonders vertreten. Zudem wirken die Interessenorganisationen der nicht direkt im Parlament vertretenen Schichten von außen auf die Volksvertretung, die Regierung und die Ministerialbürokratie, um die Interessen ihrer Mitglieder zum Tragen zu bringen. Eine Lösung für das komplizierte Phänomen der sozialen (neben der politischen) Repräsentation muß noch gefunden werden, denn die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, die Souveränität des Volkes und die Repräsentativverfassung, bedingen die Repräsentanz aller Bevölkerungsschichten im Parlament. Aber nicht nur das demokratische Dogma läßt sich für diese Forderung ins Feld führen. Auch theoretische und empirische Studien der modernen Demokratieforschung haben die Relevanz größerer Partizipationsmöglichkeiten aller gesellschaftlichen Schichten am Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß für ein optimales Funktionieren des politischen Systems nachgewiesen."

Siehe dazu beispielsweise W. Steffani (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz, Kritik Bd. III, Opladen 1971, S. 11 ff., 38 ff., sowie die darin enthaltenen Beiträge von Zeuner und Raschke: "Permanente aktive politische Beteiligung aller Bürger zu erreichen, dürfte aber illusorisch bleiben, wenn die Bereitschaft, sich als Bewerber für den Ausleseprozeß parteioffizieller Kandidaten zur Verfügung zu stellen, d.h. der Zugang zum Parlament, trotz der Gewährung von Diäten nahezu ausschließlich auf finanziell gesicherte und abkömmliche Staatsbürger beschränkt bleibt." Damit wendet er sich gegen die extreme Überrepräsentation dieser Berufsgruppen im Bundestag und in den Landtagen.

- 46 Zur Analyse der politischen Karrieren spezifischer SPD-Eliten siehe beispielsweise H. Köser, Innovationsprozesse ..., a.a.O., der diejenigen Elitemitglieder identifiziert und differenziert, die an der Entstehung des Godesberger Programms beteiligt waren. Nach Analyse von Karrieremustern gelangt er zu sechs Führungsgruppen (Parteielite, Fraktionselite, Länderexekutive, Bezirks-Landesvorsitzende, Oberbürgermeister, Experten - zumeist aus der Länderministerialbürokratie - der Fachausschüsse). Dabei wird von sozial-strukturellen Analysen bewußt Abstand genommen.
- 46a Vgl. M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: KZfSS., 1958, 10.Jg., Heft 1, S. 1-38
- 47 Z.B. sieht H. Klatt, die finanzielle Stellung ..., a.a.O., S. 363/364; für die soziale Zusammensetzung der Parlamente eine Möglichkeit, über eine Neuregelung der Diäten eine gleichmäßigere Vertretung aller sozialer Gruppen zu erzielen, "wenn man 1. den bisher Benachteiligten, also insbesondere den schlechter gestellten Kategorien der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, der Selbständigen und Freiberufler, zusätzliche Abgeordnetenbezüge als Verdienstausschüttung zubilligen würde. 2. die Diäten, genauer gesagt die Aufwandsentschädigung (Grunddiäten), der Einkommensteuer unterwerfen würde, und damit eine soziale Differenzierung zwischen den einzelnen Abgeordneten möglich wäre. (Die Abgeordneten, die einzig und allein von ihren Diäten den gesamten Lebensunterhalt bestreiten müssen, würden wenig oder gar nicht zur Einkommensteuer veranlagt, die vermögenden und finanziell gut gestellten MdB oder MdL müßten ihre Aufwandsentschädigung progressiv zur Höhe ihres sonstigen Einkommens voll versteuern). Beide Maßnahmen könnten bewirken, daß die persönliche Bereitschaft von Arbeitern, abhängig Beschäftigten in Landwirtschaft, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe, Selbständigen und Freiberuflern, sich bei der Kandidatenaufstellung zu bewerben, angesichts eines geringeren finanziellen Risikos zunehmen würde. Größere Chancengleichheit bei der Bewerbung um die Mandate müßte aber zu einer ausgewogeneren Sozialstruktur der parlamentarischen Körperschaften führen."
- 48 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 15.

- 49 Vgl. U. Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963; B. Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Den Haag 1970; W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied/Westberlin 1967, 2. Teil, insb. S. 316 ff.; H.G. Assel, Modernes Demokratieverständnis ..., a.a.O., S. 27: "Demokratisierung heißt die innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie zu fördern durch persönlichen Einsatz. Mehr Demokratie wird zuerst in den Parteien, Verbänden und in den tragenden Institutionen im Kampf gegen die Eliten zu schaffen sein, die sich abkapseln möchten, um ihre Herrschaftsfunktionen konkurrenzlos auszuüben. Unsere Organisationsgesellschaft birgt die Gefahr in sich, daß mit der Oligarchisierung, mit der Abkapselung der Eliten, eine breite Entpolitisierung der Parteien- und Verbändemitglieder Hand in Hand geht."
- 50 Zum Verfahren der Kandidatenaufstellung siehe z.B. H. Kaack, Die Parteien in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Kiel 1963, S. 94 ff.; H.H. Röhring/K. Sontheimer (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parlamentarismus, München 1970, S. 226 ff.; H. Kaack, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese, Köln und Opladen 1969, S. 78 ff.; Ders., Wer kommt in den Bundestag, a.a.O., S. 60 ff. und S. 78 ff.; J. Raschke, Wahlen und Wahlrecht, Berlin 1968, S. 17 ff.; H. Unkelbach/R. Wildenmann/W. Kaltefleiter, Wähler-Parteien-Parlament, Frankfurt a.M. 1965, S. 82 ff.; W.Hirsch-Weber/K. Schütz, Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Köln/Opladen 1967, Bd. 22 der Schriften des Inst.für Politische Wissenschaft; B. Zeuner, Kandidatenaufstellung ..., a.a.O.
- 51 H. Adam, Wer herrscht in der Bundesrepublik, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 5, Mai 1975, S. 396 kommt zum Ergebnis: "Schichtenspezifische politische Partizipation, sozial einseitige Rekrutierung der politischen Elite und abgeschwächte Parteienkonkurrenz begünstigen somit die Konservierung der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eines Landes. Geht man davon aus, daß eine möglichst lange Aufrechterhaltung des Status quo im Interesse der von den jeweiligen Verhältnissen profitierenden Oberschichten liegt, so dürften sie bei der politischen Willensbildung in einem pluralistischen System im Vorteil sein. So gesehen ist auch die Grundannahme des Pluralismuskonzepts von einem Machtgleichgewicht zwischen allen sozialen Gruppen eine zu starke Vereinfachung der gesellschaftlichen Wirklichkeit."

Dazu auch K. Harpprecht, Unbehagen am Eliten-Bewußtsein, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 2, 1972, S. 121:
"Aus den demokratisierten Eliten werden sich immer wieder die Wenigen lösen, die entschlossen sind, die Rolle der "Happy few" zu übernehmen, und ihr Elitebewußtsein wird wie stets zuvor an der ewigen Frage ermüden, ob sie ihr Glück daraus schöpfen, daß sie die Wenigen sind, oder ob das Glück sich nur den Wenigen zuwenden kann."

- 52 Siehe O. Stammer, Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch, 71.Jg., Bd. II, S. 20, (1951)
- 53 Eine Analyse über Karriere-Voraussetzung und Chancen des Aufstiegs beispielsweise im Bereich der Großorganisationen der staatlichen Massenmedien (Rundfunk-, Fernsehanstalten) gibt H. Dürr, Nachwuchs für die Telegötter, in: Die Zeit, Nr. 3, v. 10.8.1973, S. 17.
- 54 Vgl. W. Schluchter, der Elitebegriff ..., a.a.O., der in der Entwicklung eines Elitenmodells auf den Zusammenhang zwischen Auslese, Aufstieg und Elite hinweist (S.249):
"Die Beschaffenheit der Führungsgruppen weist so gleichsam auf die Beschaffenheit der Gesellschaft zurück ... Will man so unter Eliten die Führungsgruppen in einer Leistungsgesellschaft verstehen, so können diese über die Auslesevorgänge als mit der Sozialstruktur vermittelt gedacht werden. Die Art dieser Auslesevorgänge wird sich demnach in der Struktur der Führungsgruppen niederschlagen. Eliten können daher als Aufstiegsgruppen im Sinne Fürstenbergs (F. Fürstenberg, Das Aufstiegsproblem ..., a.a.O., S. 147) verstanden werden."
- 55 Vgl. N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisationen, Berlin 1964; weitere Literatur siehe im Abschnitt "Methodische und theoretische Ansätze".
- 56 Vgl. H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S.15:
"Die Rekrutierung der politischen Führungskräfte dürfte letztlich die wichtigste Aufgabe der Parteien in der parlamentarischen Demokratie sein ... Die Analyse von Rekrutierung und Struktur der Führungselite führt direkt auf die Ausgangsfrage nach dem generellen Zusammenhang von Parteiensystem und politischem System zurück." Im Widerspruch dazu schränkt er auf S. 565 ein:
"Die Rekrutierung der politischen Führungskräfte ist eine der Hauptaufgaben der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie. Das Funktionieren des demokratischen Systems hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit es den Parteien gelingt, in Parlament und Regierung geeignete Persönlichkeiten an die zentralen Schaltstellen zu setzen."
Vgl. C. Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme,

- hrsg. v. G.Kress und D. Senghaas, Frankfurt a.M. 1969, S. 166, der den Parteien eine quasi-staatliche Monopolstellung zuordnet und ein Kartell der Parteien sieht. Er betont z.B. den Interessengegensatz zwischen Partei-Management und innerparteilicher Opposition, wobei die Problematik der Funktionsfähigkeit der innerparteilichen Demokratie angerissen ist, die Grundlage für eine demokratische Willensbildung ist.
- 57 Auf die besondere Problematik der Auswirkungen mehrfacher Systembrüche auf den individuellen Werdegang geht auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 163 ein, der eine "historische Relativierung individueller Entwicklungsphasen" für unabdingbar hält.
- 58 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 68 ff.; W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 146 ff.; D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 133 ff.; K.W. Deutsch/L.J. Edinger, Germany Rejoins the Power, Stanford 1952; L.J. Edinger, Post Totalitarian Leadership. Elite in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, 54, 1960, S. 68/69.
- 59 Siehe D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 92 ff.
- 60 J.D. Barber, The law-makers. Recruitment and Adaption of Legislative Life. New Haven/London 1966; H. Kaack, Wer kommt in den Bundestag, a.a.O., S. 57 ff.
- 61 Erläuterungen hierzu siehe im Abschnitt "Politische Vergangenheit - Beruflicher Werdegang und politisches Verhalten im Dritten Reich".
- 62 Die Definition "Berufspolitiker" siehe auf den folgenden Seiten.
- 63 K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969 ..., a.a.O., S.257 zeigt diese Problematik deutlich auf:
"Der Nutzen solcher Karrierestudien, die vornehmlich auf Informationen des "Who is who"-Typs basieren, kann nur dann erhöht werden, wenn sie nicht rein deskriptiv bleiben, sondern zu zeigen versuchen, daß die Background-Variablen mit dem politischen Verhalten der politischen Positionsinhaber zusammenhängen und daß einige der zahlreichen Background-Variablen, die studiert werden können, relevanter sind als die übrigen, um politisches Verhalten zu erklären." Dabei verweist er auf L.J. Edinger/D.D. Searing, Social background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry, in: American Political Science Review (Am.Pol.Sci.Rev.), 61, 1967, S. 428-445.

- 64 Zur Theorie der Professionalisierung siehe G.S. Black, A. Theory of Professionalization in Politics, in: The Am. Pol. Sci. Rev., Vol. LXIV, Sept. 1970, Nr. 3, S. 865-878.
- 65 J.R. Tréanton, le concept de carrière, in: R. franc. Sociol., 1(1960), S. 73-80; H. P. Dreitzel, Elitebegriff ..., a.a.O., S. 98 definiert: "Die Karrieren sind vorgeformte Aufstiegswege, die den Aufstieg selbst durch ein System von Kontrollen regulieren".
- 66 Siehe z.B. für das Jahr 1952 eine Aufstellung über die Besoldung der Landesregierungschefs und Kabinettsmitglieder (in: Tagesspiegel, v. 6.4.1952, S. 9), Vgl. auch H. Klatt, Die finanzielle Stellung ..., a.a.O., der auf S. 351 das Problem der Einkünfte von "Berufsparlamentariern (Politikern)" im Vergleich zum Aufwand der Wahrnehmung eines Mandates und im Vergleich zu den Bezügen von Mitgliedern der Regierung und Spitzen der Bürokratie" anspricht. Zum Vergleich siehe auch eine Aufstellung über Einkünfte (Gehälter) von "ökonomischen" Führungspersonal (F. Grätz, Einkommen 1971, Ergebnisse der Kienbaum-Analyse, in: Der leitende Angestellte, Nr. 3, 1972, S. 5-10).
- 67 Siehe N. Luhmann, Soziologie des politischen Lebens, in: KZfSS, 20/1968, S. 705-733, der eine zunehmende Ausdifferenzierung des politischen Systems sieht, da "System-immanente Kriterien der Eignung und Leistung" (S. 708) entwickelt werden, was an bestimmten systemkonformen Karriereverläufen deutlich wird. Vgl. in diesem Zusammenhang auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 154 ff., der sich intensiv mit den Chancen und Möglichkeiten des plötzlichen cross-over aus einem komplexen Organisationsbereich (z.B. der privaten Wirtschaft) in einen anderen (z.B. Politik) befaßt. Unterschiedliche Ansichten vertreten dabei C.W. Mills, Power Elite, New York, 1956, Oxford University Press, Kap. XII und S. Keller, Beyond the ruling class, was im folgenden Kapitel ausführlicher dargestellt wird. Über Möglichkeiten und Chancen sog. "Außenseiter-Karrieren" im komplexen, ausdifferenzierten Systemen siehe H.P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, Stuttgart 1962, S. 99.

- 68 D. Herzog, Politische Elitenselektion, Alte und neue Ansätze zur Analyse politischer Auswahlprozesse, in: Soziale Welt, Hg. 20/21, 1970/71, Heft 2, S. 144/45.
- 69 Z.B. durch Wochenendverpflichtungen im Wahlkreis mit Abhaltungen von Sprechstunden, Vorträgen in Vereinen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Repräsentationspflichten u.v.a.m.
- 70 Zur umfassenden Problematik des cross-over und personellen Austausches innerhalb und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Funktionsbereichen siehe W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 190:
"Zusammenfassend kann man sagen: In der deutschen Elite geht der Austausch innerhalb der großen Funktionsbereiche (Verwaltung: Staatssekretär wird Botschafter; Wirtschaft: Unternehmer wird Verbandsführer) und zwischen benachbarten Funktionsbereichen (Politik-Verwaltung; Wirtschaft-Gewerkschaft) vor sich. Ob man daraus eine wachsende Tendenz zum freien Austausch ableiten kann, muß dahingestellt bleiben". Auf S. 199 resümiert er:
"In Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg sind die einzelnen Sektoren: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirche, Kommunikation in sich recht homogen. Zwischen ihnen aber bestehen deutliche Distanzen. Der Austausch innerhalb der Sektoren ist teilweise hoch, nimmt aber 'nach außen' hin eindeutig ab. Es gibt keinen freien Austausch innerhalb der Elite ... sie ist zwar nicht gespalten, aber doch getrennt." (S. 199/200). Dieses Ergebnis wird überprüft werden müssen.
- 71 Ausschließlich karriere-orientiertes soziales Verhalten wird jedoch - laut den Ergebnissen repräsentativer Umfragen - von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. So wird z.B. in "Die Welt" Nr. 75, v. 29.3.1973, S. 2, unter der Überschrift "Karriere oder Familie" folgendes Ergebnis zitiert:
"Nach einer Repräsentativ-Umfrage des Wiesbadener Meinungsforschungsinstitutes IFAK sind 65 % der Bundesbürgerinnen über 16 Jahre der Meinung, daß ein Mann zugunsten seiner Freizeit und seines Familienlebens notfalls auf Karriere verzichten sollte. Nach Angaben des Hamburger Magazins STERN, in dessen Auftrag die Erhebung vorgenommen wurde, sind für 27 % Erfolg im Beruf wichtiger als Freizeit und Familie."

- 72 Vgl. dazu W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 186 ff. (Positionsverbindungen: Ämterkumulation);
- 73 Daß dieses cross-over aus der Wirtschaft in die Politik viel zu wenig erfolgt, beklagt R. Altmann (Die politischen Parteien und die Wirtschaft, in Merkur, a.a.O.) am Beispiel des Engagements von Unternehmern in den Politischen Parteien (S. 706). "Der Appell 'Unternehmer in die Politik' hatte übrigens wenig Erfolg ... Denn ihre Belange werden gegenüber Parlament und Regierung sowohl von Verbänden, was die Wirtschaftspolitik betrifft, wie von einer zahlreichen Lobby, was die speziellen Unternehmensbelange angeht, vertreten. ... Doch liegt die eigentliche Schwäche der parlamentarischen Parteien auch gar nicht darin, daß es ihnen an Spezialisten für diese oder jene Detailfragen mangelt. Nebenher ist die politische Karriere immer noch so etwas wie der zweite Bildungsweg."
- 74 Wird als komplexe Leistungsgesellschaft verstanden.
- 75 Zum Begriff der Qualifikation und der Rolle und Bedeutung in der "kapitalistischen" Produktionsweise siehe W.D. Hund, U. Matull, K. Ruff, P. Volkmar, Qualifikationsstruktur und wissenschaftstheoretischer Fortschritt - Zum Begriff der Qualifikation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10, 1973, S. 1084-1099, dort wird, von einem marxistischen Ansatz her, Qualifikation der Arbeitskraft als Fähigkeiten, Erfahrungen, Geschicklichkeiten, Wissen etc. definiert (S. 1084). In diesem Aufsatz sind zu dieser Problematik weitere Literaturhinweise gegeben.

- 76 Vgl. H.P. Dreitzel, Elitebegriff ..., a.a.O., S. 155:
"Das Prinzip der Industriegesellschaft ist die Steigerung des Lebensstandards. Die Erfüllung dieses Prinzips ist angewiesen auf das Leistungswissen als der Bedingung ihrer Möglichkeit. Deshalb gehört zur industriellen Gesellschaft immer Wissenschaft, ist die Verwissenschaftlichung aller Arbeitsbereiche die notwendige Folge des Prinzips der Produktivitätssteigerung. In der sozialen Wirklichkeit bricht sich dieses Erfordernis in mannigfacher Weise: die Qualifikation im Leistungswissen bleibt gebunden an das Medium ihrer gesellschaftlichen Gestaltung in vorgeformten Berufen und Karrieren..."
- 77 Vgl. M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 67:
"Nicht Rang oder Reichtum des Vaters, nicht Geburtsurkunde oder Erbschein sind entscheidend, sondern die Leistung." Weiter unten schränkt Kruk jedoch diese klare Aussage wieder ein: "Zur Leitung eines Großunternehmens - wie zu jeder überragenden Führungsaufgabe - gehören Fähigkeiten, die nicht erlernbar sind. Bestimmte Anlagen und Talente muß jeder von Hause aus mitbringen, will er Erfolg haben." (S. 67). Siehe auch dasselbst weiter auf S. 147 ff. (Leistung - der entscheidende Motor des Aufstiegs). Vgl. auch W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite 1919-1961, München 1966, S. 184: "Wir haben festgestellt, wie innerhalb der westdeutschen Führungsgruppe tendenziell Ausbildung und Berufskarriere zu Hebeln des Aufstiegs werden..." Zur Leistungsqualifikation siehe auch ein Interview mit dem ehem. Bundeswissenschaftsminister K. von Dohnanyi (Leistung ist Voraussetzung des Aufstiegs, in: Vorwärts, v. 27. Juli 1972, S. 14), der im Zusammenhang einer Diskussion über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum numerus clausus ein eindeutiges Bekenntnis zum Leistungsprinzip - nicht nur für den Bildungs- und Ausbildungsbereich - ablegt: "Ich stütze mich hier auf das Godesberger Programm, das ausdrücklich feststellt: Leistung ist die Voraussetzung des Aufstiegs in der Gesellschaft." Zur Bedeutung der Qualifikation (durch Leistung) als ein Strukturprinzip einer industriellen Gesellschaft siehe H.P. Dreitzel, Elitebegriff ..., a.a.O., S. 76/77: "Fortschritt ist das immanente Gesetz der industriellen Revolution in Permanenz und dieses Gesetz wird erst erfüllt durch die wissenschaftlich-technische Leistungsqualifikation."
W. Schluchter, Der Elitebegriff ..., a.a.O., S. 247 kritisiert diese These und sieht, wie R. Dahrendorf - für den politischen Sektor noch andere Kriterien als eine (fachliche) Berufsqualifikation: "Darüber hinaus stellt sich weiter die Frage, ob die Berufsstruktur der industriellen Gesellschaft als ganze so beispielhaft für die Auslese von Eliten ist, wie dies von Dreitzel angenommen wird. So sehr dies

für einen großen Bereich der industriellen Gesellschaft gelten mag, so wenig kann offenbar die Berufsqualifikation in allen Sektoren der Gesellschaft in gleicher Weise als Kriterium für die Auslese von Eliten in Anschlag gebracht werden. Wenn Ralf Dahrendorf feststellt, es sei ein allgemeines "Merkmal der Struktur moderner Gesellschaften, daß spezifische Berufsqualifikationen sich als Barriere, jedenfalls aber nicht als Hilfe für diejenigen auswirken, die einen Platz in jener schmalen Schicht wirklichen Einflusses erstreben", so scheint diese Aussage zumindest für den politischen Bereich Relevanz zu haben. Die hier zu erstellende Leistung ist eben von ganz anderer Art als im industriellen Sektor." Auch U. Jaeggi, *Macht und Herrschaft ...*, a.a.O., S. 24/25 lehnt die "Theorie der Leistungsqualifikation" als das wesentlichste Aufstiegskriterium ab." Daß gerade bei der Besetzung von Elitepositionen die Leistung sowohl wie die fachliche Qualifikation nicht unbedingt zum Zuge kommen, ja in der Regel gerade im politischen Bereich aber auch im Bereich der Verwaltungseliten, andere Kriterien eine zentrale Rolle spielen, ist offensichtlich." Mit den gesellschaftlichen Folgen der "Leistungsideologie" befaßt sich D. Seibel, *Folgen des Leistungskonflikts in der bürgerlichen Gesellschaft*, in: *Das Argument*, 15. Jg., 1973, Heft 1-3 (78), S. 123-143. Er analysiert diese (nach seiner Auffassung) "Ideologie" kritisch (S. 126): "Gleichzeitig ist die herrschende Klasse nicht daran interessiert, die Rollenzuweisung tatsächlich durch das Leistungsprinzip bestimmen zu lassen, da dies eine erhebliche Bedrohung für die soziale Lage ihrer Mitglieder bedeuten würde ... Die Leistungsideologie läßt sich für sehr verschiedene gesellschaftliche Ziele einsetzen ... In hochindustrialisierten Gesellschaften kann sie zur Legitimation der bestehenden Ordnung und zu ihrem Schutz gegen Veränderungen eingesetzt werden. Dabei besteht zwischen Leistungsideologie und Leistungswirklichkeit nicht notwendigerweise ein Zusammenhang." und weist auf die psychischen und sozialen Folgen des Leistungskonfliktes hin. Er kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen (S. 142/143):

1. Unsere Gesellschaft ist konkret keine Leistungsgesellschaft; denn Arbeitsrollen werden primär nach Nichtleistungskriterien vergeben.
2. Gleichzeitig wird unsere Gesellschaft von der Leistungs-ideologie beherrscht; das Leistungsprinzip ist ein zentraler, allgemein anerkannter Wert.
3. Die Diskrepanz zwischen einem Kultursystem, das Leistung als Wert und die Vergabe von Arbeitsrollen nach diesem Wert vorschreibt, und einem Sozialsystem, das Arbeitsrollen realiter nach anderen als nach Leistungskriterien vergibt den sogenannten Leistungskonflikt: Wir glauben an Leistung als Wert, leben aber in einer Gesellschaft, die

sich in ihrem tatsächlichen Verhalten nicht nach diesem Wert richtet. Damit leben wir in einer Gesellschaft im Leistungskonflikt." Die Überwindung dieses, nach seiner Auffassung aus der kapitalistischen Grundstruktur herführenden Zustandes liegt für ihn in der Errichtung einer "Gesellschaft ohne Leistungskonflikt" - einer sozialistischen Gesellschaft (S. 143).

- 78 Was u.a. am Beispiel der juristischen Ausbildung der Justizminister kritisiert wird von T.Rasehorn, Montequieu ist tot - was nun? Ein Beitrag zur demokratischen Justizutopie in: Recht und Politik, Nr.3, 1970, S. 101-111.
- 79 Die als Beitrag zur Demokratisierung verstanden und begrüßt wird (K.Harpprecht, Unbehagen ..., a.a.O., S.120/121): "Dennoch, wir scheinen im Begriff zu sein, den Prozeß der Auslese durch Spezialisierung gleichsam zu demokratisieren. Eine beschränkte Art von Bildung erzwingt sich die Massenbasis. Die Konstrukteure unserer Gesellschaft sind am Werk, die Volkseelite zu schaffen, und das ist auch eine schöne Erfindung."
- 80 Vgl. H.P.Dreitzel, Elitebegriff ..., a.a.O., S. 53, der als das entscheidende Wesensmerkmal moderner Eliten das "Leistungsprinzip als Auslesekriterium" hält.
- 81 Vgl. G. Loewenberg, Parlamentarismus ..., a.a.O.
- 82 Z.B. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O.
- 83 Siehe dazu H.H. Hyman, Political Socialization, New York 1959; R.E. Lane, Political Life, New York 1959; G.A.Almond und S. Verba, The Civic Culture, Princeton 1963; R.E. Dawson und K. Prewitt, Political Socialization, Boston 1969; gegen Dawson/Prewitt stehen die Untersuchungen von L.J. Edinger/D. Searing, Social Background in Elite Analysis. A Methodological Inquiry, in: Am.Pol.Sci.Rev., 61 (1967), S. 427-445.
- 83a D.Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 164 ff.;S.177ff.
- 84 Ebenda, S. 175 ff.
- 85 In Wahlsoziologischen Studien werden personalpolitische Aspekte tangiert, z.B. in W.Leirich, Politik in einem Bundesland, Die Landtagswahl vom 8.7.1962 in Nordrhein-Westfalen, Köln/Opladen 1968; D. von Herz, Die Politik des verspäteten Machtwechsels, Meisenheim am Glan 1970; beide Arbeiten befassen sich jedoch primär mit der Interdependenz zwischen Bundespolitik und Landtagswahlen. Vgl. auch B. Steinkempler, Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik, Köln/Berlin/Bonn/München 1974, die mittels des Positionsansatzes die Inhaber von Führungspositionen in Bundes- und Landesministerien analysiert.

- 86 Zum Bund-Länder-Verhältnis siehe U.A.J. Leonardy, Verfassungsreform und Verfassungsauftrag im Bund-Länder-Verhältnis (zur Verbundsplanung und Länderneugliederung), in: Die Neue Gesellschaft Nr.3, 1973, S. 166-171; Vgl. auch F. Halstenberg, Bund-Länder-Verhältnis - Aktuelle Fragen -, in: Die Neue Gesellschaft, Nr.1, 1973, S. 14-17.
- 87 W. Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht Tübingen 1964, S. 166, behauptet sogar: "In der westdeutschen Gesellschaft wird die Elite von der Exekutive repräsentiert."
- 88 Zur Rolle des Bundesrates vgl. H. Filbinger, der Bundesrat als eigenständige Kraft, Ansprache vor dem Bundesrat am 9.11.1973, Hrsg. v. Sekretariat des Bundesrates, Bonn 1973, insb. S. 14 ff.; D.H. Scheuing (Wiss. Redaktion), Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft (Hrsg.v. Bundesrat), Bad Honnef/Darmstadt 1974.
- 89 Siehe dazu auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 685, der auf die enge personelle Verflechtung zwischen Bund und Land hinweist: "Es besteht eine starke personelle Verflechtung der Führungseliten auf den Ebenen Bundesregierung, Bundestag, Bundesparteivorstand, Landesparteivorstände und Länderregierungen." Dieses Ergebnis wird überprüft. Beispielsweise stellt E. Lüth (Hamburgs politischer Nachwuchs, Aufgabe der Parteien: Verbreiterung der parlamentarischen Elite, in: Rheinischer Merkur, 15.9.1967, S. 25) die Frage "ob die parlamentarische Elite des 'Landtag' der Hansestadt Hamburg, genannt 'Bürgerschaft', ausreicht, oder ob sie zu dünn ist, alle wichtigen Positionen eines Bundeslandes angemessen zu besetzen", wobei unter wichtige Positionen zweifellos primär der Exekutivsektor gemeint sein dürfte. Lüth bemängelt exemplarisch am Bundesland Hamburg die bestehende Praxis der Landtagskandidatenauslese, befaßt sich mit dem Problem der Abwanderung "begabter Hamburger Parlamentarier aus der Bürgerschaft in den Bundestag" bzw. in die Landesregierung (Senat) und verweist auf die Notwendigkeit der Verbreiterung der parlamentarischen Elite.
- 90 Für den Bereich der Bundespolitik sind dabei in den letzten Jahren interessante Zahlen veröffentlicht worden, so z.B. im - verschiedene Untersuchungen zusammenfassenden - Bericht von E. Beutner, In Bonn ein unheilvolles Erbe gefunden, in: Berliner liberale Zeitung, Nr. 9, v. 29.4.1971, S. 5, der sich insbesondere auf Erhebungen von R. Wildenmann stützt, der festgestellt hat, daß in der Bundesrepublik von 800 als Elitemitglieder ausgemachten Personen jeder Vierte Mitglied der NSDAP war. Weiter-

hin soll die als konservativ bezeichnete Gruppe der Bonner Ministerialbürokratie (die rd. 2/3 aller Ministerialbeamten umfaßt) mit 52% den höchsten Anteil aller befragten Gruppen an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besitzen. Ebenso sollen dem Bericht zu Folge 43% der Staatssekretäre der Bundesländer vor 1945 aktive bzw. passive NSDAP-Mitglieder gewesen sein.
Vgl. auch R. Seeliger (Hrsg.), Bonns Graue Eminenzen (Aktuelle Beiträge zum Thema Ministerialbürokratie und sozialdemokratische Reformpolitik), München 1971.

- 91 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 56
- 92 Vgl. dazu W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 58:
"Zwar kann keine Rede davon sein, daß geschlossene "Nazi-Eliten" überlebt hätten oder zurückgekehrt seien; sie wurden aber auch nicht von einer demokratischen oder gar vor-totalitären (d.h. Weimarer) "Gegenelite" abgelöst (Vgl. R. Dahrendorf, Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, in: Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 305 ff.), sondern von "einer Elitekoalition, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus den Personengruppen rekrutierten, die weder engagierte Mitglieder noch Gegner des totalitären Regimes waren (L. Edinger, Post-totalitarian Leadership, a.a.O., S.76)."
- 93 Von W. Zapf als "Delegationseliten" bezeichnet (Wandlungen ..., a.a.O., S. 66).
- 94 Zum Problem des Generationswechsels siehe B.C. Witte, Die Struktur der politischen Führungsschicht in der Nachkriegszeit, in: Generationswechsel in der BRD, Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8, Stuttgart 1965, S. 9-28; H. Hamm-Brücher, Der Generationswechsel nach 1945 in der Politik, ebenda, S. 29-42.
- 95 Siehe Anmerkung Nr. 92.
- 96 Vgl. W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 58: "Die Weimarer Demokraten waren von den Nationalsozialisten dezimiert worden und überaltert, die manageriellen und technischen Qualitäten der vielen Mitläufer konnten nicht entbehrt werden."

- 97 Zur Altersstruktur der westdeutschen Eliten vgl. W. Kaltefleiter/R. Wildenmann, a.a.O., S. 96 (manager magazine):

Altersstruktur von vier Teileliten (in Prozent)

Alters- gruppe	Regierung- chefs Minister Bund/Länder	Partei- spitzen Bund/ Länder	Top-Mana- ger Groß- unterneh- men	Top-Mana- ger Banken/ Versiche- rungen
unter 30	-	3,3	-	-
30 - 39	3,6	37,4	3,8	4,9
40 - 49	50,0	24,2	25,0	30,5
50 - 59	29,7	19,2	41,3	29,3
60 - 69	14,3	14,2	27,7	32,9
70 u. älter	2,4	1,7	2,2	2,4

- 98 Vgl. die Ergebnisse von W. Zapf, Wandlungen..., a.a.O., S. 148: "Die politische Nachkriegselite ist eine sehr kompakte Gruppe, die noch lange in den 50er Jahren ihre Spitzenpositionen zu behaupten mußte. Die großen politischen Karrieren der Nachkriegszeit wurden in den Jahren 1945/46 begründet." Auch dieses Ergebnis wird durch die vorliegende Untersuchung überprüft.

Methodische und theoretische Ansätze der empirisch-analytischen Eliteforschung

- 1 V. Pareto, *The Mind and Society*, 4.Vol., New York 1963
G. Sorel, *Matériaux d' une theorie du prolétariat*, Paris 1918;
ders., *Réflexions sur la violence*, Paris 1922,
G. Mosca, *The Ruling Class*, New York 1939
- 2 Vgl. dazu W. Schluchter, *der Elitebegriff ...*, a.a.O., S. 233-256, der zwei Untersuchungen (U. Jaeggi, *Die Gesellschaftliche Elite* und H.P. Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur*) "die mit Hilfe des Elitebegriffs einen Beitrag zur Theorie der industriellen Gesellschaft leisten wollen, einer eingehenderen Analyse" (S. 235) unterzieht. Ebenda auch der Versuch einer Typologisierung von Eliten (Wert-, Funktions-, Repräsentationseelite, S. 255);
siehe auch O. Stammer, *Das Eliteproblem in der modernen Demokratie*, in: *Schmollers Jahrbuch*, 71(1951), S. 531:
"Die Elite ..., das ist zur Begriffsklärung wichtig, ist soziologisch nicht bestimmt aus der mehr oder weniger vorhandenen Qualifikation ihrer Glieder, sondern aus der Funktion, die sie im politischen System innehat."
Dazu unter marxistischem Ansatz A. Galkin, *Die herrschende Elite des gegenwärtigen Kapitalismus*, in: *Marxismus Digest*, 1972, Heft 4, S. 3-19 (dort zitiert nach: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen*, Heft 3, Moskau, 1969, S. 74-86);
Nach H.P. Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur*, a.a.O., in *Eliten* diejenigen Positionsinhaber (S. 71):
"die auf Grund einer sich wesentlich an dem (persönlichen) Leistungswissen orientierenden Auslese in diese Positionen gelangt sind, und die kraft ihrer Positionsrolle die Macht oder den Einfluß haben, über ihre Gruppenbelange hinaus zur Erhaltung oder Veränderung der Sozialstruktur und der sie tragenden Normen unmittelbar beizutragen oder die auf Grund ihres Prestiges eine Vorbildrolle spielen können, die über ihre Gruppe hinaus das Verhalten anderer normativ mitbestimmt".
Vgl. auch die Definition von J. Kurucz, *Oberschicht, Elite und Etikettbesitzer ohne Eignung. Eine wissenschafts-theoretische Stellungnahme zur empirischen Eliteforschung*, in: *Soziale Welt*, Nr. 20, 1969, Heft 1, S. 80-94; *Eliten* sind "...die Gesamtheit der Personen, die sich kraft ihrer spezifischen Eigenschaften aufgefordert fühlen, in die herrschenden Gruppen, in die Spitzengruppen einzudringen oder ihnen als Gegenspieler entgegenzutreten... Es ist einerlei, ob die herrschende Spitzengruppe monistischer oder pluralistischer Struktur

ist, in jedem Falle gehören ihr zwei Kategorien von Menschen an: leistungstüchtige und leistungstüchtige. Die herrschende Spitzengruppe, die - in Anlehnung an den heutigen Sprachgebrauch - Oberschicht genannt werden kann, ist nicht der ausschließliche Ort der Leistungstüchtigen; diese befinden sich zum Teil in der Mittel- und der Unterschicht. Wenn man will, so kann man die Gesamtheit der Leistungstüchtigen als Elite bezeichnen und dann die Aussage machen, daß die Elite zwar in die Oberschicht hineinragt, mit ihr jedoch nicht identisch ist." (S. 80);

siehe auch O. Stammer, Elite und Elitebildung, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf und F. Büllo, Stuttgart, 1955, S. 109-110;

Auch R. Miliband verteidigt in seiner Replik auf N. Poulantzas Veröffentlichung (N. Poulantzas, Das Problem des kapitalistischen Staates, in: Kritische Justiz, Heft 2, April-Juni 1971, S. 201-209) die Verwendung des Elitebegriffs (S. 211):

"Schließlich habe ich mich doch dazu entschlossen (den Elitebegriff zu verwenden - d.Verf.), einmal weil ich annahm - vielleicht fälschlicherweise -, daß dieser Begriff mittlerweile einen genügend neutralen Inhalt angenommen habe (nebenbei gesagt mag er im Französischen eine sehr viel ideologischere Tönung haben als im Englischen), zum anderen, weil er, in seinem neutralen Sinn, als das brauchbarste Wort erschien, um den Grundtatbestand auszudrücken, daß, während tatsächlich innerhalb der herrschenden Klasse solche getrennte 'Eliten' bestehen, die Poulantzas mit dem zugegebenermaßen neutraleren, aber ziemlich schwachen Wort 'Fraktionen' beschreibt, diese vollständig mit der Existenz einer herrschenden Klasse vereinbar und in der Tat Teile dieser Klasse sind. Poulantzas behauptet, daß die 'konkrete Wirklichkeit', die durch die Vorstellung eines 'Pluralismus von Eliten' verschleiert wird, nur zu erfassen ist, 'wenn genau die Kategorie der Elite zurückgewiesen wird'. Ich würde selbst sagen, daß die konkrete Realität nur zu erfassen ist, wenn das Konzept der Elite gegen diejenigen gewandt, die es für apologetische Zwecke verwenden, und an ihm aufgewiesen wird, daß es notwendig in das Konzept einer herrschenden Klasse gehört."

(R. Miliband, Der kapitalistische Staat: Antwort an N. Poulantzas, in: Kritische Justiz, Heft 2, April-Juni 1971, S. 210-216); Poulantzas kritisierte u.a. (a.a.O., S. 202): "Miliband greift die vorherrschende Vorstellung eines 'Pluralismus von Eliten' an, deren ideologische Funktion es ist, die Existenz einer herrschenden Klasse zu negieren und wendet - auf 'Fakten' gestützt - ein, daß dieser 'Pluralismus von Eliten' die Existenz einer

herrschenden Klasse nicht ausschließt, weil es gerade diese Eliten seien, die diese Klasse konstituieren; das entspricht ungefähr der Auffassung Bottomores in dieser Frage.(...) Was Miliband vermissen läßt, ist die notwendige Vorstufe (p.a.: - das 'logische Prius', sagte Marx -) einer Kritik der ideologischen Kategorie der Elite im Licht der wissenschaftlichen Konzepte marxistischer Theorie."

Auch Peter von Oertzen spricht am 14.11.1975 als Vorsitzender der Kommission, die den Orientierungsrahmen 85 der SPD zu entwickeln hatte auf dem Bundesparteitag der SPD in Mannheim von "Machteliten" in der BRD; Vgl. auch Geraint Parry, political elites, London 1969; Donald D. Searing, Two Theories ..., a.a.O., S. 442: "The term elite suffers from a history of diverse definitions. Most generally, it refers to groups which are comparatively influential in the allocation of values in a society. For modern political systems, I take this to include sub-classes among political, economic, civil servant, military, and intellectual leaders."

- 3 Einen Überblick gibt T.B. Bottomore, Elites and Society, New York 1964; vgl. auch U. Jaeggli, Die gesellschaftliche Elite, a.a.O.
- 4 O. Stammer, Das Eliteproblem in der Demokratie, a.a.O.; siehe auch W. Schluchter, Der Elitebegriff ..., a.a.O., S. 234, er betont: daß "Elite und Demokratie, vordergründig betrachtet, einander ausschließende Bedeutungsgelalte umfassen. Denn die Herrschaft privilegierter Minderheiten ist nur schwer in Einklang zu bringen mit dem Gleichheitspostulat, das als wesentlicher Teil des Selbstverständnisses einer dem Anspruch nach egalitär-demokratischen Gesellschaft sich nicht nur in der Forderung nach Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch in dem Verlangen nach gleichen Startchancen im Kampf um die Spitzenpositionen in der Sozialstruktur niederschlägt."
- 5 Z.B. A. Ammon, Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden, Soziologische Abhandlungen, Heft 8, Berlin 1967, S. 20/21: "In der politischen Soziologie hat sich neuerdings eine Tendenz gezeigt, und weitgehend durchgesetzt, den Elitebegriff in werturteilsfreier, analytischer Absicht zu nutzen."
Der terminus technicus "Führungseliten" wird sowohl von Kritikern wie Verteidigern des gegenwärtigen kapitalistischen Systems der BRD verwendet, so z.B. von U. Bernbach (Gefordert: eine neue Führungselite, in: Die Zeit, Nr. 31, v. 27.7.1973, S. 7), der sich kritisch mit

dem sog. "Strasser-papier" (v.J. Strasser - Mitglied des vom Jungsozialisten-Bundesvorstand Anfang 1973 verfaßten Anti-Stamokap-Polemik) auseinander setzt: "Damit - und dies ist der entscheidende politisch-praktische Einwand - reduziert sich die Frage der Gesellschaftsveränderung auf die Übernahme des Staatsapparates durch die "Organisationen der Arbeiterklasse". Die Strategie des 'breiten antimonopolistischen Bündnisses', faktisch: des Zusammengehens des linken SPD-Flügels mit der DKP und den Gewerkschaften, hat zum Ziel die Auswechslung von Eliten, der jetzt herrschenden Monopolbourgeoisie gegen proletarische Führungseliten."

Vgl. auch H. Hattenhauer, Universität ohne Elite, in: Wirtschaftswoche, Nr. 28, v. 28.6.1973, S. 42:

"Jedes soziale System braucht Gruppen, die Zeichen setzen, Wege weisen, Vorbilder vorleben und - als selbstverständliche Folge davon - auch besonderen Respekt genießen. Auch der Marxismus kann ohne Elite nicht auskommen, wie sich an den Leitbegriffen 'Arbeiterklasse' und 'Arbeiterpartei' zeigt. Ich kenne kein Beispiel einer historisch nachweisbaren Gesellschaft, in der eine solche Elite bzw. solche Eliten gefehlt haben." Siehe auch dazu U. Jaeggi, Die gesellschaftliche Elite, a.a.O., der die politische Elite von Kontereliten, die eben andere Zielvorstellungen verwirklichen möchten, trennt (S. 139/140): "Im weiteren kann es sinnvoll sein, in konkreten Fällen und besonders bei der politischen Elite, diese von der 'Konterelite' zu trennen, nämlich dann, wenn die erste vor allem auf die Stabilität, also die Normen- und Verhaltensmuster -Kontinuität bedacht ist, während die zweite ihre Aktivität gerade darauf richtet, diese Normen, besonders aber die bestehenden Macht- und Autoritätsstruktur zu durchbrechen (und durch ein neues, 'vorgestelltes' Wertsystem zu ersetzen)."

- 6 Siehe Anm. 1; R. Michels, Political Parties: A Sociological Study of Oligarchical Tendencies in Modern Democracy, New York 1962 (Introduction by S.M. Lipset); Mit Pareto's-Ansatz (Qualität der Oberschicht) setzt sich u.a. auch J. Kurucz, Oberschicht ..., a.a.O., S. 84 ff. auseinander; siehe auch P. Hübner, Herrschende Klasse und Elite, eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Pareto's, Berlin 1967; J. Wurster, Herrschaft und Widerstand - Theorien zur Zirkulation regierender Eliten, Tübingen 1970, S. 99 ff. (V. Pareto: Kreislauf der Eliten) und S. 162 ff. (Mosca: Die Herrschende Klasse und die Prinzipien und Tendenzen der Selektion).

- 7 Zur Fehlinterpretation der Elitetheorie Paretos siehe J. Kurucz, Oberschicht ..., a.a.O., S. 86-87, wo er konkret J. Burnham, T.B. Bottomore und P. Hübner eine Mißdeutung des Ansatzes von Pareto vorwirft.
- 8 J.A. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy, 3.Aufl. London, 1950, S. 269
- 9 Zur Kritik an Schumpeter siehe F. Scharpf, Demokratie-theorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, der betont, daß die Strukturbedingungen der spätkapitalistischen Gesellschaft - entgegen den Postulaten der Pluralismustheorie - nicht alle Interessen, sondern nur die der oberen Schichten bei politischen Entscheidungen berücksichtigen würden. Er selbst stellt ein reformiertes Demokratiemodell vor: Erweiterte Partizipationschancen am Arbeitsplatz, daraus sich ergebend stärkere Repräsentanz der unteren Schichten in der politischen Elite, Einführung eines Zweiparteiensystems, Zurückdrängung des Einflusses der Interessengruppen, Verbesserung der Informationsbeziehungen zwischen politischer Führung und Gesamtbevölkerung.
- 10 Demokratie wird als Methode verstanden, (vgl. J.A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1972, 3. Aufl. S. 384 ff.); er definiert: "Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnisse vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben." (S. 428, der Ausgabe 1950). Kritik an dem formalen Charakter dieses Ansatzes übt u.a. P. Bachrach, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt a.M. 1970; ebenso auch K. Priester, Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der politischen Bildung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 1974, S. 260-280. (S. 266-267): "Demokratie als Methode", in der der Konkurrenzkampf um die politische Führung als geregelter Austauschprozeß von Eliten innerhalb einer geschlossenen, allenfalls durch Kooptation zu erweiternden Oligarchie einziges Kriterium für eine vorhandene Demokratie ist, liegt in der faktischen Umkehrung des Demokratieverständnisses. Wenn die Methode zum alleinigen Kriterium für vorhandene oder nicht vorhandene Demokratie wird, so folgt als Konsequenz, daß diejenigen, die sich dieser Methode nicht beugen, gleichwohl aber an einem inhaltlich bestimmten Ziel von Demokratie festhalten, zu potentiellen Anti-Demokraten werden. Als demokratiebedrohend erscheinen nunmehr nicht die Eliten, sondern die zur Macht drängenden 'Volksmassen', deren 'utopische Anmaßung' nur noch durch eben diese Eliten als einzige Garanten und Säulen der Demokratie in Schranken gehalten werden kann."

- 11 R. Michels, Political Parties, a.a.O.
- 12 So z.B. J. Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948, der jedoch die industriellen Manager in westlichen Systemen mit den Führungseliten totalitärer Systeme (kommunistischen wie faschistischen Typs) verglich und dabei "politische Macht mit wirtschaftlichen Schlüsselpositionen verwechselte" (G. Zehm, Die Platzhirsche des Wohlfahrtsstaates - Gedanken zum Aufstieg einer neuen Klasse, in: Die geistige Welt, 14.9.1974, S. I); Vgl. auch die in der Einleitung erwähnten Studien.
- 13 z.B. bei P. Drewe, Techniken zur Identifizierung lokaler Eliten, in: KZfSS, 1967, Nr. 4, S. 721-735.
- 14 Vgl. W. Schluchter, Der Elitebegriff..., a.a.O., S.235: "Aus der Frage nach den Funktionsbedingungen eines demokratischen Systems unter den heutigen gesellschaftlichen Voraussetzungen entwickelt Stammer den Begriff der Funktionselite als derjenigen Minderheitengruppe, die kraft ihrer Funktion innerhalb eines politischen Systems ihren elitären Status allererst erhält und die, als 'Konzeptor des politischen Willens und der Machtbildung', das demokratische System erst lebensfähig macht. ... Ist so im Gegensatz zu jener Auffassung, die die Unvereinbarkeit von Elite und Demokratie feststellt, durch diese Neubestimmung des Elitebegriffs der positive Zusammenhang zwischen Elite und Demokratie einerseits, Elite und industrieller Gesellschaft andererseits angenommen, so ist das tatsächliche Zutreffen dieses Begriffes auf die industrielle Gesellschaft, soll seine Verwendung nicht Konvention ohne Gründe sein, systematisch an der besonderen Beschaffenheit dieser industriellen Gesellschaft selbst zu entwickeln."
- 15 Dazu die ausführlichen Arbeiten, die einen Überblick über die verschiedenen Forschungstechniken und -ansätze vermitteln von: A. Ammon, Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden. - Die amerikanische "Community Power"-Forschung und das Problem ihrer Rezeption in Deutschland, Soziologische Abhandlungen, Heft 8, Berlin 1967. P. Drewe, Ein Beitrag der Sozialforschung zur Regional- und Stadtplanung, Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie, Band 7, Meisenheim am Glan 1968.
J. Walton, "Discipline, Method, and Community Power: A Note on the Sociology of Knowledge", in: American Sociological Review, Vol. 31, 1966, S. 684-689.
M. Aiken/P. Mott (Eds.), The Structure of Community Power, New York 1970;

- H. Hartmann (Hrsg.), *Moderne amerikanische Soziologie, Neuere Beiträge zur Soziologischen Theorie*, Stuttgart 1967;
- J. Walton, *Substance and Artifact: The Current Status of Research on Community Power Structure*, in: *Am.Journ. of Soc.*, Vol. 71, Nr. 4, Jan. 1966, S. 430-439;
Eine umfassende Übersicht gibt auch R.M. Merelman, *On the neoelitist critique of community power*, in: *Am.Pol. Sci.Rev.*, Vol. 62, 1968, S. 451-460, ebenda weitere (kritisch reflektierte) Literatur zum Problembereich der community-power und Elitenforschung; siehe auch R. Perrucci, M. Pilisuk, *Leaders and Ruling Elites: The Interorganizational Bases of Community-Power*, in: *Am.Soc.Rev.* Vol. 35, 1970, Nr. 6, S. 1040-1057.
- 16 Z.B. verwendet H. Köser, *Innovationsprozesse ...*, a.a.O., den Positionsansatz in Verbindung mit dem entscheidungstheoretischen Ansatz
- 17 Floyd Hunter, *Top Leadership*, Chapel Hill (USA) 1959
- 18 Zum Problem der Abgrenzung von Aktivität und Einfluß siehe P. Bachrach/M.S. Baratz, *Decisions and Nondecisions: An Analytical Framework*, in: *APSR* 1963, S. 632-642; dies., *Two Faces of Power*, in: *APSR* 1962, S.947-952; R.A. Dahl, *A Critique of the Ruling Elite Model*, in: *APSR* 1958, S. 463-469; E.C. Banfield, *Political Influence*, New York 1961; W.T. Greenwood, *Decision Theory and Information Systems*, Cincinnati 1969; A.S. McFarland, *Power and Leadership in Pluralist Systems*, Stanford 1969; R.Bell/D.V. Edwards/R.H. Wagner (Eds.), *Political Power. A Reader in Theory and Research*, New York/London 1969.
- 19 R. Michels, *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, 3. Aufl., Stuttgart 1957
- 20 W.D.'Antonio, W.H. Form, Ch. Loomis, E. Erickson, *Institutional and Occupational Representatives in Eleven Community Influence Systems*, in: *Am.Soc.Rev.*, Vol.26, June 1961, S. 362-376;
W.H. Form, W. D'Antonio, *Integration and cleavage among community influentials in two border cities*, in: *Am.Soc. Rev.*, Vol. 24, Dec. 1959, S. 804-814;
W.H. Form, D.C. Miller, *Industry, Labor and Community*, New York 1960;
D.C. Miller, *Democracy and Decision-Making in the Community Power Structure*, in: W.D.'Antonio/H.J. Ehrlich (eds.) *Power and Democracy in America*, Notre Dame, 1961, S.25 ff.
D.C. Miller, *Industry and community power structure*, in: *Am.Soc.Rev.*, Vol.23, Febr.1958, S. 9-15

- 21 Er schildert vier Gruppen von Führungspersönlichkeiten (Wirtschaft, Verwaltung, Private Organisationen wie Kirchen, Frauenverbände und prominente (Prestige-) Personen).
- 22 C.W. Mills, *The Power Elite*, New York 1959
- 23 Ebenda, S. 9: "No one can be truly powerful unless he has access to the command of major institutions, for it is over these institutional means of power that the powerful are, in the first instance, powerful."
Nicht die Struktur der Macht an sich soll und kann nach Mills Auffassung zerstört werden, sondern ein wesentliches Problem der künftigen Entwicklung liegt darin, die Entscheidungen der Machtelite auf eine rationale Ausgangsbasis zu stellen.
Siehe gegen Mills Ansatz die Theorie der Balance der Machtgruppen bei L. Reissmann, in: *Am.Soc.Rev.*, XXI/4, 1956, S. 513-514;
Zur Kritik an Mills siehe u.a. R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 294: "Mills großer Irrtum liegt darin, daß er alle politischen Entscheidungen auf die eine große Entscheidung des atomaren Krieges reduzierte."
Sein Konzept der Machtelite definiert K.v. Beyme (*Die politische Elite ...*, a.a.O., S. 12) wie folgt: "Wenn man nach einer Machtelite sucht, so muß man vor allem den Bereich eines inneren Zirkels abstecken, der in der Regel an jeder wichtigen Entscheidung potentiell beteiligt ist. Außer den Ministern und den Partei- und Fraktionsführern kommen hierfür noch die Spitzen der Fraktionshierarchie und die Vorsitzenden einiger Ausschüsse in Frage. Alle übrigen Positionen können zwar gelegentlich einflußreich sein," was nach Beyme auch für die gilt, die nicht zu den "positionell fixierbaren Teilen der politischen Elite" zählen (Lobbyisten, Interessenvertreter, mächtige Männer in Kirchen, Massenkommunikationsmitteln und Konzernen), "sie alle können bei 'Key decisions' mehr Einfluß haben als selbst einzelne Minister, die im Kabinett über die Entscheidungen mit abstimmen." Diese Definition ist relativ unbrauchbar, da Kriterien zur Abgrenzung (was sind Schlüsselentscheidungen, wo andere Entscheidungsprozesse ablaufen?) von Beyme nicht entwickelt wurden.
Vgl. auch die Kritik von R. Kühnl am methodischen Vorgehen und theoretischen Ansatz von Beyme (in: *Neue Politische Literatur* (NPL), Heft 2, 1972, S. 222-224).
Siehe auch W. Schluchter, *Der Elitebegriff als soziologische Kategorie* in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (KZfSS), 15. Jg., 1963, S. 233-256, S. 254: "Denn die auf dem Mandat beruhende Macht als 'Herrschaft auf Zeit' entsteht vordergründig auf dem

Wege der Wahl, in einer Situation also, in der das objektive Anspruchsniveau und die mit ihm verbundenen Anforderungsnormen relativ irrational, imponderabel und undefiniert bleiben. Zwar vollzieht sich mit Hilfe der Wahl in gewisser Weise ein Aufstieg, denn die Wahlprozedur ist selbst ein Auslesevorgang, aber sie vollzieht sich doch auf Grund nicht eindeutig formulierter Auslesekriterien. Nun erfolgt diese Auswahl aber in einer parlamentarischen Demokratie in zwei Stufen. Die Vorauswahl, die die eigentlich entscheidende ist, geschieht innerhalb von Parteien, Verbänden und Institutionen nach Auslesekriterien, die in irgendeiner Form den traditionellen, emotionalen, wert- und zweckrationalen entsprechen. Es existieren also auch im politischen Bereich Aufstiegsprozesse, die ihre besondere Ausformung aus den in ihm herrschenden Anforderungsnormen erhalten. In einer repräsentativen Demokratie, in der der innerparteiliche Führungskampf schon weitgehend über die politische gesellschaftliche Machtverteilung entscheidet, wird Macht über die Erfüllung gruppenspezifischer Leistungs- und Erfolgsnormen errungen. Insofern gibt es im politischen Bereich Eliten, die aber weit mehr durch die Weise gekennzeichnet sind, in der sie die Macht erringen, als dadurch, daß sie sie faktisch besitzen."

Zum Machtaspekt siehe z.B. auch die Ergebnisse einer Repräsentativ-Umfrage (Münchener Institut für Jugendforschung, im Auftrag der Zeitung Die Welt, veröffentlicht am 11.4.1973 in: Die Welt, Nr. 85, S. 3, Axel F. Stute: Jugendliche - Kinder unserer Zeit) bei 14. bis 25-jährigen, die auf die Frage "Geben Sie bitte all die Berufe an, die Ihrer Meinung nach in der BRD zu viel Macht ausüben", mit Abstand am häufigsten: 1. Unternehmer (48 %), 2. Politiker (47 %), 3. Gewerkschaftsfunktionäre (41 %) nannten.

- 24 S. Keller, Beyond the Ruling Class: Strategic Elites in Modern Society, New York 1963; sie geht von einer "elite-conflict-theory" aus. Den Versuch der Integration dieser beiden Ansätze unternimmt D.D. Searing: Two Theories of Elite Consensus: Test with West German Data, in: Midwest Journal of Political Science, Nr. 3, Aug. 1971, S. 442-474; siehe hierzu auch R.M. Merelman, On the Neo-Elitist Critique of Community-Power, in: Am.Pol.Sci.Rev. Vol. 62, 1968, S. 451-460, der sich nach der ersten Phase der community-power-Forschung den "elitists" (Hunter, Mills), und der zweiten Phase ("Pluralists") nun mit der dritten Phase (den "neo-elitists") befaßt; "The beginnings of a new position on community power appear, in the work of those responsible for the third phase, the "neo-elitists", as i shall call them. That position forms the subject of this analysis." (S.451)

Er betont: "Obviously, not all those who use the reputational method come to elitist conclusions, nor do all those who use the decisional approach come to pluralist conclusions. ... However, it is fair to say that most investigators using the reputationalist approach start off with elitist premises and most investigators using the decisional approach begin with pluralist assumptions."

- 25 Der Begriff "Drahtzieher" taucht u.a. bei der Eliten- definition von U. Jaeggi, Die gesellschaftliche Elite, a.a.O., S. 150 auf: "Elitenmitglieder sind jene Individuen, die in den Gruppen (Interessen- oder Einfluß- gruppen) den Machtkern bilden, also die 'Drahtzieher', die 'Täter'. Diese Machtagglomerate haben dabei durchaus realen Charakter und sind in der Wirklichkeit ver- hältnismäßig häufig anzutreffen; es handelt sich - im Gegensatz zur 'herrschenden Klasse', die unorganisiert ist und nichts über die tatsächliche Machtausübung sagt - um die organisierten Einheiten innerhalb der sozialen Klassen, seien es Regierungsgremien, führende Fraktionsgruppen oder Parlamente, höhere bürokratische Spitzen, Richterkollegien, Pressuregroups und so fort." Diese Gruppen werden von R. Dahrendorf und W. Zapf systematisch analysiert (siehe weiter unten); H. Adam, Wer herrscht ..., a.a.O., S. 393 ff. stellt die These auf, daß die Verfechter der Stamokap-Theorie sich weitgehend auf den Millsschen Ansatz stützen (S. 394): "Da alle (Minister, Staatsbeamte, Manager, Generäle etc. - d. Verf.) zur Erhaltung ihrer Existenz und ihrer Macht aufeinander angewiesen seien, insbeson- dere die Politiker auf die Loyalität des Militärs und die finanzielle Unterstützung des Großkapitals in Wahl- kämpfen, verschmolzen sie zu einem Machtkartell, das eine Konkurrenz unter den Eliten verhindere. Somit könne von einem Kräftegleichgewicht der gesellschaft- lichen Gruppen, die sich gegenseitig "in Schach" hiel- ten, keine Rede sein. Vielmehr sei eine Vorherrschaft einer Minderheit von Kapitalisten gegeben."
- 26 R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, a.a.O.
- 27 So ist beispielsweise für S.M. Lipset ein demokratischer Zustand schon dann gegeben, wenn mindestens zwei konkur- rierende Parteien um die Macht ringen, wie er in seiner Studie der Machtverteilung der amerikanischen Druckerge- werkschaften betont (S.M. Lipset, M. Trow, J. Coleman, Union Democracy, New York 1956). Für Lipset werden inner- parteiliche Prozesse als Probleme innerorganisatorischer Pluralität beurteilt, damit wendet er sich entschieden gegen den von Michels begründeten Oligarchie-Ansatz.

Siehe auch S.M. Lipset, *Political Man*, New York 1960. Den Lipset-Ansatz setzen u.a. fort F. Naschold: *Organisation und Demokratie. Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen*, Stuttgart 1969; F. Scharpf: *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970; R. Ebbighausen: *Die Krise der Parteilendemokratie und die Parteiensoziologie*, Berlin 1969; H. Köser: "Empirische Parteienforschung. Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme", in: W. Jäger: *Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung*, Stuttgart 1973, S. 38 f.

- 28 R.A. Dahl, *Who Governs?* New Haven 1961; ders.; *Equality and Power in American Society*, in: W. D'Antonio/H.J. Ehrlich, a.a.O., S. 73-91; ders.; *A Critique of the Power Elite Model*, in: *The Am.Pol.Sci.Rev.*, Vol.52, June 1958, S. 463-469; ders.; *A Preface to Democratic Theory*, Chicago 1956
- 29 Dieser Ansatz wird sowohl als *issue* - oder *decision-making approach* bezeichnet.
- 30 Zur neo-marxistischen Kritik an der Pluralismus-Theorie siehe u.a. K. Priester, *Aktuelle Tendenzen ...*, a.a.O., S. 272-274, dort auch weitere Literatur-Angaben. Ebenfalls kritisch mit der Pluralismus-Theorie setzt sich H. Adam, *Wer herrscht in der Bundesrepublik*, in: *Die neue Gesellschaft*, Nr. 5, Mai 1975, S. 392-396 auseinander (S. 395/396): "Insbesondere lassen sich drei Faktoren nennen, die gegen ein Kräftegleichgewicht der gesellschaftlichen Gruppen sprechen:
1. Die politischen Konzepte und Programme werden in aller Regel von der politischen Elite und ihren Stäben ausgearbeitet. Auf ihren Inhalt haben allenfalls noch diejenigen Einfluß, die aktiv in den Parteien mitarbeiten. Die Partizipationsforschung hat indes ergeben, daß politisches Engagement in Form der Mitarbeit in Parteien, Verbänden oder Bürgerinitiativen sehr stark von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht abhängig ist. Demnach sind Individuen mit hohem sozio-ökonomischen Status (Einkommen, berufliche Position, Ausbildung) mehr als Mitglieder der Unterschicht an politischen Fragen interessiert und auch eher bereit, sich in Parteien und Verbänden zu organisieren und dort aktiv mitzuarbeiten. Aus dieser größeren Partizipation der Mittel- und Oberschichten ergibt sich eine klassenspezifische Vorprägung der Politikinhalte, die die Unterschichten häufig benachteiligt.

2. Unter den Spitzenpolitikern und den leitenden Beamten sind Arbeiter bzw. Arbeiterkinder im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stark unterrepräsentiert. Das widerspricht der Annahme der Pluralismustheorie vom offenen Zugang zu allen Spitzenpositionen (Chancengleichheit), der den Wettbewerb zwischen den Führungsgruppen intensivieren sollte.
 3. Das Zweieinhalb-Parteiensystem in der Bundesrepublik schwächt die Intensität der Parteienkonkurrenz ab, weil Wählerbewegungen manchmal hauptsächlich nur zwischen den jeweiligen Regierungsparteien stattfinden, ohne einen Machtwechsel herbeizuführen."
- 31 Dahls Untersuchungsaspekte in seiner New Haven Studie war u.a. die Frage nach der Funktionsfähigkeit eines überschaubaren ökonomischen Systems, die Frage, wer regiert in diesem Gebiet, wie werden Eliten gemacht, wer hat den größten Einfluß auf Eliten; besteht Kohärenz oder Machtverteilung innerhalb der Führerschaft, in welchem Umfang sind Stabilitäts- und Wandlungstendenzen zu beobachten und wie ist die Beziehung zwischen Führern und Interessen der Bevölkerung?
- 32 N. Polsby, The Institutionalization of the U.S. House of Representatives, in: The Am.Pol.Sci.Rev., Vol.LXII, March, 1968, S. 144-168;
ders., Community power and Political Theory, New Haven 1963;
ders., The Sociology of Community Power: A Reassessment, in: Social Forces, Vol.37, March 1959, S. 232-236;
ders., Three Problems in the Analysis of Community Power, in: Am.Soc.Rev., Vol.24, Dec. 1959, S. 798-803;
R.E. Wolfinger, Reputation and Reality in the Study of Community Power, in: N.Polsby, R.A. Dentler, P.A. Smith (eds.), Politics and Social Life, Boston 1963, S.703-712;
H. Scoble, Leadership Hierarchies and Political Issues in a New England Town, in: Community Political Systems, hrsg. v. M. Janowitz, Vol.1, International Yearbook of political Behavior Research, Glencoe 1961, S. 117-145;
ders., Some Questions for Researchers Regarding Economic, Political and Social Structural Variables Underlying Processes and Patterns of Community Decision-Making and Change, a paper prepared for a research seminar on Processes of community Decision-Making and Change and their Influences upon Education, University of Oregon, Eugene, Oregon, Aug. 5-24, 1963

- 33 Prägnant formulieren R. Perrucci/Pilisuk, Leaders and Ruling elites, a.a.O., die den beiden Forschungstechniken zugrunde liegenden unterschiedlichen Theorie-Ansätze (elitist and pluralist-approach), S. 104:
"The elitist tradition has maintained the position that community life is dominated by a relatively small group of men with economic and political power who initiate, direct, and resolve that level of decision-making which has major bearing upon the body politic. Citizen participation in community affairs is either nonexistent or limited to efforts exercised through a few relatively powerless voluntary associations ... The pluralist view, in its most frequently found form, sees power as distributed among a number of organized community groups with domination shifting according to the issues rather than repeated domination by a single power faction across all community issues."
- 34 P. Bachrach, The Theory of Democratic Elitism, Boston 1967, geht in seinen Untersuchungen noch weiter; Das Problem demokratischer Gesellschaft ist nicht die Zusammensetzung der Elite, sondern liegt in der Machtverteilung. Erst diese könne dem einzelnen Bürger in allen Lebensbereichen das Bewußtsein vermitteln, an allen, die eigenen persönlichen Lebensumstände und das gesamte System betreffenden Entscheidungen partizipieren zu können. Diese Forderungen gelte insbesondere in dem unmittelbar überschaubaren Lebensbereich. Er ging weiterhin davon aus, daß auch zukünftig für das Gesamtsystem relevante Entscheidungen zentral nur Wenige treffen. Es sei zu verhindern, daß sich weitere Machtzentren außerhalb dieses engen Bereichs der zentralen Regierungsbükratie bildeten. Die Demokratiekonzeption der Stadtverwaltung Neuenglands z.B. des 18./19. Jahrhunderts sollten nach seiner Vorstellung auf die modernen Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts Anwendung finden, in einigen Regierungs- und Entscheidungsbereichen sollten Machtkonzentrationen durch Verstaatlichungen verhindert werden; Er hat es jedoch versäumt, die Operationalisierung dieses Verhinderungsprozesses näher zu erläutern.
- 35 An neueren empirischen Forschungen wäre E.O. Laumann/F.U. Pappi, New Directions in the Study of Community elites, in: Am.Soc.Rev., Vol. 38, Apr. 1973, S. 212-230, zu nennen, die, unter Verwendung eines "input-throughput-output model for the analysis of community decision making systems" empirisch die Macht- und Einflußstrukturen von Altneustadt analysieren (S.213/214):

"Our approach thus may appear to be a step backwards inasmuch as we want to describe the theoretical and research strategies of an intensive case study of one small city, Altneustadt (a pseudonym) in West Germany. By redirecting attention to the black box, we hope to elucidate the mechanisms whereby inputs are converted into outputs. Although we shall present some substantive results, we wish to stress the more general implications of our theoretical and methodological approach for community elite research ... The discussion will proceed in two parts. First, we shall sketch a frame of reference for delineating community influence systems. The community elite is viewed as a set of incumbents of theoretically identified categories of social positions. Description of the structure which results when these positions are linked in a pattern of specified relationships will be a central concern. Two features of individual elite members will be noted: (1) their primary and secondary locations in functionally defined institutional sectors, and (2) their relative influence statuses... Second, we shall discuss the structure of conflict in community influence systems."

Sie kommen zum Ergebnis (S. 228): "Several critical questions are raised concerning the identification of the relevant set of community influentials and the systematic description of their attributes as influentials and the ties that bind them into coalitions depending on the functional issue confronted.

- 36 P. Bachrach/M.S. Baratz, Two faces of Power, in: Am.Pol. Sci.Rev., Vol. 56 (Dec.), 1962, S. 947-952; dies., Decisions and non-decisions: an analytical framework, in: Am.Pol.Sci.Rev., Vol.57, Sept., 1963, S. 632-642.
- 37 R.E. Wolfinger, Nondecisions and the Study of local Politics, in: Am.Pol.Sci.Rev., Vol.65, 1971, S.1063-1080; F.W. Frey, Comment: On Issues and Non-issues in the Study of Power, ebenda, S. 1081-1104; Vgl. auch C. Offe, Strukturprobleme des Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1972, insb. Kap. 3, S. 33 ff.
- 38 W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, München 1966; ders., (hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965.
- 39 R. Dahrendorf, Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution, in: European Journal of Sociology, II (1), 1961, S. 153-162; ders., Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957; ders., Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O.

- 40 In den USA wurde der institutional-positional approach jüngst zur Identifikation der nationalen-institutionalen Elite im Rahmen einer umfangreichen, systematisch-empirischen Studie von Th.R. Dye/J.W. Pickering verwendet (Governmental and Corporate Elites: Convergence and Differentiation, in: The Journal of Politics, Vol. 36, Nr.4, 1974, S. 900-925)
- 41 W. Schluchter, Stand der Eliteforschung in Deutschland - Überlegungen zu einer Diskussion in Konstanz, unveröffentl. Arbeitspapier, Berlin 1968 im Institut f.Pol. Wiss. Insbesondere marxistische Autoren lehnen den positional-approach ab, da, unter Anwendung einer modifizierten Drahtzieher-Theorie, die wirklich herrschende kapitalistische Klasse nicht in formalen Führungspositionen der bundesrepublikanischen Gesellschaft vermutet wird. G. Zehm, Die Platzhirsche des Wohlfahrtsstaates - Gedanken zum Aufstieg einer neuen Klasse, in: Die geistige Welt, 14.9.1974, S. I, charakterisiert die marxistischen (und neo-marxistischen) Ansätze wie folgt:
"In dieser Optik schrumpft die politische Bühne eines Staates mit ihrem ganzen Arsenal von Parlamentariern und Ministern auf das Maß eines Puppentheaters zusammen. Die Politiker sind nichts weiter als Marionetten, an deren Fäden die "herrschende Klasse" zieht, um dem Publikum einen Schein von politischer Transparenz vorzugaukeln; die 'eigentlichen' Entscheidungen aber fallen im dunkeln und unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sie sind Resultate von "Verschwörungen" seitens der 'wirklich Herrschenden' und werden den gesetzgebenden Körperschaften und der Exekutive nachträglich von irgendwelchen geheimnisvollen 'Arbeitskreisen' und über eine Lobby von parlamentarischen Hinterbänkclern 'aufoktroyiert".
- 42 Vgl. W. Schluchter, Stand ..., a.a.O., S. 5/6
- 43 Der davon ausgeht, daß die Führer rivalisierender parteipolitischer (oder ethnischer, religiöser oder anderer) Gruppen als einflußreich definiert werden; ausführlich erläutert in A. Ammon, Eliten und Entscheidungen ..., a.a.O., S. 101-103, insb. auch dort Anmerkung 116 auf S. 101; zum Ansatz von S. Stouffer siehe R.O. Schulze/L.U. Blumberg, The Determination of Local Elites, in: The Am.Journal of Sociology, Vol.58, Nr. 3, Nov.1957, S. 290-296; siehe auch S. Stouffer/I.T. Sanders, Project Outlines and Schedules from Earlier Work, unveröff. background material; S. Stouffer, Social Research to test Ideas, Glencoe/III, 1962, in Intervening Opportunities, S. 68-112.

- 44 geht von der Beschreibung des Handelns, des Verhaltens des einzelnen in bestimmten Institutionen aus.
- 45 W. Schluchter, Stand ..., a.a.O., S. 3
- 46 Ebenda
- 46a Vgl. auch R. Hamann, Paretos Elitentheorie und ihre Stellung in der neueren Soziologie, Stuttgart 1964; der aufgrund der Funktionalisierung nicht mehr Personen, sondern Positionen (Herrschafts- bzw. Machtpositionen) für die Bestimmung der Elite als entscheidendes Kriterium betrachtet (S. 43).
Auch heute wird jedoch der Elitebegriff noch unter einem gewissen Wertaspekt verwendet; z.B. von A. Butenandt in seiner Abschiedsrede als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, wo er sich "für das Prinzip der Elitebildung" ausspricht (in: Die Welt, v. 24.6.1972, S. 5).
- 47 Dahrendorfs Prämisse ist, daß zwischen den rivalisierenden Parteien ein Grundkonsens darüber besteht, daß Demokratie unter methodisch-funktionalistischen Aspekten als das Optimum zur Konfliktregelung angesehen wird. Vgl. R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., ders. Class and class conflict in industrial Society, Stanford 1959. Im Gegensatz zu Mills, der für die USA drei Machtzentren feststellte (Wirtschaft, Politik, Militär) unterscheidet Dahrendorf (in: Deutsche Richter, Ein Beitrag zur Soziologie der Oberschicht, in: Gesellschaft und Freiheit, München 1965) sieben funktionale "Teil"-Eliten: Wirtschaft, Politik, Erziehung, Religion, Kultur, Militär und Recht. Von einem Konfliktmodell geht auch U. Jaeggli, Die gesellschaftliche Elite, a.a.O. aus.
- 48 Siehe dazu auch H.G. Assel, Modernes Demokratieverständnis in Theorie und Praxis, in: PVS, Heft 1, März 1971, S. 12-32; S. 20: "Der unkritische Umgang mit der Kategorie des Establishments, mit den Herrschenden, verführt zu der Annahme, daß es keine Gegeneliten gibt. Auch die Eliten sind pluralistisch aufgespalten, sie verfolgen gegensätzliche Interessen. Gerade dieser Elitenpluralismus erfordert die Anerkennung eines Grundkonsensus, der den Ideen und Interessen freien Lauf läßt, aber sie vor der Auflösung der politischen Ordnung bewahrt, indem er die Toleranz dem Andersdenkenden nicht verweigert und somit die humane Kooperation aller Gruppen in Gang hält. Ein scharfer Auslese- und Konkurrenzkampf der Parteien und Verbände wird dafür sorgen, daß die Zirkulation der Eliten Stagnation und Sterilität verhindert. Die Konkurrenz der Eliten bildet die Grundlage für eine permanente Veränderung. Die pluralistische Elite bedarf einer weitgehenden Kontrolle durch die öffentliche Meinung ..."

S. 21: "Die westliche Demokratie beruht auf dem freien Spiel der Kräfte, auf Konkurrenz und Wettbewerb, auf den eingegrenzten Machtpositionen von pluralistischen Eliten, die sich der Zustimmung des Volkes oder ihrer Gruppenmitglieder zu vergewissern haben. Ihre auf Zeit terminierte Herrschaftsfunktion, durch die Ermächtigung der Betroffenen und unter ihrer Kontrolle, wobei die parlamentarische Opposition und die öffentliche Meinung funktionsfähig bleiben müssen, ist die Gewähr, daß in einem so verfaßten Staatswesen Unabhängigkeitsgefühle und Selbst- und Mitbestimmungsfunktionen erhalten bleiben."

Konflikte werden als unvermeidlich existent betrachtet, es gilt demnach, nicht die Ursachen von Konflikten zu beseitigen, sondern akzentable Formen der Konfliktregelung zu finden. Generelle Kritik an der Konflikttheorie übt K. Priester, Aktuelle Tendenzen ..., a.a.O., S. 270: "Dahrendorfs Nähe zu älteren Elitetheoretikern wie Pareto und Mosca ist verschiedentlich betont worden. Sein Begriff des Konflikts als ubiquitärer Konflikt um Herrschaft, bei dem Klassenkonflikte unhistorisch zu immerwährenden Interessenkonflikten werden, die ökonomisch und politisch herrschende Klasse hingegen zur 'politischen Klasse', zur Elite in einem immerwährenden Zirkulationsprozeß mit Gegeneliten (vgl. Pareto: die Geschichte ist der Friedhof von Aristokratien), ist in dieser Form ohne wesentliche Abstriche in die politische Bildung eingegangen und mit ihm der Begriff des "Interesses". Nur noch individuell-atomisierte Interessenunterschiede, deren Existenz den gesellschaftlichen Wandel bedingt, nicht aber historisch bedingte, im Rahmen bestimmter Gesellschaftsformationen auftretende Interessengegensätze können hier in Erscheinung treten."

- 49 Kritik an Dahrendorfs Modell übt insbesondere B. Sievers (Herrschaft und Ungleichheit - Zur Kritik der Dahrendorfschen Ungleichstheorien und ihrer Deduktion, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Nr. 3/20, 1969, S. 318-341; S. 335: "Im Gegensatz zur Klassen- und Schichtentheorie Dahrendorfs, die weitgehend als soziologische Metatheorien dargestellt sind, stehen wir bei der Darstellung der Kategorie und der Funktion der Eliten vor der Aufgabe, den theoretischen Gehalt aus der jeweiligen 'Analytik der Macht', den Dahrendorfschen Beiträgen zur deutschen politischen Soziologie herauszuarbeiten." Aus Dahrendorfs Ergebnis, in der Bundesrepublik existiere eine abstrakte Elite, folgert Sievers (S. 335): "Wenngleich dies das resignierende Ergebnis einer Untersuchung der Struktur der Eliten in der Bundesrepublik ist, so scheint doch in einem grundsätzlichen Aufweis der Elite als bloß formale Elite ein wesentlicher Beitrag für die Deduktion der Schichtungstheorie aus der Theorie der Klassen zu liegen."

Sievers definiert seinen Ansatz als Versuch einer Synthese von Klassen- und Schichtentheorie (S. 336): "Die funktionalen Eliten sind weder identisch mit der Oberschicht noch mit der herrschenden oder der politischen Klasse. Eliten rekrutieren sich aus den herrschenden Interessengruppen der großen institutionellen Ordnungen, die als gesellschaftsumgreifende Herrschaftsverbände denkbar sind. Diesen Eliten fällt die Aufgabe zu, die Normen und Werte einer Gesellschaft zu bestimmen, die ihrerseits wieder das Ergebnis des Konfliktes zwischen den Interessengruppen der jeweiligen Herrschaftsverbände darstellen. In den Eliten besteht somit eine doppelte Verknüpfung zwischen transitiver und intransitiver Ungleichheit, nämlich auf der Ebene des Faktischen insofern, als die Träger der Elitepositionen der einzelnen gesamtgesellschaftlich dominanten Herrschaftsverbände zugleich im Besitz von Reichtum und Prestige als Kriterien der Rangdifferenzierung und somit Träger der Oberschichtspositionen sind - auf der normativen Ebene sind die Personen, die die Faktizität des Handelns in den Herrschaftsverbänden durch Befehl bestimmen, identisch mit denen, die kraft ihrer Herrschaftsposition auch die Normen für die distributive Ungleichheit setzen und erhalten. Die funktionalen Eliten stellen gleichsam die Schaltstellen zwischen transitiver und intransitiver, produktiver und distributiver Ungleichheit dar. Soziale Schichtung wird so zu einer Konsequenz der Klassen- und damit der Herrschaftsstruktur einer Gesellschaft."

- 50 R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., S. 305: "eine demokratische Elite muß in ihrem status vereint, in ihrer Politik jedoch geschieden sein"; S. 303: "In Deutschland ist nach 1945 keine solche Gegenelite (im Sinne von Edinger) hervorgetreten." Zur innerparteilichen Elitenkonkurrenz siehe H. Köser, Innovationsprozesse ..., a.a.O., S. 35 ff.; P.Ch.Ludz, Partielite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln/Opladen 1968; zum Verhältnis von politischen zu ökonomischen Eliten in kapitalistischen Gesellschaften siehe R. Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft - Eine Analyse westlicher Machtsysteme, Frankfurt a.M. 1972; im internationalen Vergleich weisen nach Miliband kapitalistisch strukturierte Systeme in vielen Bereichen Ähnlichkeiten auf, so z.B. in der "Existenz ökonomischer Eliten, die, weil sie Eigentümer oder Manager oder beides sind, viele der wichtigsten Sektoren des ökonomischen Lebens beherrschen" (S. 27). Die politischen Eliten in kapitalistischen Staaten charakterisiert Miliband wie folgt (S. 103): sie handeln nicht im Interesse der Kapitalisten, weil sie bestochen oder korrumpiert sind oder nur die Funktionen von Marionetten besitzen, sondern "weil sie die Vorstellung akzeptieren, die ökonomische Rationalität des kapitalistischen Systems sei synonym mit der Rationalität an sich und stelle die beste Kombination menschlicher Überkommen und Einrichtungen in einer notwendig unvollkommenen Welt dar."

- 51 Diese sei eine zufällig zusammengewürfelte Machtelite von sozial nicht eindeutig definierbaren Funktionsgruppen, die sich weigere, offen ihre Machtausübung zuzugeben, um nicht in den Verdacht zu geraten, Machtmißbrauch zu treiben; die deutsche Elite ist "eben keine reale Gruppe, Schicht oder Klasse, sondern eine bloße Kategorie, eine abstrakte Elite" (R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., S. 306). "Die Auflösung des Monopols hat zwar zur Vielfalt, aber nicht zur Konkurrenz geführt. An die Stelle der Konkurrenz ist vielmehr das Kartell getreten" (ebenda, S. 296); vgl. auch K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969 ..., a.a.O., S. 256: "Die wenigen detaillierten Einflußstudien lassen den Schluß nicht zu, daß 'key decisions' in der Bundesrepublik stets von einer kleinen festumgrenzten Gruppe von Drahtziehern durchgesetzt werden, vielmehr zeigt sich ein äußerst diffuses Bild von Einflüssen und Gegenpressures auf mehreren Ebenen." vgl. auch W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 232, der jedoch "Ansätze zu einer pluralistischen Konkurrenz" erkennt, "die sich sowohl vom Weimarer Antagonismus als auch vom nazistischen Totalitarismus deutlich unterscheidet." (vgl. auch S. 199 ff.)
- 52 Für sein Zirkulationsmodell sieht er idealtypisch eine Elite, die "der konkurrierenden Vielfalt sozialer Strömungen Ausdruck gibt und damit eine liberale Demokratie zu tragen imstande ist." (Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., S. 259).
- 53 Es gibt in Gesellschaften "Spitzenpositionen der verschiedenen institutionellen Bereiche, zu deren Rollen es gehört, Herrschaftsentscheidungen zu treffen" (R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., S. 295); Zur Begründung, Positionseliten zu untersuchen siehe auch die fünf Hypothesen, von denen der positional-approach nach K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 15-17, auszugehen hat.
- 54 W. Schluchter, Stand ..., a.a.O., S. 5
- 55 Z.B. L.J. Edinger, Kurt Schumacher - Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967, S. 17
- 56 Ebenda
- 57 Ebenda, S. 17/18
- 58 Ebenda, S. 18

- 59 H.D. Lasswell/A. Kaplan, *Power and Society. A Framework for Political Inquiry*, New Haven 1950, S. 267;
siehe auch H.D. Lasswell, Beiträge zum Studium politischer Eliten, in: E. Krippendorff (Hrsg.), *Political Science*, Tübingen 1966, S. 173-196;
ders./D. Lerner (Hrsg.), *World Revolutionary Elites*, Cambridge/Mass. 1966;
ders./D. Lerner, C. Rothwell, *The comparative Study of Elites*, Stanford 1952
- 60 H.D. Lasswell, *The Selective Effect of Personality on Political Partizipation*, in: R. Christie/M. Jahoda (Eds), *Studies in the Scope and Method of the Authoritarian Personality*, Glencoe 1954, S. 197-225.
- 61 K. Prewitt, *Political Socialization and Leadership Selection*, in: *The Annals of the Am. Academy of Pol. and Soc.Sci.*, Nr. 361, 1965, S. 96-111; Eine detaillierte Analyse der Einstellungen und Orientierungen von "citizen-politicians" gibt Prewitt in: *The Recruitment of Political Leaders: A Study of Citizen-Politicians*, Indianapolis 1971;
ders., *Political Ambitions, Volunteerism and electoral Accountability*, in: *The Am.Pol.Sci.Rev.*, March 1970, Vol. LXIV, Nr. 1, S. 5-17;
ders./W.Nowlin, *Political Ambitions and the Behavior of Incumbent Politicians*, in: *Western Pol.Quart.*, Vol.22, June 1969, S. 298-308;
- 62 Vgl. auch G.J. DiRenzo, *Personality, Power and Politics*, Notre Dame 1967, der ermittelte, daß Politiker signifikant autoritärer als Nicht-Politiker sind, siehe aber zu dieser Studie die methodische Kritik von D. Herzog, *Politische Elitenselektion ...*, a.a.O., S. 143 ff.; Lasswell ist von R.G.Ross (*Elites and the Methodology of Politics*, in: *Public Opinion Quarterly*, 1952, S. 27-32) sogar Mystagogie vorgeworfen worden. Ebenfalls Kritik an den Lasswellschen Analysen siehe bei D. Rustow, *The Study of Elites. Who's who, when and how*, in: *World Politics*, 1966, S. 690-717;
siehe auch K. Prewitt, *Political Socialization ...*, a.a.O.
- 63 Z.B., ob Gemeinden generell oder nur unter bestimmten Bedingungen oligarchische oder pluralistische Machtstrukturen aufweisen, wobei diese Fragestellung nicht dichotomisch zu verstehen ist, sondern als Gradfrage zu behandeln ist und Oligarchie einerseits und pluralistische Machtstrukturen andererseits als Extrempunkte zweier Entwicklungstendenzen aufgefaßt werden. Darüber hinaus kann die gemeinsame Frage nach adäquaten Techniken zur Identifizierung lokaler Eliten gestellt werden.

- 64 E.K. Scheuch, R. Nuttal, Ch. Gordon, A Process Approach to Metropolitan Decision-Making, paper presented at the annual meeting of the Eastern American Sociological Society, Boston 1965;
bzw. diess., The Structure of Influence, Revision of a paper, first presented at the Eastern Soc.Society's Annual Meeting, vervielfältigtes Manuskript, New York City 1965;
siehe auch P. Drewe, Ein Beitrag der Sozialforschung ..., a.a.O., insb. S. 77-80.
- 65 L.C. Freeman, W. Bloomberg Jr., St.P. Koff, M.S. Sunshine, Th.J. Fararo, Local Community Leadership, Syracuse 1960; vgl. auch L.C. Freeman, Th.J. Fararo, W. Bloomberg Jr., M.H. Sunshine, Locating Leaders in local communities: A comparison of some alternative Approaches, in: Am.Soc. Rev., Vol. 28, 1963, S. 791-798 (S. 791):
"This is a comparison of several approaches to the problem of locating leaders in a single community. Decision-making, voluntary activity, reputation, and position are compared, and a new index - organisational participation - is introduced. These results indicate that at least in Syracuse 'leadership' is not a homogeneous category. Which 'leaders' are uncovered seems in large part to be a function of the mode of study. The several traditional indexes allow us to locate one or another of three basic types of 'leaders'." (S. 797)
dies., Metropolitan Decision-Making, Syracuse, 1962.
- 66 Der social-activity-approach benutzt als Maßstab für Einfluß die Anzahl der Mitgliedschaften in gemeindlichen Organisationen und Vereinigungen auf freiwilliger Basis. Es wird unterstellt, daß schon die Mitgliedschaft in Vereinigungen eine potentielle Möglichkeit gemeindepolitischen Einflusses ist. "Ein Vergleich der mit Hilfe der verschiedenen Techniken ermittelten Namen mit dem Ziel, den Grad der Überschneidung zu messen, erbrachte, daß alle Techniken grundsätzlich verschiedene Formen des Einflusses messen. Dabei scheinen Reputationstechnik und Positionstechnik in gewissem Maße substituierbar zu sein." (H. Hilterscheid, Übersicht über die in den amerikanischen Community Power-Structure-Studien angewandten Forschungstechniken, Arbeitspapier d. Arbeitskreises Parteienforschung im Inst.f.Pol.Wiss., Berlin, 1969, S. 8)
- 67 H.Hilterscheid, ebenda, S. 9

- 68 N. Luhmann, Soziologie des politischen System, in: KZfSS, Nr. 20, 1968, S. 705-733; vgl. auch die in folgenden Aufsätzen skizzierte Systemtheorie von N. Luhmann: Funktion und Kausalität, in: KZfSS, 14.Jg., Nr. 4 1962, S. 617-644; ders., Soziologie als Theorie sozialer Systeme, in: KZfSS, 19.Jg., 1967, Nr. 4, S. 615-644
- 69 D.R. Matthews, The Social Background of Political Decision-Makers, Garden City 1954
- 70 Weiterhin fragt Matthews einerseits nach dem Verhältnis zwischen Individuum und jeweiliger politischer System-Konstellation, andererseits ist für ihn die Beeinflussung der political leaders der Staatsform (aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen und dem daraus resultierenden bestimmten politischen Verhalten, was wiederum ein bestimmtes politisches System bedingt) ein zentraler Untersuchungsaspekt.
- 71 D. Herzog, Politische Elitenselektion..., a.a.O., S. 130
- 72 ebenda; Herzog hält den theoretischen Anspruch dieses Ansatzes für nicht ausreichend und lehnt zugleich die pauschale Prämisse ab, daß von sozialer Herkunft automatisch auf politische Einstellung und politisches Verhalten geschlossen werden könne. Implizit lägen dem Ansatz der Herkunftsanalyse zwei theoretische Versionen zugrunde, die einerseits kausal (stratifikationstheoretisch) und final (funktionstheoretisch) konstruiert seien.
- 73 Ebenda, S. 134
- 74 Beispielhaft von P.Ch. Ludz, Partielite im Wandel ..., a.a.O., angewandt.
- 75 D. Herzog, Politische Elitenselektion ..., a.a.O., S.134.
- 76 Ebenda, S. 135.
- 77 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 46 ff.
- 78 siehe Anmerkung 82
- 79 siehe Anmerkung 61

- 80 D. Marvick, Political Recruitment and Careers, in: International Encyclopedia of the Social Science, XII, New York 1968;
ders. (ed.), Political Decision makers: Recruitment and Performance, New York 1961;
ders., The Middlemen of Politics, in: Approaches to the Study of Party Organization, ed. by W. Crotty, Boston, 1968, S. 341-374;
ders., Les Cadres des partis politiques en Allemagne, in: Revue Francaise de Sociologie, 7 (special Issue) 1966, S. 619-635
- 81 Dieser Untersuchungsansatz wird nicht nur vom Verfasser für relevant gehalten; siehe auch M. Kesselman, Recruitment ..., a.a.O., S. 8: "Nonetheless, certain advantages accrue to studying the backgrounds of political leaders - especially in conjunction with data on politicization - quite apart from the selection process or the linkage between background and behavior. A comparison of leaders' and followers' characteristics provides an indication of the representativity of leaders: beyond a certain differential, absence implies exclusion."
Für Frankreich hat er spezifisch festgestellt (S.8): "Moreover, little study has been made of the backgrounds of French political leaders. Given the importance of political-cultural explanations of French politics, the question assumes particular importance in France, for such explanations are, implicitly or explicitly, linked to assumptions about the backgrounds of political leaders and the distribution of different kinds of political leaders in different political parties."
Siehe auch L.J. Edinger/D.D. Searing, Social Background in Elite Analysis, in: Am.Pol.Sci.Rev., Vol.61, 1967, S. 428-445.
- 82 L.G. Seligman, Recruiting Political Elites, a.a.O., S.1: "The ultimate significance of various kinds of eligibility and selection lies in their system consequences. When some people are selected for the most influential political roles, others for lesser roles, and still others are rejected, how is the performance of the political system affected?"
- 83 L.J. Edinger, Kurt Schumacher, a.a.O.,
ders., Political Leadership in Industrial Societies, New York 1967;
ders., Decisions and Decision-Makers in the Modern State, UNESCO, Paris 1967

- 84 Eine Erweiterung dieses Ansatzes schlägt M. Osterland, Lebensgeschichtliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein, Anmerkungen zur sozialbiographischen Methode, in: Soziale Welt, 24.Jg., H.4, 1973, S. 413 vor: "Erfolgversprechender konnte daram sein, erst einmal stärker auf den sozialen Hintergrund gerichtete Analysen von Biographien vorzunehmen, die möglicherweise in späteren Untersuchungen durch psychoanalytisch orientierte Ansätze vertieft werden können. Um freilich nicht in einen Subjektivismus zu verfallen, der methodologisch gleichsam klassentheoretisch blind auf die Biographie setzt, wären nicht die Lebensläufe beliebiger Personen zu untersuchen, sondern von solchen, die sich in einer ähnlichen, vergleichbaren gegenwärtigen objektiven Situation befinden ..."
- Siehe auch M. Janowitz, The systematic Analysis of Political Biography, in: World Politics, Vol.VI, 1953/54, S. 405-412, wo er u.a. auch die empirischen Studien von Schueller, Lerner, Knight und North (alle: Hoover Institut Elite Studies, Stanford 1952) her-anzieht.
- 85 Z.B. K. Prewitt/H. Eulau, Social bias in Leadership selection, Political Recruitment and electoral context, in: The Journal of Politics, May 1971, Nr.2, S. 293-315. In ihrer empirischen Studie (1966/67 wurden in der San Francisco Bay Region 435 "councilmen" von 87 cities interviewt) kommen sie zu dem Ergebnis (S. 314): "Political leaders are not randomly selected from the population at large; they are recruited from definite citizen groupings. Both socio-economic traits and political characteristics define the 'pool of eligibles' from which leadership is drawn. Our evidence suggests the importance of considering how the electoral system and the leadership selection system are related to one another."
- (S. 315): "The point is that leadership groups differ with respect to the social and economic traits of their members, but they also differ with respect to their prior experiences, their political skills and talents, or their habits and behavior. What our analysis indicates is that the electoral context in which a council governs affects the set of experiences and criteria that influence both leadership selection and recruitment."
- 86 W. Gottschalch, M. Neumann-Schönwetter, G. Sonkup, Sozialisationsforschung, Materialien, Probleme, Kritik, Frankfurt a.M. 1971, S. 21:
- "Noch fehlt ein Schichtenmodell, das die soziale Schichtung aus der Klassenstruktur der Gesellschaft ableitet. Hier könnte eine Orientierung an der Klassentheorie von Karl Marx helfen."

- 87 K. Prewitt/H. Eulau, Social bias ..., a.a.O., S. 294:
 "Despite the fact that persons of relatively higher social status have a decided advantage in the competition for governing positions, and despite the fact that a small politically active stratum generally nominates candidates from among its own members, it does not follow that the electorate has no influence on the selection of governors. What is problematic, however, and by being problematic sets the research question, is the interdependence of socio-economic bias in leadership selection and recruitment from the small pool of eligibles, on the one hand, and the electorate's participation in the process of choice, on the other."
- 88 Zur Abgrenzungsproblematik bei der Schichtbildung und zu Definitionsfragen des Schichtbegriffs (objektive - subjektive Schichtung) siehe K.-H. Reuband (Zur Existenz schichtähnlicher Gruppierungen im interpersonalen Präferenzgefüge - Ein Beitrag zur Analyse latenter subjektiver Schichtung, in: KZfSS, Nr. 2, 1975, S. 294-311), der anhand einer empirischen Studie (der Gemeinde Jülich) versucht, (S. 306): "Die Frage nach der subjektiven sozialen Schichtung sowohl in konzeptioneller als auch methodologischer Weise neu anzugehen. Unser Zugang war konzeptionell insofern neuartig, als wir angesichts der weitgehenden Diffusität und Latenz von Schichtungsvorstellungen diese explizit in indirekter Weise zu erfassen versuchten."
 In den umfangreichen Literaturangaben (S. 309-311) sind die aktuellen relevanten empirischen wie theoretischen Studien zur Schichtentheorie und Modellbildung aufgeführt.
- 89 Vgl. die Arbeiten, die mit diesem Ansatz der "personalities and psychodynamic motivations of political leaders" (R. Putnam, Studying Elite Political Culture: The Case of 'Ideology', in: The Am.Pol.Sci.Rev., Nr. 3, 1971, S. 652) operieren:
 J.D. Barber, The Lawmakers, Recruitment and Adaption to legislative life, New Haven 1965;
 E.V. Wolfenstein, The Revolutionary Personality, Princeton 1967;
 J.L. Payne, Patterns of Conflict in Columbia, New Haven 1968;
 J.D. Barber, Power in Committees, Chicago 1966;
 H.D. Lasswell, D. Lerner, C.E. Rothwell, The comparative Study of Elites: An Introduction and Bibliography, Stanford 1952.

- 90 Eine repräsentative Umfrage (sample: 1000 Personen über 16 Jahren in der Bundesrepublik) über die wertvollsten Charaktereigenschaften eines Politikers (veröffentlicht in: EMNID Informationen, 1972, Nr. 3/4, S. 5-6, A4-A5) brachte folgendes Ergebnis: (S. 5):

"Intelligent	56 %
Aktiv	39 %
Zielstrebig	34 %
Redegewandt	34 %
Ehrlich	32 %
Überzeugend	31 %
Realistisch	23 %
Vielseitig	17 %
Einfallsreich	12 %
Optimistisch	12 %
Verträglich	11 %
Großzügig	10 %
Gelassen	9 %
Verbindlich	7 %
Humorvoll	5 %
Witzig	2 %
Originell	2 %
Sinnlich	2 %
Neugierig	1 %
Kleinlich	0 %
Sarkastisch	0 %

Danach könnte man als idealen Politiker einen Mann oder eine Frau bezeichnen, der oder die intelligent, aktiv, zielstrebig und redigewandt dazu ist".

- 91 K. Prewitt, Recruitment of Political Leaders, a.a.O., S. 26/27: "Socioeconomic characteristics partly determine the reservoir from which officeholders are selected. However, to assert that socioeconomic considerations help form the leadership reservoir is something very different from understanding how this happens or understanding how the selection from within the reservoir takes place. Descriptions of the leadership pool should not be confused with analysis of selection processes."

- 92 Hier wären unter anderen zu nennen: K.H. Kaufmann et al.: Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern, Köln, 1961;
A. Ranney: Pathways to Parliament, Madison, 1965;
A. Kornberg und H. Winsborough: The Recruitment of Candidates for the Canadian House of Commons", in: American Political Science Review, 62 (1968), S. 1242-1257;
Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Den Haag 1970;
H. Kaack, Wer kommt in den Bundestag, Abgeordnete und Kandidaten 1969, Opladen 1969.
- 93 Speziell für die Rolle der Parteien ist hier beispielhaft die Arbeit von S.J. Eldersveld (Political Parties, A behavioral Analysis, Chicago 1964) zu nennen, der im Rahmen der Analyse einer bestimmten Parteiorganisation ein Modell der Rekrutierung politische Eliten erprobt.
Führungsauswahl wird nach Eldersveld nicht vorrangig durch die soziale Herkunft determiniert, sondern stark beeinflusst durch "intra-organisatorische Macht-Konstellationen" (D. Herzog, Politische Elitenselektion..., a.a.O., S. 140)
- 94 J.A. Schlesinger, Ambition and Politics, Political career in the Unites States, Chicago 1966.
- 95 Mittels des Ansatzes der politischen Biographie arbeitet beispielsweise auch A.J. Heidenheimer (Adenauer and the CDU, The Haag 1960), der jedoch stark auf die gesellschafts-politischen Umweltbedingungen eingeht. Weiter zu dieser Forschungsmethode siehe D. Herzog, Politische Elitenselektion, a.a.O., S. 138 (dort auch weitere Literaturangaben)
- 96 Für den privatwirtschaftlichen Sektor wurde die bisher veröffentlichte Literatur über Karrieren bereits stark in frage gestellt, so z.B. von P. Espe (Sinn und Unsinn der Karriere-Literatur - Spiegelt sich eine allgemeine Aufstiegsmüdigkeit wieder?, in: Handelsblatt, v. 6./7. 4.1973, S. 27), der sich kritisch mit bisher publizierten Karriere-Büchern und Anti-Karriere-Büchern auseinandersetzt. Die Karriereliteratur für diesen gesellschaftlichen Bereich versteht sich in erster Linie als Handlungsanweisung und -anleitung für diejenigen, die im ökonomischen Sektor eine Karriere planen (Leitfaden für künftige Manager). Siehe zur "anti-Karriere-Welle" auch C. Berner, Der Karriere-Terror, Düsseldorf/Wies 1972.
- 97 Vgl. auch S. Keller, Beyond the Ruling Class, a.a.O.
- 98 D. Barber, The Lawmakers, a.a.O., Siehe auch Anmerkung 89
- 99 Siehe Anmerkung 78

- 100 D.C. Schwartz, Toward a Theory of Political Recruitment, in: Western Pol.Quarterly, Vol.22, 1969, S. 552-571.
- 101 M. Czudnowski, Toward an new research strategy for comparative study of political recruitment, paper zum 8. Weltkongreß der IPSA, München 1970; detailliert stellte Czudnowski seinen Ansatz in einem Vortrag (Problems of Methodology and Techniques in the Empirical Study of Political Elites) dar, gehalten am 19.1.1972 im Zentralinstitut 6 der FU Berlin
- 102 Zur empirischen Karriereforschung siehe u.a.
D. Marvick, Political Recruitment and Careers, a.a.O.,
J. Szczepanski, Die biographische Methode, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. v. R. König, Stuttgart 1967; S. 551-569;
L.J. Edinger/D.D. Searing, Social Background in Elite Analysis, a.a.O.;
U. Schleth, Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis? in: Sozialwiss. Jahrbuch für Politik, 1970, S. 99-118.
- 103 Vgl. D.D. Searing, The comparative Study of Elite Socialization, in: Comparative Political Studies, 1, Jan. 1969, S. 471-500;
siehe auch H.P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, a.a.O., S. 156, der für die Soziologie der Eliten die Aufgabe entwickelt, zu prüfen, "ob alle Spitzenpositionen von Eliten besetzt werden, ob die Eliten ihre Führungsfunktion und ihre Vorbildrolle, ihre Macht und ihren Einfluß als Möglichkeit und Aufgabe bewußt ergreifen..." "Auf welche Probleme sie dabei stößt, was an Strukturen bereits sichtbar ist, haben wir gesehen: die Untersuchung der Elitenbildung muß von der Tatsache der 'Verschulung' ausgehen und prüfen, welche Bedingungen des Aufstiegs und der Siebung in den Schulen und Organisationen gegeben sind."
- 104 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 5
- 105 Vgl. z.B. H. Kaack, Wer kommt in den Bundestag, a.a.O., S. 57 ff., der den Wandel von Politikertypen (Idealisten, Pragmatiker, Technokraten, Fanatiker) untersucht und sich mit der Abgr̄nzzbarkeit der Typen beschäftigt;
Vgl. auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 108 ff.
- 106 D. Herzog, Politische Elitenselektion ..., a.a.O., S. 144

- 107 Z.B. M. Kesselmanns empirische Studie: Recruitment of Rival Activists in France: Party cleavages and Cultural Differentiation, in: The Journal of Politics, Nr. 1, 1973, Vol.35, S. 2-44, (S. 5/6):
 "The research reported in this paper focuses on the backgrounds and recruitment patterns for members and regional cadres of two French political parties: the governing Union des Démocrates pour la République (UDR) and the Parti Socialiste (PS), successor to the Parti Socialiste-Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO). The data derive from a survey of the two parties' regional cadres and members. Activists were selected from six départements, chosen in different regions of France to maximize regional economic variations and the parties' particular strengths and weaknesses. In each département, approximately 20 rank-and-file members and 20 members of the federation executive committee from each party were interviewed, or about 80 activists per département. The actual number interviewed was 108 PS leaders, 90 PS members, 115 UDR leaders and 96 UDT members."
 Siehe auch R. Presthus, Elites in the Policy Process. Cambridge/New York, 1974 (Vergleich von rd. 2400 Eliten-Mitgliedern in USA und Canada, random-sample); ders., Elite Accommodation in Canadian Politics, Cambridge/New York, 1973 (Analyse der Interaktion innerhalb der governmental-political-elite und zwischen dieser und der private-political-elite, d.h. beispielsweise Führern von Interessenverbänden);
 Th.R. Dye/J.W. Pickering, Governmental and Corporate Elites, a.a.O.,
 Für Frankreich, wo in jüngster Zeit sowohl Biographien "prominenter Politiker (z.B. D.Gaxie: Les professionnels de la politique. Paris, 1973;
 G. Rossi-Landi: Les hommes politiques. Paris, 1973:

- A. Claisse: Le premier ministre de la V. République. Paris, 1972;
 P. Rouanet: Pompidou. Paris, 1969;
 C. Clessis et al. Jacques Chirac ou la république des cadets., Paris, 1972;
 M.Bassi: Valéry Giscard d'Estaing, Paris, 1968.
 J.M. Borzeix: Mitterrand lui-même. Paris, 1973)
 erschienen, sind folgende systematische parlamentssoziologische Studien zu nennen: Roland Cayrol et al.: Le député français. Paris, 1973,
 eine Arbeit über die 407 im Juni 1968 gewählten Mitglieder der Nationalversammlung, M.H. Marchand: Les conseillers généraux en France. Paris 1970;
 eine Studie über die französischen Bezirksräte seit 1945;
 J. Siwek-Pouydesseau: Le personnel de direction des ministères. Paris, 1969.

Eine Studie über das Direktionspersonal in den Ministerien; A. Conte: Hommes libres, Paris 1973;

eine Arbeit über sog. Graue Eminenzen;

Siehe auch z.B. D.D. Searing, Two Theories ..., a.a.O.,

Ziel dieser Arbeit ist es, mittels der Analyse des Führungspersonals aus Politik, Wirtschaft, Militär, Verwaltung, Massenmedien, dem interlektuellen Bereich und weiteren gesellschaftlichen Sektoren (S. 449):

"to clarify two theories of elite consensus, and thereby render them amenable to empirical investigation. This is accomplished through systematization and exploratory tests with survey data from political, economic, military, and other leaders in the German Federal Republic. Both theories examine the division of labor's impact upon agreement patterns within and across elite occupations. After exploring agreement patterns at this level of abstraction, our study proceeds to demonstrate the utility of distinguishing among different types of attitudes along substantive and structural dimensions. In particular, classification by values, norms, and policy attitudes, elucidates relationships between the two theories, and extricates them from the "Grand Theory" style which has been characteristic of work in elite analysis."

Ausgangsbasis ist eine Überprüfung zweier unterschiedlicher theoretischer Ansätze (konflikt-theory und consensus-theory, S. 446):

"Thus we find conflict theory and consensus theory converging on the following interrelated propositions:

1. The more modernized a society, the more functionally specialized its elite occupations.
2. The more specialized an elite occupation, the more cohesive its members' attitudes.
3. The less specialized an elite occupation, the less cohesive its member's attitudes."

108 W. Schluchter, Der Elitebegriff ..., a.a.O., S. 252 hat drei Fragestellungen entwickelt:

1. Wie werden Eliten bewertet?(Moment der Estimation);
2. Wie werden Eliten ausgewählt?(Moment der Selektion);
3. Wie wirken Eliten? (Moment der Effektivität).

R. Aron (Class sociale, class politique, class dirigente, in: Archives européennes de sociologie, Nr. 1, 1960, S. 272) hat beispielsweise ebenfalls vier Forschungsaspekte zur Analyse der herrschenden Oberschicht herausgestellt:

1. die soziale Herkunft ihrer Mitglieder,
2. die Karrierebedingungen bzw. erfolgsrelevanten Eigenschaften,
3. die Denkweise und das Daseinsverständnis der Oberschicht,
4. die Kohärenz und das Solidaritätsbewußtsein ihrer Mitglieder.

(zitiert nach J. Kurucz, Oberschicht ..., a.a.O.,S.83);

Kurucz selbst meint jedoch - ausgehend von seinem Ansatz der Leistungstüchtigen und Leistungsuntüchtigen - daß die entwickelten Fragestellungen der empirischen Eliteforschung (persönliche Merkmale, Karrierebedingungen, soziale Herkunft) nicht ausreichen (S. 91):

"Durch all das aber wird das Problem der Qualität im besten Falle gestreift, jedoch nicht angegangen. Dieses Problem ins Zentrum der empirischen Forschung zu rücken ist eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe. Es reicht nicht aus, objektive Daten zu erheben, in denen sich die tatsächliche Zirkulation an der Spitze der Gesellschaft abzeichnet."

(S. 92): "Es muß festgestellt werden, ob die etablierte Oberschicht vorübergehend an leistungstüchtigem Nachwuchs interessiert ist. Zu diesem Zweck müssen vornehmlich bestimmte Faktoren ihrer Bewußtseins-Sphäre, wie ihre Mentalität und ihr Selbst- und Weltverständnis, untersucht werden. Durch diese Faktoren ist der Grad des Interesses bestimmt, das die Oberschicht an der leistungsorientierten Auslese ihrer neuen Mitglieder hat."

- 109 Mit dem Problem der Zirkulation befaßt sich u.a. J. Wurster, Herrschaft und Widerstand ..., a.a.O., unter vergleichenden Aspekten wird hier sowohl auf die Frage der Zirkulation der Eliten in Weimar, der NS-Zeit, der Bundesrepublik und der DDR näher eingegangen. Eine seiner zentralen Fragestellungen ist (S. 43):

"Unter welchem politischen System ist kontinuierliche Zirkulation einer flexiblen und stabilen regierenden Elite Elite möglich?"

- 110 Wobei hier neben den politischen Eliten auch das Führungspersonal im ökonomischen Sektor zunehmend Gegenstand empirischer Befragungen wird; so z.B. die Untersuchung von H. Hartmann, der rd. 300 leitende Angestellte nach sozialer Lage, Selbstverständnis, Einkommen, Funktion, offizieller Anerkennung, Zusammengehörigkeitsgefühl (corps-Geist), Bewußtsein etc. befragte (Ergebnisse gekürzt abgedruckt in: Der leitende Angestellte, Heft 4, 1972, S. 14-16, "Sie landen nicht unter fremden Fittichen"); siehe für den ökonomischen Bereich auch H. Pross/K.W. Boetticher, Manager des Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1971, Kapitel VII ff.

- 111 Vgl. R.D. Putnam, *Studying Elite Political Culture...*, a.a.O., der "political elite" definiert (S. 651):
 "very loosely as those who in any society rank toward the top of the (presumably closely intercorrelated) dimensions of interest, involvement, and influence in politics. In modern societies professional politicians are among the most important members of the political elite in this sense and therefore, as a practical matter I will concentrate on them, without intending to imply that they are the only relevant members of the political elite."
 Er wirft dann drei zentrale Fragen auf, deren Beantwortung er für fundamental wichtig für die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems hält (S. 651):
 "What do politicians think politics is all about? How do they think politics works? How do they think politics ought to work? And how do they work in politics?"
 Auch R. Miliband, *Der Staat ...*, a.a.O., befaßt sich beispielsweise mit den Beziehungen zwischen politischer Führung und den wirtschaftlichen Eliten. Zwischen diesen beiden Eliten besteht nur zeitweilig ein Grundkonsens darüber, das kapitalistische System langfristig zu stabilisieren; diesen widersprüchlichen Tatbestand leitet Miliband von dem fundamentalen Widerspruch des kapitalistischen Systems selbst ab:
 "Hat nämlich das ökonomische System des Kapitalismus die Tendenz, bestehende Ungleichheiten etwa der Vermögensstruktur und der Einkommensverteilung zu erhalten und zu steigern, so müssen Politiker, die in einer parlamentarischen Demokratie durch Wahlen nur für eine begrenzte Zeit in die Regierung berufen sind, aus Sorge um ihre politische Existenz jenem Trend gegensteuern. Regierungen sind daher ihrer Selbsterhaltung wegen gezwungen, 'gegen einige Eigentumsrechte einzuschreiten, einige Managervorrechte abzubauen, etwas das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem Eigentum und denen, die ihm unterworfen sind, wiederherstellen zu helfen'."
 (zitiert nach U. Bermbach, *Zwischen Reform und Repression*, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 28.9.1973, S. 15)
- 112 Z.B. gehen P.H. Merkl/J.E. Moore bei ihrer Literaturübersicht (Rezension von 11 zwischen 1963 und 1968 erschienenen Arbeiten) *Beamtentum oder Parteien: Rivalisierende Eliten des Modernisierungsprozesses*, in: *PVS*, Heft 4, 1970, S. 607-622, von drei Fragestellungen aus (S. 607):

"Zum Unterschied von der allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierung läuft das Studium der politischen Modernisierung immer wieder auf die Frage hinaus, wie denn im einzelnen Fall die hauptsächliche Modernisierungselite beschaffen sei. Wer bildet und unterhält die neuen Staatsgebilde, die da aus dem Chaos der zerfallenden alten Gesellschaftsordnung aufsteigen? Wer bildete seinerzeit die westlichen Staaten, als sie sich allmählich in ihrer modernen Form abzuzeichnen begannen? Und wie bilden sich nun die aus ehemaligen Kolonien entstandenen politischen Systeme der Entwicklungsländer?"

- 113 Auf die sich daraus ergebenden Gefahren für den Bestand der Demokratie weist H.G. Assel, Modernes Demokratieverständnis ..., a.a.O., S. 27 hin:
"Die moderne Industriegesellschaft, in der wir leben müssen, offenbart Tendenzen, die einer demokratischen Mitbeteiligung entgegenlaufen. Die Aufhellung dieser Verhältnisse, die sich durch Rationalisierung und Bürokratisierung, durch Konzentration und Beibehaltung von hierarchischen Strukturen ergeben, fördern das Bewußtsein, daß eine "autoritäre Leistungsgesellschaft" dem innerorganisatorischen Demokratiegebot zu folgen hat, wenn nicht Leistungsgesellschaft und Demokratie als Gegensätze erscheinen sollen."
- 114 Vgl. W. Schluchter, Der Elitebegriff..., a.a.O., S. 250:
"Im Gegensatz zu Führungsgruppen, die auf Grund ihrer Geburt oder auf Grund ihres materiellen Besitzes in Führungspositionen gelangen, werden Eliten nach dem Gesichtspunkt der Leistungsqualifikation selektiert. Deshalb gibt es Eliten nicht nur in der industriellen Gesellschaft, sondern immer dort, wo Führungsgruppen nach dem Kriterium der persönlichen Leistungsqualifikation sich bilden. Daß dieses Kriterium für die Auslesevorgänge in der industriellen Gesellschaft typisch ist, kann angenommen werden, ist aber primär eine empirische Frage. Dem Begriff nach allerdings gehört der Elitebegriff zu dem der Leistungsgesellschaft, in dem schon immer jene leistungsbestimmte Sozialstruktur gedacht wird."
Siehe auch H.P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, a.a.O., S. 133: "Denn insofern Gesellschaft immer eine Organisation vergesellschafteter Individuen ist, gibt es in ihr immer ein 'Oben' und 'Unten', höhere Positionen und niedrigere Positionen, Führer und Geführte. Das haben gerade die machiavellistischen Elitetheoretiker gesehen: Eliten sind die Inhaber von Führungspositionen. Die Frage ist nur, wie sich die Eliten durch ihre Führungsfunktionen bestimmen, und vor allem, wie sich Führung als eine Elitefunktion bestimmt."

- 115 Hierbei rückt zunehmend das Problem der Kontrolle von Planungsprozessen in den Forschungsmittelpunkt, vgl. dazu H.C. Liesegang, Zum Entwurf eines Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle der Regierungsplanung, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11, 1972, S. 259-262;
H. Seeger, Möglichkeiten der Beteiligung des Landtages an den Planungen der Landesregierung, Gutachten erstattet im Auftrag des Präsidenten des Landtages von NRW, 1970, Düsseldorf. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und den Landesverfassungen ist Planung jedoch - gemessen auch an den realen Möglichkeiten - eine primäre Aufgabe der jeweiligen Exekutive, vgl. dazu U. Scheuner, Verantwortung und Kontrolle in der demokratischen Verfassungsordnung, in: Festschrift für Gebhard Müller, Tübingen 1970, S. 378 ff (399); ders., VVDStRL, 16 (1958), S. 125; G. Jahn, Bulletin 1971, S. 274 f., K.H. Friauf im Anlagenband zum Ersten Bericht zur Reform der Struktur von Bundesregierung und Bundesverwaltung, 1969, S. 607 ff. (613 ff)
- 116 Vgl. W.-D. Narr/F. Naschold, Theorie der Demokratie, Einführung in die moderne politische Theorie, Teil III, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, wo u.a. auch eine Beschreibung und Kritik der theoretischen Ansätze der Elitenforschung gegeben wird.
- 117 Nach R. Kühnl, Wer beherrscht die Bundesrepublik, in: Die Zeit, Nr. 10, v. 6.3.1970, S. 47, stellt insbesondere U. Jaeggi (Macht und Herrschaft ..., a.a.O.) die traditionellen Theorien und Theorieansätze zur Funktionsweise und den Machtrelationen in westlichen Industriegesellschaften in Frage; nach Kühnls Auffassung "räumt er (Jaeggi) mit mehreren Theorien auf:
Die Behauptung, in modernen technisierten Gesellschaften werde die Entwicklung durch Sachzwänge bestimmt (Schelsky), hat für ihn, Jaeggi primär Verschleiерungsfunktion:
"Abgeschirmt durch 'Rationalität' und die daraus hervorgehenden Sachzwänge, können die Herrschenden unkontrolliert schalten und walten."
Ebenso fragwürdig seien die diversen Elitetheorien: Ihre Funktion bestehe darin, "eine fundamentale, strukturelle Ungleichheit als ein natürliches und notwendiges Phänomen" darzustellen. Es lasse sich aber nachweisen, daß "die herrschenden, hervorstechendsten und bedrückendsten Ungleichheiten ... keineswegs "natürlich", sondern sozial bedingt" seien.
Auch die Pluralismustheorie, von der die öffentliche Meinung noch weithin bestimmt wird, gilt ihm als mangelhaft: "Pluralismus herrscht in den Ansichten, Haltungen und Verhaltensweisen; Klassenherrschaft herrscht im sozio-ökonomischen Raum."

Jaeggi analysiert, daß die wichtigsten Entscheidungen allein von einigen dominierenden Gruppen getroffen werden, die zugleich auch Hauptnutznießer des Systems sind: die Klasse der Nichteigentümer an Produktionsmitteln werde hinsichtlich ihrer Ausbildung, ihrer Arbeit und in ihrem Konsumverhalten auf die Bedürfnisse des herrschenden Kapitals ausgerichtet. Tendenziell sieht Jaeggi Machtkonzentrationen und Machtzentralisierungen, die keine Möglichkeiten demokratischer Kontrolle mehr lassen.

- 118 Vgl. D.D. Searing, Two Theories ..., a.a.O., S. 473:
"A major proposition in both theories stresses the importance of role specialization for attitudinal cohesion within elite occupations. In Germany, the most specialized elite roles were found the most cohesive, lending these assertions some support. Further examination of the data indicated the need to distinguish among different types of attitudes in the dependent variable. On a substantive dimension, cohesion proved strongest for occupationally related items. This appeared to indicate that occupational socialization is most effective in functionally related policy areas. By structure, greater occupational group agreement was found for general as compared with specific attitudes, suggesting that socialization processes can have quite different consequences for these different types of items.
With the second dependent variable, conflict and consensus theory diverge. Conflict theory predicts that as modernization proceeds, further differentiation causes growing disagreement across elite occupations. By contrast, consensus theory predicts increasing inter-occupational agreement. Preliminary tests with German data offered limited support for consensus theory's projection..."
S. 474: "Agreement among elites on the legitimacy of one another's major values and norms does seem essential for effective operation of increasingly interdependent systems. On the other hand, specialization may continue to generate differences over preference schedules organizes around functional tasks, despite progressive narrowing of these tasks and related attitudes with further functional specificity. Thus, a wide range of complex relationships between modernization and elite consensus remains open to empirical inquiry."

- 119 A.H. Barton, Empirical methods and elite theories, in: Rev.Soc., Vol.9 (1-2), Jan.-Aug.1971, S. 57-82, stellt vier Faktoren heraus, die zu ermitteln für künftige Gesellschaftsanalysen von größter Relevanz zu werden scheinen: "the extent to which members or agents of a privileged stratum occupy key decision-making position, (2) the organization and unity of the privileged stratum (3) the degree of organization and unity of other interest groups (4) and the degree of conflict of interests between strata."

Zur Erhebung und Aufbereitung des Datenmaterials

- 1 Die Wahl des Regierungschefs und weiterer Mitglieder der Landesregierungen (Minister) ist in den Verfassungen der Bundesländer unterschiedlich geregelt, vgl. A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., dort die Anmerkungen Nr. 4 und 5.
- 2 Eine wesentliche Quelle stellt in diesem Zusammenhang die Arbeit von A.C. Storbeck (Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945, München-Wien 1970) dar; z.T. sind die tabellarischen Übersichten jedoch fehlerhaft (Parteizugehörigkeiten, Daten von Amtsantritten, Ressortgliederungen etc.), wie Vergleiche mit amtlichen Protokollen zeigen (z.T. sind auch bei Jahreszahlen Druckfehler entstanden).
- 3 Zur Problematik der Vergleichbarkeit im Ressortsystem der Flächenstaaten siehe A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 274:
"Aufteilung auf die Ressorts: Ungeachtet der relativen Einheitlichkeit im Ressortsystem der Flächenstaaten ergeben sich bei der Abgrenzung der Fachbereiche im einzelnen Schwierigkeiten. Unterschiedliche Zusammenfassungen, Verbindungen und Trennungen der Bereiche oder Teilbereiche in den Bundesländern, auch Änderungen in der Aufgabenstellung und Bedeutung desselben Ressorts im Verlaufe der Zeit, erschweren eine sachlogisch völlig zufriedenstellende Systematisierung."
Er bildet 9 Hauptgruppen.
- 4 Desgl. auch K.v. Beyme (Die politische Elite ..., a.a.O., S. 219) für die Bundesebene: "Die Ämterrotation war unter den deutschen Ministern relativ gering, die politisch stärksten Persönlichkeiten waren gemeinhin auch am wenigsten in der aufeinander folgenden Übernahme verschiedener Ressorts. Die personelle Stabilität ist - neben der Kabinettsstabilität im allgemeinen - in der Bundesrepublik eine der höchsten in Europa und die größte unter den großen Demokratien des Kontinents.
- 5 Vgl. auch F. Armbruster, Ressort-Rotation in Großbritannien und der Bundesrepublik. Minister: Fachmann oder Politiker?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1, 1973, S. 99; die Ausführungen über die "Gründe für Rotationen" (S. 100 ff.) sind allerdings recht dürftig.

- 6 Zur Frage der Anwendung unterschiedlicher Methoden in der empirischen Sozialforschung siehe S.D. Sieber, Die Integration von Feldstudien und Erhebung, in: Soziale Welt, 1974, Heft 1, S. 14-36. Sieber versucht, die Methode der "persönlichen Forschung im sozialen Feld" mit der der schriftlichen Erhebung "zu einem neuen Stil der Sozialforschung" zu integrieren (S. 14); ebda (S. 35/36) weitere Literatur zur Methodik. Siehe weiterhin auch M. Osterland, Lebensgeschichtliche Erfahrung ..., a.a.O., der die herkömmlichen Methoden der standardisierten und halbstandardisierten Interviews ablehnt (S. 409), "wenn gesellschaftliches Bewußtsein von sozialen Gruppen und Klassen untersucht werden soll."
- 7 Vgl. K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969 ..., a.a.O., S. 258: "Die Ergänzung durch Interviews droht jedoch die Vorteile, die sie für die Einschätzung einzelner Background-Variablen haben, durch den statischen Charakter der Momentaufnahme wieder zu verlieren, weil die Positionsinhaber der Vergangenheit nicht in gleicher Weise studiert werden können wie die gegenwärtigen."
- 8 Vgl. auch M. Osterland, Lebensgeschichtliche Erfahrung..., a.a.O., S. 414: "Diese Interpretation aber ist Ergebnis eben jenes Lernprozesses, als der die eigene Biographie offenkundig nur von denen begriffen wird, die die Veränderungen ihrer Situation nicht allein als Wandel ihrer materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu beschreiben in der Lage sind, sondern darüber hinaus ihr lebensgeschichtlich verändertes Denken und Verhalten mitreflektieren, d.h. ihre Lebensgeschichte auch als Bewußtseinsprozeß begreifen. Da dies aber nicht bei allen erwartet werden kann, liegen hier die Schranken einer historisch-biographischen Vorgehensweise, die es dem Befragten überläßt, sein Leben gewissermaßen so 'frei' zu schildern, daß in der Beliebbarkeit der Einzelbiographie jener Erfahrungshintergrund zugedeckt wird, der auch von den anderen geteilt wird. Die Rekonstruktion des Lebenslaufs muß deshalb so angelegt sein, daß zwar viel Raum für dessen genaue und detaillierte Schilderung sowie für Nachfragen und Aufforderungen zur Konkretisierung gegeben ist, dennoch aber eine gewisse gemeinsame Struktur erreicht wird. Eine Vorstrukturierung verknüpft deshalb die Chronologie des Lebenslaufs mit bestimmten Erfahrungsbereichen: D.h. die Komplexität des individuellen Lebenslaufs und die Beliebbarkeit der Schilderung werden auf die Stationen des Lebens reduziert, an denen die objektive Realität - gleichsam zum Einschnitt verdichtet, dem eine Veränderung der Lebens- und Arbeitssituation folgt - sich als klassenspezifischer Erfahrungszusammenhang aufdrängt."

- 9 Vgl. H. Pross, Die soziale Schichtung in der Bundesrepublik, in: Deutsche Rundschau, Nr. 84, 1958, S. 926 ff., die herausgearbeitet hat, daß die Angehörigen der Oberschicht nach Möglichkeit vermeiden, über ihre Einkommensverhältnisse, Herkunft, Karriereverlauf Auskunft zu geben und es vorziehen, anonym zu bleiben. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Analysen von R. Dahrendorf (Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O.), der vom "Kartell der Angst" spricht.
- 10 Bei diesem technischen Arbeitsvorgang waren R. Tiemann, der ein spezielles Programm zur Auswertung des erhobenen empirischen Materials entwickelte und F. Müller, der einzelne "Rechenoperationen" durchführte, beteiligt, ohne deren Hilfe es kaum möglich gewesen wäre, die Datenmenge in nur einigen Monaten zu analysieren.
- 11 Zur generellen Problematik der Rolle der Frauen in der modernen Industriegesellschaft siehe M. Haller, Die Frau in der Gesellschaft. Eine soziologische Studie junger Frauen in Beruf und Familie Band I: Arbeitsbedingungen und Berufsverbundenheit, Wien 1973, und L. Rosenmayr, M. Haller, M. Szinovacz, Barrieren im beruflichen Aufstieg, Schriftenreihe zur sozialen und beruflichen Stellung der Frauen, 2/1973, Wien.
- 12 Wobei der wirtschaftliche Bereich zunehmendes publizistisches Interesse gewinnt (z.B. "Weibliche Vorgesetzte in Deutschland - Geliebt, Gehaßt: Die Chefin", in: Wirtschaftswoche, Nr. 33, vom 8.8.1975, S. 12-18)
- 13 Z.B. K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O.; R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O.; B. Zeuner, Kandidatenaufstellung ..., a.a.O.; M. Fülles, Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969; zur Benachteiligung von Frauen bei der Führungsauslese im politischen Bereich siehe weiterhin die exemplarische Darstellung bei K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969 ..., a.a.O., S. 258 ff.; der auf S. 216 jedoch zum Ergebnis kommt: "Die Aufstiegschancen der Frauen haben sich verbessert."; Eine Übersicht über den prozentualen Anteil von Frauen in den Landtagen zwischen 1946 und 1971 liefert H. Mabry, Unkraut ins Parlament, München 1971, S. 48: sie kommt auf einen Anteil an weiblichen Abgeordneten von 8,4% im Durchschnitt aller 11 Länderparlamente für die Zeitspanne 1946 bis Sommer 1971; 1971 (Stand: Sommer) waren 6,7% Frauen Mitglieder der Landtage; zum Problem "Frauen als Unternehmer" siehe die empirischen Zahlen bei M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S.241; Vgl. auch G. Reitz, Einstellungen von Mädchen zur Rolle der Frau und ihre Schullaufbahn, München 1973.

14 Z.B. Luise Albertz, die von 1946-1974 Oberbürgermeisterin von Oberhausen war.

15 Für die Parteien wurde 1975 die folgenden Zahlen an weiblichen Mitgliedern veröffentlicht (Quelle für SPD, CDU und CSU: BZ vom 6.5.1975, S. 2) In der SPD sind von 960 000 Mitgliedern 185 000 (19%) Frauen, CDU: 17%, CSU: 10%. Die FDP-Zahlen (19,1%) weisen demnach den höchsten Anteil an weiblichen Parteimitgliedern auf, wobei zwischen 1971 und 1975 dieser Anteil von 15,2 auf 19,1% gestiegen ist (Quelle: das Rathaus Nr. 7, Juli 1975, S. 319).

16	1. Bundestag 1949-1953	von 410 Abgeordneten	7,1 % Frauen
	2. " 1953-1957	von 509 "	8,8 % "
	3. " 1957-1961	von 519 "	9,2 % "
	4. " 1961-1965	von 521 "	8,3 % "
	5. " 1965-1969	von 518 "	6,9 % "
	6. " 1969-1972	von 518 "	6,6 % "
	7. " 1972-	von 518 "	5,6 % "

(Quelle: Dialog, Nr. 2 1973, S. 20).

Vgl. auch die Statistik in: Der Deutsche Beamte, Nr. 3, März 1973, S. 45;

Im Vergleich dazu siehe den Anteil von weiblichen Abgeordneten in einigen anderen Ländern (Quelle: Dialog, Nr. 2, 1973, S. 20), Stand 1972:

Schweden (Reichstag) 14,3 % weibliche Abgeordnete

Großbritannien (Unterhaus) 4,1 %

Frankreich (Nationalversammlung) 1,7 %

Schweiz (Nationalrat) 5,3 %

USA (Repräsentantenhaus) 2,8 %

UdSSR (Oberster Sowjet) 30,5 %

Vgl. auch H. Greve, Mehr weibliche Abgeordnete nach Bonn, in: Bayernkurier, vom 25.10.1975, S. 8.

17 "Während im Bundestag nur jeder 18. (27 von 496) und in den Länderparlamenten jeder 16. Sitz von einer Frau eingenommen wird, ist nach der letzten vergleichenden Städtestatistik des deutschen Städtetages (West) in den Großstädten jeder 9. Ratssitz (11,4 %) von einer Frau besetzt. Im Durchschnitt aller Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern liegt der Frauenanteil freilich nur bei 8,3 %, d.h., mit abnehmender Gemeindegröße geht der Anteil von Frauen in den Gemeindeparlamenten zurück. In 80 von 251 Gemeinden mit 20.000 - 50.000 Einwohnern ist überhaupt keine Frau vertreten", Berliner Extra-Dienst, Nr. 62/VII, 3.8.1973, S. 7.

Auch im Ländervergleich sind diese Ergebnisse sehr unterschiedlich wie neueste Statistiken zeigen (z.B. "Mehr Frauen in den Stadtparlamenten - in kleineren Gemeinden weniger weibliche Ratsmitglieder", in: das Rathaus, Nr. 7, Juli 1975, S. 319.

- 18 Nach einer 1972 veröffentlichten Personalstatistik waren von den rund 800 000 bei Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigten Frauen nur sehr wenige, die tatsächlich einflußreiche Führungspositionen einnahmen (siehe Deutsches Beamtenblatt Nr. 2, 1972, S. 21). Auch für die Universitäten wurde beispielsweise diese Unterrepräsentation festgestellt: 1974 waren nur 8% der Lehr-Stellen mit Frauen besetzt (Quelle: Der Spiegel, Nr. 1-2, 6.1.1975, S. 48).

- 19 "Zur Zeit sind 51 % aller Beschäftigten in der sowjetischen Wirtschaft Frauen, noch vor wenigen Jahren betrug dieser Anteil sogar 53 % aller Beschäftigten ... Auch für die sowjetische Gesellschaft gilt nach wie vor, daß in höheren Positionen Frauen nur selten vertreten sind, vor allem werden manuelle Tätigkeiten von Frauen ausgeführt, oft bleibt ihnen der berufliche Aufstieg in höhere Positionen versagt, weil sie - mit Rücksicht auf die Familie - keine abgeschlossene Ausbildung haben und neben ihrer beruflichen Tätigkeit nicht die Zeit aufbringen können, sich weiter zu qualifizieren". (Quelle: "Auch in der UdSSR machen Frauen keine Karriere", Bericht über die Wirtschaftswissenschaftliche Fachtagung der deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Bad Wiessee, in: Die Welt, 14.10.1975, S. 9).

- 20 "In der Volkskammer der DDR sind gegenwärtig 195 von 500 Abgeordneten Frauen (31,8%). Nach dem Stand vom November 1971 betrug der Anteil der Frauen in den Bezirkstagen - in Westdeutschen Landtagen vergleichbar - 56,1 %. Das Statistische Jahrbuch der DDR gibt den Frauenanteil der Kreistage, Gemeindevertretungen und Stadtbezirksversammlungen nach dem Stand vom 31.3.1970 mit 56,4 %, 42,4% und 54,5 % an, "Berliner Extra-Dienst, Nr. 62/VII, 3.8.1973, S. 7.

- 21 So z.B. subjektive wie objektive, auf physischen und psychischen Faktoren beruhende Vorurteile. Ebenso werden im allgemeinen die frauenspezifische Rolle, familiäre wie Bildungs- und Ausbildungsprobleme herausgestrichen. (vgl. Anm. 24)

- 22 Wie z.B. K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 23-27 exemplarisch nachzuweisen versucht.

- 23 Vgl. das Interview mit L. Funcke, Benachteiligung der Frau in Staat und Beruf abbauen, in: Das Rathaus, Nr. 1, 1975, S. 10; siehe auch die empirische Studie von M. und B. Rosenblatt, Berufstätigkeit der Frauen, Gleichberechtigung und partnerschaftliche Familie, in: KZfSS, Nr. 4, 1972, S. 688-706.

24 Skeptisch beurteilt diese Möglichkeiten z.B. Ch. Meves, Ein guter Mann wiegt noch jede Karriere auf - was Frauen am beruflichen Aufstieg hindert, in: Die Welt, Nr. 98, v. 27.4.1974, S. V; sie führt u.a. sechs Gründe auf:

- "1. Oft, meistens gänzlich unbewußt, beruht die Abweisung der Frauen auf einer heimlichen Furcht vor ihnen.
2. In anderen Fällen wird die Ablehnung aber keineswegs durch das Verhalten der Frau hervorgerufen - es kann auch bereits in der unbewußten Einstellung der Arbeitskollegen vorprogrammiert sein, in den negativen Erfahrungen, die sie mit den Frauen ihrer ersten Kinderjahre gemacht haben.
3. Aber es sind nicht nur versteckte irrationale Faktoren, die den Aufstieg der Frau behindern. Es gehört für eine Frau ein viel länger dauerndes Lerntraining dazu als im allgemeinen für den Mann, bis sie einen Status erreicht, in dem sie neben einem personalen Denken, das für sie originär ist, auch sachbezogen, überpersönlich, abstrahierend Entscheidungen treffen kann, wie es bei Aufgaben im Führungsbereich unerläßlich ist. Bei manchen Politikerinnen wird diese Schwierigkeit oft deutlich erkennbar. Unbewußt kämpfen sie für personale Rechtfertigung, messen ihre Entscheidungen an subjektiven Erfahrungen und zeigen wenig Gespür für zukunftsbezogene Entscheidungen, die für die Erhaltung des Staates und damit für die Lebensmöglichkeiten seiner Bürger notwendig sind.
4. Frauen brauchen sehr viel historische, philosophische und humanistische Bildung, um die Möglichkeit zu einer sachbezogenen, vom Einzelfall absehenden abstrahierenden Denkweise zu bekommen, ohne die Führung - von was auch immer - nicht erfolgreich sein kann.
Diesen Status zu erreichen ist für eine Frau schwer. Er wird auch mit hohen Preisen bezahlt, die sie eben oft gar nicht bezahlen will: mit der Einschränkung von Spontaneität und Impulsivität von Identifikationen mit dem einzelnen anderen, vom Sinn fürs Detail, von Spaß an Koketterie und Ausschmückung.
5. Ein weiteres gewichtiges Hindernis beim Aufstieg der Frau im Beruf ist die andersgeartete Interessenrichtung, von der die Mehrzahl der Frauen gekennzeichnet ist.

6. Eine Laufbahn erfordert häufig auch Flexibilität in bezug auf den Ortswechsel. Ein Auslandsaufenthalt über einige Monate ist unumgänglich, wochenlange Berufsreisen und Kurse, Austausch bei den verschiedenen Niederlassungen der Firma werden mit Recht von den Vorgesetzten als unumgängliche Voraussetzung für die Stellung im Führungsposten angesehen. Viel mehr Männer können in solche Vorschriften einwilligen, viel weniger Frauen sind in der Lage dazu. Zwar ist der Ehemann, der Vater, im Grunde zu Hause genauso nötig wie die Frau, aber unter dem Aspekt, die Familie finanziell versorgen zu müssen und für ihr Prestige verantwortlich zu sein, kann er sich über Erwägungen dieser Art viel leichter hinwegsetzen."

Ch. Mewes resümiert dann: "Es ist deshalb immer noch eine nur kleine Crew, die Gruppe der Enttäuschten, Alleingelassenen, vom Schicksal an den Rand gedrängten Unerfüllten, die nach dem Zerplatzen des großen Traums vom schönen Leben den Rucksack mühsam wieder aufnimmt, um, von der Not ihrer Situation getrieben, einen Weg in die Selbstständigkeit und in die Karriere, in eben ein anderes, in ein doch noch ertrutztes Glück hineinwagt. Deshalb werden es auch in absehbarer Zeit nicht die vielen sein, die sich zur Karriere drängen - es wird trotz aller Appelle, trotz all der emanzipierten Vorbilder nur eine kleine, eine sehr charakteristische Schar sein, die sich überhaupt an den Aufstieg heranmacht."

- 25 Es wäre zu fragen gewesen, ob und ggf. wie sich die Karrieren der weiblichen Landesminister von denen ihrer männlichen Kollegen unterscheiden und ob Politikerinnen nur bestimmte Ressorts, die im sozialen Bereich liegen (Sozialwesen, Jugend, Familie etc.) zugänglich sind.
- 26 Der Anteil der Konfessionen an der Gesamtbevölkerung betrug 1974 44% Katholiken, 49% evangelischer Konfessionszugehörigkeit, 7% weder/noch (Quelle: Der Spiegel, Nr. 1-2, 1975, S. 48)
- 27 So z.B. von W. Kaltefleiter/R. Wildenmann, a.a.O. (manager magazine) S. 96:
"Protestanten halten in fast allen Teileliten erheblich mehr Positionen besetzt als Katholiken. Bei den Top-Managern der Großunternehmen zum Beispiel ist das Verhältnis annähernd 2,5 zu 1. Eine Ausnahme bilden in der Untersuchung lediglich die Führungsgruppen des Bundestages (Präsidium, Fraktionsvorstände, Ausschußvorsitzende) und die Parteispitzen in Bund und Ländern."

Religionszugehörigkeit von westdeutschen Teileliten (in Prozent)

	Regie- rungs- chefs, Mini- ster/ Bund/ Länder	Partei- führer	Top-Ma- nager Großun- terneh- men	Top-Ma- nager Banken/ Versiche- rungen	Leiter von Wirt- schafts- verbänden	Gewerk- schafts- führer	Spitzen von Hoch- schulen u. For- schungs- instit.	Bundes- wehr- Führung
evangelisch	57,1	45,8	58,6	48,8	70,6	40,3	64,5	68,3
römisch- katholisch	20,2	41,7	24,5	31,7	19,8	32,3	22,9	24,4
anderes Bekenntnis	2,4	-	1,1	1,2	-	-	-	2,4
keine Reli- gionszuge- hörigkeit	20,3	12,5	15,8	18,3	9,6	27,4	12,6	4,9

- 28 Nur definitiv sieben Landesminister gaben an, keiner Glaubensgemeinschaft anzugehören, auch dieses Bekenntnis scheint schwer zu fallen, da der Einzelne offenbar mit der Publizierung der Nichtzugehörigkeit u.U. eine Minderung der (Wieder-)Wahlchancen sieht.
- 29 Zur Konfessionsstruktur der zwischen 1949 und 1973 ernannten Bundesregierungsmitglieder siehe R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 137 ff.; siehe vor allem auch die empirischen Ergebnisse bei W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 173-176, ebenso bei W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 24, dort die Aufgliederung über die Konfessionsstruktur deutscher Führungsgruppen; Siehe auch K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 28 ff. und S. 216, wo Beyme dem Faktor Konfessionszugehörigkeit und regionale Herkunft "abnehmende Prognosefähigkeit für politisches Verhalten" zuschreibt. "Unter den Staatssekretären und Spitzenbeamten dominiert eindeutig das protestantische Element", traditionell sind Katholiken (z.B. bei der Kandidatenauslese) benachteiligt (S. 216).
Vgl. auch D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen sozialer Schichtung ..., a.a.O., S. 380 ff., die die Rolle des Statusmerkmals Konfessionszugehörigkeit empirisch analysieren (z.B. Tabelle 6: Beobachtete Parteipräferenz - Mittelwerte in katholischen (S. 381) und protestantischen (S. 383) Bundesländern: Konfession - Beruf, Konfession - Ausbildung, Konfession - Einkommen); siehe auch H. Pross/K. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 50, die für ihr sample zu folgender Konfessionsstruktur kommen:

Konfessions- zugehörigkeit	% von 538 Befragten	% Gesamtbevölkerung (ca. 1970)
evangelisch	59,9	51,5
römisch- katholisch	25,6	45,3
andere	0,4	-
ohne	6,2	3,1
keine Angabe	7,9	-

Zur Repräsentationsproblematik: Die soziale Herkunft.

- 1 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 162/63 unterscheidet drei Sozialisationsphasen.
 1. Sozialisationsphase als Zeit der Kindheit, Jugend (politische Sozialisation durch Elternhaus, Jugendgruppe, Schule/Hochschule),
 2. die "(Partei-) Rekrutierungsphase" (der Entwicklungsabschnitt, in dem der Parteibeitritt erfolgt),
 3. Phase der politischen Professionalisierung (Zeitpunkt der ersten Übernahme einer hauptberuflich-politischen Position).
- 2 In der Regel arbeitet die Sozialisationsforschung mit der Schichtentheorie, zugleich unter Anwendung der Rollentheorie; zentrale Kategorie ist der Beruf; soziales Verhalten des einzelnen auch außerhalb des engeren beruflichen Tätigkeitssektors wird u.a. aus dem Berufsstatus (Arbeiter, Angestellter) und der Dimension der Tätigkeit (körperlich, geistig) abgeleitet. An diesem Ansatz üben insbesondere marxistische Ansätze Kritik (z.B. R. Kelber in der Rezension von W. Gottschalch u.a., Sozialisationsforschung, a.a.O., in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 1972, S. 997-1002).
- 3 Die Begrenztheit der Aussagekraft dieser Analyse macht z.B. M. Osterland, Lebensgeschichtliche Erfahrung ..., a.a.O., S. 409/410 deutlich: "Will man nicht bei der bloßen Beschreibung eines statischen Zustands bleiben, nämlich des manifesten Erscheinungsbildes von Bewußtsein - was mit dem Abfragen von Einstellungen z.B. zu politischen Ereignissen und Institutionen erreichbar wäre -, muß die historische Dimension der Bewußtseinsgenese mit einbezogen werden. Dem kann jedoch auch die Korrelation von sozialstatistischen Daten (z.B. Beruf des Vaters und dergleichen) nicht abhelfen: sie bliebe an der Oberfläche und ließe Widersprüche, die auftreten, weil in der Vergangenheit Erfahrungen gemacht worden sind, die sich auf die aktuellen Einstellungen auswirken, aus einer derartigen empirischen Aufnahme herausfallen oder könnte sie nicht mehr erklären."
- 4 So gehen z.B. H. Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 53 detailliert auf die "materielle Situation der Herkunftsfamilie" ein, in dem sie sechs verschiedene Kategorien (von arm bis reich) bilden; Vgl. auch M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S.51 ff.; Es war in der vorliegenden Arbeit nicht möglich, ausreichende Informationen über das Ausbildungsniveau

der Vätergeneration zu erzielen. W. Kaltefleiter/R. Wildenmann sind bei ihren Untersuchungen über die westdeutsche Führungsschicht zu folgenden Ergebnissen gekommen (zitiert nach manager Magazin, Nr. 4, 1974, "Um den Aufstieg hart gekämpft", S. 94):

Ausbildung des Vaters	Regie- rungs- chefs, Minister Bund/Land	Top-Ma- nager Großun- terneh- mer	Top-Ma- nager Bank/ Versi- cherung	Leiter Wirtsch. Verbänd.	Gewerk- schafts- führer
Volksschule und Lehre	38,1	22,3	28,0	21,4	62,9
Realschule, Oberschule ohne Abitur	15,5	25,5	11,0	17,5	12,9
Volksschule und qualifizierte Ausbildung	4,8	6,0	7,3	8,7	9,7
Abitur	7,1	7,1	15,9	8,7	3,2
Hochschule ohne Abschluß	-	1,6	-	1,6	-
Universitäts- oder Hochschul- abschluß	1,2	2,7	7,3	3,2	-

- 5 H.Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 31
- 6 Vgl. D.R. Segal, D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 378 ff.; vgl. auch K. Jennings/R.G. Niemi, The Political Character of Adolescence: The Influence of Families and Schools, Princeton 1974.
- 7 Aus der Fülle empirischer wie theoretischer Sozialisationsforschungen siehe H.-G. Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1971, 4.Aufl., S. 15; Zum Stellenwert der Sozialisationsforschung in der Sozialwissenschaft siehe H.-P. Frey, Vorteile und Risiken komplexer Modelle als Bezugsrahmen für die Sozialisationsforschung, in: Soziale Welt, Nr. 3, 1975, S. 31-44; die traditionellen Sozialisationsmodelle sind nach Auffassung Freys "nicht in der Lage, alle Gegenstände und Fragen der Sozialisationsforschung, wie sie sich heute darstellen, zu erfassen" (S. 31), dies zeigt er anhand einiger, ideal-

typisch herausgearbeiteten Modell auf, bevor er sein neues Modell entwickelt, "extrahiert aus diesen Modellen die implizierten Annahmen

"(1) Es gibt einen festen Satz vorgegebener Sozialisationsinhalte, der an den Sozialisanden weitergegeben werden muß, um seine Integration zu gewährleisten.

(2) Weitgehender Ausschluß von Gestaltungsspielräumen und der Abwehr von Rollenerwartungen durch den Sozialisanden. Solche Vorgänge werden nicht als normaler Bestandteil eines jeden Sozialisationsprozesses betrachtet, sondern als Fälle abweichenden Verhaltens.

(3) Einteilung der Lebensgeschichte in "Sozialisationsphasen" und solche, in denen keine Sozialisation stattfindet.

(4) "Sozialisiertes" Verhalten ist nur eine Funktion internalisierter Sozialisationsinhalte. Anders gewendet: die Integration des Individuums in ein soziales System ist allein eine Funktion erfolgreicher Internalisierungsprozesse.

(5) Die Annahmen (1)-(4) implizieren, daß sich prinzipiell Zeitpunkte angeben lassen, zu denen ein Sozialisationsprozeß abgeschlossen ist (z.B. wenn alle Sozialisationsinhalte vermittelt wurden, bei Abschluß einer Sozialisationsphase, wenn eine soziale Rolle internalisiert wurde).

(6) Die Annahmen (1)-(4) betonen einen einseitigen Prozeßverlauf von den Sozialisationsinstanzen zum Sozalisanden.

(7) Die Annahmen (1)-(4) lassen eine einseitige Orientierung an gesellschaftlichen Makrostrukturen (Kultur, Nation, evtl. noch Schicht) als Bezugsrahmen erkennen, in denen die Sozialisationsinhalte verankert sind bzw. in die der Sozalisand integriert werden soll" (S. 34).

Vgl. auch G. Nunner-Winkler, H.G. Rolff, Theorie der Sozialisation, in: Th. Ellwein u.a. (Hrsg.), Erziehungswissenschaftliches Handbuch, 3. Bd., zweiter Teil, Berlin 1971, S. 187 ff.;

W. Gottschalch u.a., Sozialisationsforschung ... a.a.O., T. Parsons/R.F. Bales, Family, Socialization and Interaction Process, Glencoe, 4. Aufl., 1964; T. Parsons, Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt a.M. 1968; im Rahmen einer kritischen Betrachtung der Sozialisationstheorie von T. Parsons geht R. Reichwein (Sozialisation und Individuation in der Theorie von T. Parsons, in: Soziale Welt, 21/22.Jg., 1970/71, Heft 2, S. 161-184) auch dezidiert auf die von Parsons entwickelten 5 Sozialisationsphasen ein (S. 169 ff.);

siehe weitere umfangreiche Literaturhinweise bei D.R. Segel/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 385-387.

- 8 Vgl. hierzu den Bericht von M. Haller über das XIII. International Family Research Seminar, Paris, 24.-28. 9.1973 (Lebenszyklus und Familientheorie, in: KzfSS., Nr. 1, 1974, S. 148-165), wo u.a. im Rahmen von Unterthemen die Rolle der familiären Bedingungen für die Sozialisation analysiert wurden; ebenso zu dieser Thematik: H.S. Becker/A.S. Strauss, Karriere, Persönlichkeit und sekundäre Sozialisation, in: T. Luckmann/W. Sprondel (Hrsg.), Berufssoziologie, Köln 1972; M.R. Fogarty/R. Rapoport, Sex, Career and Family, London 1971; M. Haller, Die Frau in der Gesellschaft, Eine soziologische Studie junger Frauen in Beruf und Familie, Bd. II: Familie und soziale Mobilität, Wien 1973; R.König, Soziologie der Familie, in: R.König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, II. Bd., Stuttgart 1969; T. Lidz, Das menschliche Leben, Die Entwicklung der Persönlichkeit im Lebenszyklus, Frankfurt a.M. 1968; M.W. Riley/M. Johnson/A. Poner, Aging and Society, Bd.III: A Sociology of Age Stratification, New York 1975; H.L. Wilensky, Arbeit, Karriere und soziale Integration, in: T.Luckmann/W.Sprondel (Hrsg.), Berufssoziologie, Köln 1972; J.S. van Hessen, Familie, Freizeit und Sozialisation der jungen Generation, in: G.Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1968.
- 9 Die für diese Analyse notwendigen Informationen können jedoch nur mit Hilfe von Interviews erhoben werden; diese Erhebungsmethode scheidet jedoch für Elitestudien, die längere Zeitphasen umfassen, aus. Siehe zum Wirkungszusammenhang von Familieneinfluß und politischer Einstellung der Folgegeneration auch: EMNID-Informationen, Nr. 3, 27. Jg., 1975, S. A 12 - A 14, dort die detaillierte Darstellung der Umfrageergebnisse "Systemverdrossenheit bei Jugendlichen" (S. A12):
"Was den vermutlichen Familieneinfluß betrifft, so kann man sich Generationskonflikt, Auseinanderleben und Nichtverstehen in der Familie als Wurzel für soziale, politische Verdrossenheit denken." (S. A13):
"Allerdings liegen bei den Jugendlichen mit abweichendem Verhalten häufiger Konflikte, Ressentiments, Auseinanderleben, Vernachlässigung zwischen den Generationen und im Familienleben vor, die gegen das übrige Bild sehr deutlich kontrastieren. Auch Verdrossenheit im persönlichen und öffentlichen Leben mag dort eher aufkeimen als in normalen Familien.
Es geht also mehr darum, diese speziellen Teilgruppen mit ihren speziellen Problemen und Lebenslagen konkret zu erfassen, als das gesamte Subsystem "Familie" generell zu diffamieren und zum Sündenbock verfehlter politischer Einstellungen abzustempeln."

Über mehr interne Sozialisationsbedingungen wissen wir noch viel zu wenig. Es hat nicht an vielen Spekulationen und wenig an Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen Familienleben und politischer Einstellung gefehlt. Immerhin kann man annehmen: politische Grundeinstellungen junger Menschen sind zumindest im großen und ganzen zumeist denen ihrer Eltern analog (Systemveränderer aus zumindest liberalen, ideologiebestimmten Elternhäusern, konservative aus konservativen etc.)."

Vgl. auch M. Kesselman, Recruitment ..., a.a.O., S. 27 ff. (Political Discussions with Father, Recall of Father's Political Preference); D. Marvick/Ch. Nixon, Recruitment Contrast in Rival Campaign Groups, in: D. Marvick, Political Decision-Makers, a.a.O., S. 209: "the political family may be a crucial training ground for future campaign workers."

- 10 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 161 ff., insbesondere S. 167-175, wo er detailliert auf Erziehungsstil, Intensität der politischen Motivation durch die Eltern und den politischen Aktivitätsgrad der Eltern sowie die "Institutionen" (Eltern, Schule, Hochschule) der politischen Sozialisation eingeht.
- 11 Dies ist M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., insbesondere S. 42-68 gelungen.
- 12 So konnte beispielsweise nicht die soziale Schichtzugehörigkeit nach Alterskohorten und Wohngröße ermittelt werden; Vgl. dazu G. Kleining, Soziale Mobilität ..., a.a.O., S. 276: "Langfristig können die Status-Veränderungen durch das für die eigentliche Mobilitäts-Untersuchung verwandte Sample von 10 900 Personen beobachtet werden. Männer haben ihren eigenen Beruf im Alter von etwa 40 Jahren auf dem SSE eingestuft (jüngere den Beruf zum Zeitpunkt der Befragung), und außerdem haben Männer und Frauen den sozialen Status des Berufs ihres Vaters und Großvaters (väterlicherseits) im Alter von etwa 40 Jahren angegeben.
Durch die Ordnung der Daten nach Geburtszeitraum des Betreffenden ergeben sich Rückprojektionen der Befragten und ihrer Vorfahren, die bis zum dem Geburtszeitraum 1830-1839 reichen."

- 13 Ders., S. 273 ff.; Kleining kommt unter Verwendung des SSE-Instrumentariums für 1974 zu folgender sozialer Schichtung der Gesamtbevölkerung (S. 273):
"Soziale Schichten, Bevölkerung 16-65 J. nach Wohnortgröße, 1974 (%)"

		BRD	Metro- polen ^x	andere Städte	Land
O	Oberschicht	0,5	1,2	0,4	0,1
OM	Obere Mittelschicht	7,4	11,5	8,3	4,0
MM	Mittlere Mittelschicht	11,3	14,3	12,8	7,2
UM/ni	Untere Mittelschicht/ nicht industriell	28,0	32,9	28,3	24,9
UM/1	Untere Mittelschicht/ industriell	12,3	10,9	12,9	11,9
OU/ni	Obere Unterschicht/ nicht industriell	9,2	7,5	8,2	11,9
OU/1	Obere Unterschicht/ industriell	18,4	12,5	18,0	22,0
UU	Untere Unterschicht	10,7	6,8	9,7	14,5
SV	Sozial Verachtete	2,2	2,4	1,4	3,5
N=		10900	1610	5995	3295

^xMetropolen: Berlin, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München; andere Städte: über 5000 E.exkl. Metropolen; Land: bis 4999 E."

- 14 Zur umfassenden Problematik der Möglichkeiten des Aufstiegs in einer komplexen Massengesellschaft vgl. G. Kleining, Soziale Mobilität ..., a.a.O., S. 288:
"Das System der Status-Zuweisung basiert auf Status-Vererbung: Für einen Sohn gibt es eine größere Wahrscheinlichkeit, im Status-Bereich des Vaters zu bleiben, als in eine andere überzuwechseln. 46-60 % der Söhne haben im beobachteten Zeitraum die soziale Schicht ihres Vaters beibehalten, 79-86 % sind geblieben oder nur eine Schicht nach oben oder unten gewandert (bei 6 sozialen Schichten). Das sind hohe Stabilitäten. Sie besagen, daß - je nach der Stellung des Vaters im Status- bzw. Privilegien-System - für den Sohn ebenfalls die größte Wahrscheinlichkeit besteht, wieder dieselbe bevorzugte, mittlere oder unterprivilegierte Position zu erreichen, oder eine Position sehr in dieser Nähe. Die sozialen Barrieren, die das System der Status-Vererbung sichern, sind demnach sehr

erheblich, besonders für die privilegiertesten Positionen "oben" und die am meisten diskriminierten Positionen "unten". Hier haben Söhne mit Vätern, die schon solche Positionen besetzt hielten, oft vielfach höhere Chancen, sie zu übernehmen, als Söhne mit Vätern aus anderen Schichten. In einem Falle ist das eine klare Bevorzugung, in anderen eine klare Benachteiligung. Mittlere Statuspositionen sind dagegen leichter zugänglich. Im Zeitablauf hat sich in dieser Hinsicht sehr wenig verändert, wenn man die Veränderungen mißt, die sonst die Gesellschaft betroffen haben. Die Mobilitätsrate und das Verhältnis von Auf- und Abwärtsmobilität ist - grob beurteilt - gleich geblieben (diese Aussage wird später differenziert)";

Sozialen Aufsteigern wird (als analytische Gruppe) in der empirischen Sozialforschung ein besonderes Interesse gewidmet; siehe z.B. zur Entwicklung des Wahlverhaltens von sozialen Aufsteigern P. Ridder, Politische Folgen der Berufskarriere, in: Soziale Welt, Nr. 3, 1974, S. 334-346, der politischen Konservatismus bei sozialen Aufsteigern primär als Folge, nicht als Ursache des Aufstiegs sieht (S. 343-344):

"Eine soziologische und eine sozialpsychologische Interpretation dieses Ergebnisses bieten sich an: In sozialpsychologischer Perspektive können wir die Veränderungen als Wandel der personalen Identität (soziales Selbst) deuten. Die Veränderung des Selbst erscheint unter diesem Blickwinkel entweder als Widerspiegelung der beruflichen Schichtung oder als Ausdruck des Wandels der Berufsstruktur, der bei den Inhabern der Berufspositionen bestimmte Spuren hinterläßt.

Soziologisch gesehen haben wir einen Prozeß der Institutionalisierung von Verhaltenserwartungen vor uns. Gesellschaftliche Entwicklung wird meßbar, wenn Kohorten soziale Positionen durchwandern und/oder den Lebenslauf ihrer Vorgänger variieren. Mit Hilfe der sozial aufsteigenden Personen kann ferner die Sozialisationsfähigkeit des beruflichen Aufstiegs bestimmt und mit anderen Sozialisationsprozessen oder anderen Gesellschaften verglichen werden"; siehe dort auch weitere Literatur zur Problematik der beruflichen Mobilität und des sozialen Aufstiegs. Für die vorliegende Arbeit muß einschränkend berücksichtigt werden, daß nur von 60 % der Minister Informationen über den Berufsbereich und -status ihres Erziehungsberechtigten vorlagen und oftmals nur der Bereich, in dem der Erziehungsberechtigte überwiegend tätig war und auch nur ein Status (in den meisten Fällen der in der Sozialprestigeskala höchste) zu finden war, den der Erziehungsberechtigte nicht unbedingt in der Zeitspanne der Sozialisation innegehabt hat, so daß sich dadurch nicht immer die konkrete Sozialisationssituation widerspiegeln muß; dieser Unsicherheitsfaktor war jedoch nicht völlig auszuschließen.

15 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 47

16 Generell wird das Problem der Beschaffung von Daten zur Familiensoziologie (Sozialisationsdaten im weitesten Sinne wie Haushaltsgröße, Anzahl der Kinder, Anzahl der zusammenlebenden Generationen) beklagt, vgl. H. Schubnell, H.-J. Borries, Was kann die amtliche Statistik zu familiensoziologischen Untersuchungen beitragen?, in: KZfSS, Nr. 2, 1975, S. 327-351. Ausgehend vom Untersuchungsgegenstand "Familie" entwickeln Schubnell/Borries in einer Synopse folgende soziologischen und demographischen Fragestellungen (S. 347):

"Soziologie"	Demographie
Soziale Lage	Sozioökonomische Lage der Familie
Familienkonstellation	Familien nach Typen, Zahl der Kinder
Autorität	Familienzusammensetzung (Vater und Mutter, nur Mutter, nur Vater) Mehr-Generationenfamilie: ökonomische Lage des Familienvorstandes; Bildung des Familienvorstandes und der Familienmitglieder
Sozialisation	Familie nach Zahl und Alter der Kinder. Vollständigkeit, Unvollständigkeit der Familie. Sozioökonomische Lage der Familie
Kommunikation	-
Interaktion	Betreuung der Kinder erwerbstätiger Mütter
Affektive Beziehungen	Eheschließungen
Sexuelle Beziehungen	Geburtenentwicklung
Wertvorstellungen	-
Rollenbilder	-
Konflikte	Ehescheidungen
Meinungsbildung	-
Politische Einstellung	Wahlstatistik
Aktivitäten"	

Weiterhin wird von ihnen betont: "Der in den genannten Disziplinen (Soziologie und Demographie - D.Verf.) unterschiedliche Ansatzpunkt führt zu unterschiedlichen Fragestellungen und methodischen Ansätzen. Gleichwohl erscheint es möglich und nützlich, bei der Untersuchung der Formen familialen Zusammenlebens zu einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit und gegenseitigen Information zu kommen."

- 17 So werden z.B. vom Infas-Institut in unregelmäßigen Abständen Repräsentativerhebungen zur Selbsteinschätzung der Bundesbürger durchgeführt; dabei hat sich - wie die jüngste Erhebung zeigt - "der Trend zur Mittelschicht seit zehn Jahren (1964: 49 %) geringfügig verstärkt (1974: 52 %). Entsprechend zurückgegangen ist in diesem Jahrzehnt der Bevölkerungsanteil, der sich als Arbeiter fühlt (von 42 % im Jahre 1964 auf jetzt 39 %)." (Quelle: Die Welt, 16.10.1974, S. 28: "Jeder zweite rechnet sich zur Mittelschicht"). Wie Infas weiterhin ermittelte, rechnen sich 1 % zur Oberschicht, und 5 % zur oberen Mittelschicht, wobei Frauen stärker als Männer zur eigenen Einordnung in die Mittelschicht neigen, und die ältere Generation sich etwas häufiger als die jüngere zur Arbeiterschicht bekennt (Quelle: BZ, 16.10.1974, S. 2). Der Trend zur Einordnung in die Mittelschicht werde in den kommenden Jahren sich verstärken, da zunehmend Angestelltenfunktionen geschaffen werden.
- 18 Vgl. G. Kleining, Soziale Mobilität ..., a.a.O., S. 289: "Da ist die Verbesserung der untersten Statuspositionen und ihre Überführung in die nächsthöhere Schicht durch höhere Qualifizierung der Arbeitskräfte. Dies ist eine wichtige Veränderung für die Betroffenen. Da ist die generelle Verbesserung der Statuspositionen für die deutsche Bevölkerung durch die zuwandernden Gastarbeiter und der Ausbau von privilegiierteren Stellen im Zuge der Konzentration des Kapitals, der Verstädterung und der Bürokratisierung. Vor allem ist die Verringerung der Stabilitätsraten durch Ereignisse zu registrieren, die erstmals für die Geburtsjahrgänge 1910 bis 1920 wirksam wurden und die sicherlich - wie auch bei der Klassenmobilität - auf die Auswirkungen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit zurückgeführt werden müssen. Nach dem Kriege hat sich nicht nur die Klassenmobilität erhöht durch erwünschte oder erzwungene Umbesetzungen, sondern auch die Möglichkeit, bessere oder weniger gute Positionen zu erhalten. Insgesamt bleibt der Eindruck bestehen, daß gravierende technologische Veränderungen, wesentliche Verschiebungen in der Größe und der Zusammensetzung der sozialen Klassen und einschneidende Umwandlungen im Zuge der Kriegsereignisse die hohe Stabilität der Statusverteilung und das vornehmlich auf Statusvererbung gegründete System der Statuszuweisung kaum tangiert haben."

- 19 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 59 und S. 66/67. Seine Ergebnisse beruhen auf 1530 analysierten Personen in Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Großunternehmen.
- 20 Auf S. 275 gibt G. Kleining, Soziale Mobilitäten, a.a.O. einen Überblick über die Entwicklung der sozialen Schichtung der bundesrepublikanischen Bevölkerung zwischen 1962 und 1974. Damit sind für die in der vorliegenden Arbeit erzielten Ergebnisse einige Anhaltspunkte hinsichtlich der Interpretation gegeben. Auf S. 279 befaßt sich Kleining detailliert auch mit Mobilitätsdistanzen und kommt zu folgendem Ergebnis:
"Die soziale Schicht des Vaters bestimmt in 46% bis 60 % der Fälle, daß der Sohn dieselbe Statusgruppe erreicht, die der Vater schon hatte (Mobilitätsdistanz 0). Rechnet man Mobilitäten dazu, die nur 1 soziale Schicht aufwärts oder abwärts gehen, so werden damit zwischen 79 % und 86 % aller Söhne erfaßt. Nahezu alle Mobilitäten verlaufen innerhalb einer Grenze von 2 Schichten aufwärts bzw. abwärts (von 5 möglichen Schichten aufwärts oder abwärts)".
- 21 H.G. Rolff, Sozialisation ..., a.a.O., S. 15 ff
- 22 W. Gottschalch u.a., Sozialisationsforschung ..., a.a.O., S. 18
- 23 Der Spiegel, Nr. 1/2. 6.1.1975, S. 49
- 24 H.Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 32 ff. kommen für den ökonomischen Sektor zum Ergebnis: "Fast jeder dritte hat einen Beamten zum Vater gehabt. Die zweitgrößte Berufsgruppe unter den Vätern bilden die Angestellten selber. Jeder vierte kommt aus einem Angestellten-Elternhaus. Kaum geringer ist die Zahl der Söhne von Unternehmern" ... "Ganz selten sind Kinder aus der Arbeiterschaft und von Bauern (S. 33)";
- 25 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 181;
- 26 U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 19, Arbeitern wird der soziale Aufstieg nur über Gewerkschaften und Parteien ermöglicht. Jaeggi betont, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik nach wie vor gespalten sei in die Arbeiterschicht einerseits und in privilegierte Eliten, die sich kraft sozialer Herkunft kontinuierlich behaupten können;

- 27 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 164, kommt bei seinem sample zu folgenden Anteilen an Väter-Berufs-
Stati: 16 % Arbeiter, 27 % Angestellte, 24 % Beamte,
26 % Unternehmer, 6 % Freie Berufe;
- 28 Vgl. dazu R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O.,
S. 145/146;
Vgl. auch U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O.,
S. 25, der nach wie vor für die Bundesrepublik von un-
gleichen und ständig reproduzierten Startchancen berich-
tet und Leistungseliten für eine ideologische Verbrämung
des status quo hält.
- 29 H.Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 33;
siehe auch S. 34: "Die wirtschaftliche Führungsschicht,
soweit sie aus leitenden Angestellten besteht (und so-
weit unsere Ergebnisse solche Generalisierungen erlauben)
rekrutiert sich demnach zu annähernd gleichen Teilen aus
wirtschaftsnahen und wirtschaftsfernen Bezirken."
Vgl. auch die Aufgliederung der Berufe der Väter der
Mitglieder der Bundesregierungen von 1949 bis 1973 bei
R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 145.
- 30 M. Kruk, die großen Unternehmer, a.a.O., kommt zum Ergeb-
nis, daß die (des insgesamt 1530 Personen umfassenden
samples) "Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Leiter
und Eigentümer der 200 größten Industrieunternehmen"
(S. 15) zu 33,7 % "in einem Beamtenhaushalt aufgewachsen
sind." (S. 16): " 26,1 % (stammen) aus dem gehobenen
Bürgertum, ihre Väter waren Fabrikanten, Inhaber mittlere-
rer Unternehmen, Vorstände, Geschäftsführer, Ärzte, Rechts-
anwälte oder Landwirte mit erheblichem Grundbesitz". Die-
se Berufsstati sind zum größten Teil in der vorliegenden
Arbeit unter der Kategorie 'Selbständiger' subsummiert.
Kruk kommt auf 16,3 % der Väter im Angestelltenverhältnis.
(S. 19): "Arbeiter und sozial Benachteiligte sind mit
7,4 % unter den heutigen Managern vertreten."
- 31 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 216/217
"der größte Teil der Politiker der Bundesrepublik stammt
aus der oberen Mittelschicht, aus Beamtenfamilien oder
von Vätern aus freien Berufen ab". Vgl. auch S. 43.
- 32 Vgl. auch W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 19, wo empir-
isch auf die "Rolle der Beamtenschaft bei der Rekrutie-
rung der Eliten" verwiesen wird. Daß die "niedere Beam-
tenschaft in Westdeutschland eines der wichtigsten Auf-
stiegsmedien darstellt", W. Zapf, Wandlungen..., a.a.O.,
S. 184; dieses Ergebnis von Zapf konnte nicht bestätigt
werden.

- 33 Vgl. auch die Ergebnisse von M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 44 ff.
- 34 G. Hartfiel berichtet in seiner Arbeit "Gesellschaftsbild und politisches Vermögen der Beamten", in: Gewerkschaftliche Praxis, Nr. 1, 17.Jg., 1972, S. 1-7, daß "die Mittelschichten der Gesellschaft, mit einem Anteil von ca. 50 % der Bevölkerung, im gehobenen und höheren Dienst mit 72 % bzw. 94 % repräsentiert" (S. 4) sind, und die ca. 40 % gesellschaftliche Unterschicht in der öffentlichen Verwaltung "so gut wie überhaupt nicht vertreten" (S. 4) sind. Er verweist weiterhin auf den determinierenden Einfluß der Väterberufe auf die berufliche Orientierung der nachfolgenden Generation;
- 35 J. Kurucz, Oberschicht..., a.a.O., S. 94
- 36 Zur Problematik des sozialen Aufstiegs und gesellschaftlicher Mobilität siehe H. Ortman, Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg, Kritik einer bildungspolitischen Leistungsvorstellung, München 1971. Sie befaßt sich im ersten Kapitel mit der "Kategorie des sozialen Aufstiegs in der gegenwärtigen bildungspolitischen und erziehungswissenschaftlichen Diskussion" (S. 16) und betont einen Ideologieverdacht gegenüber der Kategorie Chancengleichheit. "Es scheint nämlich, daß die intendierte Chancengleichheit in Wirklichkeit die Ungleichheit perpetuiert. Es geht nach diesem Konzept der Chancengleichheit ja immer nur um wenige 'Tüchtige', nicht aber um die vielen Unterprivilegierten; es geht um liberale Freizügigkeit, nicht aber um die Durchsetzung der Idee von einer demokratischen Gesellschaft, die die Verwirklichung einer umfassenden Gleichheit der Lebenschancen anstrebt". Sie stellt die These auf, daß durch den Versuch eines individuellen Aufstiegs - der nach ihrer Auffassung zu unrecht mit Emanzipation gleichgesetzt wird - sich der einzelne gerade jenen "sozialen Strukturen ausliefert, die es durch eine kollektive Emanzipation erst zu überwinden gilt."; siehe auch D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 377/378 (Tabelle 3: Soziale Mobilität in der Bundesrepublik 1971): "Man kann aber doch nicht einfach sagen, daß das westdeutsche Berufssystem im wesentlichen statisch sei. Es scheint lediglich ein relativ stabiles Niveau der beruflichen Mobilität zwischen den Generationen in der Bundesrepublik zu geben. Lipset und Bendix kamen bei der Untersuchung von Daten aus der Mitte der fünfziger Jahre zu dem Ergebnis, daß in der BRD zwischen 26 und 30 Prozent der Arbeitersöhne nicht wieder Handarbeit verrichteten. Bei unseren Daten aus dem Jahre 1971 sind es 29 Prozent. Was die Mobilität nach unten betrifft, so

finden sich 25 Prozent der Beamtensöhne und 31 Prozent der Unternehmer- und Akademikersöhne in unserer 1971er Stichprobe in Arbeiterberufen. Diese Zahlen entsprechen in etwa den 20 bis 38 Prozent, die Lipset und Bendix in Daten aus drei westdeutschen Erhebungen gefunden haben (vgl. Kleining 1971).

- 37 Die Benachteiligung der Kinder mit Herkunft aus unteren Schichten hinsichtlich der Möglichkeit, höhere Schulen zu besuchen, schildert u.a. J. Wagner, Alarm für Arbeiterkinder - Die soziale Auslese scheint wieder zu beginnen, in: Die Zeit, Nr. 36, v. 30.8.1974, S. 18, wobei ausdrücklich darauf verwiesen wird, daß diese Kinder speziell dem Leistungsdruck hilfloser ausgeliefert sind (da keine theoretische oder praktische Hilfe, 'Nachhilfestunden' durch das Elternhaus zu erwarten ist) als diejenigen mit Herkunft aus höheren Schichten.
- 38 G. Kleining, Soziale Mobilität..., a.a.O., S. 288.
- 39 Siehe D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 377/378 (Tabelle 3: Soziale Mobilität in der Bundesrepublik 1971);
- 40 S.M. Lipset/R. Bendix, Social Mobility in Industrial Society, Berkely 1959, S. 17;
- 41 D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 377/378;
- 42 Vgl. dazu D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 373, wo auf die Ergebnisse von M. Janowitz zurückgegriffen wird: "Janowitz (1958) hat den hohen Grad intergenerationeller Mobilität im einen Teil Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezeigt. Anhand eines vierklassigen Berufsschichtenmodells (ohne Landwirtschaft) stellte er fest, daß 1955 nur 55,4 Prozent seiner Stichprobe in denselben beruflichen Schichten wie ihre Väter waren. Interessanterweise gab es ebensoviel Mobilität nach unten wie nach oben, obgleich sowohl Ausmaß wie Richtung der Mobilität mit Wanderungsbewegungen vermengt waren. Was aber für unsere Zwecke noch wichtiger ist: Janowitz stieß auf politische Folgen der sozialen Mobilität in Deutschland.
Siehe auch M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: KZfSS, 1958, Heft 1, S. 10 ff.
- 43 U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 24;
- 44 H. Klatt, Die finanzielle Stellung..., a.a.O., S. 361-362;

- 45 Vgl. D. R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 372 ff. (Soziale Mobilität und Parteipräferenz).
- 46 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 183;
- 47 Vgl. dazu D.R. Segal/D. Knoke, Auswirkungen ..., a.a.O., insbesondere S. 371-372 (Soziale Schichtung und Parteipräferenz in Deutschland) : "Die Beziehung zwischen sozialer Schicht und bevorzugter Partei hat sich in der Bundesrepublik im Laufe der letzten Jahre verschoben. Sie blieb jedoch insofern stabil, als offenbar stets derselbe Satz von Variablen die Wählerpräferenz für die beiden großen Parteien erklärt. Potentielle SPD-Anhänger sind beeinflusst von den Faktoren: Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse; nicht katholisch oder nicht praktizierender Katholik; Herkunft aus Arbeiterkreisen. Potentielle CDU-Anhänger lassen sich erkennen an den Eigenschaften: Mittelstandsberuf; katholisch, besonders wenn praktizierend; keine Gewerkschaftszugehörigkeit; Identifizierung mit dem Mittelstand: Herkunft aus dem Mittelstand";
- 48 Den Weg in die CDU als erstes parteipolitisches Engagement nach 1945 finden überwiegend diejenigen, die aus Familien kommen, in denen der Erziehungsberechtigte im öffentlichen Dienst (29,2 %), in der Landwirtschaft (24,0 %) und in der Industrie (12,5 %) tätig waren. Für die CSU ergibt sich folgendes Bild: 30,8 % der Väter waren im öffentlichen Dienst, 23,1 % in der Landwirtschaft und 15,4 % im Handel tätig, um auch hier nur die drei häufigsten Bereiche zu benennen. Die Väter von den Ministern mit erstem Parteibeitritt nach 1945 in die SPD haben schwerpunktmäßig andere berufliche Betätigungsfelder: zu 27 % den Industriebereich, 23,0 % den öffentlichen Dienst und zu 14,9 % ist der Dienstleistungsbereich das Berufsfeld der Väter gewesen. Für die FDP-Minister ergeben sich wiederum andere Herkunftsbereiche der Berufe der Väter: 25,8 % waren in der Industrie tätig, 22,6 % im Dienstleistungsbereich und 22,6 % im öffentlichen Dienst; d.h., diese drei Funktionsbereiche wurden von über 70 % der Väter aller derjenigen als Berufsfelder angegeben, die nach 1945 zum ersten Mal in die FDP eintraten.
- 49 Wobei die Ergebnisse auf folgender Datenbasis beruhen: von allen Ministern mit Parteibeitritt während ihrer Schulzeit waren von 67 % Informationen über den differenzierten Status des Erziehungsberechtigten zu erhalten, von denjenigen mit Parteibeitritt während ihrer Ausbildung lagen bei 60 % hierzu Informationen vor, während die entsprechende Rate bei denjenigen mit Parteibeitritt

in der Phase des Beginns ihres beruflichen Werdeganges (1.-5. Berufsjahr) bei 53 % liegt. Für die letzte analytische Gruppe in diesem Zusammenhang - Parteibeitritt während der weiteren Berufskarriere, d.h. ab 6. Berufsjahr und folgende - waren zu 64 % Informationen bezüglich des differenzierten Status des Erziehungsberechtigten greifbar.

- 50 D.R. Segal/D. Knocke, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 373;
- 51 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 166;
- 52 Vgl. auch J. Crittenden, Aging and Party Affiliation, in: Public Opinion Quarterly, Vol.26, 1962, S. 648-657; N.E. Cutler, Generation, Maturation, And Party Affiliation: A Cohort Analysis, in: Public Opinion Quarterly, Vol.33, 1969/70, S. 583-588.
- 53 Was auch durch eine andere Aufschlüsselung deutlich wird:
1. Minister, deren Väter im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, sind in weitaus stärkerem Umfang nach 1945 bei ihrem ersten Parteibeitritt der CDU als der SPD beigetreten (43 % zu 26 %) und in etwa gleichem Umfang in die CSU und die FDP gegangen.
 2. Für diejenigen mit Väterberufen in der Industrie ist das Verhältnis umgekehrt: 26 % gingen zur CDU, 44 % zur SPD; aber in größerem Maße auch zur FDP (17 %) im Verhältnis zu 7 % derjenigen, die der CSU beitraten.
 3. Auch für diejenigen, deren Väter handwerkliche Berufe ausübten, gilt, daß sie sich im größerem Umfang der SPD als der CDU anschlossen (44 % zu 35 %).
 4. Minister, deren Väter in der Landwirtschaft hauptberuflich beschäftigt waren, fanden zu 48 % zur CDU, zu nur 17 % in die SPD; CSU und FDP-Anteile sind wieder in etwa gleich groß (13 % zu 10 %).
 5. Auch Landesminister aus "Handels"-Familien gingen in weitaus stärkerem Maße zur CDU (40 %) als in die anderen Parteien (CSU 20 %, SPD und FDP je 10 %).
 6. Für Landesminister, deren Väter im Dienstleistungssektor tätig waren, ergibt sich, daß sie zu rd. einem Drittel zur SPD gestoßen sind, zu 30 % zur CDU und überproportional viele (21 %) nach 1945 bei ihrem ersten Beitritt der FDP beitraten, während nur 6 % den Weg in die CSU fanden.

- 54 Diese vier Ergebnisse - erzielt mittels der Analyse des Berufsstatus der Väter, wodurch eine herkunftsbezogene Schichtzuordnung möglich war - konnten ergänzt bzw. noch konkretisiert werden, indem die gleiche Fragestellung (Zusammenhang zwischen sozialer Lage des Elternhauses mit früher bzw. später Motivation des Parteibeitritts der nachfolgenden Generation) behandelt wird, in dem die Berufsbereiche der Erziehungsberechtigten näher aufgeschlüsselt werden.
1. Minister aus handwerklichem Elternhaus engagieren sich vergleichsweise in sehr frühen Lebensabschnitten parteipolitisch.
 2. Minister aus landwirtschaftlichem Elternhaus oder Familien, in denen der Erziehungsberechtigte im Dienstleistungsbereich tätig war, treten vergleichsweise erst sehr viel später (nach Beendigung ihrer Ausbildung) in politische Parteien ein (zu 80,5 % bzw. 77,8%).
- 55 So sind von den Ministern mit Beginn politischer Aktivität bereits während der Schulzeit jeweils nur knapp 10 % in kleinunternehmerischen und in höheren Beamten-Familien aufgewachsen, von denjenigen mit Beginn politischer Aktivität während der Ausbildungsphase 25 % in Unternehmerfamilien (auch mittlerer- und Großunternehmer) und rund 20 % in höheren Beamten-Familien; von denjenigen mit Beginn politischer Aktivität erst während Eintritt in das Berufsleben dagegen sogar über 45 % in Unternehmer-Familien (inclusive Gutsbesitzern) aufgewachsen sind und ebenfalls rund 20 % stammen aus höheren Beamten-Familien. Diese Gruppe der erst später mit politischen Aktivitäten beginnenden kommt ganz überwiegend aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte aufgrund seiner beruflichen Stellung zur unteren bzw. oberen Oberschicht gerechnet werden muß.
- 56 Minister, deren Väter im öffentlichen Dienst oder in der Handwerksbranche beschäftigt waren, haben vergleichsweise in früheren Lebensabschnitten politische Aktivität entwickelt; zu 40 % bzw. 48 % liegt die Phase des Beginns politischer Aktivität bei diesen Ministern bereits während der Schulzeit oder in der Ausbildungszeit, bei denjenigen, deren Erziehungsberechtigte selbständig in der Landwirtschaft bzw. freiberuflich im Dienstleistungsbereich tätig waren, wurden die Minister Überwiegend erst während ihrer beruflichen Karriere politisch aktiv. Die beruflich bedingte sozio-ökonomische Situation kann frühe bzw. späte Motivation für ein politisches Engagement bewirkt haben.
- 57 Siehe Anm. 36

- 58 1972 betrug z.B. der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten 5 %, bei einem Anteil von ca. 50 % der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung. Eine Aufgliederung des Bildungsniveaus der Väter der gesamten Bundesbevölkerung ergibt (Stand: 1974): 73 % der Väter der Bundesbürger haben die Volks- oder Hauptschule besucht, 18 % Mittel- oder Realschule, 8 % Gymnasium bis zum Abitur (Quelle: Der Spiegel, Nr. 1/2, v. 6.1.1975, S. 48).
- 59 Eine Aufschlüsselung der flexiblen Werdegänge unter diesem Aspekt unterstreicht die aufgezeigten Tendenzen: Einen flexiblen Ausbildungsgang mit einer Studienphase an deiner Universität haben nur 33 % der Minister, deren Väter Handwerker waren (bzw. 56 %, deren Väter in der Industrie und 60 % die in der Landwirtschaft beschäftigt waren), dem gegenüber stehen 80 % bzw. 75 % der Minister, deren Väter im öffentlichen Dienst waren oder (z.T. selbständige) Handelsberufe ausübten. Insgesamt haben 26 Landesminister eine flexible Ausbildung ohne eine akademische Ausbildungsphase absolviert. Bezeichnenderweise kamen 30,8 % dieser Gruppe aus landwirtschaftlichem Milieu und 26,9 % aus Industriearbeiter- bzw. angestellten-Familien, 11,5 % aus Handwerker-Familien.

Die flexiblen Ausbildungsgänge konnten noch detaillierter hinsichtlich der Art ihrer Flexibilität (mit Studium an einer Universität oder ausschließlich mehrfacher nichtakademischer Ausbildung) analysiert werden. Es zeigt sich, daß

1. die Minister mit flexiblem Werdegang, die aus Selbständigen-Familien kommen, zu 58 % im Rahmen dieser flexiblen Ausbildung eine Universität besucht haben, so daß insgesamt (d.h. sowohl die mit exklusivem als auch die mit flexiblem Werdegang) 74 % dieser Minister über eine universitäre Ausbildungsphase verfügen;
2. von den Ministern, die einen flexiblen Ausbildungsweg genommen haben und aus Beamtenhaushalten entstammen, 80 % im Rahmen dieser Ausbildungsart Studienerfahrung an einer Universität gesammelt haben, insgesamt haben 92 % der Minister mit Beamtenstatus der Väter (entweder mit flexiblem oder mit exklusivem Ausbildungsgang) zu einer bestimmten Zeit an einer Universität studiert;
3. Minister, die in Familien aufwuchsen in denen der Erziehungsberechtigte im Angestelltenverhältnis tätig war und die einen flexiblen Ausbildungsgang nahmen, zu 56 % über Universitätserfahrung verfügen (bzw. 70 % aller mit exklusivem und flexiblem Ausbildungsgang);

4. nur 44 % derjenigen Minister mit flexiblem Werdegang und Herkunft aus einem Arbeitermilieu Universitäts-erfahrung haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur ein Minister dieser Gruppe unmittelbar nach Schulabschluß ein Studium aufnahm, alle anderen erst eine Lehre oder eine sonstige Ausbildung absolvierten und dann im Rahmen eines "zweiten Bildungsweges" o.ä. ein Studium aufnahmen. Zieht man auch diejenigen mit Herkunft aus Arbeiter-Familien und exklusiven Ausbildungsgang hinzu, so ergibt sich, daß auch insgesamt nur weniger als die Hälfte (44,4 %) derjenigen Minister aus Arbeiterfamilien jemals eine universitäre Ausbildung begonnen bzw. beendet haben.

61 Siehe H. Pross/K.W. Boetticher, Manager..., a.a.O., S. 34; Vgl. auch W. Zapf, Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland, in: W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 28 ff.

60 Was auch eine andere Aufschlüsselung ergibt, wenn man eine andere Bezugsgröße zugrunde legt: Von insgesamt 150 Ministern mit exklusiver akademischer Ausbildung kommen nur 5,3 % aus unselbständigen Handwerker-Familien, 12,7 % aus landwirtschaftlichem Milieu und 14 % aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte in der Industrie beschäftigt war; dagegen 32 % aus Beamten- und insgesamt 26 % aus Familien, in denen der Erziehungsberechtigte im Handels- bzw. Dienstleistungsbereich überwiegend in selbständiger Funktion beruflich beschäftigt war. Dagegen ergibt sich dementsprechend der hohe Anteil derjenigen Minister mit vergleichsweise niedrigerem Herkunftsmilieu, die "ohne Studium" einen exklusiven Ausbildungsgang nahmen: Von diesen insgesamt 38 Ministern waren die Väter zu knapp 24 % in handwerklichen Berufen, zu ebenfalls knapp 24 % in landwirtschaftlichen Berufen und zu rund 26 % in der Industrie tätig; diese drei beruflichen Funktionsbereiche machen demnach knapp 75 % der Herkunftsbereiche der Minister-Väter dieser Gruppe aus.

Zur Struktur und Funktion des Bildungs- und Aus-
bildungssystems.

- 1 Sehr radikal - konservativ - vertritt diese Auffassung z.B. H. Laufer, Der parlamentarische Staatssekretär, München 1960, S. 35, der die folgenden Vorstellungen der beruflichen Qualifikation (nicht nur) für parlamentarische Staatssekretäre entwickelte: "Abgeschlossene Berufsausbildung, unabhängig vom schulischen Weg und unabhängig von Berufstypen".
- 2 Was z.B. Ch. Kievenheim (Strukturveränderungen in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, in: Marxistische Blätter Nr. 5, 1972, S. 46-55) unterstreicht und wobei^{er} zugleich auf die Korrelation zwischen Ausbildung, sozialer Stellung und beruflicher Mobilität verweist (S. 47): "Bei den Kerngruppen (der Intelligenz) handelt es sich in erster Linie um die Absolventen von Hochschulen. Während bei den meisten Intelligenzgruppen - insbesondere in den Sektoren der Staatstätigkeit - der Hochschulabschluß n o t w e n d i g e Voraussetzung für die Ausübung eines bestimmten Spektrums von Berufen und Funktionen darstellt (Ärzte/Lehrer/höherer öffentlicher Dienst etc.) und eine relativ enge Korrelation zwischen Ausbildung, sozialer Stellung und beruflicher Mobilität besteht, weist die Beschäftigungsstruktur in den privatkapitalistischen Unternehmen eine höhere "Flexibilität" in der Beziehung von Ausbildung und Arbeitstätigkeit auf; eine Flexibilität, die aus dem Drang der Kapitale nach Austauschbarkeit der Arbeitskräfte und aus der Ersetzung qualifizierterer durch weniger qualifizierte Arbeit resultiert. Darin ist eingeschlossen, daß hier häufiger gleichgelagerte Funktionen und Arbeitstätigkeiten von Hoch- wie auch von Fachschulabsolventen bzw. weiterqualifizierten Beschäftigten ohne besondere theoretische Ausbildung ausgeübt werden. Diese Besonderheiten der Intelligenzbeschäftigung im privatkapitalistischen Sektor bedingen, daß die Abgehobenheit der Intelligenz gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen hier weniger markant in Erscheinung tritt als in den sonstigen Sektoren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses."
- 3 Ebenda, S. 47

- 4 H. Laufer, Der parlamentarische Staatssekretär, a.a.O., S. 35
- 5 Ebenda
- 6 W. Zapf, Wandlungen..., a.a.O., S. 176
- 6a Ebenda, S. 184
- 7 D. Lerner, The Nazi Elite, a.a.O.
- 8 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 177
- 9 Vgl. für das Führungspersonal in der Wirtschaft: H. Hartmann, Der zahlenmäßige Beitrag der deutschen Hochschulen zur Gruppe der industriellen Führungskräfte, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 112/1, 1956, S. 158 ff.
- 10 Vgl. auch A. Hess, Zur Parlamentarismusmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 273;
- 10a U. Jaeggi, Macht und Herrschaft..., a.a.O., S. 24/25;
- 10b K.M. Bolte, D. Kappe, F. Neidhardt, Soziale Schichtung..., a.a.O., S. 281;
- 11 R. Wildenmann/W. Kaltefleiter, a.a.O. (manager magazin, S. 94);
- 12 H. Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 59
- 13 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 21, kommt auf 12 % der von ihm befragten Unternehmer, die kein Abitur besitzen; auch U. Jaeggi, Macht und Herrschaft ..., a.a.O., S. 19 gibt an, daß fast ein Drittel (31 %) der Länderminister Volks- und Mittelschulbildung ohne Abitur besitzen; unklar bleibt jedoch, auf welcher empirischen Basis diese Angabe beruht.
- 14 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 101;
- 15 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 140;
- 16 Der weitere Ausbildungsweg der Minister, die ihren Schulabschluß über einen 2. Bildungsweg erlangten, ist dann daran anschließend ganz überwiegend "flexibel" (zu 75 % folgt eine weitere flexible Ausbildung), darunter 47 % mit einer Lehre und zusätzlich einer nichtakademischen Ausbildung, bei 31 % Lehre und anschließend Aufnahme eines Studiums. Nur 25 % derjenigen mit 2. Bildungsweg haben bis zur Übernahme der ersten beruflichen Position einen "exklusiven" weiteren Ausbildungsgang genommen, und zwar zu 2/3 einen exklusiv-akademischen.

- 17 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 101;
- 18 Definition "flexibel" und "exklusiv" erfolgt weiter unten, diese Begriffe werden als terminus technicus verwendet.
- 19 Die Volksschulabsolventen schlugen zu 45 % einen flexiblen Ausbildungsweg ein (55 % exklusiv), die Gruppe der Mittelschulabsolventen (einschließlich derer mit nicht beendeter Oberschule bzw. ohne Gymnasialabschluß) zu 34 % (66 % exklusiv), Abituienten dagegen nur zu 18 % (82 % exklusiv). Von den Volksschülern mit exklusivem nachschulischem Ausbildungsgang (55 % aller Volksschulabsolventen) hat (logischerweise) keiner studiert.
- 20 Unter sonstiger nicht-akademischer Ausbildung wurden alle übrigen Ausbildungsarten subsumiert.
- 21 309 exklusive, 108 flexible Ausbildung, 3 KI, insgesamt: 420.
- 22 Siehe die detaillierte Aufgliederung des flexiblen Ausbildungsweges:

Bildungsweg flexibel

Anzahl absolut	% von 108	Art der flexiblen Ausbildung
21	19,4	Lehre - Studium
4	3,7	Studium - Lehre
21	19,4	sonstige Ausbildung - Studium
12	11,1	Studium - sonstige Ausbildung
49	45,4	Lehre - sonstige Ausbildung
1	1,0	Lehre/Studium Abbruch - direkt Beruf

23 Studienphase und -modalität

Anzahl absolut	% von 282	Studienphase: Schulabschluß, daran anschließend -
210	74,5	Studium
14	5,0	Studium (m.Abschluß) - 2. Studium
9		nichtakad.Ausbildung - Beruf - Studium
28	10,0	nichtakad.Ausbildung - Studium
3		Beruf - Studium
1		Beruf - nichtakad.Ausbildung - Studium
3		Studium - Beruf - Studium
14	5,0	Studium - nichtakad. Ausbildung
282 ^x		

- x Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß nur 52 Minister über eine zusätzliche nichtakademische Ausbildung verfügen, es sind dagegen wie oben aufgezeigt 59. Bei den restlichen 7 liegt diese nichtakademische Ausbildungsphase erst während einer späteren Phase, d.h., im weiteren Berufsleben (z.T. erst nach 1945) und ist in diese Aufstellung nicht miteinbezogen worden, da sie nicht zur eigentlichen nachschulischen Ausbildungsphase gerechnet werden kann.

Über 85 % studieren demnach unmittelbar nach Schulabschluß, alle übrigen nehmen erst nach einer mehr oder weniger lang dauernden nichtakademischen Ausbildungsphase bzw. beruflichen Tätigkeit die Universitätsausbildung auf. Diese Aufschlüsselung macht weiterhin deutlich, wie der nachschulische Ausbildungsgang speziell bei denen verlaufen ist, die über den "2. Bildungsweg" z.T. bereits nach einer längeren beruflichen Betätigung die Hochschulreife erlangt haben und dann erst ein Studium aufnehmen. An dieser Stelle ist noch einmal auf die Relevanz des 2. Bildungsweges einzugehen.

Wie oben geschildert, haben insgesamt 48 Personen im Rahmen eines 2. Bildungsweges (oder vergleichbarem) einen Schulabschluß erlangt, der zu einem Hochschulstudium berechtigte; bei 28 (58 %) von diesen liegen nähere Angaben zur Studienmodalität vor: während 36 % unmittelbar nach einer nichtakademischen Ausbildungsphase ein Studium aufnehmen, lag bei 25 % nach einer nichtakademischen Ausbildungsphase erst eine längere berufliche Tätigkeit vor, bevor das Studium begonnen wurde; 22 % haben ausschließlich studiert, die übrigen weisen nach Schulabschluß erst eine Berufsphase auf, die durch eine Ausbildungs- und bzw. oder Studienphase unterbrochen wird. Mit anderen Worten bedeutet dies, daß Absolventen des 2. Bildungsweges dazu neigten, eine mehrgliedrige (Flexible) Ausbildungsphase an die schulische Ausbildung anzuschließen; von den insgesamt 28 Ministern, deren Studienmodalität "Ausbildung - dann zusätzlich Studium" war, hatten 35,7 % über den 2. Bildungsweg die Hochschulreife erworben bzw. sogar 77,8 % aller derjenigen, die nach einer nichtakademischen Ausbildung in die Berufslaufbahn traten und erst nach einer Phase der längeren beruflichen Betätigung diese unterbrechen, um ein Studium aufzunehmen.

24 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;

- 25 Das erhobene Material ließ leider keine Auswertung in der Richtung zu, ob alle diejenigen der Untersuchungsgruppe, die ausschließlich die Volksschule besucht haben, diese auch mit einem "ordentlichen Abschluß" verließen. 1974 sollen 22 % aller Jugendlichen ihre gesetzliche Schulpflicht ohne einen ordentlichen Abschluß beendet haben (Quelle: Berliner Extra-Dienst, vom 20.8.1974, Nr. 67, S. 12/13), die dort zitierten Zahlen entstammen dem "Christlichen Jugendwerk in Deutschland"; z.B. sollen 1970 allein in Nordrhein-Westfalen 130 000 Jugendliche ohne Hauptschulabschluß geblieben sein.
- 26 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 69;
- 27 A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 273, kommt bei seinem sample der 325 Minister der Flächenstaaten auf knapp 62 %, die eine abgeschlossene akademische Ausbildung besitzen.
- 28 Unter branchenspezifisch wurde subsummiert: z.B. Technik- und zeichnerische Ausbildungen, Laboranten, MTA, Landwirtschaftliche, Voluntariate bei Presse, Rundfunk, Fernsehen, Verkehr, Kosmetik, Körperpflege, Gesundheit, Kunst, Kultur, Erziehung, Sozialwesen.
- 29 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 30 Vgl. die Ergebnisse von R. Wildenmann/W. Kaltefleiter (in: manager magazin, a.a.O., S. 94).
- 31 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 32 Vgl. auch M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 75 ff. ("Je höher die Position, umso mehr Akademiker"); Vgl. auch die Ergebnisse der verschiedenen Einzelstudien in W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 18 ff.
- 33 Siehe auch H. Hartmann/H. Wienold, Universität und Unternehmer, hrsg. v. H. Blumenteng u. H. Schlesky, Gütersloh, 1967, S. 96;
- 33a M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 67
- 34 R. Wildenmann/W. Kaltefleiter, a.a.O., (manager magazin, S. 94);

- 35 Z.B. vom Gehaltsanalytiker L.K. Elternmann (Ansätze zur Analyse der Gehaltsdifferenzierung bei außertariflichen Angestellten, Leitstudie am Beispiel von Naturwissenschaftlern, Diplom-Ingenieuren und Wirtschaftswissenschaftlern, Berichte des Deutschen Instituts zur Sozialpolitik, Nr. 3, 1972) empirisch herausgearbeitet mittels einer Stichprobe von knapp 2000 Führungskräften aus Großunternehmen unterhalb des Vorstandsereiches, danach werden "Examensnoten also von vornherein als Maßstab für die Qualifikation angesehen: "Gute Noten verhelfen anscheinend zum Aufstieg in höhere Positionen und daher zur besseren Bezahlung." (Zitiert nach: Wirtschaftswoche, Nr. 18, v. 5.5.1972, S. 71).
- 36 Vgl. R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O.
- 37 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 177;
- 38 Für die Öffentliche Verwaltung wird das Juristenmonopol von G. Hartfiel, Gesellschaftsbild ..., a.a.O., S. 6, bestätigt;
- 39 Siehe H. Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O., S. 64 ff., die diese Abweichungen "vor allem aus der Verschiedenheit der analysierten Grundgesamtheiten" erklären. Vgl. auch dort die synoptische Gegenüberstellung der Ergebnisse von W. Zapf, H. Hartmann/Wienold (Universität und Unternehmer, a.a.O.) mit denen aus eigenen Erhebungen.
- 40 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 41 Ders., Regierungswechsel 1969, a.a.O., S. 266: Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn 1969 wird von ihm betont, daß der "Kampf um 'brain trusts', der in Amerika eröffnet wurde, sich nicht mehr auf die Heranziehung von Professoren und Wissenschaftlern zu Beratungstätigkeiten (beschränkt), sondern führt zur verstärkten Rekrutierung von Wissenschaftlern selbst. Niemals gab es einen so starken Andrang von Professoren bei der Kandidatenaufstellung wie 1969, und zu keiner Zeit wären politische Blitzkarrieren von Wissenschaftlern ohne große Umwege über parteiliche Kleinarbeit, wie bei Dahrendorf und Ehmke, in Deutschland denkbar gewesen."
- 42 K. Harpprecht, Unbehagen am Elitenbewußtsein, a.a.O., S. 199;

- 43 Vgl. auch M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 23 ff.;
- 44 R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie ..., a.a.O., S. 276;
- 45 K.-P. Schmid, Die dem Staat am liebsten sind, in: Die Zeit, Nr. 22, v. 25.5.1973, S. 37;
- 46 Vgl. auch B. Steinkemper, Klassische ..., a.a.O., S. 19/20;
- 47 Auch M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 82 ff. berichtet: "Von den 1131 Vollakademikern haben nicht weniger als 217 auf die Frage nach ihrer Studienrichtung mehrere Fächer angegeben, das sind fast 20 % ... 193 Personen nennen zwei Fächer, weitere 24 sogar drei und mehr".
- 48 Ebenda, S. 97: "jeweils zwei von drei leitenden Männern" haben promoviert.
- 49 Ebenda, S. 82: bei ihm ist der Anteil dieser Fächerkombination noch beträchtlich höher.
- 50 Die Tradition, daß insbesondere an den Spitzen der Justizverwaltungen Juristen stehen müssen, wird von T. Rasehorn, Montesquieu ist tot ..., a.a.O., S. 108, kritisiert; er fordert dagegen: "Wir werden erst dann eine demokratische Justiz haben, wenn die Auffassung, es bestehe ein Sachzwang, daß der Justizminister ein Fachminister sei, revidiert ist, wenn es als selbstverständlich angesehen wird, daß auch ein Nichtjurist, ein Schlosser oder Kaufmann, Justizminister werden kann" und verweist darauf, daß die anderen Ressorts von "Nicht-Fachleuten" politisch geführt werden; er begründet u.a. die Verhinderung möglicher Reformen damit (S. 108/109): "Nichts gegen die Qualifikationen und die Leistungen unserer Rechtsanwalts-Justizminister; aber sie haben alle ein- und denselben Fehler: sie wissen zuviel! Sie teilen mit den ihnen unterstellten Beamten die gleiche Ausbildung, sie haben mit ihnen jahrelang in den Rechtsausschüssen zusammengearbeitet; sie sind über die Gesetzgebungs-, Justiz- und Personalprobleme völlig im Bilde. Und so kommen sie in ein Ministerium, in dem es auch nicht wie in anderen Ministerien Außenseiter gibt, sondern nur Juristen, Juristen, deren wirklichkeitsfremde Ausrichtung inzwischen selbst das Rechtswesen besorgt macht. Juristen, die verständlicherweise aus ihrer Sicht

Vorschläge machen, wie der Justizapparat am besten "läuft", Vorschläge, die den Ministern völlig einleuchten, bei denen sie sicherlich - sie sind ja Politiker - nach der politischen Priorität auswählen - aber der Fachvorschlag, nicht der politische Auftrag steht im Vordergrund!".

- 51 Auf die steigende Bedeutung einer volks- bzw. betriebswirtschaftlichen, akademischen Ausbildung weist u.a. M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 24 ff., auf grund seiner Analysen hin, ohne jedoch die gesamte Studienphase bezüglich Fachrichtung und Abschlußprüfungen weiter zu differenzieren, S. 79 ff.: "Volks- und Betriebswirte stark im kommen."; Vgl. auch die Ergebnisse der Analyse der Studienfächer der zwischen 1949 und 1972 ernannten Mitglieder der Bundesregierung bei R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 141.
- 52 Vgl. auch die exemplarische Analyse einiger Bundespolitiker bei K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 46-50.
- 53 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 99 kommt für seine Untersuchungsgruppe auf 46 %, die in studentischen Vereinigungen waren.
- 54 Vgl. K. v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S.47;
- 55 Bezogen auf die politische Karriere nach 1945.
- 56 Minister mit exklusivem Bildungsgang "Studium" und Informationen über den exakten Amtsantritt waren nur so wenige, daß eine Berechnung des durchschnittlichen Alters methodisch nicht gerechtfertigt erschien.

Anmerkungen:

Die Generationsfrage in der Politik: Die Bildung unterschiedlicher Generationstypen

- 1 Zur Definitions-, Abgrenzungs- und Anwendungsproblematik von sozialen und biologischen Generationen sowie Kohorten siehe P. Ridder, Politische Folgen ..., a.a.O., S. 337/338: "Mit Hilfe des Kohorten-Ansatzes lassen sich lebensgeschichtliche Veränderungen einer oder mehrerer Gruppen beschreiben (Kohorten), die gleiche Merkmale aufweisen oder im Zeitablauf gleichen Einflüssen ausgesetzt sind. Infolgedessen können Hypothesen über zeitlich begrenzte Einflüsse bestimmter Faktoren auf soziale Gruppen zum Zeitpunkt t_0 im Hinblick auf ihre Wirkungen im Zeitpunkt t_1 überprüft werden. Kohorten werden häufig aufgrund eines besonderen Ereignisses, dem der Geburt, definiert. In einem soziologischen Sinne aber ist eine soziale Generation nicht mit einer biologischen Generation gleichzusetzen. Die Definition von Kohorten als Geburtskohorten verleitet zu zwei Fehlschlüssen: Man verwechselt die Gruppe, die durch gemeinsame Erfahrungen von Personen gebildet wird, mit einer organisierten, lebensweltlichen Primärgruppe im soziologischen Sinne. Gleichwohl erscheint eine Kohorte als ein soziales Kollektiv, das nicht als eine Sammelbezeichnung für "Individuen" gelten kann, wie es leider häufig geschieht. Das sogenannte "Kohortenphänomen" besteht ja gerade darin, daß die Daten für "Individuen" und die Daten für Kohorten nicht übereinstimmen! Der zweite Fehlschluß unterstellt, daß der soziale Wandel die Personen unterschiedlichen Alters differentiell beeinflusse, weil sie biologisch (!) älter würden. Es gibt jedoch bisher keinerlei empirische Hinweise, die diese auf den ersten Blick plausible und immer wieder aufgestellte Hypothese unterstützen würden. Halten wir fest: Der Kohortenansatz kann dazu verwendet werden, um jede Klasse von Ereignissen im Hinblick auf die Erfahrungen sukzessiver Kohorten zu betrachten, die durch den Zeitpunkt der erstmaligen Lernerfahrung und den Zeitpunkt der Auslösung von Veränderungen definiert werden. Ein Spezialtyp der Kohorte wird dann gebildet, wenn Personen mit einem bestimmten Geburtsdatum aggregiert werden. Diese Kategorie von Personen heißt dann Geburtskohorte." S. 344: "Kohorten weisen eine Erklärungskraft auf, weil sie einen Ersatz-Index für das gemeinsame Erleben von Personen in den einzelnen Berufskategorien darstellen. Bereits Wilhelm Dilthey kam zu der Erkenntnis, eine Generation sei zugleich eine Zeitspanne, ein interner, metrischer Begriff gesellschaftlicher Prozesse und eine Beziehung zeitgenössischen Erlebens zwischen Personen.

Vgl. auch W. Dilthey, "Über das Studium der Geschichte der Wissenschaften vom Menschen, der Gesellschaft und dem Staat", in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Vol.5: *Die geistige Welt*, Leipzig-Berlin: Teubner, 1924, zuerst 1875, S. 37; "Die Analyse der Wanderung von Kohorten scheint demnach formale und inhaltliche Soziologie zu integrieren".

Vgl. auch N.B. Ryder: "Cohort Analysis", in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol.2, 1968, S. 546-550;

ders., : "The Cohort in the Study of Social Change", in: *American Sociological Review*, 30 (1965), S. 843-861.
K.W. Schaie, et al.: "Generational and Cohort-Specific Differences in Adult Cognitive Functioning: A. Fourteen Year Study of Independent Samples", in: *Developmental Psychology*, 9 (1973), S. 159-166.

- 2 Siehe die umfangreiche Literatur zur Sozialisationsforschung bei H.-P. Frey, *Vorteile ...*, a.a.O., S. 43/44; vgl. auch B. Steinkemper, *Klassische und politische ...*, a.a.O., S. 15 ff.
- 3 Vgl. A. Kornberg, J. Smith, and D. Bromley, "Some Differences in the Political Socialization Patterns of Canadian and American Party Officials: A Preliminary Report." *Canadian Journal of Political Science*, 2 (March 1969), 64-88; Smith, Kornberg, and Bromley, "Patterns of Early Political Socialization and Adult Party Affiliation." *Canadian Review of Sociology and Anthropology*, 5 (August 1968), 123-155;
- 4 M. Osterland, *Lebensgeschichtliche Erfahrung ...*, a.a.O., S. 416/417;
- 5 Vgl. N. Diederich, *Das Parteimitglied in der deutschen Politik*, *Bemerkungen zu einem Projekt des Instituts für Politische Wissenschaften*, FU-Berlin, Arbeitspapier im Rahmen eines Forschungsscolloquiums über neuere Projekte der Parteienforschung, Berlin, 1968/1969 (Ltg.O.Stammer).
- 6 Z.B. versucht K. Davis die verschiedenen Aspekte der Generationsproblematik - speziell Phasen der Sozialisation, modellhaft zu erfassen (*Sociology of Parent-Youth Conflict*, in: *Am.Soc. Rev.*, Vol.5, 1940, S.523-535).
- 7 B. Witte, *Die Struktur der politischen Führungsschicht...*, a.a.O., S. 10;

- 8 Zur Problematik der Einstellung der Jugend zu "älteren" Generationen siehe H. Schelsky, Die skeptische Generation, Düsseldorf/Köln 1957; vgl. auch W. Jaide, Eine neue Generation, München 1961; R. Tartler, Die soziale Gestalt der heutigen Jugend und das Generationsverhältnis in der Gegenwart, in: H. Schelsky (Hrsg.), Arbeiterjugend gestern und heute, Heidelberg 1955; weitere Literatur bei B. Buchhofer, J. Friedrich, H. Lüdtke, Alter, Generationsdynamik und soziale Differenzierung - zur Revision des Generationsbegriffs als analytisches Konzept, in: KZfSS, Juni 1970, Nr. 2, S. 300-344; S. 329 (Anm. Nr. 5) und S. 331 (Anm. Nr. 25).
- 9 Vgl. dazu B. Buchhofer, et.al., Alter, Generationsdynamik..., a.a.O., S. 325 (Hypothesen zur Generationsdynamik), wo auf die Beziehung Alter und Sozialisation eingegangen wird; vgl. auch P. Ridder, Politische Folgen ..., a.a.O., S. 344: "Das Problem der Untersuchung von Generationsunterschieden gehört, wie Karl Mannheim schreibt, zu jener Gruppe von Fragestellungen, 'die gerade die dynamikstiftenden Kräfte und die Wirksamkeitsordnung der dynamischen Komponenten im gesellschaftlichen Geschehen herauszuarbeiten hat. So wäre gerade hier der Übergang von der rein formal dynamischen und von dort zur angewandten historischen Soziologie gegeben, die alle zusammen erst das Gesamtfeld soziologischer Forschung auszumachen vermögen'" (K. Mannheim, Wissenssoziologie, Neuwied/Berlin, 1964, S. 523).
- 0 Zur Generationsproblematik siehe W. Dilthey, Über das Studium der Geschichte der Wissenschaften von Menschen, der Gesellschaft und dem Staat, in: ders., Gesammelte Schriften, Vol. 5, Die geistige Welt, Leipzig/Berlin, 1924, S. 31-73; S. 37;
- 1 "Jahrgang 13 - Dicht genug am Tod", Titelgeschichte der Wirtschaftswoche, Nr. 39, 1973, S. 14-16, 19; Mitglieder dieses Jahrganges, die an der Spitze von führenden Wirtschaftsunternehmen, der Kirchen, des Militärs, der Wissenschaft und Politik stehen, werden als "Elite der Nation" (S. 14) bezeichnet. Ihr Werdegang wird exemplarisch anhand ihrer persönlichen-historischen Erfahrungen in den unterschiedlichen Epochen deutscher Geschichte gemessen (S. 14). Aspekte geographischer Mobilität (S. 15: "Die Mehrheit des Jahrgangs 13 der Bundes-Elite (69 %) lebt nicht mehr in der Stadt, in der sie geboren wurde") werden ebenso angeschnitten wie ihre Sozialisationsphase. (S. 15): "Ihre Jugend verbrachten sie im Lärm der Roaring Twenties... Das Entscheidungsjahr der Republik wurde auch für viele des Jahrgangs 13 zum Entscheidungsjahr: Zur gleichen Zeit, da die Deutschen sich kollektiv das Zeugnis der Unreife ausstellten, empfangen sie ihr Zeugnis der Reife - als

Hitler die Macht ergriff, machten sie Abitur". Darüber hinaus wird das Rollenverhalten im Dritten Reich und im 2. Weltkrieg analysiert (S. 16): "Ein prominenter Nazi ist bis 1939 keiner der heutigen Sechzigjährigen geworden. Sie waren zu jung, erst 26 Jahre alt."

- 12 B. Buchhofer, et.al., Alter, Generationsdynamik ..., a.a.O., S. 300;
- 13 Ebenda, Die von ihnen entwickelten Hypothesen sind u.a. (S. 324): "Alter und Generation. Alter ist ein komplexes Kriterium der Sozialstruktur einer entwickelten Industriegesellschaft: Mit der Variablen Alter sind soziologische Variablen hinreichend hoch korreliert, so daß Alter und Altersunterschiede einen befriedigenden Vorhersagewert für soziales Verhalten und Unterschiede dieses Verhaltens besitzen."
(S. 325): "Gruppen gleichen oder ähnlichen Alters handeln in bestimmten Verhaltensbereichen homogener als Gruppen unterschiedlichen Alters. Die Variable Alter ist um so relevanter für die Analyse einer Gesellschaft
a) je zahlreicher die Altersgruppen sind, d.h. je geringer die Abstände zwischen altershomogenen Gruppen sind und je weniger Jahrgänge eine Gruppe umfaßt;
b) je größer die Zahl der Verhaltensbereiche und Situationen ist, in denen sich die Altersgruppen unterscheiden. Die soziale Differenz zwischen Generationen wird um so größer sein, a) je größer der Abstand zwischen den Geburtsjahrgängen ist, b) je stärker sich Verhaltensweisen und gefordertes Wissen verändern."
- 14 Politische Sozialisation wird hier als terminus technicus verwendet, der Verf. ist sich bewußt, daß die Festsetzung eines Zeitpunktes im soziologischen Sinne nicht einwandfrei belegbar und zu rechtfertigen ist, da die politische Sozialisation in einzelnen Fällen bereits früher oder später erfolgt sein kann.
- 15 Zu bestimmten Zeitpunkten (z.B. für das Jahr 1973) sind jedoch durch dieses Vorgehen vergleichende Untersuchungen möglich, inwieweit Eliten unterschiedlicher Länder altersmäßig differrieren; siehe z.B. die Angabe in Wirtschaftswoche (Jahrgang 13..., a.a.O., S. 19);
- 16 Vgl. R. Heberle, The Problems of Political Generation, in: ders., Social Movements, New York 1951;

- 17 Z.B. hat T. Parsons (Alter und Geschlecht in der Sozialstruktur der Vereinigten Staaten, in: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, hrsg., u. eingel. v. D. Rüschemeyer, Neuwies/Berlin, 1964, S. 65-83) aufgezeigt, daß "Altersrollen neben Geschlechtsrollen primäre, institutionell bedeutsame Faktoren der Sozialstruktur sind" (zitiert nach B. Buchhofer et al., Alter, Generationsdynamik..., a.a.O., S. 300).
Vgl. auch K. Mannheim, Wissenssoziologie, a.a.O., S. 523 (Probleme der Untersuchung von Generationsunterschieden); E. Pfeil, Die 23jährigen, 1. Stufe einer Generationsuntersuchung, Tübingen 1968;
W. Bernsdorf, Generationen, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg.v. W. Bernsdorf u.F. Bülow, Stuttgart 1955, S. 154-156.
- 18 Z.B. klassifizieren D. Butler/D. Stokes, Political Change in Britain: Forces Shaping Electoral choice, London 1970, Generationsbildungen von Wählern nach den folgenden Kriterien:
 1. bereits vor 1918 an Wahlen teilgenommen und 1963 mindestens 65 Jahre alt,
 2. alle Wähler der Wahl 1935, die 1963 50 Jahre alt sind,
 3. Wahl 1950: alle, die 1963 35 Jahre alt sind,
 4. alle Wähler, die 1963 34 Jahre alt oder jünger sind.
- 19 Vgl. B. Buchhofer et.al., Alter, Generationsdynamik ..., a.a.O., S. 236 (Generationsdifferenzen und Generationskonflikte)
- 20 Muß nicht unbedingt eine politische Partei sein, sondern war in einigen Fällen ein politischer (Jugend-) Verband.
- 21 Vgl. auch die Ergebnisse von M. Kesselmanns Studie über Frankreichs Parteien, Recruitment of ..., a.a.O., S. 30-32, Age of First political Interest and First Partisan Affiliation, S. 30: "Paralleling early differences in political socialization are differences in the age when adult political roles were assumed. Two thresholds - the age when respondents first became aware of politics, and the age when they first joined a political party - again reveal differential patterns of recruitment to the two parties.
About twice as many Socialists as Gaullists became politically aware by the end of adolescence and first joined a political party by their mid-twenties. Conversely, less than one-fourth of Socialist activists had not reached political awareness by their midtwenties, compared to

nearly half all Gaullist respondents. Party differences are far more important than structural ones; although in both parties leaders entered politics at a younger age than did followers, the difference is less great than the partisan contrast. The earlier politicization of Socialists is evident from the fact that, for both groups of Socialists, initial political awareness and partisan affiliation were likely to come at an earlier age than for both groups of Gaullists.";

zu ähnlichen Ergebnissen kommt nach M. Kesselman auch W. H. Hunt, Careers and Perspectives of French Politicians, unpubl. Diss., Vanderbilt University, 1966, S. 112.

- 22 Die folgende Tabelle bestätigt diese Tendenzen bezüglich der unterschiedlichen Lebensabschnitte, in denen sich die Landesminister befanden anhand einer Aufstellung zur Lebens-Situation bei erstem Beitritt in die Partei, als deren Mitglied später die erste Kabinettsberufung erfolgte (im folgenden abgekürzt als "Landesministerpartei" bezeichnet):

Lebensphase bei Beginn politischer Aktivität/Epoche
Beitritt in die Partei, als deren Mitglied die erste
Kabinettsberufung erfolgte (Landesministerpartei)

	Schule	Ausbildung	Beruf
6 % Parteibeitritt vor 1918	17 %	40 %	44 %
16 % " 1919 - 1932	13 %	45 %	42 %
57, % " 1945 - 1948	7 %	22 %	71 %
19 % " 1950 - 1961	6 %	26 %	69 %
Durchschnitt von allen 420 Ministern	9 %	25 %	66 %

- 23 In diesem Zusammenhang der Fragen nach erstem Parteibeitritt, Parteiwechsel und Eintritt in die spätere Landesministerpartei ist es notwendig, noch einmal differenziert die unterschiedlichen historischen Situationen beim Beitritt in die spätere Landesministerpartei darzustellen:

1. Von 196 (der insgesamt 231) Ministern der Generation 1 liegen Informationen über das genaue Beitrittsjahr in die spätere Landesministerpartei vor, 8 % traten bis 1914 bei, während des ersten Weltkrieges niemand, in Weimar 23 % und diese fast ausschließlich während der Gründungsphase der Weimarer Republik (1918-1920, 33 von 46 Ministern). In der unmittelbaren Nachkriegsphase nach 1945 wird dann die Kaiserreich-Generation in ihren späteren Landesministerparteien aktiv; allein 1945 beteiligen sich 45 %, zwischen 1945 und 1947 insgesamt 61 % dieser Generation durch ihren Beitritt und innerparteiliche Aktivitäten am parteipolitischen Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch des NS-Staates.
 2. Bei 84 (von insgesamt 100) Ministern der Generation 2 (Weimarer) konnte das exakte Eintrittsjahr in die spätere Landesministerpartei ermittelt werden: zwischen 1921 und 1932 treten 20 % bei, unmittelbar nach Kriegsende (zwischen 1945 und 1947) 48 % und über 30 % erst in den Jahren nach 1947.
 3. Bei 62 (von insgesamt 81) der Generation 3 (NS-Generation) ist das Jahr des Eintritts in die spätere Landesministerpartei bekannt, davon sind 40 % in der Wiederaufbauphase (1945-1947) beigetreten.
- 24 1950, im Gründungsjahr des BHE sind 19 Parteibeiträge zu verzeichnen, die sich nach Generationszugehörigkeit gegliedert wie folgt aufteilen: 42,1 % Generation 1, 31,6 % Generation 2, 26,3 % Generation 3. Bis 1953 ist der letzte der Generation 1 in die spätere Landesministerpartei eingetreten, 1971 der letzte der Generation 2, 1973 der Generation 3 und 1964 der der Generation 4;
- 25 Eine ausführliche Begründung für die folgenden Klassifizierungen siehe im Kapitel "Politische Vergangenheit vor 1945".
- 26 Siehe dazu auch die Analysen der Altersstruktur von Parlament (Bundestag) und Führungselite (Bundesregierung und Fraktionsspitzen) bei H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 681-683.

- 27 46,2 % der Untersuchungsgruppe konnte ausgewertet werden, da in vielen Fällen zwar Informationen über die Art des ersten öffentlichen Wahlamtes, aber nicht über den Zeitpunkt des Antritts dieser Position (das auf den unterschiedlichen organisatorischen Ebenen der jeweiligen politischen Systeme liegen kann) erhoben werden konnten
- 28 Hierzu konnten für 99,3 % der Minister konkrete Altersangaben ermittelt werden, bei 12,1 % entfiel jedoch eine Auswertung, da diese Personen weder vor noch nach ihrer Ernennung zum Landesminister Mitglied in einem Landtag waren.
- 29 Generation 1: rd. 62 % aller Fälle liegen im Alter
 zwischen 43-63 Jahren
 bei Generation 2 rd 70 % zwischen 36-50 Jahren
 bei Generation 3 rd 70 % zwischen 29-44 Jahren
 und bei Generation 4 rd 75 % 30-39 Jahre.
- 30 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 185 ff.
- 31 Ebenda
- 32 Dabei liegt der Beginn dieser Berufsphase in folgendem Alter:

<u>Alter</u>	<u>% von 420</u>
20 - 29	7 %
30 - 39	20 %
40 - 49	30 %
50 - 59	21 %
60 - 68	8 %
entfällt	14 %

Aus diesen Zahlen darf jedoch nicht geschlossen werden, daß die hauptberufliche politische Betätigung bis zur Pensionierung kontinuierlich und ausschließlich wahrgenommen wurde sondern lediglich, in welchem Alter zum ersten Mal Politik als Beruf für einen längeren Zeitraum betrieben wurde. In einzelnen Fällen lagen vor oder nach der Ernennung zum Landesminister nach 1945 freiwillige oder systembedingte (zwischen 1933 und 1945) privatberufliche Lebensabschnitte.

- 33 Generation 2 zwischen 21 - 62 Jahren, Generation 3 zwischen 21 und 50 Jahren und bei Generation 4 zwischen 35 und 41 Jahren.

- 34 Siehe dazu die ausführlichen Analysen von D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 185-196.
- 35 Ders., Herzog befaßt sich (S. 102 ff.) intensiv mit dem "Start in die hauptberufliche politische Laufbahn".
- 36 im Alter zwischen
- | | |
|---------|------|
| 33 - 39 | 9 % |
| 40 - 49 | 34 % |
| 50 - 59 | 40 % |
| 60 - 73 | 17 % |
- 37 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 169
- 38 Ebenda
- 39 W. Zapf, Wandlungen..., a.a.O., S. 170/171;
- 40 Vgl. K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 218, S. 121-125, er kommt für die Bundespolitiker auf ein Durchschnittsalter von 53 Jahren;
- 41 Siehe Anm. 14
- 42 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 106;
- 43 W. Zapf, Die deutschen Manager ..., in: W. Zapf (Hrsg.) Beiträge..., a.a.O., S. 138;
- 44 R. Wildenmann, Eliten in der Bundesrepublik, Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung über Einstellungen führender Positionsträger zur Politik und Demokratie, unveröff. Tabellenband, Mannheim 1968, kam zu folgenden Durchschnittsaltern aller befragten Führungsgruppen (zitiert nach B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O., S. 32);
- 45 B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O., S. 32;
- 46 W. Zapf, Wandlungen..., a.a.O., S. 170;
- 47 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 682;
- 48 Zur Altersstruktur der westdeutschen Eliten vgl. W. Kaltefleiter/R. Wildenmann, a.a.O., S. 96 (manager magazin);
- 49 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 117; Den Versuch der Konstruktion eines solchen "Idealtyps" (typischer Karriereverlauf) im unternehmerischen Sektor unternimmt auch Kruk.

- 50 Zum Problem der Altersstruktur bei Abgang für den ökonomischen Sektor siehe die Ergebnisse von M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 107 ff.
- 51 Ebenda, (S. 117)
- 52 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 123,
- 53 Von allen 165 verhalten sich 8 nachweislich positiv zum NS-Reich, alle 8 waren bereits in Weimar aktiv, jedoch nur einer von ihnen schon im Kaiserreich. Die restlichen 157 späteren Landesminister sind im NS-Reich politisch nicht pro-NS-System eingestellt und waren zu 71 % in Weimar unaktiv und zu 29 % in Weimar politisch inaktiv. Geht man von allen 120 in Weimar politisch Aktiven aus (die zu 40% bereits im Kaiserreich über politische Aktivitäten berichteten), so ergibt sich, daß nur 8 Personen über 1933 hinaus weiterhin politisch aktiv bleiben, hingegen 93 % mit der Machtübernahme der NSDAP ihre politische Aktivitäten beenden.
- 54 Der Anteil derjenigen mit und ohne politische Aktivität in Weimar ist etwa gleich groß, von 147 Landesministern dieses Generationstypes sind 49 % in Weimar aktiv und 51 % inaktiv gewesen.
- 55 Bei nur 9 % waren die politischen Aktivitäten vor 1933 nicht mit parteipolitischer Arbeit verbunden. Die Angehörigen der gleichen Generation, die im Kaiserreich jedoch noch nicht politisch sich engagiert zeigten, haben in höherem Maße in Weimar nicht parteispezifische politische Aktivitäten entwickelt (11 %) und haben auch im stärkerem Maße nicht die gleiche Parteiidentifizierung wie die bereits im Kaiserreich politisch Aktiven (nur 48 % wird nach 1945 in der gleichen Partei aktiv). Dies trifft (noch im stärkerem Maße, was das parteipolitische Engagement angeht) auch für diejenigen zu, die altersbedingt über noch keine politische Aktivität im Kaiserreich haben verfügen können.

Die politische Vergangenheit des Führungspersonals der Bundesländer: Parteikarriere, parlamentarischer Werdegang und politisch-soziale Aktivitäten vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches

- 1 Nur 16 Personen berichten definitiv über eingenommene Parteiführungsämter: 11 waren Funktionäre auf kommunaler Ebene, 5 waren auf überregionaler Ebene in Parteivorständen meist als Vorsitzende/stellv. Vorsitzende aktiv.
- 2 Nach dieser Aufschlüsselung ergibt sich, daß nur 168 Minister bis 1933 Parteimitglieder waren, d.h., daß unter den 44 Ministern mit Angabe "KI" 11 Minister waren, bei denen zwar die Tatsache einer Parteimitgliedschaft vor 1933 bekannt war, jedoch keine Einordnung in eine konkrete historische Phase möglich war. Die übrigen mit "keine Information" sind nach 1945 beigetreten.
- 3 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 79;
- 4 Die unterschiedlichen parlamentarisch-politischen Karrieren vor 1933 konnten je nach Aktivitätsgrad in drei analytischen Gruppen gegliedert werden:
 1. (Aktivitätsgrad: schwach) Unter den 96 Ministern, die nur bis 1933 ihre politischen Wahlämter ausüben konnten, waren 64 (über 2/3), die nur über Erfahrungen in ausschließlich einem Wahlgremium verfügten: 4 waren Reichstagsmitglieder, 26 besaßen Landtagsmandate (darunter 8, die zeitweilig als Landesminister amtierten, weitere drei mit parlamentarischen Führungsämtern in Fraktion und Ausschüssen) sowie 34, die Mitglieder kommunaler/regionaler Vertretungskörperschaften waren, 26 in Stadtverordnetenversammlungen, 5 in Gemeinderäten und drei in Kreistagen. Im kommunalen/regionalen Funktionsbereich wiederum übten 12 Exekutivämter aus (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte); von den 22 mit nur legislativen Mandaten waren bis auf 4 (Fraktionsvorsitzender, Stellvertreter, Parlamentspräsident) alle nur Mandatsträger ohne weitere Gremienfunktionen.
 2. (Aktivitätsgrad: mittel) Von den oben erwähnten 96 Ministern übten 23 in zwei verschiedenen Vertretungskörperschaften teilweise zugleich bzw. nacheinander politische Funktionen aus: sie zeichnen sich gegenüber denjenigen der Gruppe 1 durch einen höheren Aktivitätsgrad aus; 6 von ihnen hatten parlamentarische Erfahrungen

im Landtag und Reichstag gesammelt (sowohl in Landesexekutiven wie in Reichstagsfraktionsvorständen), 2 saßen als Reichstagsabgeordnete zeitweilig in einem Kommunal-/Regionalparlament, 10 besaßen parlamentarische Praxis aus Landtagszugehörigkeiten und Mandaten in kommunalen Vertretungskörperschaften, 5 waren in kommunale und regionale Parlamente gewählt worden. Unter diesen 23 Personen mit Erfahrungen in zwei Wahlgremien unterschiedlicher Funktionsebene waren über 70 % mindestens in einem Gremium, zumeist aber in beiden Gremien sowohl mit legislativen Führungsaufgaben in Fraktion oder Ausschüssen bzw. mit Exekutiven Verantwortungen (Reichsminister, Landesminister, Landrat) betraut worden, d.h. sie verfügten nicht nur über Mandatserfahrungen, sondern durch Ausübung von parlamentarischen Führungsämtern über begrenzte parlamentarisch-politische Karrieren.

3. Die restlichen 9 der 96 Minister (Aktivitätsgrad: hoch) übten in drei bis vier verschiedenen Wahlgremien Funktionen aus; jeweils in kommunalen, regionalen Vertretungskörperschaften und im Landtag, bzw. noch zusätzlich im Reichstag; allen war ein hoher Aktivitätsgrad auch innerhalb dieser Wahlgremien gemeinsam, der sich eben nicht auf einen Mandatswahrnehmung beschränkte; überwiegend wurden auch auf den unterschiedlichen Ebenen zusätzlich noch Exekutivämter ausgeübt.
- 5 Auch Verbände und politische Vereine, die politischen Gruppen verbunden waren, die Parteien nahestanden, die ihrerseits links vom Zentrum (gemessen am Parteienspektrum der WR) angesiedelt waren sowie das Weimarer System "akzeptierende" und "unterstützende" Vereinigungen (z.B. republikanische) wurden als politisch "links-stehend" eingestuft.
- 6 Für den Bereich der Bundespolitik sind dabei in den letzten Jahren interessante Zahlen veröffentlicht worden, so z.B. im - verschiedene Untersuchungen zusammenfassenden - Bericht von E. Beuttner, In Bonn ein unheilvolles Erbe gefunden, in: Berliner Liberale Zeitung, Nr. 9, v. 29.4. 1971, S. 5, der sich insbesondere auf Erhebungen von R. Wildenmann stützt.
Vgl. auch R. Seeliger (Hrsg.), Bonns Graue Eminenzen (Aktuelle Beiträge zum Thema Ministerialbürokratie und sozialdemokratische Reformpolitik), München 1971;
- 7 Ebenda
- 8 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 58;

- 9 J.L. Edinger, Post Totalitarian Leadership, zitiert nach W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 76
- 10 Vgl. auch die Studie von R. Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 41, Düsseldorf 1971. Hier werden der persönliche und politische Werdegang der Landtagsabgeordneten, insbesondere im Dritten Reich, Häufigkeit der Wortmeldungen und Inhalt der Beiträge über den Nationalsozialismus/Faschismus im Landtag nach 1945 in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt, aufgeschlüsselt und analysiert. Billerbecks Ergebnis ist u.a. daß die Nationalsozialisten rehabilitiert wurden.
- 11 Vgl. L.J. Edinger, Post Totalitarian Leadership, a.a.O., der ebenfalls den Beruf während der NS-Zeit, Art und Grad der Opposition gegen das Nazi-Regime und Folgewirkungen der Opposition (Verfolgung etc.) untersucht; siehe auch einige zusammenfassende Ergebnisse empirischer Studien bei W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 21.
- 12 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 160;
- 13 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 14 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 146 ff., untersucht diesen Aspekt für die Ministerpräsidenten (einschließlich der von den alliierten Militärbehörden eingesetzten) der Bundesländer, dabei wird auf L.J. Edinger, Post Totalitarian ..., a.a.O., S. 68/69 zurückgegriffen; zu den Auswirkungen des NS-Reiches und des 2. Weltkrieges auf die Berufslaufbahn siehe auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 133 ff.;
- 15 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 72/73;
- 16 Ebenda, S. 217
- 17 K.W. Deutsch/L.J. Edinger, Germany re-opens the Power, Stanford 1952, (Fußnote zur Tabelle 9,6) zitiert nach: W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 160
- 18 Vgl. dazu W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 160 ff. (Das Schicksal der Weimarer Eliten: Kooperation, Emigration, Widerstand).

- 19 Der Vollständigkeit halber: von den 134 Ministern, die zwischen 1945 und 1949 zum ersten Mal in eine politische Partei gingen, waren noch 23 % (31) NS-Gegner, von den 54 erst nach 1950 zum ersten Mal beigetretenen nur noch 7 %, diese Tendenz ist auch altersbedingt beeinflußt.

20 Emigration:

19 { 5 % } Emigration
 368 { 94 % } Keine Emigration
 3 { 1 % } KI

(bei 30 Untersuchungspersonen war aus altersgründen kein eigener Entschluß zur Emigration möglich)

Dauer der Emigration:

Jahr Beginn	Anzahl	Jahr Ende	Anzahl
1933	12	1933	2
1934	1	1934	2
1935	2	1942	1
1938	2	1943	1
1939	1	1945	8
KI	1	1946	2
		1948	1
		KI	2
19		19	

- 21 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 161;
- 22 M. Kruk hat sich im Rahmen seiner Studie dezidiert mit "dem Einfluß zweier Weltkriege" befaßt (M.Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 112 ff.)
- 23 43 % waren aktive Kriegsteilnehmer, 47 % nahmen nicht teil, bei 6 % war aus Altersgründen eine Teilnahme nicht möglich, von 4 % der Untersuchungsgruppe waren zu diesem Aspekt keine Informationen zu erzielen. Der hohe Anteil der Untersuchungsgruppe, die nicht aktiv militärisch während des Krieges eingesetzt waren, ist u.a. damit zu erklären, daß ein Großteil dieser Gruppe konkretes Anti-NS-Verhalten zeigte bzw. diese Gruppe sich aktiv in demokratischen Parteien der Weimarer Republik engagierte und

damit als unzuverlässig eingestuft sein dürfte. Diese Einstufung dürfte, neben anderen Faktoren (berufliche Unabkömlichkeit, Untauglichkeit etc.), insbesondere dann, wenn ein hoher Grad an politischer Aktivität vor 1933 zu verzeichnen war, zur Nichtteilnahme am 2. Weltkrieg geführt haben, darüber hinaus war ein hoher Prozentsatz der Landesminister nach 1933 inhaftiert bzw. emigriert. Diese Erklärungsfaktoren werden weiter unten noch empirisch belegt werden. Diejenigen Landesminister, die über Fronteinsätze etc. berichten, hatten zu 41 % militärische Ränge in der Armee inne (vom Unteroffizier bis zu Stabsangehörigen), die Gruppe war nicht "belastet" mit politischer Betätigung aus Weimar, ebenfalls war dieser Gruppe kein definitives Anti-NS-Verhalten im Dritten Reich selbst nachzuweisen.

Positionen 2. Weltkrieg

27	(7 %)	KI
98	(23 %)	Soldat
21	(5 %)	Unteroffizier
48	(11 %)	Offizier
3	(1 %)	Stabsang.
223	(53 %)	entfällt

179 haben teilgenommen, sie bekleideten folgende militärische Ränge:

98	Soldat	54 %
21	Unteroffizier	12 %
48	Offizier	27 %
23	Stabsang.	2 %
9	KI	5 %

24 Beispielsweise DDP-FDP, BVP-BF

25 K.v. Beyme, Die politische Elite, ..., a.a.O., S. 217;

26 Vgl. auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S.134 ff

27 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;

28 Nur 33 % treten bis 1949, 46 % zwischen 1950 und 1961 der Partei bei, mit der sie zum ersten Mal ins Kabinett berufen (d.h. bis auf einen treten alle definitiv NS-Aktiven erst nach dem 2. Weltkrieg ihrer späteren Landesministerpartei bei), dagegen vollziehen 85 % der indifferent-positiven bis 1949 und die übrigen 15 % bis 1961 den Beitritt in die spätere erste Berufungspartei.

Die privatberufliche Karriere: Fachwissen in der
Politik und die Professionalisierung der Politik

- 1 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 181:
"Politische Professionalisierung".
- 2 Zur Analyse der Berufskarriere westdeutscher Manager
siehe H. Pross/K.W. Boetticher, Manager ..., a.a.O.,
S. 72-77. Eine Analyse der Rolle unterschiedlicher
Faktoren für den beruflichen Aufstieg in wirtschaft-
lichen Großunternehmen gibt M. Kruk, Die großen Unter-
nehmer, a.a.O., S. 129 ff (Laufbahn-Merkmale).
- 3 Zur Problematik des cross-over ("Der Wechsel zwischen
privat-beruflichen und politischen Spitzenpositionen")
siehe D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S.150 ff.;
siehe ebenda (S. 155-159) die Stellungnahmen führender
Bundespolitiker zum Problem der Personalzirkulation
(Durchlässigkeit) zwischen politischen und anderen Be-
reichen.
- 4 Zur generellen Problematik der Beziehungen zwischen
Staat und Unternehmerverbänden siehe W. Simon, Perso-
nelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Ver-
flechtung von Unternehmerverbänden und Staat, in:
Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2,
1975, S. 138-157, wo detailliert auch auf die Verbin-
dungen von Politikern zur Wirtschaft eingegangen wird
(z.B. Verflechtungen mit der Ministerialbürokratie,
dem Bundestag).
- 5 H.Pross/K.W. Boetticher, Manager..., a.a.O., S. 73;
- 6 Über diese Schwierigkeit berichtet beispielsweise auch
M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 34, was
daran läge, "daß sich das Leben eines Menschen vielfach
nicht in das Korsett eines vorgegebenen Ablaufschemas
zwingen läßt", da Lebensgeschichte und Berufsweg eben
doch sehr individuelle Entwicklungen - z.T. systembe-
dingt - nehmen. "Oft ist der Lebensweg eines Menschen
... durch außerökonomische Umstände bedingt, Einflüsse
die von politischen Entwicklungen ausgehen." (S. 34).

- 7 Zur beruflichen Mobilität siehe D.W. Busch: Berufliche Wertorientierung und berufliche Mobilität, Stuttgart, Ende 1973;
O.D. Duncan: "Methodological Issues in the Analysis of Social Mobility", in: Lipset, S.M.: Social Structure and Social Mobility in Economic Development, Chicago 1966, S. 51-63 f.;
K. Hope (Hrsg.): The Analysis of Social Mobility; Methods and Approaches, Oxford: Clarendon Press 1972;
K. Lüscher: Der Prozeß der beruflichen Sozialisation, Stuttgart. 1969.
- 8 Siehe D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 108 ff., Der Beamte, Der RA, der Verbandsfunktionär, Der Unternehmer/Manager, Der Landwirt, Der Journalist, Der Arbeiter.
- 9 R. Altmann (Die Politischen Parteien und die Wirtschaft, a.a.O., S. 706)
- 10 Ders., in Capital, a.a.O., S. 4 (Nachwuchsschwächen);
- 11 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 12 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 101/102, was im großen und ganzen für die Landesebene ebenfalls zutrifft.
- 13 Dagegen zählt beispielsweise B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O., S. 23 nur die Bereiche auf, in denen eine Person (z.T. mehrfach) eine berufliche Tätigkeit ausgeübt hat.
- 14 Ebenda, S. 22 ff. und S. 34 ff., siehe die von Steinkemper verwendeten beruflichen Funktionsbereiche ("Tätigkeitssektoren")
- 15 Hoher Anteil von Kabinettsmitgliedern, die nur eine Berufserfahrung in einem Berufssektor mit ins Kabinett brachten.
- 16 Vgl. B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O., S. 25;
- 17 Die Datenbasis, auf die sich die empirischen Ergebnisse beziehen ist jeweils unterschiedlich, da der Personenkreis variiert: ein und dieselbe Person konnte aufgrund des beruflichen Werdeganges und der Fragestellungen die Voraussetzungen zu einer mehrfachen Einbeziehung in die Berechnungsgrundlage erfüllen.

- 18 Siehe auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 134-137 (dort auch einige exemplarische Fälle)
- 19 Ebenda, S. 137;
- 20 R. Altmann, Die politischen Parteien und die Wirtschaft, in: Merkur, a.a.O., S. 706
- 21 Zunehmend befassen sich empirische Arbeiten im Rahmen der Möglichkeiten der Reform des Öffentlichen Dienstes mit den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, so z.B. N. Luhmann/R. Mayntz, Personal im Öffentlichen Dienst - Eintritt und Karrieren, Baden-Baden 1973.
- 22 B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O., S. 25;
- 23 Vgl. auch G. Loewenberg, Parlamentarismus ..., a.a.O., (Zeitraum 1949-1972)
- 24 siehe R.-P. Lange Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 142;
- 25 Zur Inkompatibilität zwischen Abgeordneten-Mandat und Ministeramt siehe Norbert Achterberg, Probleme der Inkompatibilität (in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, April 1970, 126. Bd., Heft 2, S.344-361). S. 357: "Besteht schon die bekannte, von Gerhard Leibholz in ihrer vollen Schärfe aufgezeigte Diskrepanz zwischen der Gewissensfreiheit des Abgeordneten und seiner Bindung an die Partei, so tritt zu dieser noch die Instruiertheit des Ministers als weiterer der Gewissensfreiheit widerstreitender Sachverhalt hinzu. Man wird sich daher zu fragen haben, ob die erstrebte Koinzidenz zwischen dem Handeln als Regierungsmitglied und dem Willen der Mehrheitspartei - doch nur um sie geht es letztlich - nicht schon durch die Parteimitgliedschaft des Ministers gewährleistet ist, ohne daß es hierzu auch noch der Parlamentsmitgliedschaft bedarf." S. 358: "Die Doppeltätigkeit als Abgeordneter und Minister verschiedener Staatsebenen ist zwar nicht schon durch Art. 20 Abs. 2 GG ausgeschlossen, doch sprechen auch insoweit gewichtige rechtspolitische Gründe für die Unvereinbarkeit:
 a) Zwischen dem Mandat als Bundestagsabgeordnetem und dem Amt als Landesminister ist sie deshalb angezeigt, weil die anderenfalls bestehende diagonale Verflechtung durch Mitwirkungen außer beim Gesetzeserlaß auch beim Gesetzesvollzug, zu dem der Minister - ~~der~~ eben nicht nur Regierungsmitglied, sondern auch Chef seines Ministeriums und

zugleich der diesem nachgeordneten Verwaltungsbehörden ist - gleichfalls berufen ist, die Gefahr von Interessenkollisionen herbeiführt. Schon allein diese interfunktionelle diagonale Verflechtung gibt mithin Anlaß zur Begründung einer Inkompatibilität. Hinzu kommt die Möglichkeit einer intrafunktionellen Verschränkung dadurch, daß ein Landesminister Bundesratsmitglied wird. Auch eine solche würde wegen der von Dimitris Tsatsos überzeugend nachgewiesenen institutionellen Gegensätzlichkeit von Bundestag und Bundesrat - durch den statusbedingten Unterschied zwischen der Weisungsgebundenheit des Ministers und der Weisungsfreiheit des Abgeordneten überdies noch verschärfte - Interessenkollisionen heraufbeschwören."

Tsatsos, Die Unzulässigkeit der Kumulation von Bundestags- und Bundesratsmandat, Tübingen 1965, S. 29 ff., Vgl. zu dieser Problematik auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Nov. 1975, daß die Verfassungswidrigkeit von Ruhestandsbezügen feststellt und u.a. die Besteuerung der Diäten von Bundestags- und Landtagsabgeordneten fordert; Kommentare zu diesem "Diäten-Urteil" siehe von H. Schueler, Zum Berufspolitiker verdonnert, in: Die Zeit, Nr. 47, 14.11.1975, S. 5; W. Hoffmann, Der Lohn für Bonn wird schmal, ebenda.

- 26 W. Hoffmann, Karriere in der Pause (in: Die Zeit, Nr. 18, v. 27.4.1973, S. 17).
- 27 H. Klatt, Die finanzielle Stellung ..., a.a.O., S. 161;
- 28 W. Steffani (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz, Bd. III, Opladen 1971, S. 11 ff., 38 ff., sowie die darin enthaltenen Beiträge von Zeuner und Raschke;
- 29 Hierunter wurden auch Tätigkeiten in Lehrberufen gezählt.
- 30 Entfällt
- 31 Eine Übersicht auch über die Höhe und Entschädigungsarten von "Berufsparlamentariern" im Bundestag und in den Landtagen gibt H. Klatt. Die finanzielle Stellung ..., a.a.O., S. 346/347. Klatt geht auch auf die verschiedenartigen mandatsabhängigen Nebeneinnahmen der Parlamentarier ein.
- 32 Zur empirischen Analyse des Sozialprofils und der Rekrutierung der Wirtschaftselite vgl. B. Biermann, Wer wird Unternehmer? - Strukturfaktoren der unternehmerischen Rekrutierung, in: Soziale Welt, Heft 1, 1970/71, S. 33-55, der anhand einer Untersuchungsgruppe von 1655 Unternehmern aus 1219 nordrhein-westfälischen Unternehmern (S. 35) Fragen nach der ökonomischen und sozialbiologischen Struktur, Herkunft und Ausbildung, Rekrutierung und Selbstrekrutierung untersucht.

- 33 Die gesellschaftliche und politische Funktion der Unternehmer im bundesrepublikanischen System wird u.a. von R. Altmann (Die politischen Parteien und die Wirtschaft, a.a.O., S. 707) wie folgt skizziert: "In der sozialen Stufenleiter gehören die Unternehmer nach Herkunft und Bildungsweg ebenso zur Stufe des Facharbeiters wie zu den Spitzen der internationalen Gesellschaft ... Die Unternehmer, von deren Leistung und Verhalten außerordentlich viel für den Erfolg der Politik und für die Stabilität der politischen Ordnung abhängt, bilden im Unterschied zur übrigen Gesellschaft keine Gruppe, die in der Lage wäre, kontinuierlich nach dem Prinzip der sozialen Solidarität zu handeln." (S. 707).
- 34 Vgl. E. Lange/N. Luhmann, Juristen - Berufswahl und Karrieren, in: Verwaltungsarchiv, Bd. 65, Heft 2, 1.4.1974, S. 113-162; z.B. werden in dieser Studie sozio-kulturelle Hintergrundsmerkmale von Juristen (im Vergleich zu Nichtjuristen) erarbeitet (S. 118/19): "So ergibt ein Vergleich der Juristen mit den Nichtjuristen unter dem Aspekt der Beschäftigung des Vaters entweder im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft und der Schichtzugehörigkeit der Familie, daß Juristen in wesentlich stärkerem Maße als ihre nichtjuristischen Kollegen aus Familien stammen, deren Väter im öffentlichen Dienst beschäftigt sind; darüber hinaus stammen die Juristen, deren Väter im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, in verstärktem Maße aus Oberschichtfamilien. Es ist hier bemerkenswert, daß die verstärkte Oberschichtrekrutierung der Juristen auf den Bereich derer beschränkt bleibt, die einen Vater im öffentlichen Dienst besitzen, und sich nicht auch bei den Juristen wiederholt, deren Vater nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt ist. Die insgesamt verstärkte Oberschichtrekrutierung der Jurastudenten ist damit allein auf die verstärkte Rekrutierung aus Familien zurückzuführen, deren Väter im höheren öffentlichen Dienst stehen". Weiterhin zur Problematik der Herkunft mit Einstellung von Juristen siehe die empirischen Forschungen von R. Dahrendorf, Bemerkungen zur sozialen Herkunft und Stellung der Richter an Oberlandesgerichten: Ein Beitrag zur Soziologie der deutschen Oberschicht, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 5 (1960), S. 260-275; J. Feest, Die Bundesrichter: Herkunft, Karriere und Auswahl der juristischen Elite, in: W. Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965, S. 95-113; W.O. Weyrauch, Zum Gesellschaftsbild des Juristen: Eine vergleichende Studie über die subjektiven Faktoren im Recht, Dt. Übers., Neuwied 1970 (ohne quantitative Auswertung); W. Richter, Zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft, Stuttgart 1968; W. Kaupen, Die Hüter von Recht und Ordnung:

Die soziale Herkunft, Erziehung und Ausbildung der deutschen Juristen - Eine soziologische Analyse, Neuwied-Berlin 1969; ders., und R. Rasehorn, Die Justiz zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie: Ein empirischer Beitrag zur Soziologie der deutschen Justizjuristen, Neuwied-Berlin 1971; H. Recken, Berufswahl der Juristen: Ergebnisse einer umfassenden Befragung, Zeitschrift für Rechtspolitik 6 (1973), S. 124-127; G. Brinkmann, Die Diskriminierung der Nicht-Juristen im allgemeinen höheren Verwaltungsdienst der Bundesrepublik Deutschland, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 129 (1973), S. 150-167.

- 35 R. Altmann (Die politischen Parteien und die Wirtschaft a.a.O., S. 706).
- 36 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 104;
- 37 D. Herzog: "Das kommt praktisch einer völligen Chancenlosigkeit gleich, in politische Spitzenpositionen zu gelangen". (D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 106);
- 38 K.M. Bolte, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1966, S. 279: Berufsstruktur in der BRD (Status), 1961;
- 39 Ausgewertet werden konnten alle diejenigen, die in mindestens drei Berufsstatistiken und/oder Berufsbereichen tätig waren.
- 40 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 133/34.
- 41 Am Beispiel der Diätenregelung des Bundestages kommt K. Klatt, Die finanzielle Stellung ..., a.a.O., zu folgendem Schluß (S. 162/163):..."Zudem wirken die Interessenorganisationen der nicht direkt im Parlament vertretenen Schichten von außen auf die Volksvertretung, die Regierung und die Ministerialbürokratie, um die Interessen ihrer Mitglieder zum Tragen zu bringen. Eine Lösung für das komplizierte Phänomen der sozialen (neben der politischen) Repräsentation muß noch gefunden werden, denn die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, die Souveränität des Volkes und die Repräsentativverfassung, bedingen die Repräsentanz aller Bevölkerungsschichten im Parlament. Aber nicht nur das demokratische Dogma läßt sich für diese Forderung ins Feld führen. Auch theoretische und empirische Studien der modernen Demokratieforschung haben die Relevanz größerer Partizipationsmöglichkeiten aller gesellschaftlichen Schichten am Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß für ein optimales Funktionieren des politischen Systems nachgewiesen."

- 42 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 646 ff.;
- 43 M. Kruk, Die großen Unternehmer, a.a.O., S. 157;
- 44 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 164;
- 45 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 185;
- 46 Vgl. die detaillierte Aufschlüsselung der Berufe der Bundestagsmitglieder in 15 Berufskategorien bei H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 650 und Tabelle 177 (S. 684: Gruppenzugehörigkeit der Führungselite 6. Deutscher Bundestag);
- 47 Vgl. dazu B. Steinkemper, Klassische und politische ..., a.a.O.,
D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 102 kommt für die Bundespolitiker zum Ergebnis: "rund 37 % der befragten Politiker gehörten dem Öffentlichen Dienst an, als sie das erste Mal eine hauptberufliche Position in der Politik übernahmen".
- 48 Da Beamten ein Mandat materielle Vorteile bietet, wird häufig über einen sog. Umweg (über eine Berufslaufbahn als Beamter im öffentlichen Dienst) ein Mandat angestrebt. Vgl. dazu T. Eschenburg, Zur politischen Praxis in der BRD, Bd. I, 2. Aufl., München 1967, S. 68 ff.
- 49 Siehe dazu auch die Ergebnisse bei R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 164.
- 50 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 102.
- 51 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 164 ff.
- 52 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 104
- 53 Ebenda, S. 151;
- 54 Ebenda, S. 159;
- 55 Mit dem Problem der "zwischenzeitlichen" Beförderung (Aufstieg) von Angehörigen des öffentlichen Dienstes (die während der Mandatszeit nicht befördert werden dürfen), befaßt sich T. Eschenburg, Zur politischen Praxis ..., a.a.O., S. 42; Vgl. auch R. Zundel, Ein Parlament der Regierungsräte, in: Die Zeit, v. 28.11.1969, S. 12.

56 Vgl. auch K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., insbesondere S. 109-120.

57 Dabei ist zu berücksichtigen, daß die 9 Minister mit den häufigsten Ernennungen (7) 9 der 16 Minister sind, die mindestens 6 Ernennungen angaben, diese 16 wiederum 16 von insgesamt 26 Ministern sind, die über mindestens 6 Ernennungen berichten. Das bedeutet:

420 Minister, davon (ausschließlich)	1	Ernennung	182
"	2	"	124
"	3	"	65
"	4	"	23
"	5	"	10
"	6	"	7
"	7	"	9
			420

Die obigen Berechnungen bezogen sich - aus methodisch-technischen Gründen - jedoch nicht auf diese absoluten Zahlen, sondern gingen von der gesamten Anzahl der Ernennungen aus:

9 Minister mit	7 Ernennungen
16 "	6 "
26 "	5 "
49 "	4 "
114 "	3 "
238 "	2 "
420 "	1 "

58 K.v. Beyme, Die politische Elite, a.a.O., S. 219.

59 Zur Problematik der "Verbandsabgeordneten" siehe R. Hansel, Mehr Transparenz für Verbandsabgeordnete - Lösungswege durch Inkompatibilitätsregelungen und Änderungen der Bundeswahlordnung, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, August 1974, 7. Jg., Heft 8, S. 177-181, der Fragen der Abhängigkeit-Unabhängigkeit von Abgeordneten, deren soziale Aktivitäten durchleuchtet, die Rolle der Interessenvertreter in Parlamenten diskutiert und Inkompatibilitätsregelungen vorschlägt: u.a. durch Grundgesetzänderungen und durch weitere normative Reformen (Bundeswahlordnung)

60 Vgl. H. Pross/K.W. Boetticher, Manager..., a.a.O., S. 15:... "die Tätigkeit ihrer (der Leiter großer Unternehmungen - d.Verf.) politischen Vertrauensleute in Parteien und Parlamenten sowie andere Instrumente und Verfahren, durch die sie auf die Willensbildung der politischen Entscheidungsgruppen einwirken, machen sie zu einer Steuerungsinstanz ersten Ranges."

- 61 K.v. Beyme, Die politische Elite, a.a.O., S. 47. Zur Problematik der Beziehungen zwischen politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessenverbänden siehe z.B. R. Altmann (Die politischen Parteien und die Wirtschaft, a.a.O., S. 708), der auf die Schwierigkeiten der Parteien hinweist, zur "differenzierten Pluralität von Verbänden vergleichbare Beziehungen zu entwickeln wie etwa zum Bauernverband, zum Gewerkschaftsverband oder auch zu den Kirchen. So verschiedenartig, zum Teil sogar gegensätzlich das Verhältnis der einzelnen politischen Parteien zur Wirtschaft sein mag - in dieser Hinsicht weisen alle im Bundestag vertretenen Parteien ähnliche Kontaktprobleme auf."
- Vgl. in diesem Zusammenhang auch H. Klatt, Die finanzielle Stellung der Abgeordneten, a.a.O., S. 354, wo er sich mit dem Problem der Einnahmen aus nichtparlamentarischen Tätigkeiten von MdB's befaßt, insbesondere S. 357 ff.
- 62 Die Wahrnehmung von Aufsichtsrats-Mandaten der westdeutschen Landesminister und damit verbunden, die zusätzlichen Nebeneinnahmen (Aufsichtsratsvergütungen) finden zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit, sporadisch werden darüber Statistiken veröffentlicht, so z.B. in: Wirtschaftswoche, Nr. 46, 9.11.1973, S. 33-37; Weiterhin über die Höhe einiger Aufsichtsratsbezüge (Vorsitz, stellvertretender Vorsitz, Mitglied) siehe: Wirtschaftswoche, Nr. 29, 13.7.1973, S. 25-26 ("Todesanzeigen formulieren"). Z.B. waren 1973 Stobbe, Karry, Schwarz, Westphal und Becker qua Amt als Bundesratsvertreter (5 Landesminister) Mitglieder im Postverwaltungsrat.
- 63 Eine aktuelle Übersicht über qua-Amt-Funktionen gibt der Spiegel-Report ("Eine Ungezogenheit sondergleichen") über die Nebenverdienste westdeutscher Landesminister (in: Der Spiegel, Nr. 29, v. 16.7.1973, S. 56-58) "Wer in ein Landeskabinett einrückt, besetzt nicht selten zugleich mit dem Ministersessel auch tantiemeträchtige Pöstchen in Aufsichts- und Verwaltungsräten - und das oft, ohne die Nebeneinkünfte auch nur teilweise abführen zu müssen." (S.56), insbesondere die Mitglieder der Landeskabinette von Saarland, Schleswig-Holstein, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen werden kritisch analysiert und auf die grundsätzliche Regelung in anderen Bundesländern verwiesen. "Andere Bundesländer haben derlei Ministerprivilegien allerdings längst abgeschafft oder nie zugelassen. Artikel 60 der Hamburger Verfassung bestimmt: "Bezüge, die jemand von einem wirtschaftlichen Unternehmen als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg erhält, stehen dieser zu." In Berlin müssen Senatoren ihre Einnahmen abführen,

"soweit sie den Satz der entsprechenden Pauschalaufwandsentschädigungen für unmittelbare Landesbeamte übersteigen". Minister in Hannover dürfen seit einigen Jahren allenfalls 6000 Mark, in Stuttgart höchstens 3600 Mark für sich behalten. (S. 58)

Die Abführungspflicht bezieht sich allerdings lediglich auf Mandate, die ein Kabinettsmitglied "im Zusammenhang mit seiner Zugehörigkeit zur Landesregierung" (Niedersachsen) beziehungsweise "mit Rücksicht auf (seine) dienstliche Stellung als Minister" (Baden-Württemberg) versieht."

Die Rekrutierungs- und Selektionsfunktion des
bundesrepublikanischen Parteiensystems

- 1 Vgl. A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 272 ff.
- 2 Unterschiedlich ist die Informationsdichte darüber, in welchem Jahr exakt der Beitritt in die Partei erfolgte, mit der die erste Berufung ins Kabinett erfolgte; also in jene Partei, die mit Ausnahme der Parteiwechsler identisch mit der, in der der erste Beitritt nach 1945 vollzogen wurde. Von denjenigen Landesministern, die nach 1945 als erstes in die CDU eintraten, waren zu 78,6 % genaue Angaben über ihr Beitrittsjahr in die spätere Landesministerpartei zu erzielen; CSU: 93,1 %, SPD: 82,8 %, FDP: 89,3 %, KPD: 87,5 %, BHE/GB: 100 %, DP: 81,8 %.
- 3 z.B. BVP, BP - CSU; oder DDP/Staatspartei - FDP
- 4 H. Kramer, Mandatsverlust bei Parteiwechsel, in: Recht und Politik, Nr. 3, 1972, S. 108;
- 5 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 175 ff.
- 6 Von allen 35, die während der Ausbildungsphase nach 1945 Parteibeiträge vollzogen, gingen 54,3 % in die SPD, 22,9 % in die CDU, 8,6 % in die CSU und 5,7 % zur FDP. Von weiteren 39, die zu Beginn ihres beruflichen Werdeganges aktiv wurden, schlossen sich 48,7 % der SPD, 25,6 % der CDU, 7,7 % der CSU und 10,3 % der FDP an.
- 7 Vgl. dazu D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 175, der auf ein durchschnittlich niedrigeres Beitrittsalter für CDU/CSU und FDP kommt.
- 8 Waren jedoch nicht alle unmittelbare Gründungsmitglieder.
- 9 Von 86 % des samples liegt das konkrete Jahr des ersten Beitritts nach 1945 vor.
- 10 Einen Überblick über die Entwicklung der FDP bis 1969 vom "rechten" Flügel des Parteienspektrums stärker in Richtung auf den "Mitte-Links-Flügel" gibt z.B. R. Zundel, Die Signale der Liberalen, in: Die Zeit, Nr. 36, v. 5.9.1969, S. 3.

- 11 Zur umfassenden Problematik des Parteiwechsels siehe - insbesondere unter normativen Aspekten - J. Henkel, Mandatsverlust bei Ausscheiden eines Abgeordneten aus einer Fraktion oder Partei, in: Die Öffentliche Verwaltung, 27. Jg., Heft 6, März 1974, S. 181-187.
- 12 Vgl. auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O. S. 617 ff., der sich mit innerparteilichen Karrierewegen von Bundestagsneulingen beschäftigt.
- 13 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 67-75;
- 14 Ebenda, S. 77;
- 15 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 217;
- 16 W. Zapf, Beiträge..., a.a.O., S. 22, vgl. auch die Ergebnisse bei R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O.
- 17 Die CSU ist nur kommunal und auf Landesebene organisiert.
- 18 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 150;
- 19 Eine weitere Spezifizierung der Parteiämter innerhalb der Führungsgremien der unterschiedlichen Organisationsbereiche und -ebenen wurde von vornherein nicht angestrebt, da hierzu eine detaillierte Analyse innerparteilicher Organisationsveränderungen (Satzungs-, Statutenveränderungen) notwendig gewesen wäre, um innegehabte Parteiämter entsprechend den jeweils geltenden normativen innerparteilichen Regelungen zu bewerten, die in allen Parteien nach 1945 mehrfach freiwillig oder unfreiwillig (z.B. durch das Parteiengesetz 1967) geändert wurden. Siehe hierzu H. Preugschat, Normative Regelungen politischer Auswahlprozesse (unveröffentl. Arbeitspapier, Berlin 1969, im Archiv des ZI 6 der FU-Berlin), der insbesondere die Satzungs- und Statutenänderungen der westdeutschen Parteien chronologisch nachvollzieht. Z.B. mußten in der SPD seit 1954 Parteiausschußmitglieder nicht mehr zugleich Bezirksvorstandsmitglieder sein. Seit 1960 bestand der Parteirat der SPD aus "den Bezirksvorsitzenden und Vertretern."
Dabei muß an dieser Stelle betont werden, daß die Möglichkeit, z.B. von den Untersuchungspersonen mit SPD-Zugehörigkeit Informationen über Führungsämter in den alleruntersten Parteigliederungen (Abteilungen, Ortsverbänden) zu erfahren, begrenzt waren; auch schwer zugängliche biographische Quellen berichten ebenso wie autentische

Lebensläufe wenn überhaupt, dann nur über kommunale Spitzen-Führungsämter wie Vorsitze, stellvertretende Vorsitze und - schon erheblich reduziert - noch über Schatzmeist^{er}/Kassiererfunktionen auf Kreisebene, aber nur selten findet beispielsweise eine zweijährige Zugehörigkeit als Beisitzer in einem Unterabteilungsvorstand quellenmäßig ihren Niederschlag. Es ist also wahrscheinlich, daß auch diejenigen, von denen nur Informationen über Führungsämter auf Landes- und Bundesebene speziell in der SPD vorliegen, Funktionen in den Basisgliederungen der Partei bekleideten, die die innerparteilich höherrangigen Positionsübernahmen erst ermöglichten, in den analysierten Lebensläufen aber schon aufgrund eigener Beurteilung und Einstufung als 'unwichtig' nicht aufgeführt wurden, so daß die Erfahrungen in Parteiführungsämtern auf den untersten Stufen der Parteigliederung sehr wahrscheinlich größer sind, als das hier empirisch zum Ausdruck kommt; wogegen Parteiämter auf höheren Ebenen auch bezüglich der Exaktheit der Information (Amtsantritt, Widerwahl, Positionsabgabe) schon aufgrund der persönlichen Einschätzung häufiger auffindbar waren. Darüber hinaus nimmt die Zugänglichkeit systematischer Aufstellungen über Zusammensetzung von innerparteilichen Führungsgremien mit steigender Organisationsebene zu: Unterhalb der Landesebene der Parteiorganisation gibt es teilweise schon nicht mehr systematische Übersichten über die personelle Besetzung von Parteiführungsgremien, die den Zeitraum seit 1945/46 lückenlos erfassen; die Gründe dafür sind mannigfaltig.

- 20 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 81;
- 21 Ebenda. Die Zahlen der Tabelle 6 im vorliegenden Kapitel kommen tendenziell zu ähnlichen Ergebnissen.
- 22 Ebenda, S. 68;
- 23 Ebenda, S. 67;
- 24 R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 151;
- 25 Z.B. W. Lindhorst, In welchem Umfang ist erfolgreiche Betätigung in der Landespolitik Voraussetzung für die Wahl in den Bundestag, Dipl.-Arbeit, FU-Berlin, 1970.

- 26 Zur Interdependenz der Machtbeziehungen zwischen Parteien und Parlamenten im Zusammenhang der Diskussion über das imperative Mandat siehe C.O. Lenz, Ist die Freiheit des Abgeordneten veraltet und historisch überholt? - Antwort auf U. Bermbach, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4, Dezember 1970, S. 478-481; S. 478: "Es ist durchaus üblich, daß wichtige Entscheidungen hinterher auf der unteren Parteiebene diskutiert werden und der Abgeordnete über seine Haltung Rede und Antwort stehen muß ... Selbstverständlich bedarf der Abgeordnete, will er wieder aufgestellt werden, des Vertrauens seiner Partei, d.h. konkret gesprochen seiner Kreis- und Landespartei. Dieses Vertrauen erwirbt und erhält er sich in aller Regel mehr durch eine eigene Leistung in der politischen Arbeit als durch Anpassung. Das Verhältnis zwischen Partei und Abgeordneten ist nicht das Verhältnis zwischen dem Auftraggeber und seinem Beauftragten, sondern eher das des Mannschaftskapitäns zu seiner Mannschaft. Die Parlamente sind ein Reservoir für Führungspersonal der Parteien. Ein Blick in die Handbücher der Parteien würde dartun, wie viele Parlamentarier Parteiämter bekleiden. Dies ist nicht verwunderlich, denn die sorgfältige Ausübung des parlamentarischen Mandats verschafft den Abgeordneten einen politischen Sachverstand, der sie für die Ausfüllung von Parteiämtern geeignet erscheinen läßt. Die Parteien erwarten, daß dieser politische Führungsauftrag an ihre Abgeordneten auch wahrgenommen wird."
- Danach sieht Lenz die Einfluß- und Machtbeziehungen eindeutig vom Parlament hin zu den Parteien, er bezieht sich auf den Aufsatz von U. Bermbach, Probleme des Parteienstaates, Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 1970, S. 342-363.
- Zur generellen Problematik des politischen Karrierestarts siehe auch K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 76 ff., der zwei wesentliche "Filter des Parteiapparates, bei der Kandidatenaufstellung und der Verteilung der Listenplätze" sieht. (S. 218).
- Aufgrund seines erhobenen Materials konnte D. Herzog Politische Karrieren, a.a.O., S. 80 ff. noch zusätzlich die innerparteiliche Karriere-Kontinuität analysieren.

27 D. Herzog, ebenda, S. 83;

28 Ebenda;

- 29 12 % der Untersuchungsgruppe hatte zu diesem Problemkomplex keine Informationen.
- 30 Der "politische Aufstieg ohne parteiinterne Karriere" (hier verstanden als direkter Sprung in den Bundestag) stellt bei D. Herzog Analysen "ein Sonderfall" dar. (D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 73);
- 31 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 218;
- 32 Und zwar bezogen auf die Partei, mit der die Untersuchungsperson zum ersten Mal zum Landesminister ernannt wurde.
- 33 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 74;
- 34 Vgl. dazu A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 272;
- 35 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 68;
- 36 Dies liegt u.a. auch daran, daß die vergleichsweise schnellen innerparteilichen Aufstiegsprozesse dadurch begünstigt waren, daß in den Gründungsjahren zunächst durch geringe Mitgliedszahlen die Anzahl der ernsthaften Mitbewerber um Führungsämter begrenzt war, sich dann aber im Laufe der Entwicklung der Parteien zu Massen- bzw. Mitgliederparteien die Möglichkeiten und Chancen des innerparteilichen Aufstiegs durch die steigende Zahl der Mitkonkurrenten verringerte.
- 37 H. Kramer, Mandatsverlust bei Parteiwechsel, a.a.O., S. 107/108;
- 38 Vgl. E. Neumaier, Überlaufen bringt kein Glück, Die Rechnung der Fraktionswechsler ging selten auf, in: Die Zeit, v. 5.5.1972, S. 5;
- 39 Vgl. auch D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 65/66;
- 40 Von den definitiv in NS-Organisationen aktiven 23 Ministern wechselten nach 1945 26 % ein oder sogar mehrfach die Parteizugehörigkeit (Durchschnitt der gesamten Untersuchungsgruppe: 9 %), von den 99 indifferent-positiven noch 16 %.

- 41 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 83, gibt für sein sample einen Überblick über die Parteipositionen vor erster Wahl in den Bundestag.
- 42 Ohne die Untersuchungspersonen, die zum Zeitpunkt der Ernennungen keiner Partei angehörten.
- 43 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 149 ff.,
- 44 Ebenda;
- 45 Ebenda, S. 161;
- 46 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 84;
- 47 So z.B. in der SPD 1970, die eine Kommission zu Fragen der Arbeitsgemeinschaften, der Schiedordnung, des Organisationsstatus und zu Fragen der Parteiorganisation einsetzte, um entsprechende Vorschläge zu erarbeiten, Siehe dazu N. Gansel, Und die Reform der Ortsverbandsarbeit?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10, 1971, insb. S. 703 ff., wo er die Herner Beschlüsse der SPD (Hrsg. Vorstand der SPD, Arbeitsaufgaben für die SPD, 1952) zitiert (S. 11): "Niemand kann viele Funktionen zur gleichen Zeit so ausfüllen, wie es notwendig ist. Es ist daher Aufgabe der Bezirksvorstände, und der von den Bezirksvorständen zu beauftragenden Körperschaften, diese Mandats- und Funktionshäufungen im Interesse der Partei, aber auch im Interesse der Beteiligten durch Ermahnung, Aufklärung und notfalls durch Beschluß zu ändern. Wir müssen viele neue, insbesondere junge Kräfte heranziehen und ihnen die Gelegenheit geben, sich an den vielfältigen Aufgaben in Partei, Kommune oder Staat zu bewähren..."

Die parlamentarisch-politische Karriere nach 1945:
Vertikale und horizontale Mobilität

- 1 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 83;
- 2 W. Zapf, Beiträge ..., a.a.O., S. 21;
- 3 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 83.
- 4 Vgl. dazu eine Übersicht über die späteren Karrieren z.B. der Mitglieder des Parlamentarischen Rates (Die Politische Rehabilitierung der Deutschen begann vor 25 Jahren, Die Welt, Nr. 204, v. 1./2.9.1973, S. 7).
- 5 Die Mitglieder einiger dieser vorstaatlichen, "quasi-parlamentarischen" Gremien wurden bereits dezidiert unter verschiedenen analytischen Fragestellungen analysiert, so z.B., in der Studie von R. Ley, "Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates - Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen" (in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3, 1973, S. 372-391). Auf die Mitgliedschaft in Landesregierungen nach 1945 wird auf S. 387-390 eingegangen.
- 6 R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 153.
- 7 Bei der folgenden Detailauswertung wurde die Mitgliedschaft und Funktionsausübung in folgenden Institutionen berücksichtigt; Auf nationaler Ebene in Gremien wie BI/Trizonenrat; Frankfurter Rat, Parlamentarischer Rat und dessen Vorläufer wie Chiemseer Konvent; Frankfurter Wirtschaftsrat, Wirtschaftsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes, sonstige alliierte "Spezialinstitutionen" wie Kontrollkommissionen, Zonenbeiräte u.ä.; auf landes bzw. provinzieller Ebene Funktionen in ernannten eingesetzten Landesregierungen, Verwaltungsbeiräte des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes, berufenen Landtagen und Provinzialräten, Verfassungsgebenden Versammlungen etc., und legislative wie exekutive Gremien auf regionaler/kommunaler Ebene (Kreisversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen, eingesetzter Bürgermeister, Oberbürgermeister, Stadtdirektoren u.ä.).

- 8 Zu diesem Zwecke wurden in allen Bundesländern die ersten 15 gewählten Mitglieder der ersten Landesregierung, die demokratisch legitimiert war, gesondert analysiert.
- 9 R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 154.
- 10 Siehe z.B. A.v. Saldern, H. Dietrich, Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard 1966, S. 33. So fragt auch W. Hofmann (Oberbürgermeister in der Politik - zu einigen neuen Biographien, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 8. Jg., 1969, Nr. 1, S. 131-145): "Wie der Übergang vom begrenzten Bereich der Kommunalpolitik in die allgemeine Politik erfolgte, und inwieweit kommunale Elemente in diesem allgemeinen Bereich wirksam wurden" (S. 132) und analysiert u.a. unter dieser Fragestellung einige neuere Biographien. Er kommt zum Ergebnis (S. 144): "Entgegen der verbreiteten Zuordnung der kommunalen Selbstverwaltung zum Bereich unpolitischer Administration wird die Selbstverwaltung als integrierter Bestandteil der allgemeinen Politik ausgewiesen. Der führende Kommunalpolitiker erwirbt mit der fachlichen Prägung zugleich Sachverstand und pragmatische Flexibilität auch für den Bereich der allgemeinen Politik." Zur Rolle der Kommunalpolitik siehe auch K.-H. Naßmacher, Funktionen politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften (Kommunalparlamenten), in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4, Dez. 1973, S. 550-566, der anhand einer empirischen Untersuchung (im Rahmen des Problems des repräsentativen Mandats der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker) die Stadtverordneten von Wuppertal analysierte und drei Fragen aufwirft: "1. Wer vertritt wen? 2. Welche Interessen werden artikuliert, beantwortet? 3. Wie gestaltet sich der Informationsfluß?" (S. 551). Dabei befaßt er sich mit Aspekten der Herkunft und Rekrutierung, Selbsteinschätzung, Altersstruktur, Repräsentation von Frauen und Außenkontakten und kommt u.a. zum Ergebnis der "Dominanz des Mittelstandes" (S. 553).
- 11 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 154.
- 12 A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 273, kommt auf 187 von 325 Ministern, wobei er definiert: "Kommunalpolitische Betätigung wurde für die folgende Übersicht in einem weiten Sinne definiert, d.h., als jedwede, auch zeitlich begrenzte frühere Tätigkeit der Minister (z.T. vor 1933) in der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, incl. auf der Kreisebene. Ein solches Wirken schließt eine Fachberufskarriere nicht unbedingt aus.

- 13 Von diesen 134 waren 61 zugleich in Exekutivämtern aktiv, 73 ausschließlich im parlamentarischen Bereich aktiv, siehe auch weiter unten;
- 14 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 87 ff.
- 15 Fraktionsvorsitzender, Stellvertreter, Parlamentspräsident, Ausschußvorsitzender u.ä..
- 16 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 85. Dort (S. 86) auch weitere vergleichende Angaben über die Bedeutung der Kommunalpolitik in anderen westlichen Demokratien.
- 17 D.h., daß 73 (der insgesamt 134) Untersuchungspersonen ausschließlich über legislative und 44 (der 105) ausschließlich über exekutive kommunalpolitische Erfahrungen verfügen.
- 18 Von den 178 Ministern mit Erfahrungen in kommunalen Wahlämtern waren:
- | | |
|------------|---|
| 73 (41 %) | nur in legislativen Mandaten aktiv |
| 44 (25 %) | nur in Exekutiv-Ämtern aktiv |
| 61 (34 %) | sowohl in legislativ- als auch in Exekutiv-Ämtern tätig |
| <hr/> | |
| 178 (100%) | |
- Daraus ergibt sich, daß 134 Untersuchungspersonen über legislative Erfahrungen berichteten, und 105 über Exekutive Erfahrungen in der Kommunalpolitik berichteten, davon sind 61 Personen identisch.
- 19 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 86. (S.87): Erfahrungen im Gemeinderat oder im Kreistag: CDU/CSU 52,7 %, SPD 51,3 %, FDP 71,4 %, Landtagserfahrung: CDU/CSU 21,8 %, SPD 33,3 %, FDP 42,8 %.
- 20 Die Bezirksversammlungen in Hamburg beispielsweise sind nicht mit Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen gleichzusetzen, da sie nur begrenzte legislative Funktionen wahrnehmen (keine Finanzhoheit).
- 21 6 von ihnen traten ihr erstes Amt bis 1949 an; sie waren teilweise in drei verschiedenen Exekutivfunktionen tätig (z.B. Bürgermeister/Landrat/Kreisdirektor oder Bürgermeister/Oberbürgermeister/Stadtrat) oder übten zu verschiedenen Zeitpunkten über mehrere Legislatur-Perioden hinweg jeweils die gleiche kommunale Wahlfunktion aus (Wiederwahl), wobei die durchschnittliche Amtsdauer - gemessen an der längsten Amtsausübung - 6,8 Jahre betrug.

- 22 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 85 ff., und S. 90.
- 23 Vgl. dazu auch die Ergebnisse bei D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 88, der feststellte, daß von 59 Mitgliedern des Deutschen Bundestages noch 7 nach ihrer MdB-Zeit erfolgreich für ein kommunales Amt kandidierten.
- 24 R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O., S. 155.
- 25 Wie aus Tabelle XCVIII, Anhang, sichtbar wird, haben jedoch 60 Politiker z.Z. der ersten Kabinettsberufung kein Landtagsmandat besessen, sondern sich erst danach erfolgreich um ein Mandat bemüht.
- 26 A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S.268.
- 27 Ebenda, S. 265 ff.
- 28 Ebenda, S. 276
- 29 Hierunter ist eine große Zahl derjenigen zu finden, die als Regierungsmitglieder während der Amtszeit in ein Landtagsmandat gewählt wurden.
- 30 Eine Ausnahme gab es in Bayern, als ein Kabinettsmitglied (Huber) zugleich im Landtag Fraktionsvorsitzender war.
- 31 Stand Jan. 1975. Damit verbunden ist zugleich das Problem weiterer finanzieller Zuwendungen (Nebeneinnahmen), die Parlamentarier in Bund und Ländern z.B. über sog. Beraterverträge etc. erhalten (siehe dazu: "Öffentliche Hände - Die Nebeneinnahmen von Parlamentariern, in Capital, Nr. 1, 1975, S. 30-31).
Als erstes Parlament hat der Landtag von NRW 1973 die beruflichen und nebenberuflichen Verbindungen seiner 200 Abgeordneten veröffentlicht (am 30.8.1973), daraus wird deutlich die Ämterhäufung von Parlamentariern (in Vorständen, Verwaltungs- und Aufsichtsräten) sichtbar.
- 32 U.Dübber, in: Die Welt, 7.10.1975, S. 2; Vgl. auch R.-P. Lange, Auslesestrukturen..., a.a.O.,
- 33 die in der Regel 4 Jahre betrug (in NRW in jüngster Zeit 5 Jahre).
- 34 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 693.

- 35 Ebenda, S. 565; vgl. auch G. Loewenberg, Parlamentarismus ..., a.a.O.
- 36 Ebenda.
- 37 Verlust einer Bundesführungsposition im legislativen oder exekutiven Raum durch Machtwechsel auf nationaler Ebene, positive materielle Verbesserung, Möglichkeit der Eröffnung neuer Karriereperspektiven, Blockierung des politischen Werdeganges auf Bundesebene, Hoffnung auf Steigerung an Prestige-, Macht- und Einflußgewinn, Abwahl bzw. Mandatsverlust u.v.a.m.
- 38 Vgl. auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 513, der bis 1971 von 30 Fällen des Überwechsels aus einem Bundestagsmandat in die Landesexekutive berichtet.
- 39 Zwischen 1950 und 1958 war dieser Wechsel noch 15 mal zu beobachten, zwischen 1959 und 1966 noch 12 mal, seit 1967 nur noch 10 mal; in den Bundesländern mit unterschiedlicher Häufigkeit: Bayern 1 Minister, Nordrhein-Westfalen 4, Hamburg 3, Niedersachsen 2, Hessen 3, Schleswig-Holstein 8, Baden-Württemberg 8, Rheinland-Pfalz 5, Bremen 3.
- 40 Dieser Schritt wurde bei diesen insgesamt wenigen ganz überwiegend aus dem parlamentarischen Bereich auf Bundesebene (dem Bundestag) heraus unternommen: 33 gewählte MdBs - darunter 18 als Mitglieder der auf Bundesebene regierenden Koalitionsfraktionen, davon 5 aus Fraktionsvorstandspositionen, weitere 2 als Ausschußvorsitzende - wechselten in die Landespolitik, nur ein Bundesminister (Hellwege) verließ die Bundespolitik als Mitglied einer amtierenden Bundesregierung, um direkt Regierungschef in Niedersachsen zu werden; die restlichen drei Landesminister (alle aus Schleswig-Holstein) waren auf nationaler Ebene bzw. in supranationalen Organisationen in politischen Verwaltungspositionen tätig.
- 41 Siehe dazu auch das Kapitel "Elitenabgang"
- 42 Zur Rolle des Bundestages als zentrales parlamentarisches Rekrutierungsorgan für die Mitglieder der Bundesregierung siehe R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S.156 ff.
- 43 Worunter nicht nur Bundesminister, sondern auch Staatssekretäre, Diplomaten und sonstige politische Beamte verstanden werden.

44 Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag eindeutig im Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktionen; weitere 30 Landesminister übten während ihrer Zugehörigkeit zum Bundestag mehrere Führungsämter (bis zu fünf) gleichzeitig bzw. zu verschiedenen Zeitpunkten aus, so daß bei diesem Personenkreis von echten Karrieren im Bundestag gesprochen werden kann, wobei gleichzeitig oder nacheinander (mehrfache Bestätigung im Amt) im Fraktionsvorstand, in Fraktionsarbeitskreisen, in Ausschüssen, im Bundestagspräsidium bzw. -vorstand und in Europäischen Institutionen Führungsämter bekleidet wurden.
Vgl. auch H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 681, der die parlamentarische Führungselite des Bundestages entsprechend der Bedeutung der eingenommenen Führungsposition dreifach stuft, "und zwar in 1. die Führungsspitze (Bundeskanzler, Bundesminister, Bundestagspräsident und -vizepräsidenten, Fraktionsvorsitzende und Stellvertreter, Parlamentarische Geschäftsführer, Mitglieder des engeren Fraktionsvorstandes der CDU/CSU), 2. die engere Führungselite (Führungsspitze + Parlamentarische Staatssekretäre sowie die weiteren Mitglieder der Fraktionsvorstände) und 3. die gesamte Führungselite (engere Führungselite + Arbeitskreisvorsitzende und Stellvertreter, Ausschußvorsitzende und Stellvertreter, Obleute)."

45 Davon 32^x in Bundesministerien und drei bei Bundesoberbehörden aktiv waren. Bei 16 Untersuchungspersonen handelt es sich z.T. um zeitlich begrenzte oder projektbezogene ehrenamtliche Funktionen in wissenschaftlichen Beiräten bzw. Kommissionen^{xx}, die unmittelbar bei einem Bundesministerium oder interdisziplinär angesiedelt waren. Die Ernennungsmodalität war jeweils eine Berufung aufgrund spezifisch ausgewiesener persönlicher Qualifikationen für die Mitarbeit in einem dieser beratenden Gremien oder die Delegation als Vertreter eines relevanten Interessenverbandes, wobei einige jedoch als Vorsitzende dieser Gremien diese Funktionen sogar hauptberuflich wahrnahmen.
Diese 35 Untersuchungspersonen verteilen sich auf alle Bundesländer (8 Baden-Württemberg; je 5 in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Schleswig-Holstein; 4 in Niedersachsen; 3 in Hessen je zwei in Bayern und Rheinland-Pfalz und einer in Bremen).

x Einer war bereits in der DDR vor der Flucht in die Bundesrepublik aktiv als Mitglied einer Kommission bei einem DDR-Ministerium tätig.

xx Zur Möglichkeit der Einflußnahme (über die Mitarbeit in Beiräten) der Verbände auf den politischen Entscheidungsprozeß z.B. auf der Bundesebene siehe R. Steinberg, Das Verhältnis der Interessenverbände zu Regierung und Parlament, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 5.Jg., Sept. 1972, Heft 9, S. 207-211.

So gab es beispielsweise 1969 206 Beiräte bei den Ministerien mit insgesamt 4368 Mitgliedern (Steinberg, a.a.O., S. 208, der die Bundestags-Drucksache V/4585 zitiert).

- 46 Wobei die jeweils am längsten wahrgenommene Funktion zugrunde gelegt wurde.
- 47 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 218,
- 48 R.-P. Lange Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 165.
- 49 Vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 89 ff.
- 50 A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 268.
- 50a Art. 108, Abs.1 der Bremer Verfassung schließt die gleichzeitige Mitgliedschaft in Senat und Bürgerschaft aus, neuerdings besteht auch in Hamburg die gleiche Regelung (Art.38 a, seit 18.2.1971 in Kraft).
- 51 "horizontale Ämterkumulation", vgl. D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 89 ff.
- 52 Es ist zu berücksichtigen, daß erst seit Herbst 1949 auf Bundesebene exekutive Wahlämter (das Bundeskabinett) geschaffen wurde.
- 53 Staatssekretäre, Ministerialräte, -direktoren auf Landes- oder Bundesebene, sonstige A16 ff auf Bundesebene sowie Diplomaten
- 54 In Bayern sind auch die Staatssekretäre formal Kabinettsmitglieder.
- 55 20 wurden direkt nach Wahl in den Landtag Kabinettsmitglieder, 23 nach 4jähriger Landtagszugehörigkeit, 22 nach 8 Jahren, 11 nach 12 Jahren ernannt.
- 56 Diese haben keinerlei parlamentarische Bewährungszeiten auf Landesebene absolvieren müssen.
- 57 12 % von ihnen werden erst nach Berufung Mandatsträger, 22 % waren nie MdL gewesen.
- 58 14 % waren erst nach der Ministerernennung in den Landtag gewählt worden, 10 % von ihnen waren niemals MdL.
- 59 Insgesamt waren 258 Mitglieder der Untersuchungsgruppe nie in ein kommunales Wahlamt gewählt worden, davon waren 37 (14,3 %) erst Landesminister und dann MdL, 47 (18,2 %) waren nie MdL, so daß diese durchschnittliche Aufstiegs-geschwindigkeit mittels 174 ausgewerteten Personen erfolgte.

Zur Problematik des Abgangs politischen Führungspersonals

- 1 So z.B. H.O. Eglau (Gut versorgt in die Wüste, in: Die Zeit, 10.Aug. 1973, Nr. 33, S. 33), der sich exemplarisch mit den Umständen des Abgangs einiger Top-Manager beschäftigt und deren weiteren Karriereweg verfolgt ("Abgang ohne Wiederkehr", "Karriereknick").
- 2 J.C. McCann (Differential Mortality and the formation of Political Elites: The Case of the U.S. House of Representatives, in: Am.Pol.Rev., 1972, Vol.37, Dec., S. 689-700), befaßt sich in seiner empirischen Studie im Rahmen eines Nord-Süd-Vergleichs der Mitglieder des Repräsentantenhauses 1931-1939 u.a. mit Fragen der Dauer der Amtsausübung, Sterblichkeitsrate und Altersstruktur dieses US-Führungspersonals:
"In this paper we will show that differential mortality has figured importantly in the formation of the Democratic Leadership in the U.S. House of Representatives in recent years. We will show that Democratic representatives entering the House from southern states in the 1930's have lived longer than their northern colleagues."
(S. 689/690), er kommt zum Ergebnis (S. 699):
"Southern Democrats entering the House are somewhat younger than the Democrats entering from the North and this contributes to their relatively low death rates. However, the major factor in the low death rates of Southerners is their low age-specific mortality and not their youthful age composition. Southern Democrats in Congress are evidently healthier than northern Democrats."
Vgl. auch W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 165, der "Abgangsgründe und Nachpositionen" exemplarisch aufschlüsselt.
- 3 Weitere Forschungsfragen wären u.a.:
 - a. Welcher Art sind die finanziellen Konsequenzen beim Ausscheiden aus den verschiedenen politischen Führungspositionen? Welche Veränderungen hat es auf diesem Sektor in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben? Konnte die Mehrzahl der Abgänge so "geplant" werden, daß eine finanzielle Altersversorgung gesichert war?
 - b. Sind generell bestimmte Techniken der Positionsabsicherung, des Herausschiebens oder der Vorbereitung des Abtritts festzustellen (Planbarkeit des Abgangs)?

- c. Welche Bedeutung haben Mißerfolg und Abwahl aus einer Führungsposition für den weiteren Lebensweg der betreffenden Person, werden ihr dadurch bestimmte Möglichkeiten verbaut?
 - d. Welche persönlichen Perspektiven, Zukunftserwartungen haben Spitzenpolitiker nach einer längeren politischen Karriere noch? Sehen sie für sich noch die Möglichkeit, außerhalb des engeren politischen Systems mehr Erfolg zu haben? (Wobei verschiedene Kriterien für "Erfolg" zu berücksichtigen sind).
- 4 Dies trifft auch auf die Vorgänge zu, bei denen es sich darum handelte, daß ein Minister von mehreren Funktionen (z.B. Minister für Wirtschaft und Verkehr und zugleich stellv. Ministerpräsident) eine im Rahmen einer Kabinettsreorganisation oder -umbildung abgeben mußte, oder Teile seines Zuständigkeitsgebietes verlor.
 - 5 Zu 65 % ist es bei denjenigen mit Beendigung der Kabinettszugehörigkeit am Ende einer Legislatur-Periode zugleich auch der letzte Kabinettsabgang, 53 % aller derjenigen, die während einer Legislatur-Periode zum zweiten Mal ausscheiden, kehren nicht wieder in ein Landeskabinett zurück. Mit drei Ausnahmen setzen alle, die zum zweiten Mal die Mitgliedschaft in einer Landesregierung verlieren, ihre politische Karriere fort, d.h., sie bleiben - z.T. hauptberuflich - im engeren politischen Raum aktiv.
 - 6 21 Minister (5 %) berichten über mindestens 3 Abgänge, 7 (1,7 %) über mindestens 4 und 5 Minister (1,2 %) schieden 5 mal aus einem Landeskabinett aus.
 - 7 Vgl. W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 158 ff. (Elitenschicksale und Abgangsgründe)
 - 8 Auf die Problematik, den jeweils letzten Abgang aus dem Kabinett zu definieren, ist in der Einleitung hingewiesen worden. Es ist also bei dieser Zahl von 332 Untersuchungspersonen zu berücksichtigen, daß unter ihnen einige sind, die u.U. doch noch einmal (oder mehrfach) die Mitgliedschaft in einer Landesregierung erlangen können, so daß deren "letzter" Kabinettsabgang noch zu einem späteren Zeitpunkt liegt. Die konkreten Auswirkungen auf die errechneten Ergebnisse können im einzelnen nicht abgeschätzt werden, so daß die errechneten Werte insbesondere zur Altersstruktur bei Abgang stärker als Tendenz- und Richtwerte zu betrachten sind, da sie zu einem späteren Untersuchungszeitpunkt modifiziert werden könnte.

- 9 Was sich im einzelnen aus den folgenden Altersgruppen ermitteln ließ: 14,4 % waren im Alter zwischen 34 und 49 Jahren, 35,1 % zwischen 50 und 59 Jahre alt, 39,6 % zwischen 60 und 69 Jahre alt und weitere 9,6 % waren zwischen 70 und maximal 82 Jahre alt, als der Abschied aus der Regierungsverantwortung erfolgte.
- 10 Zum Problem der Altersdiäten siehe beispielsweise H.Klatt, Die Altersversorgung der Abgeordneten. Ein Beitrag zur Problematik des Abgeordnetenstatus und der Parlamentsstruktur, Tübingen 1971;
Ders. Die finanzielle Stellung,,,a.a.O., S. 352 ff.
- 11 23,1 % waren nach insgesamt 6 Jahren, 37 % nach 9 Jahren, 51,5 % nach 12 Jahren nicht mehr am Leben.
- 12 Bei 6,6 % (10 Ministern) war das exakte Lebensalter beim Ableben nicht feststellbar.
- 13 Probleme des Alters und Alterns werden behandelt bei H.P. Tews, Integration und Desintegration im Alter. Zu einer Soziologie des Alterns, München 1969.
- 14 Zur Altersgruppe der 45-65jährigen zählten 1970 13,8 Mio. Frauen und Männer, das sind 22,8 % der Gesamtbevölkerung (Zahlen nach: L. Spöringer, Aspekte der Altersdiskriminierung in unserer Leistungsgesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10, 18.Jg., 1971, S. 711). In diesem Artikel wird generell die Altersproblematik unter dem Aspekt der Möglichkeiten und Chancen des Einsatzes der 45-65jährigen im Arbeitsprozeß der Leistungsgesellschaft behandelt.
- 15 K.v. Beyme, Die politische Elite..., a.a.O., S. 218.
- 16 W. Zapf, Wandlungen ..., a.a.O., S. 167.
- 17 Für die einzelnen Bundesländer ergab sich folgendes Bild:
 1. Bayern: Von den bayerischen Ministern, die ausschließlich im politischen Bereich tätig blieben, wechselte nur einer direkt in die Bundespolitik über, die übrigen fanden ein neues Betätigungsfeld im Landtag als Abgeordnete und übernahmen dort legislative Führungsämter (Fraktionsvorsitzender, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Ausschußvorsitzender und Landtagsvizepräsident). Auch diejenigen, die neben dem Überwechseln in die Landes-Legislative zugleich in der privaten Wirtschaft beruflich aktiv wurden, waren sofort im Landtag in Führungsämtern zu finden. Die neuen Funktionen im Bereich der privaten Wirtschaft

lagen im wesentlichen darin, daß Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate übernommen wurden; ebenso häufig wurden jedoch auch Vorsitze bzw. Direktorienpositionen in Öffentlichen Unternehmen bekleidet. Insgesamt 52 % der bayerischen Landesminister bleiben auch nach dem endgültigen Ausscheiden aus der Landesexekutive ausschließlich oder teilweise in der (Landtags-) Politik aktiv.

2. Nordrhein-Westfalen: In diesem Bundesland blieben rd. 30 % der aus dem Kabinett ausgeschiedenen Minister ausschließlich in der Politik hauptberuflich tätig, überwiegend erfolgte das direkte Überwechseln in Führungsämter innerhalb des Landtages, nur zwei Minister wurden MdL ohne Führungsfunktionen, wenige wechselten unter Beibehaltung des Landtagsmandates noch zusätzlich in ein Bundestagsmandat, zwei wurden direkt in die Bundesregierung berufen. Wurde neben dem Landtagsmandat noch eine Funktion in der privaten Wirtschaft (oder dem Verbandswesen) übernommen, so war das parlamentarische Engagement erheblich geringer als wenn die Aktivität der Minister a.D. sich allein auf den Landtag konzentrierte. Rd. 75 % der ehemaligen Landesminister blieben in Nordrhein-Westfalen nach dem Ausscheiden aus der Landesregierung aktiv politisch tätig, davon übernehmen etwa die Hälfte zugleich in der privaten Wirtschaft und in öffentlichen Unternehmen in deren jeweiligen Führungsgremien Funktionen. Nur 16 % der Minister schieden unmittelbar aus dem aktiven Arbeitsleben aus und traten in den Ruhestand.
3. Hamburg: Jeder 5. Hamburger Senator ging nach dem Ende seiner Ministertätigkeit in den Ruhestand, 28 % blieben ausschließlich hauptberuflich politisch tätig und übernahmen in der Bürgerschaft führende Ämter; insgesamt 60 % der ausgeschiedenen Senatoren blieben in der Politik, 12 % wechselten meist als selbständige Unternehmer, oder als frei-praktizierende Rechtsanwälte in die private Wirtschaft über. Die 30 % der Hamburger Ex-Senatoren, die neben der parlamentarischen Tätigkeit in der Bürgerschaft noch freiberuflich sich engagierten, waren alle entweder als Rechtsanwälte, als private Unternehmer oder in Aufsichtsräten privatwirtschaftlicher Unternehmungen aktiv geworden. Die Übernahme von Führungsämtern in öffentlichen Unternehmen sowie von Verbandsfunktionen nach Kabinettsabgang war nur in einem Fall zu beobachten.

4. Niedersachsen: 87 % der niedersächsischen Landesminister nahmen nach ihrem letzten Ausscheiden aus der Landesregierung noch hauptberufliche bzw. ehrenamtliche Tätigkeiten auf, 30 % ausschließlich im politischen Bereich (alle im Landtag mit Ämtern in der Fraktion oder in den Landtagsausschüssen) darunter ein Teil mit zugleich hauptamtlichen Parteiämtern; 10 % gingen direkt in die freie Wirtschaft als selbstständige Unternehmer bzw. wechselten in Direktorenpositionen größerer Wirtschaftsunternehmen über. Diejenigen, die neben der Ausübung politischer Funktionen noch im privatwirtschaftlichen Bereich ein neues Betätigungsfeld fanden, waren entweder als Rechtsanwälte, private Unternehmer oder in Aufsichtsräten privater Wirtschaftsunternehmen oder in Führungsämtern der Wirtschaftsverbände eingerückt. Nur zwei übernahmen neben den Landtagsmandaten Führungsaufgaben in öffentlichen Unternehmen. Insgesamt finden in diesem Bundesland über 2/3 der ausgeschiedenen Minister im parlamentarisch politischen Raum Aufnahme.
5. Hessen: Über die Hälfte der hessischen Landesminister blieb nach dem Ausscheiden aus der Landesregierung ausschließlich im parlamentarischen Raum aktiv, darunter waren drei Minister, die direkt Bundestagsabgeordnete wurden und einer der ins Bundeskabinett einzog; alle übrigen blieben im Landtag aktiv, wurden dort aber nur teilweise direkt in Führungsämter gewählt. Insgesamt blieben über 80 % nach Abgang im politischen Bereich weiterhin aktiv, 20 % übernahmen zugleich noch über die Wahrnehmung des Landtagsmandates hinaus Funktionen in der privaten Wirtschaft und in öffentlichen Unternehmen. Kein hessischer Minister ist unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett in den Ruhestand getreten, alle nahmen noch berufliche Funktionen als Minister a.D. wahr; ebenso wechselte keiner ausschließlich in den Wirtschafts-, Kunst- bzw. Wissenschaftsbereich über; in Hessen ist der engere politische Raum das Betätigungsfeld, in dem die Landesexekutivmitglieder auch nach Amtsabgabe verbleiben, ein cross-over in andere gesellschaftliche Funktionsbereiche war kaum zu beobachten.
6. Schleswig-Holstein: Die Abgänge der schleswig-holsteinischen Kabinettsmitglieder glichen - in Bezug auf die Abgangsbereiche, in die das cross-over aus dem Ministeramt erfolgt - denen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. 69 % blieben im parlamentarisch-politischen Raum tätig, wobei allerdings 6 Minister direkt in politische Wahlämter auf Bundesebene überwechselten (4 in den Bundestag, 2 in die Bundesregierung). Auffallend

ist, daß nach dem Ausscheiden aus der Landesregierung im Landtag selbst überwiegend nicht unmittelbar wieder legislative Führungsämter übernommen wurden. Neben dem Landtagsmandat wurden, wenn man direkt in Führungsämter der Wirtschaft hinüberwechselte, ebenso häufig Direktorenämter von öffentlichen Unternehmen übernommen, wie eine selbständige unternehmerische Tätigkeit nach dem Ausscheiden aufgenommen wurde.

7. Baden-Württemberg: Auch für die baden-württembergischen Minister waren die Modalitäten bezüglich Abgangsbereich und Aktivitätsgrad ähnlich denen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen: rd. 30 % blieben ausschließlich im parlamentarischen Bereich aktiv, wobei auch hier zu beobachten war, daß, wenn nicht im Landtag selbst die politische Karriere fortgesetzt wurde, eher ein direktes Überwechseln in die Bundespolitik (3 Landesminister wurden unmittelbar ins Bundeskabinett berufen, drei weitere zogen in den Bundestag ein und dort einer direkt in den Fraktionsvorstand) als in die Kommunalpolitik erfolgte, nur zwei Minister wechselten aus dem Landeskabinett in kommunale Exekutivämter über. Insgesamt 62 % blieben aktiv politisch tätig. Bemerkenswert ist, daß in Baden-Württemberg die staatliche Bürokratie (Hauptverwaltung, Justizverwaltung) ein Sektor war, in dem vergleichsweise häufig die Landesminister ihren beruflichen Werdegang fortsetzten. Ehemalige Kabinettsmitglieder, die im Landtag blieben und zugleich in der Wirtschaft Führungsämter übernahmen, waren häufiger privat-unternehmerisch tätig (z.B. als Rechtsanwälte) als in öffentlichen Unternehmen zu finden.
8. Rheinland-Pfalz: Auch hier vollzogen sich die Abgänge aus der Regierungsverantwortung in ähnlichem Umfang in die gesellschaftlichen und politischen Sektoren und Gremien, die auch in den anderen Bundesländern das politische Führungspersonal der Landesebene absorbierten. Minister, die aus der Landesexekutive in die Legislative überwechselten waren dort auffallend inaktiv; nur drei wurden in Bundestagsmandaten aktiv, kein Minister wechselte in die Kommunalpolitik über. Hier blieben insgesamt knapp 2/3 aller in politischen Wahlämtern aktiv, eine eventuell gleichzeitig übernommene weitere privatberufliche Aufgabe im Wirtschaftsbereich wurde in Form einer freien unternehmerischen Tätigkeit ausgeübt. Von einer Ausnahme abgesehen, wurden keine Führungsämter von öffentlichen Unternehmen direkt übernommen.

9. Bremen: Hier waren im Vergleich zu den bisher analysierten Bundesländern erheblich vom Durchschnitt abweichende Kabinettsabgänge zu beobachten; über 1/3 der Bremer Senatoren gingen mit Amtsniederlegung direkt in den Ruhestand, nur 10 % blieben ausschließlich in der Politik, weitere 20 % gelangten neben ihrer Bürger-schaftstätigkeit noch in Ämter in der freien und öffentlichen Wirtschaft (dort zumeist in Führungsgremien wie Aufsichtsräten von öffentlichen Unternehmen) oder nahmen eine selbständige unternehmerische Tätigkeit auf. Rd. 1/3 der Bremer Senatoren wechselten ohne Weiterführung von politischen Mandaten "einlinig" in den wirtschaftlichen Bereich über; dort ganz überwiegend in leitende Funktionen, wobei auch hier der Schwerpunkt bei Führungsaufgaben in Leitungs- oder Kontrollgremien von öffentlichen Unternehmen lag, andere wurden selbständig unternehmerisch tätig. Ein unmittelbarer Wechsel im politischen Bereich in die Kommunal- oder Bundespolitik war nicht festzustellen. Die Übernahme von Verbandsfunktionen im Wirtschaftsbereich war neben der Weiterführung des Mandats in der Bürgerschaft nur in zwei Fällen zu beobachten.

18 K.v. Beyme, Die politische Elite ..., a.a.O., S. 219.

19 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 222.

20 Siehe die Ausführungen im vorherigen Kapitel (vertikale Mobilität in politischen Wahlämtern), vgl. auch R.-P. Lange, Auslesestrukturen ..., a.a.O., S. 156, wo auf die kommunalpolitische und landespolitische Erfahrung der Bundesregierungsmitglieder dezidiert eingegangen wird.

21 W. Zapf, Wandlungen..., S. 156.

22 Was im einzelnen nicht weitergehend analysiert wurde, da hier nur die unmittelbare Abgangssituation empirisch erfaßt werden konnte.

Ergebnisse und Forschungsperspektiven

- 1 Vgl. M. Janowitz, Soziale Schichtung ..., a.a.O., S. 10 ff.
- 2 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 76
- 3 H. Köser, Innovationsprozesse ..., a.a.O., S. 50
- 4 D. Herzog, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen (Hrsg.), Parteiensystem ..., a.a.O., S. 131
- 5 D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 221
- 6 Ebenda, S. 225
- 7 H. Kaack, Geschichte und Struktur ..., a.a.O., S. 685

Tabellen:

Tabelle I: Die Untersuchungsgruppe

Bayern: 48 Minister, darunter 4 Ministerpräsidenten

21.12.1946 - 18.12.1950 1. WP.

<u>Ehard, Hans</u> Ministerpräsident	CSU
Hoegner, Wilhelm	SPD
Seifried, Josef	SPD
Hundhammer, Alois	CSU
Kraus, Hans	CSU ab 19.1.1947 b. 8.2.1950
Zorn, Rudolf	SPD ab 10.1.1947
Baumgartner, Joseph	CSU b. 15.1.1948
Roßhaupter, Albert	SPD
Frommknecht, Otto	CSU ab 10.1.1947
Loritz, Alfred	WAV b. 24.6.1947
Hagenauer, Ludwig	CSU ab 15.7.1947 gest. 20.7.1949
Müller, Josef	CSU ab 21.9.1947
Ankermüller, Willi	CSU ab 21.9.1947
Schlögl, Alois	CSU ab 26.2.1948
Krehle, Heinrich	CSU ab 21.9.1947
Seidel, Hanns	CSU ab 21.9.1947

18.12.1950 - 14.12.1954 2. WP.

Weinkamm, Otto	CSU ab 5.6.1952
Schwalber, Josef	CSU ab 3.1.1951
Zietsch, Friedrich	SPD ab 19.6.1951
Oechsle, Richard	SPD

14.12.1954 - 9.12.1958 3. WP.

(Hoegner) Ministerpräsident

Geislahöringer, August	BP
Koch, Fritz	SPD
Rucker, August	ptls
Bezold, Otto	FDP
Stain, Walter	GB/BHE

(Seidel, Hanns) Ministerpräs.

Maunz, Theodor	ptls ab 16.10.1957
Schedl, Otto	CSU ab 16.10.1957
Eberhard, Rudolf	CSU ab 16.10.1957

9.12.1958 - 11.12.1962 4. WP.

Goppel, Alfons	CSU
Haas, Albrecht	FDP

11.12.1962 - 5.12.1966 5. WP.

(Goppel, Alfons) Ministerpräs.

Junker, Heinrich	CSU
Huber, Ludwig	CSU ab 7.10.1964
Poehner, Konrad	CSU ab 24. 6.1964
Strenkert, Paul	CSU b. 24. 6.1964
Schütz, Hans	CSU ab 24. 6.1964
Heubl, Franz	CSU

5.12.1966 - 8. 12.1970 6. WP.

Merk, Bruno	CSU
Held, Philipp	CSU
Eisenmann, Hans	CSU ab 11. 3.1969
Pirkl, Fritz	CSU

8.12.1970 - 8.12.1974 7. WP.

Maier, Hans	ptls.
Streibl, Max	CSU
Jaumann, Anton	CSU

Landesminister Bayern: 43

Anzahl d. Ern. zum Lan- des-Min.	Anzahl absolut d. Minister	31.12.1973 noch im Amt	Durchschnittliche Aamtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	8	2	2,6
2	10 (+6) ^x	3	4,7
3	5 (+6) ^x	3	7
4	1 (+2) ^x	-	9
5	- (+2) ^x	2	15
6	1		
7	1		
8	- (+1) ^x		
26 + 17 = 43		10	

x Bei diesen Ministern lag als erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär vor. z.B. bei 6 mit 2 Ernennung war die erste diejenige zum Staatssekretär.

Nordrhein-Westfalen:

59 Minister, darunter 4 Ministerpräsidenten

17. 6.1947 - 27. 7.1950 1. WP.

<u>Arnold, Karl</u>	Ministerpräsident	CDU	
Menzel, Walter		SPD	
Weitz, Heinrich		CDU	
Renner, Heinz		KPD	b. 7. 2.1948
Lübke, Heinrich		CDU	
Nölting, Erik		SPD	
Halbfell, August		SPD	
Amelunxen, Rudolf		Zentrum	
Konen, Heinrich		CDU	b. 17.12.1947
Teusch, Christine		CDU	ab 18.12.1947
Heinemann, Gustav		CDU	b. 24. 5.1948
Sträter, Artur		CDU	ab 7. 9.1948
Paul, Hugo		KPD	b. 7. 2.1948
Gnoß, Ernst		SPD	ab 5. 4.1948 gest. 12.3.1949
Steinhoff, Fritz		SPD	ab 16. 4.1949

1. 8.1950 - 27. 7. 1954 2. WP.

Flecken, Adolf	CDU	ab 15. 9.1950
Meyers, Franz	CDU	ab 25. 5.1952
Peters, Johannes	CDU	ab 2. 1.1953
Ernst, Johann	CDU	ab 15. 9.1950 b. 30. 9.1953
Weber, Josef	Zen.	ab 15. 9.1950
Schmidt, Otto	CDU	ab 15. 9.1950
Spiecker, Carl	CDU	gest. 16.11.1953

27. 7.1954 - 24. 7.1958 3. WP.

Middelhauve, Friedrich	FDP	
Schütz, Werner	CDU	
Platte, Johann	CDU	
Weyer, Willi	FDP	
(<u>Steinhoff, Fritz</u>) Ministerpr.		ab 28. 2.1956
Biernat, Hubert	SPD	ab 28. 2.1956
Luchtenberg, Paul	FDP	ab 28. 2.1956
Kohlhase, Hermann	FDP	ab 28. 2.1956
Effertz, Josef	FDP	ab 28. 2.1956
Hemsath, Heinrich	SPD	ab 28. 2.1956
Kaßmann, Fritz	SPD	ab 28. 2.1956
Siemsen, Karl	SPD	ab 28. 2.1956

24. 7.1958 - 26. 7.1962 4. WP.

(Meyers) Ministerpräsident

Dufhues, Josef-Hermann	CDU	
Pütz, Joseph	CDU	ab 9, 8, 1960
Flehinghaus, Otto	CDU	
Lauscher, Hans	CDU	
Niermann, Gustav	CDU	
Grundmann, Konrad	CDU	ab 12.10.1959
Erkens, Peter	CDU	

26. 7.1962 - 26. 7.1966 5. WP.

Mikat, Paul	CDU	
Kienbaum, Gerhard	FDP	
Blank, Joseph	CDU	b. 24. 6.1963
Franken, Josef Paul	CDU	ab 27. 6.1963
Lemmer, Gerd Ludwig	CDU	

26. 7.1966 - 28. 7.1970 6. WP.

Vogel, Friedrich	CDU	ab 6.10.1966
Berding, Franz	CDU	
<u>Kühn, Heinz</u> Ministerpräsident	SPD	ab 8.12.1966
Wertz, Hans	SPD	ab 8.12.1966
Neuberger, Josef	SPD	ab 8.12.1966
Gleitze, Bruno	SPD	ab 8.12.1966 b. 12. 9.1967
Holthoff, Fritz	SPD	ab 8.12.1966
Deneke, Diether	SPD	ab 8.12.1966
Figgen, Werner	SPD	ab 8.12.1966
Posser, Diether	SPD	ab 28.10.1968

28. 7.1970 - 4. 5.1975 7. WP.

Rau, Johannes	SPD	
Riemer, Horst-Ludwig	FDP	
Girgensohn, Jürgen	SPD	ab 14.12.1970
Halstenberg, Friedrich	SPD	ab 12. 9.1972

Landesminister NRW: 59

Anzahl d. Ern. z. Landes-Min.	Anzahl absolut d. Minister	31.12.1973 noch im Amt	Durchschnittliche Amtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	23	3	2,3
2	19 (+ 2) ^x	5	5,1
3	6 (+ 2) ^x	1	6,1
4	2 (+ 1) ^x	-	6,7
5	1	1	
6	1	-	
7	2	-	
54 + 5 = 59		10	

x bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Hamburg: Senatsmitglieder: 54, darunter 5 Regierungschefs

22.11.1946 - 8.11.1949 1. WP.

<u>Brauer, Max</u> 1. Bürgermeister	SPD
Koch, Christian	FDP
Frank, Friedrich	SPD
Dudek, Walter	SPD
Nevermann, Paul	SPD
Büll, Johannes	FDP b. 1.11.1949
Borgner, Otto	SPD b. 13.10.1948
Schiller, Karl	SPD ab 13.10.1948
Dettmann, Friedrich	KPD b. 28. 7.1948
Schmedemann, Walter	SPD ab 13.10.1948
Landahl, Heinrich	SPD
Hartenfels, Ludwig	FDP b. 1.11.1949
Karpinski, Paula	SPD
Eisenbarth, Heinrich	SPD

8.11.1949 - 2.12.1953 2. WP.

Neuenkirch, Gerhard	SPD ab 22. 2.1950
Büch, Rudolf	SPD ab 29.11.1950
Kröger, Wilhelm	SPD ab 29.11.1950
Danner, Lothar	SPD ab 29.11.1950

2. 12.1953 - 4.12.1957 3. WP.

<u>Sieveking, Kurt</u> 1. Bürgermeister	CDU
Engelhard, Edgar	FDP
Schultze-Schlutius, Carl-Gisbert	CDU ab 3. 3.1954
Ziegeler, Wilhelm	DP
Wilken, Paul	CDU b. 2.11.1954
von Fisenne, Josef	CDU ab 15.12.1954 b.29.3.56
Samsche, Ewald	CDU
Luigs, Paul	CDU ab 17. 3.1954
Plate, Ernst	FDP
Biermann-Ratjen, Hans-Harder	FDP

Breidenbach, Ernst	CDU b. 1. 7.1957
Jacobi, Erwin	DP
Wenke, Hans	ptls ab 17. 3.1954
Klep-Altenloh, Emilie	FDP ab 17. 3.1954
Weber, Renatus	CDU

4.12.1957 - 13.12.1961 4. WP.

(Nevermann, Paul) 1. Bürgermeister	ab 1. 1.1961
Weichmann, Herbert	SPD
Drexelius, Wilhelm	SPD ab 25. 1.1961
Weiß, Ernst	SPD

13.12.1961 - 27. 4.1966 5. WP.

(Weichmann, Herbert) 1. Bürgerm.	ab 9. 6.1965
Schmidt, Helmut	SPD b. 14.12.1965
Ruhnau, Heinz	SPD ab 15.12.1965
Brandes, Gerhard	SPD ab 9. 6.1965
Müller-Link, Peter-Heinz	FDP
Keilhack, Irma	SPD
Kramer, Gerhard	SPD

27. 4.1966 - 22. 4.1970 6. WP.

Kern, Helmuth	SPD
Meister, Caesar	SPD
Eckström, Wilhelm	SPD
Schulz, Peter	SPD
Seeler, Hans-Joachim	SPD ab 11. 1.1967
Heinsen, Ernst	SPD

22. 4.1970 - 3. 3.1974 7. WP

Philipp, Reinhard	FDP
Rau, Hans	FDP
Hackmack, Otto	SPD
Elsner, Ilse	SPD
Apel, Günter	SPD
<u>(Schulz, Peter)</u> 1. Bürgermeister	
Klose, Hans-Ullrich	SPD ab 1.10.1973

Senatoren Hamburg: 54

Anzahl d. Ern.z. Landes-Min.	Anzahl absolut d. Minister	31.12.1973 noch im Amt	Amts-dauer (ohne Staatssekretärs- zeit) in Jahren
1	17	4	3,3
2	17	4	5,7
3	10 (+1) ^x	3	8,9
4	3	-	11
5	4	1	11,3
6	1	-	
7	1	-	
53 (+1) = 54		12	

x bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär (Senatsdirektor).

Niedersachsen: 48 Minister, darunter 4 Ministerpräsidenten

11. 6.1947 - 13. 6.1951 1. WP.

<u>Kopf, Hinrich Wilhelm</u>	SPD	
Ministerpräsident		
Borowski, Richard	SPD	
Strickrodt, Georg	CDU	
Seeböhm, Hans-Christoph	DP	
Grimme, Adolf	SPD	
Kubel, Alfred	SPD	
Block, August	DP	
Hofmeister, Werner	CDU	
Albers, Johannes	FDP	
Kassenbrock, Georg	Zentrum	gest. 25. 5.1950
Abel, Karl	KPD	b. 5. 2.1948
Gereke, Günther	CDU	ab 9. 6.1948 b. 17. 8.1950
Voigt, Richard	SPD	ab 10.12.1948
Fricke, Otto	CDU	ab 9. 6.1948 b. 13. 8.1950
Krapp, Otto	Zentrum	ab 17. 8.1950
Albertz, Heinrich	SPD	

13. 6.1951 - 26. 5.1955 2. WP.

von Kessel, Friedrich	GB/BHE
Ahrens, Hermann	GB/BHE
Schellhaus, Erich	GB/BHE

26. 5.1955 - 12. 5.1959 3. WP.

<u>Hellwege, Heinrich</u>	DP	
Ministerpräsident		
Wegmann, August	CDU	
Koch, Helmut Andreas	CDU	b. 19.11.1957
Rudolph, Heinz	CDU	b. 19.11.1957

Schlüter, Leonhard	FDP	b. 11. 6.1955
Tantzen, Richard	FDP	ab 14. 9.1955 b. 7. 3.1956
Langeheine, Richard	DP	ab 7, 3.1956
von Nottbeck, Arvid	FDP	ab 3.10.1956
Mälzig, Konrad	FDP	b. 19.11.1957
Diederichs, Georg	SPD	ab 19.11.1957
Rißling, Kurt	CDU	ab 19.11.1957
Höft, Albert	SPD	ab 19.11.1957

12. 5.1959 - 12. 6.1963 4. WP.

(Diederichs) Ministerpräsident		ab 29.12.1961
Bennemann, Otto	SPD	
Partzsch, Kurt	SPD	ab 29.12.1961
Graaf, Carlo	FDP	

12. 6.1963 - 5. 7.1967 5. WP.

Eilers, Johann	FDP	
Mühlenfeld, Hans	FDP	
Miehe, Curt	SPD	ab 24. 6.1964 gest. 6. 7.1965
Möller, Karl	CDU	ab 19. 5.1965
Hasselmann, Wilfried	CDU	ab 19. 5.1965
Bosselmann, Gustav	CDU	ab 19. 5.1965
Meyer-Sevenich, Maria	SPD	ab 13.10.1965

5. 7.1967 - 8. 7.1970 6. WP.

Lehners, Richard	SPD
Hellmann, Herbert	SPD

8. 7.1970 - 9. 6.1974 7. WP.

(Kubel, Alfred) Ministerpräsident

Schäfer, Hans	SPD
Greulich, Helmut	SPD
von Oertzen, Peter	SPD
Heinke, Siegfried	SPD
Bruns, Klaus-Peter	SPD

Landesminister Niedersachsen: 48

Anzahl d. Ernennung z. Landes- Minister	Anzahl absolut d. Minister	31.12.1973 noch im Amt	Durchschnittliche Amtsdauer (ohne Staatssekretärs- zeit) in Jahren
1	20	4	2,4
2	13 (+1) ^x	3	5,1
3	6 (+1) ^x	-	8
4	4	1	9
5	2	-	
10	1		
	46 (+2) = 48	8	

x Bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Hessen: 35 Landesminister, darunter 3 Ministerpräsidenten

6. 1.1947 - 9. 1.1951 1. WP.

<u>Stock, Christian</u>	SPD
Ministerpräsident	
Hilpert, Werner	CDU
Zinnkann, Heinrich	SPD
Zinn, Georg August	SPD
Koch, Harald	SPD
Lorberg, Karl	CDU
Arndgen, Josef	CDU
Stein, Erwin	CDU
Binder, Gottlob	SPD b. 31. 3.1949
Wagner, Albert	SPD ab 1.11.1949

10. 1.1951 - 18. 1.1955 2. WP.

(<u>Zinn</u>) Ministerpräsident	ab 10. 1.1951
Troeger, Heinrich	SPD
Fischer, Heinrich	SPD
Bodenbender, Ludwig	SPD ab 14. 1.1953
Metzger, Ludwig	SPD b. 2.12.1953
Hennig, Arno	SPD ab 3.12.1953

19. 1.1955 - 27. 1.1959 3. WP.

Franke, Gotthard	GB/BHE
Schneider, Heinrich	SPD
Conrad, Wilhelm	SPD ab 26. 9.1956
Hacker, Gustav	GB/BHE

28. 1.1959 - 30. 1.1963 4. WP.

Schütte, Ernst	SPD
Hemsath, Heinrich	SPD

31. 1.1963 - 18. 1.1967 5. WP.

Lauritzen, Lauritz	SPD b. 1.12.1966
Osswald, Albert	SPD
Arndt, Rudi	SPD ab 16. 9.1964

18. 1.1967 - 1.12.1970 6. WP.

Strelitz, Johannes	SPD
Tröscher, Tassilo	SPD
(Osswald)Ministerpräsident	ab 23.10.1969
Lang, Erwin	SPD ab 23.10.1969
Hemfler, Karl	SPD ab 23.10.1969
Friedeburg, Ludwig v.	SPD ab 23.10.1969
Schmidt, Horst	SPD ab 23.10.1969

1.12.1970 - 8.10.1974 7. WP.

Bielefeld, Hanns-Heinz	FDP
Karry, Heinz-Herbert	FDP
Best, Werner	SPD b. 1.10.1973
Reitz, Heribert	SPD ab 21. 4.1972
Krollmann, Hans	SPD ab 1.10.1973

Landesminister Hessen: 35

Anzahl d. Ernennung z.Landes- Minister	Anzahl absolut d.Minister	31.12.1973 noch im Amt	Durchschnittliche Amtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	13	3	2,8
2	7 (+3) ^x	3	4,5
3	4 (+2) ^x	-	7,7
4	2 (+2) ^x	1	9,5
5	1		
6	1		
	28 (+7) = 35	7	

x Bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Schleswig-Holstein:

43 Landesminister, darunter 7 Ministerpräsidenten

29. 4.1947 - 5. 9.1950 1. WP.

<u>Lüdemann, Hermann</u> Ministerpräsident	SPD b. 29. 8.1949
<u>Diekmann, Bruno</u> Ministerpräsident	SPD ab 29. 8.1949
Käber, Wilhelm	SPD ab 6.11.1947
Schenck, Richard	SPD
Arp, Erich	SPD b. 2. 2.1948
Preller, Ludwig	SPD ab 6. 8.1948
Kuklinski, Wilhelm	SPD b. 24. 1.1949
Katz, Rudolf	SPD ab 1.12.1947
Pohle, Kurt	SPD b. 24. 1.1949
Damm, Walter	SPD ab 7.11.1947
Gülich, Wilhelm	SPD ab 29. 8.1949
Siegel, Wilhelm	SPD ab 29. 8.1949

5. 9.1950 - 11.10.1954 2. WP.

<u>Bartram, Walter</u> Ministerpräsident	CDU
Kraft, Waldemar	BHE
Pagel, Paul	CDU
Wittenburg, Otto	DP
Andersen, Hermann	FDP
Asbach, Hans-Adolf	BHE
<u>Lübke, Friedrich-Wilhelm</u> Ministerpräsident	CDU ab 25. 6.1951
Schaefer, Carl-Anton	GB/BHE ab 7.11.1953
Böhrnsen, Hermann	DP ab 13. 9.1952
Sieh, Claus	DP ab 28. 7.1951

11.10.1954 - 27.10.1958 3. WP.

v. Hassel, Kai-Uwe	CDU
Ministerpräsident	
Lembke, Helmut	CDU ab 25.11.1955
Osterloh, Edo	CDU ab 17. 1.1956
Ohnesorge, Lena	GB/BHE ab 21.10.1957
Leverenz, Bernhard	FDP

28.10.1958 - 21.10.1962 4.WP.

Schlegelberger, Hartwig	CDU ab 6.11.1961
-------------------------	------------------

22.10.1962 - 3. 5.1967 5. WP.

(Lembke, Helmut)	ab 7. 1.1963
Ministerpräsident	
Engelbrecht-Greve, Ernst	CDU ab 29.10.1962
Qualen, Hans-Hellmut	FDP ab 1. 5.1963
von Heydebreck, Joachim	CDU ab 7. 4.1964

3. 5.1967 - 24. 5.1971 6. WP.

Gaul, Gerhard	CDU b. 1. 4.1969
Schwarz, Hennig	CDU ab 3.11.1969
Knudsen, Knud	CDU ab 1. 6.1967
	b. 21. 3.1969
Narjes, Karl-Heinz	CDU ab 10.11.1969
Hannemann, Kurt	CDU ab 1. 5.1969
	b. 3.11.1969
Braun, Walter	CDU ab 3.11.1969
Eisenmann, Otto	FDP ab 3. 5.1967

24. 5.1971 - 13. 4.1975 7. WP.

Titzck, Rudolf	CDU
Claussen, Karl Eduard	CDU
<u>Stoltenberg, Gerhard</u>	CDU
Ministerpräsident	
Westphal, Jürgen	CDU ab 31. 1.1973
Lausen, Gerd	CDU ab 1. 5.1973

Landesminister Schleswig-Holstein: 43

Anzahl d. Ernennung z.Landes- Minister	Anzahl absolut d.Minister	31.12.1973 noch im Amt	durchschnittliche Amtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	17	4	1,9
2	10 (+1) ^x	3	3,8
3	11	1	8,1
4	2		
5	1 (+1) ^x		
	41 (+2) = 43	8	

x Bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Baden-Württemberg:

63 Minister, darunter 6 Ministerpräsidenten

Baden:

(Im Anfang "Südbaden")

Ende Juli/Anfang August 1947 - 25.4.1952

<u>Wohleb, Leo</u>	Ministerpräsident	CDU
Schühly, Alfred		CDU
Eckert, Wilhelm		CDU ab 4. 2.1948
Leibbrandt, Friedrich		SPB ^x b. 7. 1.1948
Lais, Eduard		CDU ab 23. 1.1948
Schill, Lambert		CDU b. 7. 7.1948
Kirchgässner, Alfons		CDU ab 7. 7.1948
Nordmann, Marcell		SPB ^x b. 7. 1.1948
Fecht, Hermann		CDU ab 23. 1.1948 gest. 4. 2.1952
Schnorr, Alois		CDU ab 18. 3.1952

Württemberg-Hohenzollern

(bis 22.7.1947 Süd-Württemberg-Hohenzollern)

22. 7.1947 - 25. 4.1952

<u>Bock, Lorenz</u>	Ministerpräsident	CDUgest.3. 8.1948
<u>Müller, Gebhard</u>		CDU ab 13. 8.1948
	Ministerpräsident	
Schmid, Carlo		SPD b. 1. 5.1950
Renner, Viktor		SPD
Sauer, Albert		CDU
Wildermuth, Eberhard		DVP b. 20. 9.1949
Wirsching, Eugen		CDU
Weiß, Franz		CDU

x SPB = Sozialdemokratische Partei Baden = SPD

Württemberg-Baden:

(Im Anfang "NordWürttemberg-Nordbaden")

16.12.1946 - 11. 1.1951

<u>Maier, Reinhold</u>	DVP
Ministerpräsident	
Köhler, Heinrich	CDUgest.6. 2.1949
Beyerle, Josef	CDU ab 28. 2.1949
Ulrich, Fritz	SPD
Simpfendörfer, Wilhelm	CDU b. 31. 3.1947
Bäuerle, Theodor	CDU ab 1.10.1947
Kaufmann, Edmund	DVP ab 3. 3.1949
Veit, Hermann	SPD
Stooß, Heinrich	CDU
Kohl, Rudolf	KPD b. 27. 7.1948
Steinmayer, Otto	SPD
Kamm, Gottlob	SPD b. 3. 2.1948

11. 1.1951 - 7.10.1953

Schenkel, Gotthilf	SPD
Frank, Karl	DVP
Herrmann, Friedrich	DVP
Stetter, David	SPD

Baden-Württemberg

Übergangsregierung 25. 4.1952 - 7.10.1953

Hohlwegler, Ermin	SPD
Fiedler, Eduard	GB/BHE

7.10.1953 - 9. 5.1956 1. WP.

Haußmann, Wolfgang	DVP/FDP
Leibfried, Eugen	CDU
Farny, Oskar	CDU
Dichtel, Anton	CDU
Werber, Friedrich	CDU

9. 5.1956 - 22. 6.1960 2. WP.

<u>Kiesinger, Georg</u>	CDU ab 17.12.1958
Ministerpräsident	
Storz, Gerhard	CDU ab 1.10.1958
Filbinger, Hans	CDU ab 4. 6.1958

23. 6.1960 - 10. 6.1964 3. WP.

Müller, Hermann	FDP/DVP
Leuze, Eduard	FDP/DVP
Schüttler, Josef	CDU

11. 6.1964 - 10. 6.1968 4. WP.

Hahn, Wilhelm	CDU
Krause, Walter	SPD ab 16.12.1966
(<u>Filbinger</u>) Ministerpräsident	ab 16.12.1966
Schieler, Rudolf	SPD ab 16.12.1966
Angstmann, Kurt	SPD ab 16.12.1966
Schwarz, Hans-Otto	SPD ab 16.12.1966
Seifriz, Adalbert	CDU ab 16.12.1966

12. 6.1968 - 7. 6.1972 5. WP.

Gleichauf, Robert	CDU
Brünner, Friedrich	CDU
Hirrlinger, Walter	SPD

8. 6.1972 - 1976 6. WP.

Schieß, Karl	CDU
Bender, Traugott	CDU
Eberle, Rudolf	CDU
Griesinger, Annemarie	CDU
Adorno, Eduard	CDU
Mahler, Gerhard	CDU
Mocker, Karl	CDU

Landesminister Baden-Württemberg: 63

Anzahl d. Ernennung z.Landes- Minister	Anzahl absolut d.Minister	31.12.1973 noch im Amt	durchschnittliche Aamtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	25	7	3,1
2	20 (+3) ^x	2	5,5
3	7 (+2) ^x	1	6,3
4	3 (+1) ^x	-	12
5			
6	2		
	57 (+6) = 63	10	

x Bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Rheinland-Pfalz

31 Landesminister, darunter 2 Ministerpräsidenten

9. 7.1947 - 13. 6.1951 1. WP.

<u>Altmeier, Peter</u>	CDU
Ministerpräsident	
Steffen, Jacob	SPD b. 14. 9.1950
Süsterhenn, Adolf	CDU
Neumayer, Fritz	FDP b. 7. 4.1948
Hoffmann, Hans	SPD
Bökenkrüger, Wilhelm	SPD b. 20.10.1949
Junglas, Johann	CDU
Feller, Willy	KPD b. 29. 4.1948
Stübinger, Oskar	CDU
Odenthal, Wilhelm	SPD ab 14. 9.1950

13. 6.1951 - 1. 6.1955 2. WP.

Zimmer, Aloys	CDU
Becher, Bruno	FDP
Finck, Albert	CDU
Nowack, Wilhelm	FDP

1. 6.1955 - 19. 5.1959 3. WP.

Van Volxem, Otto	CDU ab 15.10.1957
Orth, Eduard	CDU ab 11. 9.1956
Dahlgrün, Hans Georg	FDP ab 11.11.1958

19. 5.1959 - 18. 5.1963 4. WP.

Wolters, August	CDU
Westenberger, Wilhelm	CDU
Glahn, Fritz	FDP

18. 5.1963 - 18. 5.1967 5. WP.

Schneider, Fritz	FDP
Eicher, Hermann	FDP ab 25. 4.1966

18. 5.1967 - 18. 5.1971 6. WP.

<u>Kohl, Helmut</u> Ministerpräsident	CDU ab 18. 5.1969
Geissler, Heinrich	CDU
Meyer, Otto	CDU ab 30. 4.1968
Neubauer, Hanns	CDU
Vogel, Bernhard	CDU

18. 5.1971 - 9. 3.1975 7. WP.

Theisen, Otto	CDU
Gaddum, Johann Wilhelm	CDU
Holkenbrink, Heinrich	CDU
Schwarz, Heinz	CDU

Landesminister Rheinland-Pfalz: 31

Anzahl d. Ernennung z.Landes- Minister	Anzahl absolut d.Minister	31.12.1973 noch im Amt	durchschnittliche Amtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	10	2	2,7
2	13 (+2) ^x	6	5,8
3	2 (+1) ^x	-	10,3
4	- (+1) ^x	-	
8	2		
	27 (+4) = 31	8	

x Bei diesen Ministern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär.

Bremen

Senat: 44 Mitglieder (darunter 3 Senatspräsidenten)

28.11.1946 - 22. 1.1948 1. WP.

<u>Kaisen, Wilhelm</u>	SPD
Senatspräsident	
Spitta, Theodor	BDV ^x
Ehlers, Adolf	SPD
Mester, Hermann	SPD
Wolters, Hermann	SPD
Harmssen, Gustav-Wilhelm	BDV ^x
Apelt, Hermann	BDV ^x
Paulmann, Christian	SPD
Theil, Emil	SPD
Ewert, Willy	SPD
Aevermann, Friedrich	SPD ab 27. 3.1947 b. 7.11.1947
Lifschütz, Alexander	ptls ab 21.11.1947
Nolting-Hauff, Wilhelm	BDV/FDP

22. 1.1948 - 29.11.1951 2. WP.

von Heukulum, Gerhard	SPD ab 22. 5.1948
Meineke, Hans A.F.	BDV/FDP
Heldmann, Erhard	BDV/FDP gest.14.9.1949

29.11.1951 - 28.12.1955 3./WP.

Degener, Johannes	CDU
Dehnkamp, Willy	SPD
Mevissen, Anemarie	SPD
Helmken, Ludwig	FDP ab 25. 3.1953
Wilkens, Martin-Heinrich	CDU b. 4. 4.1952
Yström, Helmut	CDU ab 9. 4.1952

x Brem.Demokratische Volkspartei, ab 1951 FDP

28.12.1955 - 21.12.1959 4. WP.

Noltenius, Jules Eberhard	CDU
Krammig, Karl	CDU ab 8.10.1958
Eggers, Karl	SPD ab 25. 2.1959
Zander, Erich	CDU
Balcke, Alfred	SPD

21.12.1959 - 26.11.1963 5. WP.

Bortscheller, Georg	FDP
Graf, Ulrich	FDP
Weßling, Karl	SPD
Noltenius, Johann-Diedrich	FDP ab 9. 5.1962

26.11.1963 - 28.11.1967 6. WP.

(Dehnkampf, Willy)	ab 17. 7.1965
Senatspräsident	
Koschnick, Hans	SPD
Blase, Wilhelm	SPD
Thape, Moritz	SPD ab 17. 7.1965
Speckmann, Rolf	FDP ab 19. 1.1966

28.11.1967 - 14.12.1971 7. WP.

(Koschnick)	Senatspräsident
Löbert, Franz	SPD
Jantzen, Karl-Heinz	SPD ab 16.10.1968
Seifriz, Hans Stefan	SPD ab 3.12.1969
Schulz, Oskar	SPD ab 21.10.1970

15.12.1971 - 1975 8. WP.

Kahrs, Wolfgang	SPD
Willms, Karl	SPD
Müller, Albert	SPD
Brückmann, Oswald	SPD
Fröhlich, Helmut	SPD

Landesminister Bremen: 44

Anzahl d. Ernennung z.Landes- Minister	Anzahl absolut d.Minister	31.12.1973 noch im Amt	durchschnittliche Aamtsdauer (ohne Staatssekretärszeit) in Jahren
1	13	5	2,8
2	11 (+1) ^x	3	4,8
3	10 (+1) ^x	1	9,2
4	2	1	
5	3		
6	2		
7	1		
	42 (+2) = 44	10	

x Bei diesen Senatsmitgliedern war die erste Ernennung diejenige zum Staatssekretär (Senatsdirektor).

Tabelle II

Differenzierter Status des Berufs des Erziehungsberechtigten

Differenzierter Status	Anzahl	% von 250
ungelernter Arbeiter	3	1,2
Facharbeiter	35	14,0
Werkmeister o.ä.	3	1,2
Angestellter unterer Position	4	1,6
Angestellter mittlerer Position	3	1,2
Angestellter leitend	5	2,0
Direktor	2	0,8
Chefarzt, Arzt	5	2,0
Pfarrer u.ä.	14	5,6
Sekretär	2	0,8
Abteilungsleiter	1	0,4
Unternehmer klein	76	30,4
Unternehmer mittel	10	4,0
Unternehmer groß	1	0,4
Gutsbesitzer	4	1,6
Techniker/Ingenieur	3	1,2
Berufssoldat	2	0,8
Journalist	1	0,4
Syndikus/Rechtsanwalt/Rechtsberater	9	3,6
Beamter einfacher Dienst	1	0,4
Beamter mittlerer Dienst	12	4,8
Beamter gehobener Dienst	14	5,6
Beamter höherer Dienst	26	10,4
Beamter höherer Dienst B	1	0,4
Richter	1	0,4
politischer Beamter	4	1,6
kommunaler Wahlbeamter	1	0,4
Land-/Provinzialminister	1	0,4
Berufsparlamentarier	3	1,2
privates Unterneh.-Vorstandsmitgl.	1	0,4
Professor	2	0,8
	(N=250)	100

Tabelle III

Partei erster Beitritt nach 1945/ Berufsstatus des
Erziehungsberechtigten

Partei	Anzahl absolut	Status des Erziehungsberechtigten: (in %)			
		Arbeiter	Angestellter	Beamter	Selbständiger
CDU	96	7,2	14,6	34,4	43,8
CSU	24	16,7	8,3	29,2	45,8
SPD	78	38,5	15,4	25,6	20,5
FDP	31	-	9,7	25,8	64,5
GB/BHE	8	12,5	12,5	37,5	37,5
DP	6	-	-	-	100,0
(N=243)					

Tabelle IV

Soziale Herkunft der Minister/Parteizugehörigkeit bei
erster Berufung in eine Landesregierung

Partei	CDU	CSU	SPD	FDP
Beruf des Erziehungsberechtigten	%	%	%	%
Beamte höhere	11,6	8,0	8,2	13,3
Beamte gehoben	7,4	12,0	2,7	6,7
Beamte mittel/einfach	4,2	4,0	9,6	-
Unternehmer klein	35,8	32,0	15,1	36,7
Unternehmer groß/mittel/Gutsbes.	6,4	8,0	-	16,6
Pfarrer	6,3	-	6,8	6,7
Facharbeiter	6,3	12,0	30,1	-
Angestellte einfach/mittel	2,2	8,0	2,7	-
Angestellte leitend/Direktor	2,2	-	4,1	3,3
Syndikus/RA	-	-	5,5	13,3
Sonstige	17,6	16,0	15,2	3,4
	100	100	100	100
Anzahl	(N=95)	(N=25)	(N=73)	(N=30)

Tabelle V

Berufsbereich des Erziehungsberechtigten/Lebensphase des ersten Parteibeitritts

Bereiche: Väterberufe	Anzahl Absolut	Lebensphase 1. Parteibeitritt(in %)			
		Schule	Aus- bildung	1.-5. Berufs- jahr	weitere Berufs- karriere
Öffentlicher Dienst	65	6	28	18	48
Industrie	45	2	31	18	49
Handwerk	23	9	26	35	30
Landwirtschaft	46	-	20	26	54
Handel	20	-	30	25	45
Dienstleistung	27	4	18	22	56
(N=226)					

Tabelle VI

Bildungsweg exklusiv/Berufsoberbereich des Erziehungs-
berechtigten

Berufsoberbereich ^{xx} des Erziehungsbe- rechtigten	Anzahl absolut	Art der Aus- bildung: mit Studium(in %)
Öffentlicher Dienst	55	87
Industrie	30	70
Handwerk	17	47
Landwirtschaft	29	66
Handel	16	87
Dienstleistung	26	96
(N=173)		

xx Beispielhaft wurden nur einige Berufsbereiche analysiert, in denen von einer größeren Anzahl der Erziehungsberechtigten der Landesminister die Berufsrolle wahrgenommen wurde;

Tabelle VII

Ausbildung des Vaters^x

Art der Ausbildung	Regierungs- chefs, Minister Bund/Land	Top-Ma- nager, Großun- terneh- mer	Top-Ma- nager Bank/ Versi- cherung	Leiter Wirtsch. Verbände	Gewerk- schafts- führer
Volksschule und Lehre	38,1	22,3	28,0	21,4	62,9
Realschule, Oberschule ohne Abitur	15,5	25,5	11,0	17,5	12,9
Volksschule und qualifizierte Ausbildung	4,8	6,0	7,3	8,7	9,7
Abitur	7,1	7,1	15,9	8,7	3,2
Hochschule ohne Abschluß	-	1,6	-	1,6	-
Universitäts- oder Hochschul- abschluß	1,2	2,7	7,3	3,2	-

^xQuelle: W. Kaltefleiter/R. Wildenmann (zitiert nach
manager Magazin, Nr. 4, 1974, "Um den Aufstieg hart
gekämpft", S. 94).

Tabelle VIII

Landesminister mit einer sozialen Aktivität während
der akademischen Ausbildung

Organisation	Anzahl
Sozialistische	8
Katholische	4
Gewerkschaft	3
NS-Organisation	3
Burschenschaft/Corps	3
Republikanische	3
Stud. Selbstverwaltung	3
Evangelische	3
SDS	2
Völkische/sonst.Rechte	1
Nationalistisch	1
(N=34)	

Tabelle IX

Minister mit sozialen Aktivitäten in zwei verschiedenen
Organisationen während der akademischen Ausbildung

Organisationen	Anzahl
<u>nur "linke" Organisationen</u>	
Gewerkschaft/Kathol.	1
Gewerkschaft/Sozialistisch	3
Sozialistisch/Sozialist.	2
SDS/SDS	3
<u>"rechte" und andere</u>	
stud.Selbstverwa./RCDS	3
evang./RCDS	1
Sozialist./Bündisch	1
Sozialistisch/Nationalist.	1
<u>"politisch nicht eindeutig einzuordnen"</u>	
Kathl./Jugendring	1
Kathol./stud.Selbstverwalt.	1
Kathol./sonst.	1
<u>"liberal"</u>	
liberal/Hobby	1
liberal/stud.Selbstverwalt.	1
(N=20)	

Tabelle X

Historische Phase Ausbildung/Schulabschluß

historische Phase	Volks-/Mittelschule/ Oberschule (ohne Abitur)		Abitur	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Kaiserreich	46	51	45	49
Kaiserreich/Weimar	27	20	105	80
Weimar	5	33	10	67
Weimar/NS-Reich	3	5	57	95
NS-Reich	5	83	1	17
NS-Reich/nach 1945	4	6	62	94
	(N=90)		(N=280)	

Tabelle XI

Historische Phase erster Parteibeitritt/nichtakademische
Ausbildung mit Abschluß

historische Phase erster Parteibeitritt	Anzahl	nichtakademische Ausbildung mit Abschluß ^{xx} (in %)
bis 1918	32	62
1919-1932	131	43
1933-1944	13	30
1945-1949	133	40
1950 u. später	61	30
KI	50	
	(N=420)	

^{xx} Es ist zu berücksichtigen, daß nicht alle anderen Minister studiert haben müssen, da weitere 35 Personen ebenfalls eine nichtakademische Ausbildung, jedoch ohne Abschluß besitzen.

Tabelle XII

Kontinuität der Ausbildungsphase

Ausbildungsphase	Anzahl	% von 420
Keine Unterbrechung	305	72,6
Unterbrechung der Schulzeit	25	6,0
Unterbrechung zwischen Schulzeit und Lehre/Studium	42	10,0
Unterbrechung der nachschulischen Ausbildung (Studium, Lehre)	42	10,0
KI	6	1,4
	(N=420)	100,0

Tabelle XIII

Bildungsweg exklusiv/Alter bei erstem Parteibeitritt

Alter bei 1. Partei- beitritt	Art der exklusiven Ausbildung:					
	Studium		Lehre		sonstige nichtakad.Ausbild.	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
15-19	13	8	7	16	6	32
20-29	56	37	20	44	7	37
30-39	32	21	7	16	4	21
40-49	34	22	4	8	1	5
50-59	11	7	7	16	1	5
60-68	5	5	-	-	-	-
	(N=151)		(N=45)		(N=19)	
Durch- schnitts- alter:	34,1		31,2		26,8	

Tabelle XIV

Bildungsweg flexibel/Alter bei erstem Parteibeitritt

Alter bei erstem Parteibeitritt	Art der flexiblen Ausbildung:			
	mit Studienphase		ohne Studienphase	
	Anzahl	%	Anzahl	%
15-19	6	13	14	37
20-29	22	47	12	32
30-39	8	17	9	24
40-49	8	17	1	3
50-59	2	4	2	4
60-68	1	2	-	-
	(N=47)	100	(N=38)	100
Durchschnittsalter:	29,6		26,1	

Tabelle XV

Bildungsweg exklusiv/Alter bei Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes

Alter	Bildungsweg exklusiv: sonstige Ausbildung	
	Anzahl	%
23-29	4	21
30-35	13	68
36-39	2	11
	(N=19)	100
Durchschnittsalter:	31,6	

Tabelle XVI

Bildungsweg flexibel/Alter bei Übernahme des ersten öffentlichen Wahlamtes

Alter	Bildungsweg flexibel:			
	mit Studienphase		ohne Studienphase	
	Anzahl	%	Anzahl	%
23-29	7	25	12	38
30-35	12	43	13	41
36-39	9	32	7	21
	(N=28)	100	(N=32)	100
Durchschnittsalter:	33,6		31,6	

Tabelle XVII

Bildungsweg exklusiv/Alter bei erster Wahl in den Landtag

Alter	Bildungsweg exklusiv:				Sonstige Ausbildung	
	Studium		Lehre			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
23-29	8	4	2	4	2	7
30-39	45	25	22	43	11	40
40-49	68	37	11	22	5	19
50-59	47	26	14	27	5	19
60-70	15	8	2	4	4	15
	(N=183)	100	(N=51)	100	(N=27)	100
Durchschnittsalter	45,9		43,6		43,6	

Tabelle XVIII

Bildungsweg flexibel/Alter bei erster Wahl in den Landtag

Alter	Bildungsweg flexibel:			
	mit Studienphase		ohne Studienphase	
	Anzahl	%	Anzahl	%
23-29	3	6	6	13
30-39	14	27	15	33
40-49	20	40	15	33
50-59	13	26	9	20
60-70	1	1	1	1
	(N=51)	100	(N=46)	100
Durchschnittsalter	42,5		41,4	

Tabelle XIX

Bildungsweg exklusiv/Alter bei Übernahme des ersten
Ministeramtes auf Landesebene

Alter	Bildungsweg exklusiv:				sonstige Ausbildung	
	Studium Anzahl	%	Lehre Anzahl	%	Anzahl	%
33-39	25	12	5	9	1	3
40-49	68	31	19	34	8	27
50-59	91	42	23	41	11	37
60 u. älter	33	15	9	16	10	33
	(N=217)	100	(N=56)	100	(N=30)	100
Durch- schnittsalter:	51,1		51,4		54,5	

Tabelle XX

Bildungsweg flexibel/Alter bei Übernahme des ersten
Ministeramtes auf Landesebene

Alter	Bildungsweg flexibel:			
	mit Studienphase		ohne Studienphase	
	Anzahl	%	Anzahl	%
33-39	5	9	3	6
40-49	22	38	24	50
50-59	21	36	16	33
60 u. älter	10	17	6	11
	(N=58)	100	(N=49)	100
Durch- schnittsalter:	49,3		50,4	

Tabelle XXI

Art der nichtakademischen Ausbildung/Alter bei erstem
Parteibeitritt

Alter	nichtakademische Ausbildung:						ohne Abschluß	
	mit Abschluß						(insgesamt alle Ausbildungstypen)	
	Berufs- schule		Fach- schule		sonstige Ausbil- dungs- stätte		Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
15-19	15	22	9	24	2	12	14	52
20-29	31	43	15	41	7	40	6	22
30-39	8	11	10	27	5	30	4	15
40-49	9	12	2	5	1	6	3	11
50-59	9	12	1	3	1	6	-	-
60-68	-	-	-	-	1	6	-	-
(N=72) 100 (N=37) 100 (N=17) 100 (N=27) 100								
Durch- schnittsalter:	30,4		26,5		30,2		25,4	
Gesamtes Durch- schnittsalter mit Abschluß:	29,2							

Tabelle XXII

Art der nichtakademischen Ausbildung/Alter bei Übernahme
des ersten öffentlichen Wahlamtes

Alter	nichtakademische Ausbildung:						ohne Abschluß	
	mit Abschluß						(insgesamt alle Ausbildungstypen)	
	Berufs- schule		Fach- schule		sonstige Ausbildungs- stätten		Anzahl	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
23-29	17	32	4	14	4	33	9	40
30-35	22	41	16	57	6	50	7	30
36-39	15	27	8	29	2	17	7	30
(N=54) 100 (N=28) 100 (N=12) 100 (N=23) 100								
Durch- schnittsalter:	32,3		32,9		31,0		29,6	
gesamtes Durch- schnittsalter mit Abschluß:	32,3							

Tabelle XXV

Generationszugehörigkeit und Alter bei erstem Parteibeitritt

Alter bei erstem PB	Generationstyp:							
	1		2		3		4	
	(bis 03 geboren)		(1904-1917 geboren)		(1918-1931 geboren)		(1932 u.später geboren)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
15-19	23	15	15	19	7	11	1	14
20-29	58	37	16	20	40	65	6	86
30-39	14	9	33	42	12	20	-	-
40-49	28	18	13	16	3	4	-	-
50-59	26	17	2	3	-	-	-	-
60-älter	6	4	-	-	-	-	-	-
	(N=155) 100		(N=79) 100		(N=62) 100		(N=7) 100	

Tabelle XXVI

Historische Phase und Berufssituation bei erstem Parteibeitritt

Phase Parteibeitritt	Anzahl absolut	Schule (in %)	Ausbildung (in %)	Beruf (in %)
Kaiserreich	30	16,7	30,0	53,3
Weimar	133	8,4	39,8	51,8
NS-Reich	12	-	41,7	58,3
Nach 1945	232	6,5	17,3	76,3
	(N=407)	7,6	26,3	66,1

Tabelle XXVII

Lebensphase Beginn politischer Aktivität/Epoche erster
Parteibeitritt

Lebensphase Beginn poli- tischer Aktivität	Anzahl	Epoche erster Parteibeitritt:				
		KI (in %)	bis 1918 (in %)	1919-1932 (in %)	1945-1949 (in %)	1950- 1961 (in %)
Schulzeit	29	-	17	38	31	14
Ausbildung	105	6	10	52	21	11
Beginn Be- rufskarriere	242	4	8	29	43	16
(N=376)						

Tabelle XXVIII

Alter bei Wahl in das 1. öffentliche Wahlamt

Alter in Jahren	Anzahl	% 194
23	1	0,5
24	2	1,0
25	6	3,1
26	10	5,2
27	16	8,2
28	7	3,6
29	12	6,2
30	13	6,7
31	18	9,3
32	15	7,7
33	14	7,2
34	12	6,2
35	14	7,2
36	16	8,2
37	11	5,7
38	12	6,2
39	15	7,7
(N=194)		

50,5 % aller Fälle liegen zwischen Alter 29-35, nur
4,6 % unter 26 Jahren. Durchschnittsalter= 32,3 Jahre

Tabelle XXIX

Alter der Landesminister bei erster Wahl in einen Landtag

Alter	%
23-29	4,9
30-39	25,6
40-49	29,0
50-59	21,9
60-70	5,5
KI	13,1
(N=420)	100,0

Tabelle XXX

Durchschnittsalter bei Beginn der hauptberuflichen politischen Betätigung

Generation	Durchschnittsalter (in Jahren)	Anteil der Nicht- Berufspolitiker (in %)
Generation 1	49	17
Generation 2	43	15
Generation 3	38	11
Generation 4	37	-

Tabelle XXXI

Historische Phase der Ausbildung und historische Phase

1. Parteibeitritt

Phase der Ausbildung	Anzahl absolut	historische Phase 1. Parteibeitritt (in %)				
		KR	WR	NK ^x	WR/NS	KI
Kaiserreich	101	26,7	40,6	31,7	-	-
Kaiserreich/Weimar	138	2,2	55,1	39,9	-	2,8
Weimar	20	-	35,0	60,0	-	5,0
Weimar/NS	68	-	13,2	77,9	8,8	-
(N=327)						

^x Nachkriegsdeutschland

Tabelle XXXII

Generationszugehörigkeit (nach historischer Phase
des Beginns politischer Aktivität) und Kontinuität
politischer Karrieren

Gene- ratio- nen	Phase der Aktivität/ Nichtaktivität	absolut	%
1	KRaktiv-WRaktiv-NSaktiv	1	0,2
	KRaktiv-WRaktiv-NSinaktiv	47	11,4
	KRinaktiv-WRinaktiv-NSinaktiv	45	10,9
	KRinaktiv-WRaktiv-NSaktiv	7	1,7
	KRinaktiv-WRaktiv-NSinaktiv	65	15,9
		(N=165)	40,1 %
2	WRaktiv-NSaktiv	4	1,0
	WRaktiv-NSinaktiv	68	16,5
	WRinaktiv-NSinaktiv	65	15,9
	WRinaktiv-NSaktiv	10	2,4
		(N=147)	35,8 %
3	NSaktiv	1	0,2
	NSinaktiv	64	15,6
		(N= 65)	15,8 %
4	aus Altersgründen nicht möglich	(N= 34)	8,3
			8,3 %
		(N=411)	100,0 %

(Unter NSaktiv sind nur Aktivitäten in NS-Organisationen
erfaßt, keine Aktivitäten in Widerstandsbewegungen etc.,
die gegen das NS-Regime gerichtet waren).

KR = Kaiser-Reich

WR = Weimarer Republik

NS = NS-Reich

aktiv = politisch aktiv

inaktiv= politisch inaktiv

Tabelle XXXIII

Generationszugehörigkeit/Kontinuität der politischen
Karriere und parteipolitische Orientierung nach 1945

Genera- tions- zugehö- rigkeit	Anzahl absolut	Phase der Aktivität/ Nichtaktivität	Parteibeitritt nach 1945:		
			effek- tiv l. (in %)	glei- che Par- tei ^{xx} (in %)	ähnliche Partei (in %)
1	47	KRaktiv-WRaktiv- NS-inaktiv	8,5 ^x	55,3	29,8
	65	KRinaktiv-WRaktiv- NSinaktiv	10,8 ^x	47,7	35,4
2	68	WRaktiv-NSinaktiv	13,2 ^x	47,1	30,9

^x d.h. die Aktivitäten im Kaiser-Reich und in Weimar
wurden nicht in politischen Parteien ausgeübt.

^{xx} bzw. gleiches politisches Lager

Tabelle XXXIV

Generationszugehörigkeit und negatives NS-Verhalten

Generation	Anzahl absolut negativ (in %)	darunter als Folge des Negativ-Verhaltens (in %):			
		KZ-Haft	amts-entho-ben	verfolgt/verhaftet	Schutz-Widerstand Bek. Kirche
1 KRaktiv-WRaktiv- NSinaktiv	47	27,5	27,5	30	
KRinaktiv-WRinaktiv- NSinaktiv	45	-	68,7		
KRinaktiv-WR-aktiv- NSinaktiv	65	25	36,5	15,4	
2 WRaktiv-NSinaktiv	68	7	25,6	25,6	11,6
WRinaktiv-NSinaktiv	65			14	27,3

Tabelle XXXV

Politisches Verhalten Generation 1/ Zeitpunkt Parteibeitritt
in die spätere Landesministerpartei

Politisches Verhalten in historischen Epochen	Parteibeitritt in Landesminister- partei (in %):		
	vor 1933	1945-1949	1950-später
KRaktiv-WRaktiv- NS-inaktiv	52,2	47,8	-
KRinaktiv-WRaktiv- NS-aktiv	15,0	70,0	15,0
KRinaktiv-WRinaktiv- NSinaktiv	-	89,5	10,5
KRinaktiv-WRaktiv- NSinaktiv	44,5	52,4	3,1

Tabelle XXXVI

Parteizugehörigkeit vor 1933 (schwaches Parteiengagement)

Partei	Anzahl
SPD	48
BVP	9
DVP	8
DCSV	1
Zentrum	24
DDP	6
SAJ	5
NSDAP	3
sonstige Linksparteien	2
sonstige Rechtsparteien	3
KI	2
(N=111)	

Tabelle XXXVII

Parteimitgliedschaft in Weimar (höherer Aktivitätsgrad)

mit zwei Parteiämtern in einer Partei:		mit Zugehörigkeit in zwei Parteien:	
Partei	Anzahl	1.Partei/2.Partei	Anzahl
SPD	15	Zentrum/BVP	2
Wirtschaftspartei	1	SPD/SAJ	6
BVP	1	Fortschrittsp./DNVP	1
Zentrum	3	Fortschrittsp./DDP	2
DDP	4	DNVP/CNP	1
DNVP	1	DDP/SPD	1
DHV	1	SPD/sonstige Linksp.	2
KPD	1	KPD/USPD	1
KPO	1	SPD/USPD	1
(N=28)		(N=17)	

Tabelle XXXVIII

Epoche des ersten Parteibeitritts und Lebensalter

historische Epoche	Anzahl absolut	Anzahl (Berechnungsgrundlage)	Durchschnittsalter (in Jahren)
bis 1914	25	19	20,0
1914-1918	9	8	23,6
1919-1932	134	93	24,1
1933-1944	13	8	30,0
1945-1949	134	121	37,9
1950-1961	54	47	35,0
nach 1961	7	7	39,3
(N=376)		(N=303)	

Tabelle XXXIX

Epoche des ersten Parteibeitritts/innerparteiliche
Aufstiegsgeschwindigkeit nach 1945

Epoche erster Partei- beitritt	Anzahl absolut	Dauer Parteibeitritt-erstes Parteiamt (nach 1945) auf Organisationsebene (in Jahren):					
		Kommunal		Land		Bund	
		Anzahl	Dauer	Anzahl	Dauer	Anzahl	Dauer
bis 1918	34	5	0,25	11	1,3	11	1,5
1919-1932	134	44	3,1	63	4,1	65	6,4
1933-1944	13	6	1,2	7	3,4	7	4,6
1945-1949	134	55	3,9	81	6,8	60	11,1
1950 u. später	61	22	3,8	32	5,6	23	10,6
(N=376)		(N=132)		(N=194)		(N=166)	
in % von 376:		32 ^x		52 ^x		47 ^x	

^x Die Informationsdichte war unterschiedlich: Mehr als nur 32 % der Untersuchungsgruppe haben auf kommunaler Ebene Parteiführungsämter eingenommen, jedoch lagen bei einigen nicht die vollständigen Informationen entweder über die Epoche des ersten Parteibeitritts oder über die zeitliche Differenz zwischen Beitritt nach 1945 und erstem Parteiamt auf der kommunalen Ebene bzw. die Parteifunktion selbst nicht vor. Dies gilt - jedoch in eingeschränktem Maße - auch für die Berechnungen der Aufstiegsgeschwindigkeiten in Parteiführungsämter höherer Organisationsebenen. Die Analyse bezieht sich auf diejenige Nachkriegspartei, in der die intensivste Parteikarriere gemacht wurde und ist damit überwiegend auch die Partei, mit der die erste Berufung ins Kabinett erfolgte.

Tabelle XL

Öffentliche Wahlämter im Dritten Reich

Anzahl Funktionen:								
1 Wahlamt			2 Wahlämter			3 Wahlämter		
Funktion	Zeitraum		Funktion	Zeitraum		Funktion	Zeitraum	
MdL	1935-1938		BM	1933-1941		MdR	1930-1945	
OB	1933-1934		Gemeinde-			Gemeinder.	1919-1945	
MdL	1938-1941		direktor	1942-1945		MdL	1920-1921	
sonst.			BM	1931-1935				
pol.Wahl-			BM	1935-1939				
beamter			BM	1924-1945				
auf re-			Kreistags-					
gionaler			abgeordn.	19..-19..				
Ebene	1934-1943		BM	1927-1931				
BM	1933-1939		OB	1931-1945				
			Stadtver-					
			ordneter	1923-1945				
			BM	1938-1945				
(N=5)			(N=5)			(N=1)		

BM = Bürgermeister
OB = Oberbürgermeister

Tabelle XLI

Beruflicher Werdegang nach 1933

Art des beruflichen Werdeganges	Anzahl absolut	in %
Unterbrechung der Berufslaufbahn zwischen 1933 und 1945 aus Alters- gründen möglich	94	22,4
Keine Unterbrechung der beurf- lichen Laufbahn	189	45,0
Berufslaufbahn durch Errichtung bzw. während des Dritten Reiches unterbrochen	126	30,0
KI	11	2,6
	(N=420)	100,0

Tabelle XLII

NS-Verhalten und innerparteiliche Aufstiegsgeschwindigkeit nach 1945^x (in Jahren):

Durchschnittliche Dauer zwischen Parteibeitritt und erstem Parteiamt auf Ebene:	NS-Verhalten:				aus Altersgründen keine NS-Einstellung möglich
	negativ	Emigranten	positiv: definiert aktiv	indifferent	
Kommunal	2,4	2,8	2,3	2,0	5,0
Land	3,7	4,1	3,9	4,2	6,4
Bund	5,4	6,8	5,9	7,1	13,5

^x Die Informationsdichte der Berechnungsgrundlage für die Durchschnittswerte nimmt mit steigender Organisationsebene zu, d.h., daß Informationen über Parteifunktionen auf Bundesebene eher quellenmäßig ihren Niederschlag fanden als Angaben über Parteiämter in kommunalen Parteiführungsgremien; dementsprechend "sicherer" sind auch die errechneten Werte.

Tabelle XLIII

Nachschulkarrieretyp/Phase Beginn politischer Aktivität

Nachschulkarrieretyp	Phase Beginn (in %):		
	Schule	Ausbildung	Beruf
Studium-Beruf-Politik	7,1	23,5	69,3
nichtakademische Ausbildung-Beruf-Politik	5,7	22,1	72,1
Ausbildung ^x -Beruf/Politik zugleich	29,0	54,9	16,1
Gesamtdurchschnitt der Untersuchungsgruppe	8,8	25,4	65,7

^x mit wenigen Ausnahmen eine akademische Ausbildung.

Tabelle XLIV

Berufskarriere/Anzahl der Berufspositionen und/oder
Berufsbereiche, die vor 1. Ernennung eingenommen wurden

Anzahl absolut	Anzahl der eingenommenen Berufspositionen bzw. Berufsbereichswechsel	in %
15	1	3,6
40	2	9,5
59	3	14,0
64	4	15,2
62	5	14,8
66	6	15,7
50	7	11,9
25	8	6,0
22	9	5,2
8	10	1,9
4	11	1,0
2	12	0,5
1	13	0,2
2	14	0,5
(N=420)		100,0

Tabelle XLV

Hauptberuf bei erster Kabinettsberufung

Bundesland	Anzahl absolut	er-nann-ter Lan-des-Mini-ster	Berufs-parla-men-tarier	poli-ti-scher Beam-ter, Staats-sekre-tär	Exe-kuti-ve regi-o-nal, pol. Beam-ter ¹	höhe-rer Beam-ter B, Land/Bund	einf. Beam-ter, kom. Land/Bund bis Bes. A 13	Justiz, Rich-ter, Staats-anwalt	Univ.-Prof., Doz.	Schule, Rektor/Lehrer
Bayern	42	4	2	17	7	4	-	1	3	-
Nordrhein-Westfalen	45	6	5	2	6	3	-	1	3	-
Hamburg	51	7	5	2	-	5	2	1	3	-
Niedersachsen	41	2	4	2	4	1	2	-	1	-
Hessen	34	3	8	2	8	7	1	-	1	-
Schleswig-Holstein	39	5	4	1	8	2	-	-	1	-
Baden-Württemberg	59	13	3	2	4	8	1	-	3	4
Rheinland-Pfalz	29	5	3	4	3	3	-	-	1	-
Bremen	40	8	7	2	1	2	2	1	-	-
(N=380) (N=58) (N=41) (N=34) (N=41) (N=35) (N=8) (N=4) (N=16) (N=4)										

¹ Mitglied in von Besatzungsmächten eingesetzten Landesregionen

² davon 1 Bundesminister

Tabelle XIV Fortsetzung: Hauptberuf bei erster Kabinettsberufung

	Wirt- schaft:		Pfarr- Arzt	Rechts- anwalt/ -Bera- ter	Partei/Ge- Prak- tion, Ange- stell. Assi- stent	sonsti- ger An- gestell- (Werk- meister u.ä.)	ohne
	Direktor, Geschäfts- führen, Vorstd.- Verband	Unter- nehmer Verle- ger, Direk- tor					
Bundesland							
Bayern	1	-	-	1	2	-	-
Nordrhein-Westfalen	5	2	-	9	-	-	-
Hamburg	7	3	-	5	2	4	-
Niedersachsen	3	5	-	1	-	-	3
Hessen	2	1	-	5	-	-	-
Schleswig-Holstein	2	8	1	5	1	-	-
Baden-Württemberg	5	7	1	7	-	-	-
Rheinland-Pfalz	2	5	-	3	-	-	-
Bremen	8	1	-	3	-	3	-
	(N=35)	(N=33)	(N=6)	(N=2) (N=1) (N=43)	(N=5)	(N=7)	(N=3)

⁴ nur ein einfacher Arbeiter

Tabelle XLVI

Minister mit zwei hauptberuflichen Betätigungen bei
erster Ernennung

A.

Bundesland	Anzahl
Nordrhein-Westfalen	14
Niedersachsen	7
Schleswig-Holstein	4
Baden-Württemberg	4
Hamburg	3
Bremen	3
Rheinland-Pfalz	2
Hessen	1
(N=38)	

B. Aufgliederung nach Art der beruflichen Tätigkeit und
Berufssektoren:

	Anzahl
<u>nur Berufspolitiker:</u>	
(Exekutive kommunal/ernannter Landes- minister, Exekutive kommunal/Exekutive Kreis, Exekutive kommunal/Berufsparlamentarier)	5
<u>Berufspolitiker/Öffentlicher Dienst:</u>	
(z.B. Professur an Uni.)	6
<u>Privatwirtschaft/Freie Berufe:</u>	15
<u>Berufspolitiker/Privatwirtschaft:</u>	
(Vorstand,Aufsichtsrat,selbst.Unternehmer)	6
<u>nur Öffentlicher Dienst:</u>	2
<u>Öffentlicher Dienst/Privatwirtschaft:</u>	
(Uni.-Prof./Vorstand,Rechtsanwalt bei Wirt- schaftsuntern./Vorstand Öffentl.Unternehmen)	2
<u>Privatwirtschaft/Partei , Gewerkschaft:</u>	
(Gewerkschaftsangest./Vorstandstätigkeit, Parteisekretär/Chefredakteur)	2
(N=38)	

Tabelle XLVII

Berufe der Landesminister zum Zeitpunkt der 2. Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	nur Land- min.	Spalte 1		Spalte 2	
			Landesminister und zugleich: Univ.-Wirtschaft, Berufspo- dozent Direktor, litiker Unternehmer	Exekutive Kommunal	Staats- anwalt	Wirtschaft: Direktor/ Vorstand
Bayern	25	21	-	-	1	1
Nordrhein-Westfalen	33	24	2	-	-	2
Hamburg	36	32	1	-	-	-
Niedersachsen	26	23	-	1	-	-
Hessen	18	17	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	25	25	-	-	-	-
Baden-Württemberg	29	28	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	15	12	1	-	-	-
Bremen	31	27	-	-	-	1
	(N=238)	(N=209)	(N=4)	(N=5)	(N=1)	(N=4)

Tabelle XLVII Fortsetzung: Berufe der Landesminister zum Zeitpunkt der 2. Ernennung

Bundesland	Spalte 2					
	Rechts- anwalt	Universi- täts Prof.	Berufs- parla- mentar- rier	Staats- sekre- tär, Land	Öffent- licher Dienst, Landes- verwalt.	Schule, Rektor
Bayern	1	1	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	1	-	1	1	-	-
Hamburg	2	-	1	-	-	-
Niedersachsen	1	-	1	-	-	-
Hessen	-	-	-	-	1	-
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	1
Rheinland-Pfalz	-	-	2	-	-	-
Bremen	-	-	-	-	-	-
	(N=5)	(N=1)	(N=5)	(N=1)	(N=1)	(N=1)

Tabelle XLVIII

Berufsposition der Minister zum Zeitpunkt der dritten Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	nur Landes- mini- ster	Berufs- parla- menta- rier	Uni- Dozent	pol.Beam- ter Kreis- verwal- tung	Vorstand priv. Wirt- schaft	Exeku- tive kommunal
Bayern	13	8	4	1	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	12	10	1	-	1	-	-
Hamburg	19	17	1	-	-	1	-
Niedersachsen	13	9	3	-	-	-	1
Hessen	9	9	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	15	15	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	12	10	2	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	3	3	-	-	-	-x	-
Bremen	18	17	-	-	-	1	-
	(N=114)	(N=98)	(N=11)	(N=1)	(N=1)	(N=2)	(N=1)

x war zugleich Landesminister

Tabelle XLIX

Berufe der Landesminister bei 4. Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	Lan- des- mini- ster	Berufs- parla- menta- rier	Rechts- anwalt/ Berufs- parlam.	Landes- mini- ster/ Vorstand priv. Wirtsch.
Bayern	5	5	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	6	5	1	-	-
Hamburg	8	6	2	-	-
Niedersachsen	7	6	-	1	-
Hessen	4	4	-	-	-
Schleswig-Holstein	4	4	-	-	-
Baden-Württemberg	5	5	-	-	-
Rheinland-Pfalz	2	2	-	-	-
Bremen	8	7	-	-	1
	(N=49)	(N=44)	(N=3)	(N=1)	(N=1)

Tabelle L

Verbandszugehörigkeit der Minister mit einem (N=72) und
zwei (N=43) innerverbandlichen Führungsämtern

Verbandsart	Anzahl
Bauernverbände	4
situationsbedingte Verbände; wie Vertriebene, Kriegs- geschädigte, Heimkehrer; anti-faschistische Organisa- tionen	11
staatsbürgerliche Vereinigungen wie deutsch-engl. Gesellschaft, Europäische Vereinigungen	7
kulturelle Vereinigungen	32
Öffentliche Unternehmen wie Verwaltungs-/Beiräte öffentl. Unternehmen, Beiräte von Institutionen des öffentl. Rechts (Rundfunk-/Fernsehräte)	16
Vereinigungen privater Wirtschaftsunternehmen	11
berufsständische Verbände und Kammern	12
Gewerkschaften	21
Handwerkskammern	3
sonstige wirtschaftliche Interessenverbände	11
Landwirtschaftskammern	3
IHK	1
	(N=132)

115 waren in 132 Org. aktiv (d.h. einige mehrfach)

Tabelle LI

Soziale Aktivitäten zum Zeitpunkt der zweiten Ernennung (mit Führungspositionen)

Bundesland	Anzahl absolut	Mit Führungsposition bei zweiter Ernennung	eine Funktion in einer Organisation	Funktionen in einer bzw. zwei Organisationen	drei Funktionen in verschiedenen Organisationen	4-8 Funktionen in verschiedenen Organisationen
Bayern	43	7	4	2	1	-
Nordrhein-Westfalen	59	20	9	5	1	5
Hamburg	54	8	2	3	1	2
Niedersachsen	48	11	5	3	1	2
Hessen	35	4	3	1	-	-
Schleswig-Holstein	43	15	8	-	4	3
Baden-Württemberg	63	10	4	3	-	3
Rheinland-Pfalz	31	6	1	3	2	-
Bremen	44	9	3	2	2	2
(N=420)		(N=90)	(N=39)	(N=22)	(N=12)	(N=17)

Im Hinblick auf den Organisationstyp ergibt sich folgendes Bild, beispielhaft bezogen auf die 51 der 90 Minister, die nur in einer bzw. zwei verschiedenen Organisationen Führungsämter bekleideten; darunter waren: 9 in situationsbedingten Verbänden, 6 in staatsbürgerlichen, 13 in öffentlichen Unternehmen, 6 in berufständischen Verbänden und Kammern, 20 in kulturellen, 7 in sonstigen wirtschaftlichen Interessenverbänden, 5 in privaten Unternehmen, 4 in Gewerkschaften und 2 in Landwirtschaftskammern organisiert.

Tabelle LII

Partei Gründungsmitglieder nach 1945^x
(bei erstem Parteibeitritt nach 1945)

Partei	Anteil an Gründungsmitgliedern (in %)
CDU	58,3
CSU	63,0
SPD	71,6
FDP	56,0
KPD	100,0
BHE/GB	83,3
DP	100,0

^x (weitere 11 Minister, die "Splitterparteien" nach 1945 zum ersten Mal beitraten, gaben - mit einer Ausnahme des Beitritts in die DRP - alle an, Gründungsmitglieder ihrer Parteien gewesen zu sein).

Tabelle LIII

Erste Nachkriegspartei der vor 1945 parteipolitisch aktiven
(ausgewählte Parteien)

Partei- bei- tritt nach 1945	historische Phase des ersten politischen Engagements:(in %)			nicht vor 1945 par- teipolitisch aktiv (erstes Engagement nach 1945)(in %): (N=232)
	Kaiser- reich (N=30)	Weimar (N=133)	1933-1945 (N=12)	
CDU	13,3	24,1	25,0	38,8
CSU	3,3	9,0	-	6,9
SPD	60,0	48,9	8,3	28,4
FDP	13,3	6,8	25,0	17,4
BHE/GB	-	-	41,7	-
sonstige	10,1	11,2	-	8,5
	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle LIV

Wandel und Konstanz politischer Ausrichtung

erste Nachkriegs-partei	effektiv erster Parteibeitritt nach 1945 (in %)	Beitritt in gleiche Partei wie vor 1933 (in %)	Beitritt in Partei gleicher Richtung (in %)	2. Parteibeitritt oder mehrfacher, bzw. andere Richtung (in %)	KI (in %)
CDU	67,7	-	24,6	7,7	-
CSU	55,2	-	41,4	3,4	-
SPD	40,1	54,6	2,0	0,3	3,0
FDP	71,2	-	21,2	7,6	-
KPD	-	85,7	14,3	-	-
BHE/GB	16,7	-	25,0	58,3	-
DP	72,7	-	18,2	9,1	-

Tabelle LV

Jahr erster Parteibeitritt nach 1945

Jahr	Anzahl	in %
1945	210	58,2
1946	47	13,0
1947	14	3,9
1948	10	2,8
1949	10	2,8
1950	20	5,5
1951	6	1,7
1952	5	1,4
1953	10	2,8
1954	1	0,3
1955	5	1,4
1956	5	1,4
1957	5	1,4
1961	5	1,4
1962	3	0,7
1964	3	0,7
1968	1	0,3
1973	1	0,3
(N=361)		100

Tabelle LVI

Partei erster Beitritt nach 1945/negative NS-Einstellung

Partei erster Beitritt nach 1945	Anzahl absolut	definitiv negativ (ohne amts- enthoben) (in %)	negativ (einschließlich amtsenthoben) (in %)
CDU	131	17	35
CSU	29	31	34
SPD	157	36	52
FDP	56	13	23
KPD	8	88	88

Tabelle LVII

Anteil der Parteiwechsler nach erstem Beitritt nach 1945^x

erster Parteibeitritt nach 1945	Anteil Parteiwechsler (in %)
CDU	3,8
CSU	3,4
SPD	0,6
FDP	12,5
KPD	25,0
BHE/GB	54,5
DP	63,3

^x Von weiteren 13 Ministern, die in Splitterparteien eintraten, wechselten 9 die Partei; vgl. auch die Ergebnisse bei D. Herzog, Politische Karrieren, a.a.O., S. 66.

Tabelle LVIII

Modalität der Parteikarriere nach 1945^{xx}

(Sequenzen der innerparteilichen Karriere-Positionen)

Art ^x der innerparteilichen Karriere	Anzahl	in %
<u>singulär</u> (erst Jugendorganisation, dann öffentliche Wahlämter, dann Parteiämter)	3	0,7
<u>sukzessiv</u> (erst Jugendorganisation, dann Parteiämter)	34	8,1
<u>parallel</u> (Jugendorganisation und Partei gleichzeitig bzw. abwechselnd)	17	4,0
<u>exklusiv</u> (nur Parteiämter)	275	65,5
keine Parteikarriere	39	9,3
KI	52	12,4
	(N=420)	100

^{xx} In der Regel in der Partei, als deren Mitglied die
Untersuchungsperson zum ersten Mal als Minister
berufen wurde bzw. in der Partei, in der nach 1945
die intensivste Karriere zu beobachten war.

^x Entwickelt von D. Herzog, Politische Karrieren,
a.a.O., S. 76; substitutive Karriereverläufe konn-
ten nicht ermittelt werden.

Tabelle LIX

Positionssequenzen in den Parteien nach 1945

(auf Bundes-, Landes- und kommunaler/regionaler Ebene)

Art des Karriereverlaufs	in %
keine Parteikarriere bzw. Parteilose	7,8
Parteikarriere über alle <u>drei</u> Organisationsebenen	22,0
mit Parteiämtern auf <u>zwei</u> Organisationsebenen	33,5
davon: Kommunal/Land	15,2%
Kommunal/Bund	1,2%
Land/Bund	17,1%
Mit Parteiämtern auf nur <u>einer</u> Organisationsebene	23,9
davon: Bund	8,5%
Land	10,1%
Kommunal	5,3%
KI	12,8
	100

Tabelle LX

Alter bei erstem Parteibeitritt/Reichweite der innerparteilichen Karriere

Lebensalter 1. Parteibeitritt	Anzahl absolut	Reichweite der Parteikarriere (in %):			
		drei Organisations- ebenen	zwei Organisations- ebenen	nur eine Organisations- ebene	KI
15-19	45	44	29	13	14
20-29	120	23	32	30	15
30-39	58	23	43	23	11
40-49	49	24	37	22	17
50-68	28	7	29	36	28
(N=300)					

Tabelle LXI

Alter erster Parteibeitritt/Modalität der Parteikarriere

Lebensalter	Anzahl	mit Karriere in Jugendorganisation
1. Parteibeitritt	absolut	(in %)
15-19	41	47
20-29	107	20
30-39	54	7
(N=202)		

Tabelle LXII

Beginn der politischen Nachkriegskarriere

Parteizugehörigkeit	Karrierestart in (in %):		keine Klassifizierung möglich ^{xx}
	Partei	Parlamentarisches Amt	
CDU	48	32	20
CSU	60	4	36
SPD	40	38	22
FDP	52	29	19

^{xx} Bei diesen Untersuchungspersonen war keine eindeutige Zuordnung möglich oder die Interdependenz entfiel.

Tabelle LXIII

Dauer bis zur Wahl in ein Parteiamt auf kommunaler Ebene nach Parteibeitritt^x nach 1945^{xx}

Partei	Anzahl absolut	mit Informationen über Dauer (in %)	durchschnittliche Dauer (in Jahren)
CDU	131	43,5	3,6
CSU	29	48,3	5,4
SPD	157	23,6	3,8
FDP	56	19,6	1,6
(N=373)			

^x Bezogen auf die Partei, in der jeweils eine Parteikarriere verzeichnet wurde, in der Regel die Partei, in der die Minister als erste (und teilweise einziger) nach 1945 wieder eintraten.

^{xx} Für alle übrigen Parteien waren Berechnungen der Aufstiegsgeschwindigkeiten in kommunale Parteiamter aufgrund der geringen Anzahl der Fälle mit Informationen nicht aussagekräftig.

Tabelle LXIV

Dauer zwischen Parteibeitritt und erster Wahl in ein
Parteiführungsamt auf Landesebene

Partei	Anzahl insgesamt	mit Informationen über Dauer (in %)	durchschnittliche Dauer (in Jahren)
CDU	131	52,6	5,7
CSU	29	72,4	6,3
SPD	157	31,8	6,7
FDP	56	51,8	3,6
BHE/GB	12	66,7	1,8
DP	11	81,8	1,3
(N=396)			

Tabelle LXV

Dauer zwischen Parteibeitritt und erster Wahl in ein
Parteiführungsamt auf Bundesebene

Partei	Anzahl absolut	mit Informationen über Dauer (in %)	durchschnittliche Dauer (in Jahren)
CDU	131	35,8	9,1
SPD	157	50,3	8,0
FDP	56	42,9	9,6
BHE/GB	11	63,6	3,1
DP	12	58,2	2,3
(N=367)			

Tabelle LXVI

Zeitpunkt Beitritt in spätere Landesministerpartei/
Aufstiegsgeschwindigkeit

Beitritts- jahr spätere Landesmini- ster-Partei	Dauer Wahl in erstes Parteiamt auf (in %): kommunaler Ebene:			Landes Ebene:		
	direkt	nach einem Jahr	nach zwei Jahren	direkt	nach einem Jahr	nach 2-4 Jahren
1945	21,3	25,5	-	12,1	22,7	19,7
1946	-	41,7	23,5	15,2	18,2	15,1

Tabelle LXVII

Zeitpunkt des Beitritts in die Landesministerpartei/
Dauer bis zur Übernahme einer Bundespartei-funktion
nach 1945

Phase des Beitritts in die spätere Landesministerpartei	Anzahl absolut	durchschnittliche Dauer Parteibeitritt nach 1945/ erstes Parteiamt auf Bun- desebene (in Jahren)
1895-1918	11	1,5
1919-1932	36	5,6
1945	40	10,1
1946-1949	47	10,1
1950	12	7,3
1951-1973	18	10,1
(N=164)		

Tabelle LXVIII

Altersstruktur bei erstem Parteibeitritt nach 1945 und
Anteil an Parteigründungsmitgliedern

Alter bei erstem Par- teibeitritt	Anzahl absolut	Anteil an Gründungsmitgliedern nach 1945 (in %)
15-19	46	87
20-29	116	66
30-39	58	59
40-49	48	58
50-68	29	83
(N=297)		

Tabelle LXIX

Aufstiegsgeschwindigkeit von Gründungsmitgliedern in
Parteiämtern auf Landes- und Bundesebene (in %)

Partei-status	Landesebene:			Bundesebene:		
	direkt (N=30)	nach einem Jahr (N=35)	nach zwei Jahren (N=22)	direkt (N=70)	nach einem Jahr (N=25)	nach zwei Jahren (N=16)
Gründungsmit- glied	93,3	77,1	59,1	72,9	92,0	93,8
Nicht-Gründungs- mitglieder	6,7	22,9	40,9	27,1	8,0	6,2
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle LXX

Parteibeitrittsjahr nach 1945 und Anteil der Partei-
wechsler

Beitritts- jahr	Anzahl absolut	Anteil an Partei- wechslern (in %)
1945	118	8
1946	49	14
1947-1949	31	10
1950	18	22
1951-1954	23	22
1955-1962	25	12
(N=264)		

Tabelle LXXI

Landesminister ohne Parteiämter zum Zeitpunkt der Ernennungen

Bundesland	1. Ernennung:			2. Ernennung:			3. Ernennung:		
	Anzahl absolut	nur Mitglied	in %	Anzahl absolut	nur Mitglied	in %	Anzahl absolut	nur Mitglied	in %
Bayern	43	12	28	22	7	32	13	2	15
Nordrhein-Westfalen	59	21	36	33	7	21	12	2	17
Hamburg	54	33	61	35	17	49	19	5	26
Niedersachsen	48	20	42	26	3	12	13	2	15
Hessen	35	7	20	18	2	11	9	-	-
Schleswig-Holstein	43	11	26	24	5	21	15	2	13
Baden-Württemberg	63	28	44	33	9	27	12	2	17
Rheinland-Pfalz	31	6	19	19	2	11	4	1	25
Bremen	44	28	64	30	20	67	18	8	44
	(N=420)	(N=166)	40	(N=240)	(N=72)	30	(N=115)	(N=24)	21

Tabelle LXXIII

Landesminister mit Parteiaktivitäten auf einer bzw. zwei Organisationsebenen zum Zeitpunkt der Ernennung:

1. Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	mit Akt.	in %	Kom La	La Bu	Kom Bu	nur Bu	nur La
Bayern	43	8	19	5	1	-	-	2
Nordrhein-Westfalen	59	14	24	3	3	4	2	2
Hamburg	54	5	10	1	4	-	-	-
Niedersachsen	48	10	21	2	5	1	-	2
Hessen	35	8	23	1	3	-	2	2
Schleswig-Holstein	43	11	26	6	2	-	-	3
Baden-Württemberg	63	9	14	2	3	1	1	2
Rheinland-Pfalz	31	4	13	1	2	-	-	1
Bremen	44	7	16	2	3	2	-	-
(N=420) (N=76)			18	23	26	8	5	14

2. Ernennung

Bayern	22	2	9	1	1	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	33	10	30	4	5	-	-	1
Hamburg	35	6	17	-	3	-	2	1
Niedersachsen	26	10	38	3	5	-	2	-
Hessen	18	3	17	-	2	-	-	1
Schleswig-Holstein	24	7	29	5	2	-	-	-
Baden-Württemberg	33	5	15	1	4	-	-	-
Rheinland-Pfalz	19	7	37	2	3	-	1	1
Bremen	30	2	7	1	1	-	-	-
(N=240) (N=52)			22	17	26	-	5	4

3. Ernennung

Bayern	13	1	7	1	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	12	3	25	-	3	-	-	-
Hamburg	19	6	32	2	3	-	1	-
Niedersachsen	13	2	15	-	1	-	1	-
Hessen	9	2	22	-	2	-	-	-
Schleswig-Holstein	15	3	20	3	-	-	-	-
Baden-Württemberg	12	2	17	-	2	-	-	-
Rheinland-Pfalz	4	1	25	1	-	-	-	-
Bremen	18	3	17	1	2	-	-	-
(N=115) (N=23)			20	8	13	-	2	-

Tabelle LXXIV

Landesminister mit intensiven Parteiaktivitäten zum Zeitpunkt der Ernennung (3 bis 6 Positionen in verschiedenen Gremien gleichzeitig)

1. Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	mit Akti- vitä- ten	in %	Kom La Bu	Kom La	La Bu	Bu	La
Bayern	43	6	14	2	3	1	-	-
Nordrhein-Westfalen	59	12	20	2	5	4	1	-
Hamburg	54	4	7	2	-	1	1	-
Niedersachsen	48	4	8	3	1	-	-	-
Hessen	35	6	17	5	1	-	-	-
Schleswig-Holstein	43	5	12	4	-	1	-	-
Baden-Württemberg	63	11	17	2	4	3	-	2
Rheinland-Pfalz	31	7	23	3	3	1	-	-
Bremen	44	3	7	-	-	3	-	-
(N=420) (N=58)			14	23	17	14	2	2

2. Ernennung

Bayern	22	3	14	-	3	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	33	8	24	4	1	3	-	-
Hamburg	35	4	11	-	-	3	1	-
Niedersachsen	26	6	23	1	-	4	1	-
Hessen	18	3	17	2	-	-	1	-
Schleswig-Holstein	24	4	17	4	-	-	-	-
Baden-Württemberg	33	11	33	4	2	4	1	-
Rheinland-Pfalz	19	4	21	2	1	1	-	-
Bremen	30	3	10	1	-	2	-	-
(N=240) (N=46)			19	18	7	17	4	-

3. Ernennung

Bayern	13	2	15	-	2	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	12	3	25	1	-	2	-	-
Hamburg	19	4	21	1	-	2	1	-
Niedersachsen	13	3	23	-	-	2	1	-
Hessen	9	2	22	1	-	1	-	-
Schleswig-Holstein	15	5	33	3	1	1	-	-
Baden-Württemberg	12	4	33	1	-	2	1	-
Rheinland-Pfalz	4	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	18	1	5	1	-	-	-	-
(N=115) (N=24)			21	8	3	10	3	-

Tabelle LXXV

Aktivitäten in politischen Institutionen 1945 und 1949

Bundesland	I		II		III		IV		V		VI	
	Anzahl absolut	mit Aktivitäten absolut	in %	mit Aktivitäten von den ersten 15 Landesministern	mit einer Aktivität in einem Gremium	mit mehreren Aktivitäten in verschiedenen Gremien	mit mehreren Aktivitäten in Gremien des Bundeslandes	Aktivität nur in Gremien des Bundeslandes	Aktivität im Bundesland und in überregionalen Gremien (Westzonen, Bizone etc.)			
Bayern	43	16	37,2	66,7	11	5	8	13	8		8	
Nordrhein-Westfalen	59	22	37,3	100,0	5	17	9	12	9		9	
Hamburg	54	9	16,7	47,0	2	7	15	6	12		-	
Niedersachsen	48	21	43,7	80,0	6	15	8	10	7		7	
Hessen	35	13	37,1	73,3	8	5	6	8	4		4	
Schleswig-Holstein	43	12	27,9	66,7	2	10	34	9	6		6	
Baden-Württemberg	63	40	63,5	80,0	22	18	10	10	2		2	
Rheinland-Pfalz	31	11	35,5	100,0	5	6	9	10	4		4	
Bremen	44	14	31,8	86,7	5	9	10	10	4		4	
	(N=420)	(N=158)	37,6		(N=66)	(N=92)	(N=109)		(N=49)			

Tabelle LXXV Fortsetzung: Aktivitäten in politischen Institutionen 1945-1949

	VII eingesetzte Landesre- gierung	VIII Aktivitäten nach verfas- sungs- gebende Versamm- lung	IX Gremien, u.a. in: eingesetzter Landtag/ Provin- zialland- tag xx	X Parlamentarischer Rat	XI Bl.-Tri- zonen Rat, Frank- furter Wirt- schafts- Rat	XII Exekutive kommunal
Bayern	5	10	-	3	-	8
Nordrhein-Westfalen	10	-	19	3	6	3
Hamburg	8	-	8	-	-	-
Niedersachsen	9	-	15	3	6	2
Hessen	5	5	-	1	6	-
Schleswig-Holstein	7	-	9	1	3	2
Baden-Württemberg	15	21	21	2	4	-
Rheinland-Pfalz	5	10	-	2	-	-
Bremen	9	11	-	1	3	-
	(N=73)	(N=57)	(N=72)	(N=16)	(N=28)	(N=15)

xx übten z.T. die Funktionen einer verfassungsgebenden Versammlung aus, trugen nur regional unterschiedliche Bezeichnungen.

Tabelle LXXVI

Karriereerfahrung in der Kommunalpolitik (legislative Funktionen): (N=134, 31,9 %)

Untersuchungspersonen mit einer Aktivität in einem Gremium:	Untersuchungspersonen mit zwei Aktivitäten:	Untersuchungspersonen ^x mit drei bis sieben Aktivitäten
Kreis/Bezirkstag: 13	nur in einem Wahlgremium: 18	in einem Wahlgremium mit mehreren Führungsämtern in Fraktionen und Plenum 2
Landkreistag/Landkreisverband u.ä. 2	darunter mit Führungsämtern 7	in zwei verschiedenen Wahlgremien: 9
kommunales Parlament (Stadt-, Gemeindeparlament) 54	Fraktionsvorsitz 3	davon mit mehreren Führungsämtern in Fraktion und Plenum: 7
davon: mit parlamentarischen Führungsämtern 9	Ausschußvorsitz 3	in drei verschiedenen Wahlgremien 11
Fraktionsvors. 5	Ausschußvors./Mitgl. Fraktionsvorstand 1	
stellv. Fraktionsvors. 3	Ausschußvors./stellv. stellv. Parlamentspräs. 1	
Parlamentarpräsident 1	in zwei verschiedenen Wahlgremien aktiv: 25	
(N=69)	Kommunalparl./Kreis-Bezirkstag 15	davon mit mehreren Führungsämtern in Fraktion und Plenum: 9
	Kommunalparl./Landkreisverband 4	(N=22)
	Kommunalparl./Gemeindeverband 1	
	Kreis-Bezirkstag/Landkreisverband 5	
	davon mit Führungsspositionen: 3	
	(N=43)	

x 16 Minister mit drei Aktivitäten, durchschnittliche Dauer der Aktivität, die jeweils am längsten ausgeübt wurde bzw. gemessen an der, über die konkrete Informationen über Beginn und Abgabe vorlagen: 17,2 Jahre, 6 weitere Minister mit 4 bis 7 Aktivitäten, durchschnittliche Dauer der Aktivität 16,5 Jahre.

Tabelle LXXVII

Karrieren in kommunalen Exekutivämtern:

1. Ausschließlich in einer Funktion aktiv

Funktion	Anzahl
Landrat	22
stellv.Bürgermeister (und zugleich Stadträte)	5
Bürgermeister	17
Oberbürgermeister	19
Stadträte/Stadtdirektoren	7
Kreisdirektoren/Kreisräte	2
Regierungspräsidenten	4
	(N=76)

2. Aktivitäten in zwei Exekutivämtern

Bürgermeister/Stadtrat	2
Bürgermeister/Oberbürgermeister	3
Stadtdirektor/Landrat	1
Landrat/Bürgermeister	3
Landrat/Kreisdirektor	1
Oberbürgermeister/Regierungspräsident	2
Oberbürgermeister/Landrat	2
Oberbürgermeister/Stadtrat	1
Bürgermeister/Kreisdirektor	1
	(N=16)

3. Aktivitäten in zwei oder mehreren Exekutivämtern

(keine kontinuierliche Amtszeit) innerhalb von
zwei Legislatur-Perioden

Stadtrat	2
Landrat	2
Oberbürgermeister	1
	(N=5)

Tabelle LXXVIII

Landtagsmitgliedschaften zum Zeitpunkt der jeweils ersten Ernennung(nach Legislatur-Perioden¹)

Anzahl der insgesamt ernannten Minister pro Legislatur-Periode:	Legislatur-Periode:							
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8. ²
Anzahl absolut	141	100	112	87	100	108	99	11
MdL (zum Zeitpunkt der Ernennung)	103	75	93	71	78	86	84	10
in %:	73	75	74	82	79	80	85	91
ohne Mandat ³	38	25	29	16	21	22	15	1
in %:	27	25	26	18	21	20	15	9
MdL-Verlust (Inkompatibilität)	5	14	14	11	10	10	11	10
MdL-Mandat bei Amtsantritt freiwillig niedergelegt	-	-	-	-	1	-	-	-

1 Vgl. die nach Zeitphasen gegliederte Aufstellung bei A. Hess, Zur Parlamentarmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 267.

2 Während des Untersuchungszeitraumes war nur in Bremen bereits die 8. Legislatur-Periode angebrochen, so daß sich diese Ergebnisse nur auf das Bundesland Bremen beziehen. In Bremen gilt Art. 108 der Verfassung: Inkompatibilität zwischen Senats- und Bürgerschaftszugehörigkeit.

3 Vgl. A. Hess, Zur Parlamentarmitgliedschaft ..., a.a.O., S. 268.

Tabelle LXXIX

Inkompatibilität

Anteil derjenigen, die bei jeweils erster Ernennung in der Legislatur-Periode ihr Mandat niederlegen mußten	Legislatur-Periode:							
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8. ^x
(in %):	5	19	15	16	13	12	13	100

^x Während des Untersuchungszeitraumes war nur in Bremen bereits die 8. Legislatur-Periode angebrochen, so daß sich dieses Ergebnis nur auf das Bundesland Bremen bezieht, dort gilt Art. 108 der Verfassung: Inkompatibilität zwischen Senats- und Bürgerschaftszugehörigkeit.

Tabelle LXXX

Landtagserfahrung

Bundesland	Anzahl absolut	mit Land- tags- erfah- rung insge- samt (in %)	Mit Land- tagser- fahrung vor erster Minister- ernennung		Mit Land- tagser- fahrung nach erster Minister ernen- nung		ohne Land- tags- erfah- rung in %
			An- zahl	in %	An- zahl	in %	
Bayern	43	77	31	72,1	2	4,9	23
Nordrhein-Westfalen	59	93	49	83,1	6	9,9	7
Hamburg	54	87	33	61,1	14	25,9	13
Niedersachsen	48	88	39	81,3	3	6,7	12
Hessen	35	91	22	62,9	10	28,1	9
Schleswig-Holstein	43	84	28	65,1	8	18,9	16
Baden-Württemberg	63	87	47	74,6	8	12,4	13
Rheinland-Pfalz	31	94	24	77,4	5	16,6	6
Bremen	44	82	32	72,7	4	9,3	18
(N=420)		87	(N=305)	72,6	(N=60)	14,4	13

Tabelle LXXXI

Landtagszugehörigkeit ohne Führungsfunktionen (Typ 1)

Bundesland	Anzahl absolut	mit Landtagser- fahrung		nur MdL, ohne Führungsfunk- tionen		durchschnitt- liche Zuge- hörigkeit zum Landtag ^x (in Jahren)	am 31.12. 1973 im Amt ⁺
		Anzahl absolut	in %	Anzahl absolut	in % von denen mit MdL- Erfahrung		
Bayern	43	33	77	10	30	9,8	2
Nordrhein-Westfalen	59	55	93	17	31	5,6	2
Hamburg	54	47	87	19	40	8,3	1
Niedersachsen	48	42	88	15	36	6,4	-
Hessen	35	32	91	15	47	7,6	4
Schleswig-Holstein	43	36	84	15	42	5,3	3
Baden-Württemberg	63	55	87	26 ^{xx}	47	5,1	2
Rheinland-Pfalz	31	29	94	11	38	6,0	2
Bremen	44	36	82	17 ^{xxx}	47	2,3	-
	(N=420)	(N=365) ⁺⁺	87	(N=145)	39,7		

x Berechnet auf der Grundlage der 305 Minister, die vor ihrer ersten Ernennung Landtagsmitglieder waren.

xx Davon 2 Minister mit KI über Dauer der Landtagszugehörigkeit

xxx Davon ein Minister mit KI über Dauer der Landtagszugehörigkeit

+ D.h., daß durchschnittlich errechnete Landtagszugehörigkeit in den Bundesländern, in denen zum Stichtag der Untersuchung Landesminister noch Landtagsmitglieder waren, noch höher ist.

++ Darunter sind auch die 60 Politiker, die erst nach erster Berufung ins Landes-kabinet Landtagsmandate wahrnahmen.

Tabelle LXXXII

Minister mit einer Landtagsaktivität (Typ 2)

Bundesland	Anzahl absolut	Art der parlamentarischen Aktivität:							
		Parl.-stell- Präsi- dent	stell- vertre- tender Aus- schuß- vors.	Aus- schuß- vors.	stell- ver- treten- der Frak- tions- vors.	Mitgl. Frak- tions- vor- stand	stell- ver- tre- tender Parl.- Präsi- dent	Frak- tions- vors.	parl. Geschäfts- führer
Bayern	6	1	2	2	1	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	9	-	-	2	-	3	1	1	-
Hamburg	15	-	-	6	1	2	1	1	2
Niedersachsen	7	-	-	1	2	1	-	2	-
Hessen	3	1	-	-	1	1	-	-	-
Schleswig-Holstein	9	-	1	1	-	-	-	5	-
Baden-Württemberg	11	-	1	6	1	-	-	3	-
Rheinland-Pfalz	5	-	-	-	-	1	-	3	-
Bremen	11	-	1	3	1	-	1	1	-
(N=76)									

Tabelle LXXXII Fortsetzung: Minister mit einer Landtagsaktivität (Typ 2)

Bundesland	MdL ^x zu verschie- denen Legisla- tur- Perioden	durchschnittliche MdL Zugehörig- keitsdauer	am 31.12.1974 im Amt
Bayern	-	15,2	3
Nordrhein-Westfalen	2	9,8	2
Hamburg	2	12,3	3
Niedersachsen	1	10,3	2
Hessen	-	13,7	-
Schleswig-Holstein	2	11,6	1
Baden-Württemberg	-	10,8	2
Rheinland-Pfalz	1	10,8	1
Bremen	4	8,1	-

x Diese 12 Untersuchungspersonen hatten längere Unterbrechungen in ihrer parlamentarischen Landtagskarriere gemeinsam, sie saßen in verschiedenen Legislatur-Perioden im Landtag und bekleideten innerhalb der Fraktion informelle Ämter ("Sprecher spezifischer Sachgebiete", Arbeitskreis-koordinatoren u.ä.).

Tabelle LXXXIII

Minister mit Landtagskarrieren (Typ 3)

Bundesland	Anzahl absolut	Art der parlamentarischen Ämter:									
		Frak- tions- schuß- Vors.	nur Aus- schuß Vors.*	Aus- schuß Vors.*	Frak- tions- Vors.	stellv. Frak- tions- Vors.	Frakt. + Aus- stellv. Vors.	stellv. Aus- schuß- Vors.*	Mitgl.-Frak- tionsvor- stand + Aus- schußvors. oder Stellv.		
Bayern	8	3	-	-	3	1	-	1	-	1	-
Nordrhein-Westfalen	12	-	1	1	-	1	1	-	-	-	2
Hamburg	9	-	1	1	-	2	-	-	-	-	1
Niedersachsen	9	-	1	1	-	-	-	-	-	-	2
Hessen	5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	8	1	-	-	-	-	-	1	-	1	1
Baden-Württemberg	8	-	1	1	1	-	-	-	-	-	2
Rheinland-Pfalz	6	1	1	1	-	-	-	-	-	-	1
Bremen	5	-	1	1	1	1	-	1	-	1	-

(N=70)

x mindestens für die Dauer von 2 Legislatur-Perioden

Tabelle LXXXIII Fortsetzung: Minister mit Landtagskarrieren (Typ 3)

Bundesland	Mitgl. Frakt.- vorstd. x	Frak- tions- vors. x	Mitgl. Frakt.- vorstd. + stellv. Parlaments-Prä- sident	Mitgl.-Frakt. vorstd. + Frakt.-Vors. + stellv. Parlaments- Präsident	Frakt.-Vors. oder stellv. + stellv. Parlaments- Präsident	stellv. Frakt.- Vors. + Frakt.- Vorsitzender
Bayern	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	5	1	1	-	-	-
Hamburg	-	-	2	1	1	1
Niedersachsen	2	-	-	2	-	1
Hessen	-	1	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	1	1	-	-	-	-
Baden-Württemberg	-	1	-	-	1	-
Rheinland-Pfalz	-	2	-	-	-	1
Bremen	-	1	-	-	-	-

Tabelle LXXXIII Fortsetzung: Minister mit Landtagskarrieren (Typ 3)

	Mitgl.Frakt.- vorstand + stellv.Frakt.- Vorsitzender	Fraktions- Vorsitzen- der + stell-Parl. vertretenderPräsident Ausschußvor- sitzender	Aus.-Vors. + stellv. Frakt.- Vors.+ Aus- schuß- Vors.	durch- schnitt- liche Landtags- zugehörig- keit (in Jahren)	am 31.12.1974 im Amt
Bayern	-	-	-	19,4	4
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	15,0	3
Hamburg	-	-	-	15,8	3
Niedersachsen	1	-	-	14,7	5
Hessen	-	2	1	12,0	2
Schleswig-Holstein	1	-	2	10,0	4
Baden-Württemberg	-	-	1	13,1	2
Rheinland-Pfalz	-	-	-	11,8	2
Bremen	-	-	-	10,6	1

(N= 26)

Tabelle LXXXIV

Minister mit intensiver Landtagskarriere (Typ 4)

Bundesland	Anzahl absolut	Führungsfunktionen in parlamentarischen Gremien:						am 31. 12. 1973 im Amt
		nur Aus- schüsse	Aus- schüsse/ Frak- tions- spitze (Vors., stellv. Vors.)	Aus- schüsse/ Parl. Präsi- dium	Aus- schuß/ Frak- tions- vor- stand	nur Frak- tions- spitze	durch- schnitt- liche Dauer Land- tagszu- gehö- rigkeit	
Bayern	3	1	2	-	-	-	20,3	1
Nordrhein-Westfalen	7	-	1	1	4	1	10,9	1
Hamburg	3	-	3	-	-	-	13,0	1
Niedersachsen	6	-	2	-	2	1	16,0	3
Hessen	3	1	1	-	-	1	16,0	1
Schleswig-Holstein	4	-	1	1	1	1	16,8	1
Baden-Württemberg	3	-	3	-	-	-	18,7	1
Rheinland-Pfalz	7	-	3	3	1	-	15,0	5
Bremen	2	1	1	-	-	-	x	

(N=38)

(N=14)

x nicht berechnet, da nur zwei Minister Berechnungsgrundlage

Tabelle LXXXV

Minister mit extremen intensiven Landtagskarrieren (Typ 5)
(5-8 Führungsämter während der Landtagszugehörigkeit)

Bundesland	Anzahl absolut	Führungsfunktionen in parlamentarischen Gremien:						am 31.12. 1973 im Amt
		Frak- tions- spitze/ Aus- schüsse/ Parl.- Präsd.	Frak- tions- spitze/ Aus- schuß	Frak- tions- spitze/ Parl. Präsd.	Frak- tions- vor- stand/ Aus- schuß	nur Frak- tions- spitze	durch- schnitt- liche Dauer MDL-Zuge- hörigkeit (in Jahren)	
Bayern	6	2	2	2	-	-	23,0	3
Nordrhein-Westfalen	10	1	6	-	3	-	17,3	7
Hamburg	1	-	1	-	-	-	-	-
Niedersachsen	5	4	-	-	1	-	22,1	1
Hessen	6	1	3	-	2	-	16,5	4
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	7	2	2	1	1	1	18,7	3
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	1	-	-	-	-	-
(N=36)								(N=18)

Tabelle LXXXVIII

Landesminister mit einem Führungsamt im Bundestag

Anzahl absolut	Funktionen im Bundestag:							als MdB ^x in Europ. Institu- tionen
	Aus- schuß-Aus- sitz vor- sitz	Frak- tions- vor- sitz	Frak- tions- vor- sitz	Mitgl. Parl. Frak- tions- vor- stand	Ge- schäfts- führer/ Arbeits- kreis- vors.			
Bundesland								
Bayern	1	-	-	-	-	-	-	1
Nordrhein-Westfalen	5	2	-	1	1	1	1	-
Hamburg	2	-	-	1	2	1	-	-
Niedersachsen	4	-	1	-	1	1	-	-
Hessen	2	-	-	-	1	-	-	1
Schleswig-Holstein	1	1	-	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	4	-	1	-	1	2	-	-
Rheinland-Pfalz	2	-	-	-	-	1	-	1
Bremen	1	-	-	-	-	-	1	-
(N=22)								

x WEU, Nato-Rat, Europ.Parlament etc.

Tabelle LXXXIX

Landesminister mit einer Funktion im Exekutivbereich
auf Bundesebene

Funktion und Bereich	Anzahl
Bundesminister	6
(1 Verkehr	
2 Bundesangelegenheiten/Bundesrat	
1 zur besonderen Verwendung	
1 Wissenschaft/Forschung	
1 Bauwesen/Wiederaufbau/ Wohnungswesen)	
Bundesbankvizepräsident	1
Bundesausgleichsamt	1
parlamentarischer Staatssekretär (Verteidigung)	1
Bundeskanzler	1
Mitglied/Vorsitzender einer Regierungskommis- sion bei einem Bundesministe- rium	16
Diplomaten	5
Staatssekretäre (Finanzen, Wirtschaft)	2
Ministerialdirektor (Bundesangelegenheiten/ Bundesrat)	1
Ministerialrat (Bau/Wohnungswesen/Landes- planung)	1
	(N=35)

Tabelle XC

Minister mit Karrieren in der Bundesexekutive

Positionsequenzen	Anzahl	Landesminister in Bundesland
Bundesminister - Bundespräsident (1 Ernährungs/Landwirtschaft/Forsten - Bundespräsident 1 Inneres/Justiz - Bundespräsident)	2	2 Nordrhein-Westfalen
Staatssekretär (Flüchtlinge/Heimatvertr./Kriegsgesch.- dann Post/Fernmeldewesen)	1	1 Nordrhein-Westfalen
Bundesminister (Verteidigung-Flüchtlinge/Heimatvertr./Kriegsgesch. Wohnungswesen-Justiz Wirtschaft-Wirtschaft/Finanzen Verteidigung-Finanzen/Wirtschaft-Finanzen Bau/Wohnungswesen-Verkehr-Bau/Wohnungswesen/Verkehr/Post/Fernmeldewesen)	5	1 Schleswig-Holstein 2 Hamburg 1 Hessen 1 Rheinland-Pfalz
Ministerialrat-Ministerialdirektor (Familie-Schule/Erziehung)	1	1 Schleswig-Holstein
Mitgl./Vorsitzender einer Regierungskommission (Wissenschaft-Volksbildung/Schule/Erziehung)	1	1 Rheinland-Pfalz
	(N=10)	(N=10)

Tabelle XCI

Legislative Positionen zum Zeitpunkt der ersten
Kabinettsberufung (Typ 1)

Bundesland	Anzahl absolut	mit Mandat		ohne parlamenta- risches Amt	
		An- zahl	in %	Anzahl	in %
Bayern	43	29	67	14	33
Nordrhein-Westfalen	59	49	83	10	17
Hamburg	54	36	67	18	33
Niedersachsen	48	40	83	8	17
Hessen	35	24	70	11	30
Schleswig-Holstein	43	30	70	13	30
Baden-Württemberg	63	50	80	13	20
Rheinland-Pfalz	31	27	87	4	13
Bremen	44	32	73	12	27
	(N=420)	(N=317)	75,5	(N=103)	24,5

Tabelle XCII

Parlamentarische Funktionen bei erster Kabinettsberufung (Typ 2)

Bundesland	Anzahl absolut	Landtag:		Präsidial- vors. Vors.	Prakt. vors./ stand/ Parl. Ge- schäfts- führer	Parla- ments- präsi- dial- vors. stellv. Vors.	Kommunal- Parlament: nur mit Man- dat- träger ge- ben	Bundestag: nur mit Füh- rungs- Funk- tionen
		nur Mdl	Frakt. vors./ Vors.					
Bayern	27	16	5	-	-	6	-	-
Nordrhein-Westfalen	26	18	-	2	1	2	1	-
Hamburg	34	16	7	3	1	4	-	2
Niedersachsen	29	18	4	3	-	1	-	-
Hessen	14	9	3	-	-	1	-	1
Schleswig-Holstein	17	9	3	-	-	2	-	-
Baden-Württemberg	34	20	3	1	-	3	2	2
Rheinland-Pfalz	15	8	3	-	-	1	-	-
Bremen	28	19	2	-	1	3	1	-
(N=224)		133	30	9	3	23	8	5

Tabelle XCIII

Starke parlamentarische Aktivitäten bei erster Kabinettsberufung (Typ 3)

Bundesland	Anzahl absolut	MdL und Kommunal/ Kreisparlament	MdL/MdB	Kommunal/ Kreisparlament MdB	MdL mit zwei Füh- rungs- ämtern	MdB mit zwei Füh- rungs- ämtern
Bayern	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	15	7 (3 ohne Ämter, 2 MdL-Ämter, 1 Kom.-Ämter, 1 in beiden)	1 (in beiden Grem. Ämter)	2 (mit Kom. Ämtern)	5	-
Hamburg	1	-	-	-	1	-
Niedersachsen	5	1 (ohne Ämter)	1 (ohne)	-	3	-
Hessen	5	2 (ohne Ämter)	-	1 (mit Kom.-Ämtern)	2	-
Schleswig-Holstein	8	5 (1 in beiden mit Ämtern)	1 (MdL- Ämter)	-	-	-
Baden-Württemberg	9	6 (2 MdL Ämter, 2 in beiden)	-	1 (ohne)	1	1
Rheinland-Pfalz	8	5 (1 MdL-Ämter, 1 in beiden)	1 (MdL- Ämter)	1 (ohne)	1	-
Bremen	4	-	-	-	3	1
(N=55)	(N=26)	(N=4)	(N=5)	(N=18)	(N=2)	

Tabelle XCIV

Kabinettsberufungen aus intensiver parlamentarischer
Karriere (Typ 4)

Bundesland	Anzahl absolut	nur MdL mit ver- schie- denen Füh- rungs- ämtern	Kom.- Parl. MdL	MdB MdL	MdB Kom. Parl.	MdB MdL Kom. Parl.	Kom. Parl. Kreis- Parl. MdB MdL
Bayern	2	1	-	1	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	8	3	2	1	2	-	-
Hamburg	1	1	-	-	-	-	-
Niedersachsen	6	2	2	-	2	-	-
Hessen	5	-	3	-	2	-	-
Schleswig-Holstein	5	-	2	-	1	-	2
Baden-Württemberg	7	-	3	-	3	1	-
Rheinland-Pfalz	4	1	3	-	-	-	-
Bremen	-	-	-	-	-	-	-
(N=38)							

Tabelle XCV

Parlamentarische Aktivitäten zum Zeitpunkt der zweiten
Ernennung

Bundesland	Anzahl absolut	Anzahl mit zwei Ernen- nungen	nur MdL	MdL mit Funk- tion	MdB	Kom.- Parl.	MdL und Kom.- Parl.	MdL Kom.- Parl. Kreis- Parl.
Bayern	43	19	15	4	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	59	25	20	-	-	-	4	1
Hamburg	54	31	31	-	-	-	-	-
Niedersachsen	48	24	22	-	-	1	-	1
Hessen	35	17	17	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	43	22	19	-	1	-	-	2
Baden-Württemberg	63	25	20	-	-	2	-	3
Rheinland-Pfalz	31	17	17	-	-	-	-	-
Bremen	44	4	1	-	2	-	-	1
(N=420)		(N=184)	(N=162)	(N=3)	(N=4)	(N=8)		
		(N=4)		(N=3)				

Tabelle XCVI

Exekutivämter zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung

Bundesland	Anzahl mit Exeku- tiv- Ämtern	Landeska- binett (von Besatz. eingesetzt) Anzahl	Stadt- rat	Land- rat	OBM/ BM	Regie- rungs- präsi- dent	Stadt-/ Kreis- direk- tor	Bun- des- mi- ni- ster	mit zwei Exekutiv- ämtern
Bayern	11	4	1	6	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	21	8(9) ^x	1	3	7(8) ^x	1	-	-	BM/LaMin einges.
Hamburg	7	7	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	15	7(8) ^x	-	1	3(4) ^x	-	2	1	BM/Lamin. einges.
Hessen	14	4	2	1	6	1	-	-	-
Schleswig-Holstein	15	6	1	5(7) ^x	1(3) ^x	-	-	-	2x BM/Lamin einges.
Baden-Württemberg	21	14(15) ^x	-	3	2(4) ^x	-	(1) ^x	-	BM/Lamin einges.; BM/ Krs.-direktor
Rheinland-Pfalz	9	5	-	-	2	2	-	-	-
Bremen	10	9	1	-	-	-	-	-	-
(N=123)		64(67)	6	19(21)	21(27)	4	2(3)	1	6

^x zugleich noch eine weitere Exekutiv-Funktion, siehe Spalte: "mit zwei Exekutivämtern"

Tabelle XCVII

Sonstige politische Positionen zum Zeitpunkt der ersten Kabinettsberufung

Bundesland	Anzahl absolut	Staatssekretär	Ministerial- rat	Ministerial- direktor	sonst. A 16 ff, Diplomat	Landes- beauf- tragter
Bayern	19	17	-	1	1	-
Nordrhein-Westfalen	6	2	-	2	2 (davon 1 auf Bundesebene)	-
Hamburg	5	1	-	1	2 (davon 1 auf Bundesebene)	1
Niedersachsen	3	2	-	-	1 (auf Bund.)	-
Hessen	7	2	2	3 (davon 1 auf Bund.)	-	-
Schleswig-Holstein	6	2 (davon 1 auf Bund.)	-	1 (auf Bund.)	1 (auf Bund.)	2
Baden-Württemberg	7	1	1	4 (davon 1 auf Bund.)	-	1
Rheinland-Pfalz	4	4	-	-	-	-
Bremen	2	2	-	-	-	-
	(N=59)	(N=33)	(N=3)	(N=12)	(N=7)	(N=4)

Tabelle XCVIII

Aufstiegsgeschwindigkeit im Landtag (gemessen an der
Dauer zwischen erster Wahl in den Landtag und erster
Kabinettsberufung)

Anzahl ^x	Anzahl Jahre	% von 420
103	0	24,5 - (Wahl in den Landtag und
21	1	5,0 Kabinettsberufung fällt
16	2	3,5 unmittelbar zusammen)
10	3	2,4
33	4	7,9
15	5	3,6
13	6	3,1
13	7	3,1
24	8	5,7
11	9	2,6
9	10	2,1
2	11	0,5
18	12	4,3
2	13	0,5
3	14	0,7
1	15	0,2
3	16	0,7
2	17	0,5
2	18	0,5
2	19	0,5
1	20	0,2
1	22	0,2
1	24	0,2
54	entfällt (keine Messung möglich) ^{xx}	12,9
60	entfällt (zuerst Kabinettsberufung dann Wahl in Landtag)	14,3

^x Wie weiter oben ausgeführt, sind bei 365 Landesministern Landtagszugehörigkeiten festgestellt worden, da H.Hemsath sowohl dem nordrhein-westfälischen wie dem hessischen Landtag angehörte, berechnete der Computer 366 mal die Aufstiegsgeschwindigkeit, da ein und dieselbe Person über zwei Aufstiegsgeschwindigkeiten berichtete.

^{xx} bzw. nicht MdL gewesen.

Tabelle XCIX

Dauer und Art der Parteibindung/parlamentarische
Aufstiegsgeschwindigkeit nach 1945

Parteipolitische Ausrichtung (vor 1933- nach 1945)	Anzahl absolut	erst Land- desmi- nister, dann MdL	nicht MdL gewe- sen, ent- fällt	Mit Informatio- nen über Auf- stiegsgeschwin- digkeit		durch- schnitt- liche Dauer (in Jahren)
				Anzahl	in %	
Konstanz	103	20	10	73	(70,9)	3,8
ähnlich	81	8	4	69	(85,2)	2,8
Wechsel: von rechts nach links	15	3	2	10	(66,7)	4,4
Wechsel: von links nach rechts	7	-	1	6	(85,7)	4,3
fluktuierend	6	-	2	4		KI
erstes partei- politisches Engagement erst nach 1945	199	27	33	139	(69,8)	5,9
(N=411)		(N=58)	(N=52)	(N=301)		

Tabelle C

Aufstiegsdauer aus der Kommunalpolitik ins Landeskabinett
und Dauer der Qualifizierung im Landtag

Anzahl absolut	Dauer (in Jahren) zwischen erster Übernahme eines kommunalen Wahlamtes - er- ster Kabinettsberufung	Dauer (in Jahren) zwischen erster Wahl in den Land- tag - erster Kabinetts- berufung
15	1	0,7
16	2	0,8
6	3	1,5
9	4-5	3,7
11	6	4,8
11	7	4,2
19	8-10	6,4
24	11-14	8,2
20	15-24	10,7

(N=131)

Tabelle CI

Historische Phase erster Parteibeitritt, kommunalpolitisches Engagement und parlamentarische Aufstiegs-
geschwindigkeit

historische Phase erster Parteibei- tritt	Anzahl absolut	davon mit kommunalem Wahlamt nach 1945 (in %)	parlamentarische Aufstiegs- geschwindigkeit: Dauer (in Jahren) erste Wahl in ein kommunales Wahlamt - erste Kabinettsberufung
Kaiserreich	30	23,3	5,3
Weimar	133	36,8	5,8
NS-Reich	12	25,0	7,3
Nachkriegs- deutschland	232	41,0	9,0
(N=407)			

Tabelle CII

Historische Phase erster Parteibeitritt, Landtagserfahrung
und -aufstiegsgeschwindigkeit

historische Phase erster Partei- beitritt	Anzahl absolut	erst Kabi- netts- mit- glied, dann MdL	nie MdL ge- we- sen	mit Landtagser- fahrung vor erster Kabinetts- berufung	Anzahl	in %	Aufstiegs- geschwindig- keit im Landtag: erste Wahl in Landtag - erste Kabi- nettsberufung (in Jahren)
Kaiserreich	30	2	4	24	80,0	1,0	
Weimar	133	21	10	102	76,7	3,4	
NS-Reich	12	3	-	9	75,0	3,0	
Nach 1945	232	32	36	164	70,7	6,0	

(N=407) (N=58) (N=50) (N=299)

Tabelle CIII

Landesminister mit einer Amtsabgabe (nach Bundesländern)

Bundesland	mit einer Amtsabgabe Anzahl absolut	Zeitpunkt der Amtsabgabe:			Während laufender Legislatur- Periode:		
		Ende der Anzahl absolut	letzter absolut Abgang	Legisla- tur-Peri- ode: keine Unter- bre- chung der Kar- riere	letzter absolut Abgang	Unter- bre- chung der Kar- riere	keine Unter- bre- chung
Bayern	34	18	4	1	16	4	6
Nordrhein-Westfalen	51	22	5	-	29	1	11
Hamburg	46	27	14	-	19	-	12
Niedersachsen	40	9	7	-	31	1	12
Hessen	28	13	13	-	15	-	3
Schleswig-Holstein	35	12	10	2	23	1	4
Baden-Württemberg	53	29	26	-	24	-	1
Rheinland-Pfalz	23	11	11	-	12	-	2
Bremen	35	17	14	-	18	-	2
(N=345)		(N=158)	(N=104)	(N=3)	(N=187)	(N=7)	(N=53)

Tabelle CIV

Modus der ersten Amtsabgabe zum Zeitpunkt des Endes
einer Legislatur-Periode

Modus der ersten Amtsabgabe	Anzahl absolut	Unterbre- chung der Karriere	keine Un- terbre- chung	erster Ab- gang zu- gleich letzter Abgang
eigne Partei wird Opposition ¹	70	1	20	49
Ressort entfällt	6	-	1	5
Partei nominiert anderen	18	2	3	13
Übernahme ² einer gleich- rangigen Position	18	-	16	2
freiwilliger Rücktritt (z.B. Gesundheit)	19	-	1	18
freiwilliger Rücktritt (bessere Posit.) ³	6	-	2	4
Rücktritt wurde erzwun- gen/Amtsenthörung	1	-	-	1
Tod	1	-	-	1
Ressort wird besetzt von anderer Partei ⁴	10	-	2	8
Abgabe durch Ende der Legislatur-Periode (keine weiteren Info.)	9	-	6	3
	(N=158)	(N=3)	(N=51)	(N=104)

¹ auch wenn die Partei der Untersuchungsperson während der Legislatur-Periode die Koalition verläßt oder wenn die Partei der Untersuchungsperson nicht mehr in den Landtag kam.

² Ressortwechsel sowie Übernahme einer höherrangigen politischen Position (MdB, Bundesminister u.ä.)

³ in Politik, Wirtschaft, Verbandswesen etc.

⁴ Partei der Untersuchungsperson bleibt in der Regierung, das betreffende Ressort wird jedoch durch eine andere Partei besetzt

Tabelle CV

Modus der ersten Amtsabgabe während einer laufenden
Legislatur-Periode

Modus der ersten Amtsabgabe	Anzahl absolut	Unterbre- chung der Karriere	keine Un- terbre- chung	erster Abgang zugleich letzter Ab- gang
eigne Partei wird Opposition	50	4	9	37
Ressort entfällt	2	-	-	2
Partei nominiert anderen	11	-	2	9
Übernahme einer gleich- rangigen Position	34	1	33	-
freiwilliger Rücktritt (Gesundheit)	18	-	1	17
freiwilliger Rücktritt (bessere Posit.)	30	-	3	27
Rücktritt erzwungen/ Amtsenthebung	25	2	4	19
Tod	12	-	-	12
Ressort wird besetzt von anderer Partei	5	-	1	4
	(N=187)	(N=7)	(N=53)	(N=127)

Tabelle CVI

Zeitpunkt der 2. Amtsabgabe

Bundesland	Anzahl absolut	Zeitpunkt: Ende der Legislatur- Periode		während laufender Legislatur-Perio- de		
		letz- ter Ab- gang	keine Unter- bre- chung der pol. Karriere	letz- ter Ab- gang	keine Unter- bre- chung der pol. Kar- riere	Unter- bre- chung der pol. Kar- riere
Bayern	12	1	6	3	1	1
Nordrhein-Westfalen	15	4	4	5	-	2
Hamburg	22	11	3	4	4	-
Niedersachsen	14	6	1	2	5	-
Hessen	3	1	1	-	1	-
Schleswig-Holstein	7	2	-	3	2	-
Baden-Württemberg	4	-	-	2	2	-
Rheinland-Pfalz	2	1	-	1	-	-
Bremen	2	2	-	-	-	-
(N=81)		(N=28)	(N=15)	(N=20)	(N=15)	(N=3)

Tabelle CVII

Modus der zweiten Amtsabgabe

Modus der Amtsabgabe	Zeitpunkt: am Ende einer Legislatur- Periode	während einer Legislatur- Periode
eigene Partei wird Opposition	17	2
Ressort entfällt	3	1
Partei nominiert anderen	4	2
Übernahme einer gleich- rangigen Posit.	3	14
Freiwilliger Rücktritt (Gesundheit)	6	7
Freiwilliger Rücktritt (bessere Position)	2	5
Rücktritt wurde erzwungen (Amtsenthebung)	1	6
Tod		1
Ressort wird besetzt von anderer Partei	3	-
Abgabe durch Ende der Legis- latur-Periode (keine weiteren Info.)	4	-
	(N=43)	(N=38)

Tabelle CVIII

Durchschnittliche Lebensdauer nach Abgang

Alter bei letztem Abgang	Durchschnittliche Lebensdauer nach Abgang (in Jahren)
41-49	17,0
50-59	12,3
60-69	9,2
70-82	8,2

Tabelle CIX

Jahr des letzten Kabinettsabganges

Jahr des letzten Abganges	Anzahl absolut	in %
1947	5	1,5
1948	20	6,0
1949	18	5,4
1950	23	6,9
1951	16	4,8
1952	15	4,5
1953	13	3,9
1954	9	2,7
1955	12	3,6
1956	10	3,0
1957	23	6,9
1958	14	4,2
1959	12	3,6
1960	10	3,0
1961	6	1,8
1962	9	2,7
1963	9	2,7
1964	7	2,1
1965	8	2,4
1966	26	7,9
1967	10	3,0
1968	5	1,5
1969	12	3,6
1970	15	4,5
1971	13	3,9
1972	8	2,4
1973	4	1,2
(N=332)		100,0

Tabelle CX

Zeitpunkt und Modus des letzten Kabinettsabganges

(332 (79 %) der insgesamt 420 Untersuchungspersonen ausgewertet)

Zeitpunkt: Ende einer Legislatur-Periode

Modus der letzten Amtsabgabe	Anzahl absolut	in % von 332
Partei wird Opposition	77	23
Ressort entfällt	8	2
Partei nominiert anderen	24	7
Freiwilliger Rücktritt (Gesund- heit)	26	8
Freiwilliger Rücktritt (bessere Position)	10	3
Rücktritt erzwungen	2	1
Ressort wird besetzt von anderer Partei	13	4
(N=160)		48

Zeitpunkt: während einer laufenden Legislatur-Periode

Modus der letzten Amtsabgabe	Anzahl absolut	in % von 332
Regierungssturz	45	14
Kabinettsreorganisation	17	5
Abwahl (Ministerpräsident)	1	-
Freiwilliger Rücktritt (Gesundheit)	28	8
Freiwilliger Rücktritt (bessere Position)	33	10
Tod im Amt	16	5
Rücktritt erzwungen	32	10
(N=172)		52

Tabelle CXI

Anzahl der Abgangsbereiche nach letztem Kabinettsabgang

Bundesland	Anzahl absolut	Anzahl der Abgangsbereiche:		
		1 Bereich	2 Bereiche	3 Bereiche
Bayern	33	25	5	3
Nordrhein-Westfalen	49	19	23	7
Hamburg	40	21	16	3
Niedersachsen	39	13	23	3
Hessen	27	12	15	-
Schleswig-Holstein	35	13	19	3
Baden-Württemberg	52	29	18	5
Rheinland-Pfalz	23	11	11	1
Bremen	31	16	10	5
(N=329)		(N=159)	(N=140)	(N=30)

Tabelle CXII

Abgangsbereiche

Bundesland	Anzahl absolut	Ruhe-Parla- stand, ment/ Pen- Poli- sion, tik Tod in %					Öffent-Kunst/ liche Kul- Unter- tur/ nehmen Wis- sen- schaft in %			Priv. Wirt- schaft/ RA in %			Ver- Ver- band/wal- auch tung Ge- (auch werk. Ju- stiz in %			Parla- ment + Wirt- schaft (priv. + öffentl., Verbän- de) in %		Parla- ment + Wiss. (Uni, Ver- band) in %	
		in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Bayern	33	30	30	3	9	6	4	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Nordrhein-Westfalen	49	16	29	4	2	12	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Hamburg	40	20	28	2	-	10	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Niedersachsen	39	13	30	2	-	10	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Hessen	27	-	59	7	-	-	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Schleswig-Holstein	35	14	29	3	3	8	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Baden-Württemberg	52	13	31	2	2	4	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Rheinland-Pfalz	23	14	35	4	-	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Bremen	31	35	10	7	-	22	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
(N=329)																			

LITERATURVERZEICHNIS

A. Monographien

M. Aiken/P. Mott (eds.) The Structure of Community Power, New York 1970

R.D. Alba/Ch. Kadushin, The Construction of Sociograms by Computer Methods. Mimeo. New York, 1970

G. Albrecht, Soziologie der geographischen Mobilität. Zugleich ein Beitrag zur Soziologie des sozialen Wandels, Stuttgart, 1972

G. Almond/J.S. Coleman, The Politics of Developing Areas, Princeton 1960

G.A. Almond/S. Verba, The Civic Culture, Princeton 1963

A. Ammon, Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden. Die amerikanische "Community-power"-Forschung und das Problem ihrer Rezeption in Deutschland, Soziologische Abhandlungen, Heft 8, Berlin 1967

E. Banfield, Political Influence, New York, 1961

J.D. Barber, The Lawmakers, New Haven/London 1966

J.D. Barber, Power in Communittees, Chicago 1966

V. Gräfin v. Bethusy-Huc, Die soziologische Struktur deutscher Parlamente, Bonn, 1958

V. Gräfin v. Bethusy-Huc, Das politische Kräftespiel in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1965

K.v. Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik, München 1971

R. Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971

T.B. Bottomore, Elites and Society, New York 1965

J. Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948

D.W. Busch, Berufliche Wertorientierung und berufliche Mobilität, Stuttgart 1973

D. Butler/D. Stokes, Political Change in Britain, Forces Shaping Electoral Choice, London 1970

A. Chapman, The higher Civil service in Britain, Constable, 1970

R.L. Cruikshanks, The Recruitment of political Elites in West and East Germany: A Comparative Analysis. Ann Arbor (Michigan) USA 1968

R.A. Dahl, Ch.E. Lindblom, Politics, Economics and Welfare, New York 1953

R.A. Dahl, Who Governs, New Haven 1961

R.A. Dahl, A Preface to Democratic Theory, Chicago 1956

R. Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957

R. Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, Zur Soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961

R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland München 1965

E. Dawson, K. Prewitt, Political Socialization, Boston 1969

L.A. Denter, Elite and Specialized Interviewing, Evanston III, Northwestern University Press 1970

K.W. Deutsch/L.J. Edinger, Germany Rejoins the Power, Stanford 1952

K.W. Deutsch/L.J. Edinger, R. Macridis, France Germany and the Western Alliance, New York 1968

K.W. Deutsch, The Nerves of Government: Models, Political Communication and Control, New York, Free Press 1966

J.-P. N'Diaye, Elites Africaines et Culture Occidentale - Assimilation ou Resistance? Paris 1969

G.J. DiRenzo, Personality, Power and Politics: A Social Psychological Analysis of the Italian Deputy and His Parliamentary System, Notre Dame 1968

H.P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur, Eine soziologische Begriffsanalyse, Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, Bd. 6, Stuttgart 1962

P. Drewe, Ein Beitrag der Sozialforschung zur Regional- und Stadtplanung, Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie, Bd. 7, Meisenheim a.G. 1968

M. Duverger, Political Parties, New York 1963

R. Ebbighausen, Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, Berlin 1969

L.J. Edinger, Kurt Schumacher - Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967

L.J. Edinger, Political Leadership in Industrial Societies, New York 1967

L.J. Edinger, Decisions and Decision-Makers in the Modern State, Paris 1967

S.J. Eldersveld, Political Parties, A behavioral Analysis, Chicago 1964

E. Enke, Oberschicht und politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Bern, Frankfurt a.M. 1974

L.D. Epstein, Political Parties in Western Democracies New York 1969

Th. Eschenburg, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Bd. I, 2. Aufl. München 1967

T.J. Fararo/H.Sunshine, A Study of a Biased Friendship Net. Syracuse University, Youth Development Center, 1964

M.R. Fogarty/R. Rapoport, Sex, Career and Family, London 1971

W.H. Form, D.C. Miller, Industry, Labor and Community New York 1960

L.C. Freeman/Th.J. Fararo/W. Bloomberg Jr/M.H.Sunshine, Metropolitan Decision - Making, Syracuse 1962

L.C. Freeman/W. Blommborg Jr./St.P.Koff/ M.S.Sunshine/ Th.J. Fararo, Local Community Leadership, Syracuse 1960

L.C. Freeman, Patterns of Local Community Leadership. Indianapolis 1968

M. Fülles, Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969

F. Rürstenberg, Das Aufstiegsproblem in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1962

W. Gottschalch/M. Neumann-Schönwetter/G. Soukup, Sozialisationsforschung, Materialien, Probleme, Kritik, Frankfurt a.M. 1971

R.R. Grauhan, Politische Verwaltung. Auswahl und Stellung der Oberbürgermeister als Verwaltungschefs deutscher Großstädte. Freiburg 1970

F.I. Greenstein, Personality and Politics: Problems of Evidence, Inference and Conceptualization, Chicago 1969

T. Greenwood, Decision Theory and Information Systems, Cincinnati 1969

U.Gruber/F. Landwehrmann/K.M. Bolte/R. Krekel, Soziale Mobilität heute, Bochumer Schriften zu Arbeitswiss.Bd. 1 Herford/Bonn 1968

W.L. Guttsman, The British Political Elite, London 1963

M. Haller, Die Frau in der Gesellschaft. Eine Soziologische Studie junger Frauen in Beruf und Familie, Bd. I, Wien 1970

M. Haller, Die Frau in der Gesellschaft, Bd. II, Familie und soziale Mobilität, Wien 1973

R. Hamann, Paretos Elite-theorie und ihre Stellung in der neueren Soziologie, Stuttgart 1964

B. Hamer, Die politische Elitebildung in den demokratischen Parteien der Bundesrepublik, Würzburg 1969

H. Hartmann/H. Wienold, Universität und Unternehmer, Gütersloh 1967 (Bd. 3 der Reihe Wisstheorie, Wisspolitik, Wissensgeschichte, hrsg. von Hans Blumenteng u.Helmut Schelsky)

H. Hartmann (unter Mitarbeit von G.Eberlein u.S.Unterfichter) Die Unternehmerin - Selbstverständnis und soziale Rolle, Köln/Opladen 1968

W.-D.Hauenschild, Wesen und Rechtsnatur der parlamentarischen Fraktionen, Berlin 1968

Ch. Hauptmann, Die Ministerpräsidenten der Bundesländer, Tübingen 1969 (Machi-nenschrift.Zulassungsarbeit)

F.B. Hays, Community Leadership, The Regional Plan Association of New York, New York/London 1965

A.J. Heidenheimer, Adenauer and the CDU, The Haag 1960

W. Hennis, Große Koalition ohne Ende? München 1968

R. Hensel, Der Einfluß der wirtschaftspolitischen Verbände auf die parlamentarische Arbeit, Göttingen 1973

F.A. Hermes, Mehrheitswahl oder Verhältniswahl, Berlin 1949

D. v. Herz, Die Politik des verspäteten Machtwechsels, Meisenheim a.G. 1970

D. Herzog, Politische Karrieren, Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975

K. Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts in der Bundesrepublik, 3.Aufl., Karlsruhe 1969

H.A. Hesse, Berufe im Wandel. Ein Beitrag zum Problem der Professionalisierung, Stuttgart 1968

D. Hilger, Die demokratischen Parteien und die Parteidemokratie. Ein Literatur-Bericht. Sonderdruck aus: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaftspolitik, Hrsg. Heinz Dietrich Örtlieb, Tübingen 1956

W. Hirsch-Weber/K. Schütz, Wähler und Gewählte, Köln/Opladen 1967

P. Hübner, Herrschende Klasse und Elite, Berlin 1967

F. Hunter, Community Power Structure. Durham, North Carolina: University of North Carolina Press 1953

F. Hunter, Top Leadership, Chapel Hill 1959

H.H. Hymann, Political Socialization, New York 1959

U. Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik Frankfurt a.M./Hamburg 1969

U. Jaeggi, Die gesellschaftliche Elite, Eine Studie zum Problem der sozialen Macht, Berlin 1960

W. Jaide, Eine neue Generation, München 1961

K. Jennings/ R.G. Niemi, The Political Character of Adolescence: The Influence of Families and Schools, Princeton 1974

H. Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971

H. Kaack, Die Parteien in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, Kiel 1963

H. Kaack, Wahlkreisgeographie und Kandidatenauslese, Köln/Opladen 1969

H. Kaack, Wer kommt in den Bundestag? Köln/Opladen 1969

K.H. Kaufmann et.al., Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern, Köln 1961

W. Kaupen, Die Hüter von Recht und Ordnung: Die soziale Herkunft, Erziehung und Ausbildung der deutschen Juristen, Neuwied-Berlin 1969

W. Kaupen/ Th. Rasehorn, Die Justiz zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie, Neuwied-Berlin 1971

S. Keller, Beyond the ruling class, New York 1963

V.O. Key, Political Parties and Pressure Groups, New York 1952

M.E. Knight, The German Executive: 1890-1933, Stanford 1952

W. Kornhauser, The Politics of Mass Society, Glencoe III, 1959

M. Kruk, Die oberen 30 000 (Industrielle, Bankiers, Adlige), Wiesbaden 1967

M. Kruk, Die großen Unternehmer. Woher sie kommen, wer sie sind, wie sie aufstiegen, Frankfurt a.M. 1972

R.E. Lane, Political Life, New York 1959

H.D. Lasswell, D. Lerner, C.E. Rothwell, The comparative Study of Elite. An Introduction and Bibliography, Stanford 1952

- H.D. Lasswell, Power and Personality, New York, 1948
- H.D. Lasswell/A. Kaplan, Power and Society, New Haven 1950
- H. Laufer, Der parlamentarische Staatssekretär, München 1960
- W. Leirich, Politik in einem Bundesland, Die Landtagswahl vom 8. Juli 1962 in NRW, Köln/Opladen 1968
- D. Lerner, M. Gordon, Euratlantica: Changing Perspectives of the European Elites, Cambridge (Mass.) 1969
- D. Lerner, The Nazi Elite, Stanford, 1952
- T. Lidz, Das menschliche Leben, Die Entwicklung der Persönlichkeit im Lebenszyklus, Frankfurt a.M. 1968
- S.M. Lipset, M. Trow, J. Coleman, Union Democracy, New York 1956
- S.M. Lipset, R. Bendix, Social Mobility in Industrial Society, Berkeley 1959
- P.C. Lloyd, The New Elites of Tropical Africa, London 1966
- G. Loewenberg, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969
- U. Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963
- P. Ch. Ludz, Parteilite im Wandel, Köln/Opladen 1968
- K. Lüscher, Der Prozeß der beruflichen Sozialisation, Stuttgart 1969
- N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisationen, Berlin 1964
- N. Luhmann, R. Mayntz, Personal im Öffentlichen Dienst - Eintritt und Karrieren, Baden-Baden 1973
- H. Mabry, Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau, München 1971

D.R. Matthews, The Social Background of Political Decision-Makers, Garden City 1954

A. McFarland, Power and Leadership in Pluralist Systems, Stanford University Press, Stanford 1969

R.K. Merton, Social Theory and Social Structure, New York 1957

R. Michels, Political Parties, A Sociological Study of Oligarchical Tendencies in Modern Democracy, New York 1962

R. Miliband, The State in Capitalist Society, London 1969

C.W.Mills, Power Elite, New York 1956

G. Mosca, Die herrschende Klasse, München 1950

U. Müller, Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien, Mainz 1967

W.D. Narr, F. Naschold, Theorie der Demokratie, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971

F. Naschold, Organisation und Demokratie, Untersuchung zum Demokratiepotential in komplexen Organisationen, Berlin/Köln/Mainz 1969

F. Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt a.M. 1967

J. Newmann, Wer treibt die Bundesrepublik wohin? Köln 1968

C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt a.M. 1972

H. Ortmann, Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg. Kritik einer bildungspolitischen Leitvorstellung, München 1971

V. Pareto, The Mind and Society, 4. Vol., New York 1963

G. Parry, Political Elites, New York 1969

T. Parsons, Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt a.M. 1968

T. Parsons, R.F. Bales, Family, Socialization and Interaction Process, Glencoe, 4.Aufl., 1964

J.L. Payne, Patterns of Conflict in Columbia, New Haven 1968

E. Pfeil, Die 23-jährigen, 1. Stufe einer Generationsuntersuchung, Tübingen 1968

G. Plekhanov, The Role of the Individual in History, in Theories of History, Glencoe III, 1959

H. Plessner, Die verspätete Nation, Stuttgart 1959

N.W. Polsby, Community Power and Political Theory, New Haven, Yale University Press 1963

R. Presthus, Elites in the Policy Process, Cambridge/New York 1974

R. Presthus, Elite Accommodation in Canadian Politics, Cambridge/New York 1973

K. Prewitt, The Recruitment of Political Leaders, A Study of Citizen-Politicians, Indianapolis 1971

H. Pross, K.W. Boetticher, Manager des Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1971

D.W. Rae, The Political Consequences of Electoral Laws, New Haven 1967

A. Ranney, Pathways to Parliament, Madison 1965

A. Ranney/W. Kendall, Democracy an the American Party System, New York 1956

J. Raschke, Der Bundestag im parlamentarischen Regierungssystem, Berlin 1968

J. Raschke, Wahlen und Wahlrecht, Berlin 1968

H. Rausch, Der Abgeordnete, Idee und Wirklichkeit, München 1965

G. Reitz, Einstellungen von Mädchen zur Rolle der Frau und ihre Schullaufbahn, München 1973

W. Richter, zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft, Stuttgart 1968

M.W. Riley/M. Johnson/A. Foner, Aging and Society, Bd.III: A Sociology of Age Stratification, New York 1975

H.-G. Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule,
Heidelberg (4. Aufl.) 1971

L.L. Roos, N.P. Roos, Managers of Modernization: Organiza-
tions and Elites in Turkey (1950-1969) Cambridge,
Harvard University Press, 1971

L. Rosenmayr, M. Haller, M. Szinovacz, Barrieren im
beruflichen Aufstieg, Wien 1973

A.v. Saldern, H. Dietrich, Ein Staatsmann der Weimarer
Republik, Boppard 1966

F. Scharpf, Demokratietheorie zwischen Utopie und
Anpassung, Konstanz 1970

H. Schelsky, Die skeptische Generation, Düsseldorf/Köln
1957

J.A. Schlesinger, Ambition and Politics, Political
Career in the United States, Chicago 1966

J.A. Schlesinger, how they became Governor. A Study of
Comparative State politics 1870-1950, Michigan 1957

J.A. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy,
3. Auf., London 1950

H. See, Volkspartei im Klassenstaat oder das Dilemma der
innerparteilichen Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1972

R. Seeliger, Bonns Graue Eminenzen, München 1970

W.S. Slocum, Occupational Careers. A Sociological
Perspective, Chicago 1966

G. Sorel, Matériaux d' une théorie du prolétariat,
Paris 1918

G. Sorel, Réflexions sur la violence, Paris 1922

D.T. Stanley, D.E. Mann, J.W. Doig, Men who Govern.
A biographical profile of federal political executives,
Washington 1967

B. Steinkemper, Klassische und politische Bürokraten in
der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik, Köln/Berlin/
Bonn/München 1974

D. Sternberger, Die große Wahlreform, Köln 1964

G. Sturm, Die Inkompatibilität. Eine Studie zum Problem der Unvereinbarkeit im geltenden deutschen Staatsrecht, München 1967

D.E. Super, The Psychology of Careers, New York 1967

H.P. Tews, Intergration und Desintegration im Alter, München 1969

W. Tröger, Elitenbildung, Überlegungen zur Schulreform in der demokratischen Gesellschaft, München/Basel 1968

D. Tsatsos, Die Unzulässigkeit der Kumulation von Bundestags- und Bundesratsmandat, Tübingen 1965

H. Unkelbach, R. Wildenmann, W. Kaltefleiter, Wähler - Parteien - Parlament, Frankfurt a.M. 1965

Th. von der Vring, Reform oder Manipulation, Frankfurt a.M. 1968

W.O. Weyrauch, Zum Gesellschaftsbild des Juristen, Eine vergleichende Studie über die subjektiven Faktoren im Recht, Neuwied 1970

E.V. Wolfenstein, The Revolutionary Personality, Princeton 1967

J. Wurster, Herrschaft und Widerstand - Theorien zur Zirkulation regierender Eliten, Tübingen 1970

G. Zannels, Paretos Theorie der sozialen Heterogenität und die Zirkulation der Eliten, Bonner Beiträge zur Soziologie, Heft 5, Stuttgart 1968

B. Zeuner, Innerparteiliche Demokratie (Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 33/34) Berlin 1969

B. Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Den Haag 1970

W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite 1919-1961, München 1965

B. Zeitschriften/Zeitungen

N. Achterberg, Probleme der Inkompatibilität, in: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, April 1970, 126. Bd., Heft 2, S. 344-361

U.D. Adam, Abgeordnetenmandat und Parteienwechsel - Zu einem Problem unserer politischen Ordnung, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 13. Jg., Heft 3, November 1972, S. 300-310

H. Adam, Wer herrscht in der Bundesrepublik? in: Die neue Gesellschaft, Nr. 5, Mai 1975, S. 392-396

R. Altmann, Die politischen Parteien und die Wirtschaft, in: Merkur, 27. Jg., Heft 8, 1973 (Nr. 303), S. 701-711

R. Altmann, Nachwuchsschwächen, in: Capital, Nr. 8, 1975, S. 6

W.V. D'Antonio; W.H. Form; Ch.P. Loomis; E.C. Erickson "Institutional and occupational representations in eleven community systems." in: American Sociological Review, 26 (June), 1961, S. 362-376

F. Armbruster, Ressort-Rotation in Großbritannien und der Bundesrepublik, Minister: Fachmann oder Politiker? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1, 1973, S. 95-110

H.G. Assel, Modernes Demokratieverständnis in Theorie und Praxis, in: PVS, 18. Jg., Heft 1, März 1971, S. 12-32

P. Bachrach/M.S. Baratz, Decisions and Nondecisions, in: American Political Science Review (APSR) 1963, S. 632-642

P. Bachrach/M.S. Baratz, Two Faces of Power, in: American Political Science Review, 1962, S. 947-952

A.H. Barton, Empirical method-s and and elite theories, in: Review Sociological, 9 (1-2) 1971, S. 57-82

L.P. Benson, A socio-economic status profile of political leaders in a Philippine province, in: Philippine Journal of Public Administration, Vol.15 (1), Jan. 1971, S.85-91

S. Berger, P. Gourevitch, P. Higonnet, K. Kaiser, The problem of reform in France: the political ideas of local elites, in: Political Science Quarterly, 84 (3), September 1969, S. 436-460

U. Bermbach, Probleme des Parteienstaates. Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 1970, S. 342-363

B. Biermann, Zur Zielstruktur der wirtschaftlichen Führungsausbildung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 128, Heft 3, 1972, S. 498-518

B. Biermann, Wer wird Unternehmer- Strukturfaktoren der unternehmerischen Rekrutierung in: Soziale Welt, 21/22, Heft 1, 1970/71, S. 33-54

G.S. Black, A theory of political ambition: Career choices and the role of structural incentives, in: American political Science Review, Vol. 66, I, 1972, S. 144-159

G.S. Black, A Theory of Professionalization in Politics, in: American political Science Review, Vol. 64, September 1970, Nr. 3, S. 865-878

G. Brinkmann, Die Diskriminierung der Nicht-Juristen im allgemeinen höheren Verwaltungsdienst der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 129, 1973, S. 150-167

B.E. Brown, Elite Attitudes and Political Legitimacy in France, in: Journal of Politics, Vol. 31, Nr. 2 (1969), S. 420-442

B. Buchhofer, J. Friedrichs, H. Lüdtke, Alter, Generationsdynamik und soziale Differenzierung (Zur Revision des Generationsbegriffs als analytisches Konzept), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Juni 1970, Nr. 2, S. 300-334

C.S. Bullock, House careerists: changing patterns of longevity and attrition, in: American political Science Review, Vol. 66 (4), Dezember 1972, S. 1295-1300

H. Bußhoff, Tendenz als sozialwissenschaftliche Kategorie, in: Soziale Welt, 1973, Heft 4, S. 450-468

D.C. Chaffey, M.E. Jewell, Selection and Tenure of State legislative Party Leaders: A Comparative Analysis, in: The Journal of Politics, Vol. 34, Nr. 4, 1972, S. 1278-1286

D.P. Conradt, Electoral law Politics in West Germany, in: Political Studies, Nr. 3, 1970, S. 341-356

J. Crittenden, Aging and Party Affiliation, in: Public Opinion Quarterly, Vol.26, 1962, S. 648-657

N.E. Cutler, Generation, Maturation, and Party Affiliation: A Cohort Analysis, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 33, 1969/70, S. 583-588

R.A. Dahl, A Critique of the Ruling Elite Model, in: American Political Science Review, Vol. 52, 1958, S. 463-469

R. Dahrendorf, Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution, in: European Journal of Sociology, II (1), 1961, S. 153-162

R. Dahrendorf, Ausbildung einer Elite, in: Der Monat, 14.Jg., Heft 166, Juli 1962, S. 15-26

R. Dahrendorf, Die Autorität zählt nicht mehr, in: Die Zeit, Nr. 47, 15.11.1974, S. 9/10/14

K. Davis, Sociology of Parent-Youth Conflict, in: American Sociological Review, Vol.5, 1940, S. 523-535

K.W. Deutsch, Toward an Inventory of Basic Trends and Patterns in Comparative and International Politics, in: American Political Science Review, 54(1960), S. 34-57

B. Denitch, Elite Interviewing and Social structure: An example from Yugoslavia, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 36, Nr. 2, S. 143-158

P. Drewe, Techniken zur Identifizierung lokaler Eliten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4, 1967, S. 721-735

V. Dusek, Falsifiability and power elite theory, in: Journal of comparative administration, I (2), August 1969, S. 198-212

Th.R. Dye/J.W. Pickering, Governmental and Corporate Elites, in: The Journal of Politics, Vol. 36, Nr. 4, 1974, S. 900-925

J.L. Edinger, Continuity and Change in the Background of German Decisions-Makers, in: The Western Political Quarterly, 14/1, 1961 S. 17-36

L.J. Edinger, Post-Totalitarian Leadership. Elite in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, 54, 1960, S. 58-82

L.J. Edinger, D.D. Searing, Social background in Elite Analysis. A Methodological Inquiry, in: American Political Science Review, (61), 1967, S. 428-445

S.N. Eisenstadt, Elites modernizzati e politiche di sviluppo, in: Futuribili, Nr. 47, 1972, S. 35-43

J.W. Falter, Ein Modell zur Analyse individuellen politischen Verhaltens, in: PVS, Heft 4, Dezember 1972, S. 547-566

D.L. Featherman, Achievement Orientations and Socioeconomic career Attainments, in: American Social Review, Vol. 37, 1972, Nr. 2, S. 131-143

R.D. Feld, D.S. Lutz, Recruitment to the Houston City Council in: Journal of Politics, 34(3) August 1972, S. 924-933

W.H. Form, W. D'Antonio, Integration and cleavage among community influentials in two border cities, in: American Social Review, Vol.24, Dezember 1959, S. 804-814

D.M. Fox, The identification of community leaders by the reputational and decisional methods: three case studies and an empirical analysis of the Literature, in: Sociological of Social Research, 54 (I), Oktober 1968, S. 94-103

L.C. Freeman, Th. J. Fararo, W. Bloomberg jr., M.H. Sunshine, Locating leaders in local communities: A comparison of some alternatives Approaches, in: American Social Review, Vol.28, 1963, S. 791-798

H.-P. Frey, Vorteile und Risiken komplexer Modelle als Bezugsrahmen für die Sozialisationsforschung, in: Soziale Welt, Nr. 3, 1975, S. 31-44

F.W. Frey, Comment: On Issues and Non-issues in the Study of Power, in: American Political Science Review, Vol.65, 1971, S. 1081-1104

W. Fuchs, Empirische Sozialforschung als politische Aktion, in: Soziale Welt, Nr. 21/22, Heft 1, 1970/71, S. 1-17

N. Gansel, Und die Reform der Ortsverbandsarbeit?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1971, S. 730-733

A.L. George, The "operational code": a neglected approach to the Study of political leaders and decision-making, in: International Studies Quarterly, 13(2), Juni 1969, S. 190-222

K. Groholt, J. Higley, National elite Surveys: Some experience from Norway, in: Acta Sociologica 15, (2), 1972, S. 168-183

F. Grube, G. Richter, U. Thaysen, Das Management des 6. Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 2, 1970, S. 152-161

W. Gruber, Career patterns of Mexico's political elite in: Western political Quarterly, 24(3), September 1971, S. 467-482

J.G. Grumm, Theories of Electoral Systems, in: Midwest Journal of political Science, November 1958, S. 357-376

M. Haller, Lebenszyklus und Familientheorie. Bericht über das XIII. International Family Research Seminar, Paris, 24.-28.9.1973, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 1/1974, S. 148-166

F. Halstenberg, Bund - Länder - Verhältnis, in: Die Neue Gesellschaft Nr. 1/1973, S. 14-17

B. Harasymiw, Nomenklatura: The Soviet Communist Party's leadership recruitment System, in: Canadian Journal of Political Science, 2(4), Dezember 1969, S. 493-512

K. Harpprecht, Unbehagen am Eliten-Bewußtsein, in: Die Neue Gesellschaft, 2, 1972, S. 117-121

G. Hartfiel, Gesellschaftsbild und politisches Vermögen der Beamten, in: Gewerkschaftliche Praxis Nr. 1, 1972, S. 1-7

H. Hartmann, Der zahlenmäßige Beitrag der deutschen Hochschulen zur Gruppe der industriellen Führungskräfte, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 112/1, 1956, S. 144-163

H. Hartmann, Arbeit, Beruf, Profession, in: Soziale Welt, Nr. 3/4, 1968, S. 193-216

H. Hartmann, Die Sozialisation von Erwachsenen als soziales und soziologisches Problem, in: Soziale Welt, 1973, Heft 4, S. 469-495

H. Hartmann, Sie landen nicht unter fremden Fittichen in: Der leitende Angestellte, April 1972, Nr. 4, S. 14-16

J. Heeren, Karl Mannheim and the intellectual elite, in: The British Journal of Sociology, Vol. 22, Nr. 1, 1971, S. 1-15

W. Henke, Das demokratische Amt der Parlamentsmitglieder, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Heft 15, August 1973, S. 553-560

J. Henkel, Mandatsverlust bei Ausscheiden eines Abgeordneten aus einer Fraktion oder Partei, in: Die Öffentliche Verwaltung, 27. Jg., Heft 6, März 1974, S. 181-187

R. Hensel, Mehr Transparenz für Verbandsabgeordnete in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 8, 7. Jg., 1974, S. 177-181

D. Herzog, Carrieria parlamentare e professionismo politico in: Riv. ital. Sci. polit. I(3) déc 1971, S. 515-544

D. Herzog, Politische Elitenselektion. Alte und neue Ansätze zur Analyse politischer Auswahlprozesse, in: Soziale Welt, Jg. 20/21, 1970/71, Heft 2, S. 129-145

A. Hess, Zur Parlamentsmitgliedschaft der Minister in Bund und Ländern (1946-1971), in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3, 1971, S. 263-276

K. Hesse, Bundesstaatsreform und Grenzen der Verfassungsänderung, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 1/1973, S. 1-52

K. Hahn, Zum Begriff der Macht, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Juni 1969, Nr. 2, S. 269-288

W. Hofmann, Oberbürgermeister in der Politik. Zu einigen neueren Biographien, in: Archiv für Kommunal- Wissenschaft Nr. 8, 1969, Heft 1, S. 131-145

P.R. Hofstätter, Eliten und Minoritäten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14. Jg., 1962, Heft 1, S. 59-86

W.D. Hund, U. Matull, K. Ruff, P. Volkmar, Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt (Zum Begriff der Qualifikation) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1972, S. 1084-1099

R.W. Jackman, Political elites, mass publics, and support democratic principles, in: Journal of Politics, 34(3), August 1972, S. 753-773

M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 10.Jg., 1958, Heft 1, S. 1-38

M. Janowitz, The systematic Analysis of Political Biography, in: World Politics, Vol. VI, 1953/54, S. 405-412

H. Kaack, R. Roth, Die außenpolitische Führungselite der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung das Parlament), B 3/1972, 15. Januar

Ch. Kadushin, Power, influence and social circles: A new methodology for studying opinion makers. in: American Sociological Review, Nr. 33, 1968 (October), S. 685-699

Ch. Kadushin, J. Horer, M. Tichy, How and where to find intellectual Elite in the United States, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 35, Nr. 1, Spring 1971, S. 1-18

J.W. Keller, Les élites politiques en Allemagne et la politique étrangère, in: R. Allem. 3 (3) Juil.-Sept. 1971, S. 627-640

M. Kesselman, Recruitment of Rival Party Activists in France: Party Cleavages and cultural Differentiation in: The Journal of Politics, Nr. 1, 1973, S. 2-44

Ch. Kievenheim, Strukturveränderungen in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, in: Marxistische Blätter, Nr. 5, 1972, S. 46-55

H. Klatt, Die finanzielle Stellung der Abgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3, 1971, S. 344-364

H.H. Klein, Parteipolitik im Bundesrat, in: Die öffentliche Verwaltung, Heft 10, Mai 1971, S. 325-330

R. Klein, The case for elitism: Public opinion and public policy in: Comparative Politics, Oktober 1974, S. 406-417

G. Kiesau, Familienpolitik der 70er Jahre, in: WWI-Mitteilungen, 2/3, 1972, S. 71-81

G. Kleining, Soziale Mobilität in der Bundesrepublik II: Status- oder Prestige-Mobilität in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2, 1975, S. 273-292

F. Knöpfle, Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, in: Der Staat, Nr. 1-3, 1969, S. 79-97

J.J. Koch, Sozialisation ja - aber auch Selektion? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Oktober 1971, S. 581-586

S. Kodjo, Die Korruption in Afrika als ein entwicklungs-politisches Problem in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4, 1972, S. 658-668

H. Köser, Innovationsprozesse in der SPD, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: PVS, 16.Jg., 1975, Heft 1, S. 29-54

A. Kornberg, J. Smith, D. Bromley, Some Differences in the Political Socialization Patterns of Canadian and American Party Officials, in: Canadian Journal of Pol. Science, 2(March) 1969, S. 64-88

A. Kornberg, J. Smith, D. Bromley, Patterns of Early Political Socialization and Adult Party Affiliation in: Canadian Review of Soc. and Anthropology, 5 (August) 1968, S. 123-155

A. Kornberg/H. Winsborough, The Recruitment of Candidates for the Canadian House of Commons, in: American Political Science Review, 62 (1968), S. 1242-1257

N. Koubek, Personelle und institutionelle Verbindung der Bereiche "Produktion" und "Kapital" in der Wirtschaftsgesellschaft der BRD, in: Quantitative und qualitative Aspekte der ökonomischen Konzentration und gesellschaftlichen Machtverteilung in der BRD, in: WWI-Mitteilungen, 8/9, 1971, S. 258-274

H. Kramer, Mandatsverlust bei Parteiwechsel, in: Recht und Politik, Nr. 3, 1972, S. 107-110

P. und M. Kromarek, Die Kumulation von parlamentarischem Mandat und privater Tätigkeit in Frankreich und Deutschland, in: Die öffentliche Verwaltung, 13/14, Juli 1974, S. 458-466

J. Kurucz, Oberschicht, Elite und Etikettbesitzer ohne Eignung, in: Soziale Welt, 20.Jg., 1969, Heft 1, S. 80-94

E. Lange, N. Luhmann, Juristen - Berufswahl und Karrieren in: Verwaltungsarchiv, 65. Bd., Heft 2, April 1974, S. 113-162

E.O.Laumann/F.U. Pappi, New Directions in the Study of community Elites, in: American Soc. Review, 1973, Vol.38, S. 212-230

E.O. Laumann, L.M. Verbrugge, F.U. Pappi, A causal Modelling Approach to the Study of a community elite's influence Structure, in: American Sociological Review, Nr.2, Vol. 39, 1974, S. 162-1974

L. LeDuc jr., Party decision-making: Some empirical observations on the leadership Selection process, in: Canadian Journal of political Science, 4 (1), März 1971, S.97-118

W. Leisner, Öffentliches Amt und Berufsfreiheit, in: Archiv des Öffentlichen Rechts, Nr. 93, 1968, Heft 2, S. 162-199

W. Leisner, Parteienvielfalt bei gleichem Parteiprogramm, in: Die öffentliche Verwaltung, Heft 19, Oktober 1971, S. 649-654

C.O. Lenz, Ist die Freiheit des Abgeordneten veraltet und historisch überholt? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 1, Heft 4, Dezember 1970, S. 478-481

U.A.J. Leonardy, Verfassungsreform und Verfassungsauftrag im Bund - Länder - Verhältnis, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 3, 1973, S. 166-171

R. Ley, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 3/1973, S. 372-391

E. H. Liebhart, Selektion und Sozialisation. Entgegnung auf eine Kritik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2, 1972, S. 373-375

E. H. Liebhart, Sozialisation im Beruf. Ergebnisse einer Panelbefragung von Studienreferendaren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 22 (1970), S. 715-736

H.C.F. Liesegang, Zum Entwurf eines Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle der Regierungsplanung, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11, 1972, S. 259-262

E. Lüth, Hamburgs politischer Nachwuchs, Aufgabe der Parteien: Verbreiterung der Parlamentarischen Elite, in: Rheinischer Merkur, 15.9.1967, S. 25

N. Luhmann, Soziologie des politischen Lebens, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20.Jg., 1968, S. 705-733

N. Luhmann, Funktion und Kausalität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14.Jg., 1962, Nr.4, S. 617-644

N. Luhmann, Theorie sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 19.Jg., 1967, Nr. 4, S. 615-644

H. Maurer, Das Verbot politischer Parteien, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 96, Bd., Heft 2, Juni 1971, S. 203-236

J.C. McCann, Differential Mortality and the formation of Political Elites: The case of the U.S. House of Representatives, in: American Sociological Review, Vol. 37, 1972, S. 689-700

E. Menzel, Parteienstaat und Beamtentum, in: Die öffentliche Verwaltung, Heft 13/14, Juli 1970, S. 433-447

R.M. Merelman, On the Neo-Elitist Critique of community power in: American Political Science Review, Vol. 62 1968, S. 451-460

P.H. Merkl, J.E. Moore, Beamtentum oder Parteien: Rivalisierende Eliten des Modernisierungsprozesses, in: PVS, Heft 4, 1970, S. 607-622

R. Miliband, Der kapitalistische Staat, Antwort an
N. Poulantzas, in: Kritische Justiz, Heft 2, 1971,
S. 210-216

R. Morsey, Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen
Rat, in: Vierteljahrsschrift für Zeitgeschichte, 1970,
Heft 1, Januar, S. 62-94

D.C. Miller, Industry and community power structure,
in: American Sociological Review, Vol.23, Febr. 1958,
S. 9-15

St.v. Monsma, Potential leaders and Democratic Values,
in: The public Opinion Quarterly, Nr. 3, 1971, S. 350-357

W.-D.Narr, Westdeutsche Demokratie als Verheißung und
Wirklichkeit in: Neue Politische Literatur, Nr. 2, 1968,
S. 195-206

K.-H. Naßmacher, Funktionen politischen Personals in
lokalen Vertretungskörperschaften (Kommunalparlamenten)
in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Dezember 1973 (4),
S. 550-566

F. Neidhardt, Strukturbedingungen und Probleme familiärer
Sozialisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 14, S. 144-170

J. Obler, The Role of National Party leaders in the
Selection of Parliamentary Candidates, (The Belgian Case),
in: Comparative Politics, Vol.5, 1973, Heft 2, S. 157-
184

M. Osterland, Lebensgeschichtliche Erfahrung und gesell-
schaftliches Bewußtsein (Anmerkungen zur sozio-biogra-
phischen Methode) in: Soziale Welt, 1973, Heft 4, S.
409-417

G.DiPalma, Conflitto e élites nelle Società industriali,
in: Riv.ital.Sci.polit. 1(3), déc. 1971, S. 481-513

F.U. Pappi, Sozialstruktur und soziale Schichtung in
einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung, in:
Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,
Nr. 25, 1973, Heft 1, S. 23-74

J.D. Parker, Classification of Candidates Motivations
for First Seeking Office, in: Journal of Politics, Vol.
34, Nr. 1, S. 268-271

R. Perrucci, M. Pilisuk, Leaders and ruling elites: the interorganizational bases of community power, in: American Sociological Review, 35, 1970 Dec. S. 1040-1057

G. Peter, Modernes Management (II) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, 1971, S. 940-950

H. Plessner, Über Elite und Elitebildung in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1955, Heft 6, S. 602-606

A. Podlech, Verfassungsrechtliche Probleme öffentlicher Datenbanken, in: Die Öffentliche Verwaltung, Juli 1970, Heft 13/14, S. 473-475

N. Polsby, Three Problems in the Analysis of Community Power, in: American Sociological Review, Vol. 24, Dec. 1959, S. 798-803

N. Polsby, The Institutionalization of the House of Representatives in: The American Political Science Review, Vol. 62, 1968, S. 144-168

N. Polsby, The Sociology of Community Power, A Reassessment, in: Social Forces, Vol. 37, March 1959, S. 232-236

N. Poulantzas, The Problem of the Capitalist State, in: New Left Review, 1969, Nr. 58, S. 67-78

K. Prewitt/W. Nowlin, Political Ambitions and the Behavior of Incumbent Politicians, in: Western Political Quarterly, Vol. 22, June 1969, S. 298-308

K. Prewitt, Political Socialization and leadership Selection, in: Annals, Vol. 361, September 1965, S. 96-111

K. Prewitt, Political Ambitions, Volunteerism, and electoral Accountability, in: The American Political Science Review, Vol. 64, March 1970, S. 5-17, Nr. 1

K. Prewitt, H. Eulau, Social Bias in Leadership Selection, Political Recruitment, and electoral context, in: The Journal of Politics, May 1971, Nr. 2, S. 293-315

K. Priester, Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der politischen Bildung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 1974, S. 260-280

G. Püttner, Die Länderneugliederung als Problem der politischen Machtverteilung im Gesamtstaat, in: Die Öffentliche Verwaltung, Vol.24, (15-16), 1971, S. 540-541

R.M. Punnett, Selection of party leaders: a Canadian example, in: Journal of Commonwealth political Studies 8(I), March 1970, S. 54-69

R.D. Putnam, Studying Elite Political Culture: The Case of "Ideology", in: The American Political Science Review, Nr. 3, 1971, S. 651-681

A. Rapoport, Neue Linke und Machtelite, in: Atomzeitalter, 1967, Nr. 1/2, S. 27-35

Th. Rasehorn, Montesquieu ist tot - was nun?, in: Recht und Politik, Nr. 3, 1970, S. 101-111

P. Rech, Engagement und Professionalisierung des Künstlers, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 3, 1972, S. 509-522

H.Recken, Berufswahl der Juristen, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Nr. 6, 1973, S. 124-127

R. Reichwein, Sozialisation und Individuation in der Theorie Talcott Parsons, in: Soziale Welt, 1970/71, Heft 2, S. 161-184

K.-H. Reuband, Zur Existenz Schichtähnlicher Gruppierungen im internationalen Präferenzgefüge, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2/1975, S. 294-311

P. Ridder, Politische Folgen der Berufskarriere - Eine vergleichende Sekundäranalyse, in: Soziale Welt, Nr. 3, 1974, S. 334-346

R.S. Robins, Elite Career Patterns as a Differential in Regional Analysis: An Use of Correlation Techniques and the Construction of Uniform Strata, in: Behavioral Science 14, Mai 1969, S. 232-238

R.S. Robins, Institutional Linkages with an Elite Body, in: Comparative Politics, Heft 1, 1971, S.109-115

R. Rose, The making of Cabinet ministers, in: British Journal of Political Science, I (4) Oct. 1971, S.393-414

M. und B. v. Rosenblatt, Berufstätigkeit der Frauen, Gleichberechtigung und Partnerschaftliche Familie; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4, 1972, S. 688-706

R.G. Ross, Elites and the Methodology of Politics, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 16, 1952, S. 27-32

N. Rotenstreich, Individuals, Great Men and Historical Determination, in: Social Research, Nr. 1, 1971, S. 139-165

K.H. Rüßmann, Um den Aufstieg hart gekämpft, in: manager magazine, Nr. 4, 1974, S. 94-98

D. Rustow, The Study of Elites, Who's who, when and how, in: World Politics, 1966, S. 690-717

N.B. Ryder, Cohort Analysis, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 2, 1968, S. 546-550

N.B. Ryder, The Cohort in the Study of Social Change, in: American Sociological Review, 30 (1965), S. 843-861

G. Sani, Profilo dei dirigenti di partito (A profile of party leaders) in: Rass.ital.Sociol. 13(1) Jan.-mars 1972, S. 148

K.W. Schaie et.al., Generational and Cohort - Specific Differences in Adult Cognitive Functioning, in: Developmental Psychology, 9, 1973, S. 159-166

K.E. Scheuch, Politische Macht und Sozialstruktur, in: liberal, Heft 2, Jg. 9, Bonn 1967, S. 84-99,

K.E. Scheuch, Sichtbare und unsichtbare Macht, in: Die Zeit, 24.11.1967, Nr. 47, S. 3, II. Teil: Die Macht hat viele Herren, in: Die Zeit, 1.12.1967, Nr. 48, S. 3

U. Scheuner, Die Lage des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik, in: Die Öffentliche Verwaltung, Nr. 13/14, Juli 1974, S. 433-441

U. Scheuner, Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung, in: Die Öffentliche Verwaltung, Nr. 11, 1958, S. 641-645

U. Schleth, Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, 1970, S. 99-118

W. Schluchter, Der Elitebegriff als soziologische Kategorie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 15(1963) S. 233-256

K.-P. Schmid, Die dem Staat am liebsten sind, in: Die Zeit, Nr. 22, 25.5.1973, S. 37

H. Schmidt, Die Bonner Exekutive 1949-1960, in: Europäisches Archiv für Soziologie, IV, 1963, S. 166-176

H. Schönfelder, Führung zwischen Tradition und Innovation, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 87. Jg., Heft 24, 15.12.1972, S. 937-945

H.J. Schröder, Die Abhängigkeit des Mandats von der Parteizugehörigkeit, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Mai 1971, Heft 5, S. 97-101

H. Schubnell, H.-J. Borries, Was kann die amtliche Statistik zu Familiensoziologischen Untersuchungen beitragen? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2(1975), S. 327-351

R.O. Schulze/L.U. Blumberg, The Determination of Local Elites, in: The American Journal of Sociology, Vol.58, Nr. 3, Nov.1957, S. 290-296

H.-G. Schumann, Wahlrecht - Wahlkampf - Wahlanalyse in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, 1968, Heft 3, S. 353-382

J.E. Schwarz/G.Lambert, Career objectives, group feeling, and Legislative Party voting cohesion the British Conservatives 1959-1968 in: The Journal of Politics, May 1971, Nr. 2, S. 399-421

D.C. Schwartz, Toward a Theory of Political Recruitment, in: Western Political Quarterly, Vol.22, 1969, S. 552-571

A. Schweitzer, Parteidiktatur und überministerielle Führergewalt, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd.21, 1970, Heft 1, S. 49-74

M. Schwonke, Ein Machtkampf der Eliten, in: Die Zeit, Nr. 41, 5. Oktober 1973, S. 9-10

D.D. Searing, Two Theories of Elite consensus: Tests with West-German Data, in: Midwest Journal of Political Science Nr. 3, August 1971, S. 442-474

D.D. Searing, The comparative Study of Elite Socialization, in: Comparative Political Studies, 1, Jan.1969, S. 471-500

K. Seemann, Wie wird heute regiert? Modernisierung des Bundeskanzleramtes, in: Die politische Meinung, Nr. 139, 1971, S. 37-50

D.R. Segal, D.Knoke, Auswirkungen von sozialer Schichtung, sozialer Mobilität und Statuskonsistenz auf die Infrastruktur des Parteiwesens in der Bundesrepublik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2, 1974, S. 371-387

D. Seibel, Folgen des Leistungskonflikts in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Das Argument, 1973, Heft 1-3 (78), S. 123-143

G. Seligman, The Study of Political Leadership, in: American Political Science Review, Vol.44 (1950), Nr. 4, S. 904-915

S.D. Sieber, Die Integration von Feldstudien und Erhebungen, in: Soziale Welt, Heft 1, 1974, S. 14-36

F.F. Siegfried, Mandatsverlust bei Parteiausschluß, Parteiaustritt oder Parteiwechsel, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 1, 1970, S. 9-14

B. Sievers, Herrschaft und Ungleichheit, Zur Kritik der Dahrendorfschen Ungleichstheorien und ihre Deduktion, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Nr. 3, 20.Jg., 1969, S. 318-341

W. Simon, Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol.2, 1975, S. 138-157

H. Soell, Fraktion und Parteiorganisation: Zur Willensbildung der SPD in den 60er Jahren, in: Politische Vierteljahresschrift, Dez. 1969, Heft 4, 10.Jg., S. 604-626

L. Spöringer, Aspekte der Altersdiskriminierung in unserer Leistungsgesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/18. Jg. 1971, S. 709-711

O. Stammer, Das Eliteproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch, 71 Jg., Bd. II, 1951, S. 1-28

H. Stegemann, Spezialbibliotheken für die Sozialwissenschaften: Datenbanken für Umfrageforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1969, Dezember, Nr. 4, S. 876-885

R. Steinberg, Das Verhältnis der Interessenverbände zu Regierung und Parlament, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, September 1972, Heft 9, S. 207-211

M. Thomas, Political Leaders, in: Parliamentary Affairs, Nr. 4, 1973, S. 505-508

H. J. Toews, Die Regierungskrise in Niedersachsen (1969/1970), Parteienstaat und parlamentarisches Regierungssystem in der Verfassungspraxis, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 96. Bd., Heft 3, 1971, S. 354-391

G. Trautmann, Parteienstaatliche Verfassung und freies Mandat, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, März 1971, S. 54-69

J. R. Tréanton, le concept de Carrieré, in: R. franc. Sociol., 1 (1960), S. 73-80

C. H. Ule, Zum Problem der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat im Gemeinderecht, in: Verwaltungssachiv, Heft 3 und 4, 1971, S. 271-290 und 391-408

J. Wagner, Alarm für Arbeiterkinder - Die soziale Auslese scheint wieder zu beginnen, in: Die Zeit, Nr. 36, 30.8. 1974, S. 18

R. Wahner, Lage und Kampf der Frau im Kapitalismus, in: IPW-(Institut für Intern. Politik und Wirtschaft) Berichte, Nr. 6, 1975, S. 2-11

L. Walker, A Critique of the Elitist Theory of Democracy, in: The American Political Science Review, Vol. 60, June 1966, S. 285-295

J. Walton, Discipline, Method, and Community Power, in: American Sociological Review, Vol.31, 1966, S. 684-689

J. Walton, Substance and Artifact: The Current Status of Research on Community Power Structure, in: American Journal of Sociology, Vol. 71, Nr. 4, Jan 1966, S. 430-439

F.M.G. Willson, Some career patterns in British Politics: whips in the House of Commons, 1906-1966 in: Parliamentary Affairs, 24 (1), 1970/1971, S. 33-42

R.E. Wolfinger, Nondecision and the study of local politics, in: American Political Science Review, 65, 1971, Dec., 1063-1080

A. Zanotti-Karp, Elite Theory and Ideology, in: Social Research, Vol.37, Nr. 2, S. 275-295

W. Zeidler, Der Standort der Verwaltung in der Auseinandersetzung um das Demokratieprinzip, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 1/15. Oktober 1973, S. 719-727

H. Zuckerman, Interviewing an ultra-Elite, in: Public Opinion Quarterly, Vol.36, Nr. 2, S. 159-175

C.Sammelwerke

P. Bachrach (ed.), Political Elites in a Democracy, New York 1971,

A. H. Barton, B. Denitch, Ch. Kadushin (ed.) Opinion-making Elites in Yugoslavia, New York 1973

W. Baur, Deutsche Generale (Ein Vergleich der militärischen Führungsgruppen in der BRD und DDR), in: W. Zapf (Hrsg.) Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964, S. 114-135

R. Bell, D.V. Edwards, R.H. Wagner (eds.), Political Power, A Reader in Theory and Research, New York/London 1969

R. Bendix, S.M. Lipset (eds.) Class, status and Power A reader in Social Stratification, Glencoe/Ill. 1963

W. Berndorf, F. Bülow (Hrsg.) Wörterbuch der Soziologie
Stuttgart 1955

K.v. Beyme, Regierungswechsel 1969, Zum Wandel der Karriere-
muster der politischen Führung, in: G. Lembruch, K.v.
Beyme, Iring Fetscher (Hrsg.) Demokratisches System und
politische Praxis der Bundesrepublik, München, 1971,
S. 255-286

K.M. Bolte, D. Kappe, F. Neidhardt, Soziale Schichtung
in der Bundesrepublik, in: K.M. Bolte, Deutsche Gesell-
schaft im Wandel, Opladen 1966, S. 260-294

A.L. Crey (ed.) Class and Personality in Society, New
York 1969

R. Dahl, Further Reflections on "The Elitist Theory of
Democracy", in: P. Bachrach (ed) Political Elites in a
Democracy, New York, 1971, S. 93-115

R.A. Dahl, Equality and Power in American Society, in:
W.D. Antonio/H.J. Ehrlich (eds), Power and Democracy in
America, Notre Dame, 1961, S. 73-91

R. Dahrendorf, Struktur und Funktion. Talcott Parsons
und die Entwicklung der soziologischen Theorie, in:
R. Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit. Zur soziolo-
gischen Analyse der Gegenwart, München 1961, S. 49-84

W. Dilthey, Über das Studium der Geschichte der Wissen-
schaften vom Menschen, der Gesellschaft und dem Staat,
in: ders. Gesammelte Schriften, Vol.5, Die Geistige Welt,
Leipzig-Berlin 1924

J. Dittberner, R. Ebbighausen (Hrsg.) Parteiensystem in
der Legitimationskrise, Studien und Materialien zur
Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik, 1973,
Opladen

O.D. Duncan, Methodological Issues in the Analysis of
Social Mobility, in: S.M. Lipset: Social Structure and
Social Mobility in Economic Development, Chicago, 1966,
S. 51-63

H.P. Dreitzel, Sozialer Wandel, Zivilisation und Fort-
schritt als Kategorien der soziologischen Theorie,
Neuwied/Berlin 1972

F. Duve, (Hrsg.) Der Thesenstreit um Stamokap. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek b. Hamburg 1973

L.J. Edinger, Political Science and Political Biography, in: G.D. Paige (ed.), Political Leadership, New York 1972, S. 213-239

B. Farrell (ed.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago 1970

J. Feest, Bundesrichter (Herkunft, Karriere und Auswahl der juristischen Eliten), in: W. Zapf, Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964, S. 95-113

H. Filbinger, Der Bundesrat - eine eigenständige politische Kraft. Hrsg. vom Sekretariat des Bundesrates, Bonn 1973

H. Gerstein/H. Schellhoss, Die Bonner Exekutive 1949-1963, Eine Sozialstatistik, in: W. Zapf (Hrsg.) Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964, S. 55-76

F.J. Greenstein, M. Lerner (eds.) A Source Book for the Study of Personality and Politics, Chicago 1971

F.J. Greenstein, The Study of Personality and Politics: Overall Considerations, in: F.J. Greenstein, M. Lerner (eds.), A Source Book for the Study of Personality and Politics, Chicago 1971, S. 4-32

W.L. Guttsman (ed.), The English Ruling Class, London 1969

H. Hamm-Brücher, Der Generationenwechsel nach 1945 in der Politik, in: Generationenwechsel in der Bundesrepublik, Schriftenreihe der F.N.S.-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8, Stuttgart 1965, S. 29-42

H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967

R. Heberle, The Problems of Political Generation, in: ders., Social Movements, New York 1951

D. Herzog, Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP, in: J. Dittberner/R. Ebbighausen, (Hrsg.) Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 109-131

J.S. von Hessen, Familie, Freizeit und Sozialisation der jungen Generation, in: G. Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1968

K. Hope (Hrsg.), The Analysis of Social Mobility, Methods and Approaches, Oxford 1972

R. König, Soziologie der Familie, in: ders., (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band II, Stuttgart 1969

W. Kornhauser, Power Elite or Veto-Groups, in: R. Bell/D.V. Edwards/R.H. Wagner, Political Power. A Reader in Theory and Research, New York/London, 1969, S. 42-52

R.-P. Lange, Auslesestrukturen bei der Besetzung von Regierungsämtern, in: J. Dittberner/R.Ebbighausen (Hrsg.) Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 132-171

H.D. Lasswell, The Selective Effect of Personality on Political Participation, in: R. Christie/M. Jahoda (eds.) Studies in the Scope and Method of the Authoritarian Personality, Glencoe 1954, S. 197-225

H.D. Lasswell/D. Lerner (Hrsg.), World Revolutionary Elites, Cambridge/Mass. 1966

H.D. Lasswell/D. Lerner/C.E. Rothwell, The Elite Concept, in: P. Bachrach (ed.) Political Elites in a Democracy, New York 1971, S. 13-26

H.D. Lasswell, Beiträge zum Studium von politischen Eliten, in: Political Science, Amerikanische Beiträge zur Politikwissenschaft, ausgew., engl. von E.Krippendorff, Tübingen 1966, S. 173-196

K. Lenk/F. Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied-Berlin 1968

A. Malewski, Zur Problematik der Reduktion, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1972

K. Mannheim, Das Problem der Generationen, in: K. Mannheim, Wissenssoziologie, hrsg. von K.H. Wolff, Berlin-Neuwied 1964, S. 509-565

D. Marvick (ed.), Political Decision-Makers, Recruitment and Performance, Glencoe 1961

D. Marvick, Political Recruitment and Careers, in: Intern. Encycl. Soc.Sc., Glencoe 1968, Bd. 12, S. 273-283

D. Marvick, The Middlemen of politics, in: Approaches to the Study of Party Organization, ed. W.J. Crotty, Boston 1968, S. 341-374

W. Mersch, Volksvertreter in West und Ost, in: W. Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen 1964, S. 30-54

D.C. Miller, Democracy and Decision-Making in the Community-Power Structure, in: W.D'Antonio/H.J. Ehrlich (eds.), Power and Democracy in America, Notre Dame 1961, S. 25 ff.

G. Nunner - Winkler, H.G. Rolff, Theorie der Sozialisation, in: Th. Ellwein u.a. (Hrsg.), Erziehungswissenschaftliches Handbuch, 3. Bd., II. Teil, Berlin 1971

C. Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Politikwissenschaft, Hrsg. von G.Kress/D.Senghaas, Frankfurt a.M. 1969

G.D. Paige (ed.), Political Leadership, New York 1972

T. Parsons, Alter und Geschlecht in der Sozialstruktur der Vereinigten Staaten, in: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, hrsg. und engl. von D. Rüchemeyer, Neuwied/Berlin 1964, S. 65-83

L.W. Pye/S. Verba (eds.) Political Culture and Political Development, Princeton 1965

H.-H. Röhring/K. Sontheimer (Hrsg.) Handbuch des deutschen Parlamentarismus, München 1970

H. Scoble, Leadership Hierarchies and Political Issues in a New England Town, in: Community Political Systems, hrsg. v. M. Janowitz, Vol.1, International Yearbook of political Behavior Research, Glencoe 1961, S. 117-145

O. Stammer, Elite und Elitebildung, in: Wörterbuch der Soziologie, Hrsg. v. W. Bernsdorf/F. Bülow, Stuttgart 1955

W. Steffani (Hrsg.) Parlamentarismus ohne Transparenz,
Bd. III, Opladen 1971

S. Stouffer, Social Research to test Ideas, Glencoe/III,
in Intervening Opportunities, 1962, S. 68-112

J. Szczepanski, Die biographische Methode, in: Handbuch
der empirischen Sozialforschung, hrsg. v. R. König,
Stuttgart 1967, S. 551-569

R. Tartler, Die soziale Gestalt der heutigen Jugend und
das Generationsverhältnis in der Gegenwart, in: H.
Schelsky (Hrsg.), Arbeiterjugend gestern und heute,
Heidelberg 1955

H.L. Wilensky, Arbeit, Karriere und soziale Integration,
in: T. Luckmann/W.Sprondel (Hrsg.), Berufssoziologie,
Köln 1972

R. Wilkinson (ed.), Governing elites: Studies in Training
and Selection, New York, Oxford University Press 1969

B.C. Witte, Die Struktur der politischen Führungsschicht
in der Nachkriegszeit, in: Generationenwechsel in der
Bundesrepublik, Schriftenreihe der F.N.S.-Stiftung, Nr. 8,
Stuttgart 1965, S. 9-28

R.E. Wolfinger, Reputation and Reality in the Study of
Community Power, in: W. Polsby, R.A. Dentler, P.A. Smith
(eds.), Politics and Social Life, Boston 1963, S. 703-712

G. Wurzbacher, Sozialisation - Enkulturation - Personali-
sation, in: Der Mensch als soziales und personales Wesen,
Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation aus der
Sicht von Soziologie, Psychologie, Arbeitswissenschaft,
Medizin, Pädagogik, Sozialarbeit, Kriminologie, Politolo-
gie, Hrsg. G. Wurzbacher, 2. Aufl. Stuttgart 1968

W. Zapf, Die Verwalter der Macht, in: W. Zapf, (Hrsg.)
Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Tübingen
1964, S. 77-94

W. Zapf, Die deutschen Manager, Sozialprofil und Karriere-
weg, in: W. Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen
Oberschicht, Tübingen 1964, S. 136-149

W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln/
Berlin 1970

D. Sonstiges

M.M. Czudnowski, Vortrag am 19. Januar 1972, gehalten im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, Berlin 31, Babelsberger Str. 14-16: Problems of Methodology and Techniques in the empirical Study of Political Elites

D. Herzog, The Selective System in Politics, paper vorgelegt zum 8 Weltkongreß der IPSA, München 1970 (Sektion BX)

R.-P. Lange, Machtwechsel in Bonn, paper vorgelegt zum 8 Weltkongreß der IPSA, München 1970 (Sektion BX)

E. Quellen

Laufende Periodika

Konrad-Adenauer-Stiftung, Presseinformationen, Mitteilungen für Presse, Rundfunk und Fernsehen;
Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn

Argumente der CSU, Hrsg. CSU-Landesleitung, München

Bayern-Kurier, Hrsg. F.J. Strauß, München

Die Debatte, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn

Bonner Depesche, Hrsg. Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, Bonn

Deutschland-Union-Dienst, Hrsg. Presse- und Informationsdienste der CDU Verlagsgesellschaft mbH, Bonn

Dialog, Konzeptionen-Kommentare-Analysen, Hrsg. Dialog-Verlag GmbH, Bonn

DJD Schnell-Info, Hrsg. Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart

Die Entscheidung, Hrsg. Bundessekretariat der Jungen Union Deutschlands, Bonn

Forum liberal, Zeitung der FDP Nordrhein-Westfalen, Hrsg. FDP, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Die demokratische Gemeinde, Hrsg. Neuer Vorwärts-Verlag, Nau & Co., Bad Godesberg

Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag (SPD-Fraktion teilt mit) Hrsg. K. Porzner, Bonn

Intern, Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hrsg. SPD-Parteivorstand, Bonn

Freie demokratische Korrespondenz, Hrsg. Freie demokratische Korrespondenz, Bonn

Liberal, Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung, Hrsg. H. W. Rubin, G. Daub, Bonn

Der Mittelstand, Hrsg. Mittelstandsvereinigung der
CDU/CSU, Bonn

Deutsches Monatsblatt, Hrsg. Presse- und Informations-
dienste Verlags GmbH, Bonn

Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, Hrsg.
DSZ-Verlag, München

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst - PPP - , Hrsg.
PPP Bonn

das rathaus - Zeitschrift für Kommunalpolitik, Hrsg.
Das Rathaus Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Essen

Berliner Rundschau, Berliner Politik, Wirtschaft und
Kultur, Hrsg. Berliner Rundschau, Berlin

SPD Pressemitteilungen und Informationen, Hrsg. H.-J.
Wischnewski, Bonn

Berliner Stimme, Hrsg. SPD-Landesverband Berlin

Union in Deutschland, Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der
CDU Deutschlands, Bonn

Vorwärts, Neuer Vorwärts Verlag Nau & Co., Bad Godesberg

Wirtschaftsrat der CDU e.V. Hrsg. Wirtschaftsrat der CDU
e.V., Bonn

Deutsche Wochenzeitung, Hrsg. W. Schütz, Hannover

UZ Unsere Zeit, Hrsg. Parteivorstand der Deutschen
Kommunistischen Partei, Düsseldorf

Berliner liberale Zeitung, Das Berliner Wort Verlags-
gesellschaft mbH, Berlin

Jahrbücher der Parteien

Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, 1950, 1953, 1954, 1957,
1960, 1961, 1963/64,
1965, 1968, 1969, 1973,
1975

(Erscheinungsort: Recklinghausen)

Politisches Jahrbuch der SPD, 1950/51, 1952/53, 1954/55
1956/57, 1958/59, 1960/61
1962/63, 1964/65, 1966/67
1968/69, 1970/72, 1973/74

(Erscheinungsort: Bad Godesberg)

Geschäftsberichte

FDP Baden-Württemberg, Stuttgart, 1957, 1958, 1959, 1960,
1961, 1962

14. und 15. Bezirksparteitag SPD Rheinland/Hessen-Nassau
1963/1965

Geschäftsbericht SPD - Bezirk Rheinhessen 1966-67

Protokoll SPD-Parteitage, 1950, 1958, 1960

Geschäftsbericht SPD - Bremen, 1960/61, 1962/63, 1964/65

Geschäftsberichte der SPD Baden-Württemberg 1964/65
1962/63

Amtliche Handbücher

Die Volksvertretung, Handbuch des Deutschen Bundestages, Hrsg. F. Sänger, Stuttgart 1949

Handbuch des Deutschen Bundestages, Hrsg. F. Sänger, Stuttgart 1952

Handbuch des Deutschen Bundestages, Hrsg. F. Sänger, 3. Aufl. Stuttgart 1954

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 1953, Hrsg. v. Deutschen Bundestag, Darmstadt, 1954

Handbuch des Deutschen Bundestages, Hrsg. F. Sänger, 4. Aufl. Stuttgart 1957

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode (Loseblatt-Ausgabe), Hrsg. v. Deutschen Bundestag, Darmstadt 1962, lfd. ergänzt: 5. Wahlperiode, 6. Wahlperiode, 7. Wahlperiode (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen)

Handbuch d. Landtages Niedersachsen (Hrsg. v. Landtag), 1. Wahlperiode 1948, 2. WP. 1951, 3. WP. 1955, 4. WP. 1959, 5. WP. 1963, 6. WP. 1967, 7. WP. 1970, 8. WP. 1974 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen).

Handbuch des Landtages Nord-Rhein-Westfalen, Hrsg. v. Landtag NRW, 1. WP. 1947-51, 2. WP. (bis 1954), 3. WP. 1954-58, 4. WP. ab 1958, 5. WP. ab 1962, 6. WP. ab 1966, 7. WP. 1970 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen), 8. WP. 1975

Handbuch des Landtages v. Schleswig-Holstein, Hrsg. v. Sekretariat des Landtages, 4. WP. 1958/59 (mit Ergänzungslieferungen), 5. WP. 1962/63, 6. WP. 1967, 7. WP. 1971/1972/1973, 8. WP. 1975 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen)

Handbuch des Bayerischen Landtages, Hrsg. v. Landtagsamt, 5. WP. 1962 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen), 6. WP. 1966, 7. WP. 1970, 8. WP. 1974

Handbuch Hessischer Landtag, Hrsg. v. Büro d. Hess. Landtages, 1. WP. 1946-1950, 2. WP. 1950-54, 3. WP. 1955-59, 4. WP. 1959-1962, 5. WP. 1962-1966, 6. WP. 1967 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen), 7. WP. 1971, 8. WP. 1975

Handbuch Bremer Bürgerschaft, Hrsg. v. Vorstand d. Bremer Bürgerschaft, 1. WP. 1950 (Loseblattsammlung lfd. Ergänzungslieferungen), 2. WP. 1951, 3. WP. 1953, 4. WP. 1956, 5. WP. 1960, 6. WP. 1963, 7. WP. 1968, 8. WP. 1972

Amtliches Handbuch des Landtages v. Rheinland-Pfalz, Hrsg. Landtag v. Rheinland-Pfalz, 1. WP. 1950, 2. WP. 1954, 3. WP. 1956, 4. WP. 1959, 5. WP. 1963, 6. WP. 1967, 7. WP. 1971 (Loseblattsammlung lfd. Ergänzungslieferungen)

Handbuch Hamburger Bürgerschaft, Hrsg. Hamburger Bürgerschaft, Loseblattsammlung lfd. Ergänzungslieferungen, 1.-7. Wahlperiode

Handbuch Landtag Baden-Württemberg, Hrsg. v. Landtag, 2. WP. 1956 (Loseblattsammlung, lfd. Ergänzungslieferungen), 3. WP. 1960, 4. WP. 1964, 5. WP. 1968, 6. WP. 1972

Handbuch Bundesrat, Hrsg. vom Bundesrat, Loseblattsammlung (lfd. Ergänzungslieferungen) Darmstadt, ab 1958

Handbuch Bundesregierung, Hrsg. Bundesregierung, Loseblattsammlung (lfd. Ergänzungslieferungen) Bad Honnef/Darmstadt, ab 1973

Handbuch des Bayerischen Landtages, Hrsg. v. Landtagsamt, 1.-3. Legislatur-Periode (auf Mikro-Film im ZI 6)

Stenographische Berichte des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Wortprotokolle), 1. gew. Landtag Dezember 1947, 1. ern. Landtag 11. April 1946, S. 5 ff, 2. gew. Landtag August 1950, S. 5 ff

Baden-Württemberg: beratende/verfassunggebende Landesversammlung (Mitgliederverzeichnis) 1946, 1946, 1951, 1952, 1953 (Stuttgart)

Sonstige Quellen

Vorwärts Nr. 23, v.7.6.1973, S. 5 (Der Parteivorstand organisiert sich)

Bremische Biographie 1912-1967, Hrsg. Historische Gesellschaft zu Bremen u. Staatsarchiv, bearb.v. Wilhelm Lührs, 1969 Bremen

J. Dittberner, Die Bundesparteitage von SPD und CDU 1946-1968, Diss., Berlin 1969, (Tab.Übersicht über die Zusammensetzung der Bundesparteiorgane der SPD seit 1946-1968, und CDU 1950-1968)

Wer ist wer?, Hrsg. W. Habel, Berlin 1951, 1955, 1958, 1962, 1963, 1967/68, 1970, 1973, 1975

W. Henkels, Zeitgenossen, 50 Bonner Köpfe, Hamburg, 1953

ders. 111 Bonner Köpfe, Düsseldorf-Wien 1966

ders. 99 Bonner Köpfe, Düsseldorf 1963

ders. 99 Bonner Köpfe, Düsseldorf 1968

Christdemokraten der ersten Stunde, hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1967

J. Othmar, Rückblick auf die Gegenwart, Stuttgart, 1964

E. Glaeser, Köpfe und Profile, Zürich-Wien-Berlin, 1952

Der Kampf um den Südweststaat, Veröffentlichung des Institut für Staatslehre und Politik e.V. in Mainz, Mainz 1967

Der Spiegel, Nr. 29, v.16.7.1973, S. 56-58 (Eine Ungezogenheit sondergleichen, Nebenverdienste westdeutscher Landesminister)

Der Spiegel, Nr. 1/2 v. 6.1.1975, S. 46-52 (Professoren über Professoren - Wieder Elite)

Capital Nr. 1, 1975, S. 30-31 (Öffentliche Hände - Die Nebeneinnahmen von Parlamentariern)

SPD - Mutter aller Linksparteien, Tabealarische Aufgliederung der Organisationsentwicklung der SPD mit Parteiabspaltungen, Neugründungen von Linksparteien; Übersicht über die wichtigsten Parteiführer -theoretiker von 1863 bis 1972, in Die Welt, 21.3.1974, S. 14

Die Welt, 13.1.1973, S. 16, Die Spitzenpositionen in der Prominenz (Veröffentlichung einer Umfrage des Wickert-Instituts)

Junge Kandidaten der CDU/CSU stellen sich vor, hrsg. Junge Union Deutschlands, Bonn 1965 (Gerhard Stoltenberg, Fritz Vogel)

Oberbürgermeister und Landräte in Bayern, hrsgg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München, Stand 1.7.1972

Die Wahlbewerber für die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag 1969, hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1969

Deutscher Bundestag, VII Legislatur-Periode, CDU/CSU-Fraktion, Hrsg. Wirtschaftsrat der CDU e.V. Bonn 1972

W. Kaltefleiter/R. Wildenmann, Um den Aufstieg hart gekämpft, Teilveröffentlichung der Analyse der westdeutschen Führungselite in Politik, Wirtschaft, öffentlicher Dienst, in: manager magazin, Nr. 4, 1974, S. 94-98

A.C. Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 München-Wien 1970

Rudolf Wildenmann, Eliten in der Bundesrepublik, unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim 1968

H. Schreiber, F. Sommer, G. Heinemann, Bundespräsident, Frankfurt a.M./Hamburg 1969

A. Lutzeyer (Hrsg.) Persönlichkeiten der Gegenwart, Bd. 14 Gustav Heinemann, Freudenstadt, 1969

Gerd Goch, Gefragt: Heinz Kühn, Bornheim, 1975

A. Lutzeyer (Hrsg.), Persönlichkeiten der Gegenwart, Heft 1: Heinrich Lübke, Freudenstadt 1966

W.J. Bell: Kennen Sie eigentlich den, Bd. 12: Kai-Uwe von Hassel, Bonn 1965

J. Keil, Die westdeutsche Wirtschaft und ihre führenden Männer, Land Baden-Württemberg, Teil I (Nördlicher Teil), Frankfurt a.M. 1958

H.Ch. Seebohm, Hrsg. Heinz Mursch/K. Simon, München 1967

A. Rummel (Hrsg.) Wer uns regiert: Karl Schiller, Helmut Schmidt, Lauritz Lauritzen, Freudenstadt 1969

Personal-/Elitendatenarchiv des ZI 6, 1 Berlin 31, Babelsberger Str. 14-16 (in diesem Archiv ist das ehemalige "Kurier-Personaldatenarchiv" aufgegangen), im wesentlichen Zeitungsausschnitte seit 1946

Auskünfte der Büros der Ministerpräsidenten (Senatspräsidenten); der Bundesländer, Staatskanzleien, Landesstaatsarchiven, Bibliotheken der Landtage, Landtagsfraktionen und Landesgeschäftsstellen der Parteien

Muntzinger-Loseblattsammlung, Ravensburg, seit 1948, lfd., Ergänzungslieferungen

Biographisches Archiv (Zeitungsausschnittssammlung) des ehem. Otto-Suhr-Instituts, Freie Universität Berlin, Berlin 33, Ihnestraße (Fachbereich 15)

Bibliothek und Archiv des Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, 1000 Berlin 31, Babelsberger Straße 14-16

